



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

MigrantInnen im Fokus. Eine Untersuchung der visuellen
Darstellung von „Flüchtlingen“ in der österreichischen Tageszeitung
„Die Presse“ von 2000 bis 2003

Verfasser

Marian Smetana

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Univ.- Prof. Dr. Stefanie Kron, M.A

Danksagung

Ich danke allen, die mich bis jetzt auf meinem Weg unterstützt haben. Besonders danken möchte ich

meinen Eltern, für ihre Geduld und Unterstützung in all den Jahren,

meinem Bruder, für seinen technischen Rat beim Fertigstellen der Arbeit,

Olivia, für den physischen und psychischen Unterschlupf während dieser stressigen Zeit,

meinen Freunden, die mich auch in dieser arbeitsintensiven Zeit nie vergessen ließen, was wirklich wichtig ist,

meinen ArbeitskollegInnen, die immer Verständnis hatten, wenn ich in der Bibliothek verweilen musste und nicht im Büro sein konnte,

meinen StudienkollegInnen, die mit mir gemeinsam diese anstrengende Zeit durchlebt haben,

meiner Betreuerin Stephanie Kron, die mich beim Verfassen dieser Arbeit äußerst kompetent unterstützt hat.

Bestätigung

Hiermit bestätige ich, dass diese eingereichte Diplomarbeit von mir eigenständig verfasst wurde und ich nur, die hier angegebenen Hilfsmittel und Quellen verwendet habe.

Marian Smetana, Dezember 2014

Für alle, die mich bis hierher begleitet haben.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Methodik.....	5
2.1	Diskursanalyse	5
2.2	Die qualitative Bildanalyse.....	8
3	MigrantInnen, Flüchtlinge und andere „Fremde“- eine Definitionssuche	12
3.1	Wissenschaftliche Konzepte und rechtliche Definitionen.....	12
3.2	AsylbewerberInnen- ein Sonderfall?.....	15
3.3	Wer ist hier „fremd“?.....	17
3.4	MigrantInnen in Österreich	19
3.5	MigrantInnen in den Medien	20
4	Das Bild-emotionales Bindeglied zwischen Medium und LeserIn.....	22
4.1	Das Bild als Untersuchungsgegenstand.....	22
4.2	Fotografien in Printmedien	24
4.3	Fehlende Realität und die Bildung von Stereotypen.....	26
4.4	Bild-Text	30
5	Die erste schwarz- blaue Regierung: Beginn einer politische Wende	31
5.1	Nationalratswahl 1999- der Beginn der politischen Wende	31
5.1.1	Ursprung des politischen Wandels.....	33
5.1.2	Bildung der ÖVP-FPÖ Koalition	39
5.2	Migrationspolitik unter „Schwarz- Blau“	43
5.3	Die ÖVP-FPÖ-Koalition und die Medien.....	51
6	„Die Presse“- Eine konservative Qualitätszeitung	56
6.1	Die Entstehung einer neuen Tageszeitung.....	56
6.2	Auflagenstärke.....	60
6.3	Blattlinie und Selbstbildnis.....	60
7	Analyse der Pressefotografien	62

7.1	Auswahl der Pressefotografien.....	62
7.2	Pressefotografie 1: „Verhaftung“.....	69
7.2.1	Beschreibung.....	69
7.2.2	Aussage.....	70
7.2.3	Wirkung.....	71
7.2.4	„Kon- Text“	71
7.2.5	Zusammenfassung	72
7.3	Pressefotografie 2 „Flüchtlingsquartier“.....	73
7.3.1	Beschreibung.....	73
7.3.2	Aussage.....	75
7.3.3	Wirkung.....	76
7.3.4	„Kon- Text“	77
7.3.5	Zusammenfassung	78
7.4	Pressefotografie 3: „Reisende Gruppe“	79
7.4.1	Beschreibung.....	80
7.4.2	Aussage.....	81
7.4.3	Wirkung.....	81
7.4.4	„Kon- Text“	82
7.4.5	Zusammenfassung	83
7.5	Pressefotografie 4: „Reisende Person“.....	84
7.5.1	Beschreibung.....	84
7.5.2	Aussage.....	85
7.5.3	Wirkung.....	85
7.5.4	„Kon- Text“	86
7.5.5	Zusammenfassung	87
7.6	Zusammenfassung und Interpretation	88
8	Conclusio und Ausblick	90
9	Literaturverzeichnis	91

10	Abbildungsverzeichnis	103
11	Abbildungsanhang	107
12	Abstract.....	132
13	Lebenslauf	134

1 Einleitung

Diese Forschungsarbeit beschäftigt sich mit einem Thema, welches in der jüngeren Wissenschaftsgeschichte immer mehr Interesse auf sich gezogen hat: die mediale Darstellung von MigrantInnen. Dieser Trend entwickelte sich vor allem deshalb, weil die mediale Darstellung die Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Diskurse prägen kann. Und gerade der Migrationsdiskurs wird in den verschiedenen Gesellschaften und Nationalstaaten heftig diskutiert. Trotz des zunehmenden Interesses vieler unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen an dieser Thematik steckt ihre Erforschung im Vergleich zu anderen wissenschaftlichen Themenfeldern, vor allem im deutschsprachigen Raum, noch in den Kinderschuhen (vgl. Lünenborg et al. 2011: 19).

Den Anstoß zur folgenden Forschungsarbeit gaben vor allem die persönlichen Erfahrungen des Autors als freier Journalist bei verschiedenen österreichischen Medien während des Studiums. Im Zuge dieser Tätigkeit konnte die oft sehr klischeehafte und auf Stereotypen beruhende Darstellung von MigrantInnen beobachtet werden. Den Erfahrungen des Autors nach wird die Aufgabe, ein politisches Thema wie Migration darzustellen und zwar so, dass es für einen möglichst großen Teil der LeserInnen verständlich ist, oftmals dadurch erfüllt, indem man sich gewisser Klischees und Stereotypen bedient.

Weil die Medien und LeserInnen in Zeiten einer zunehmend visualisierten Welt immer mehr Wert auf visuelle Darstellungen legen (vgl. Hamann 2007:73; Weber 2007:3) und vor allem Visualisierungen in Medien zur Bildung von Stereotypen beitragen können (vgl. Hort 2007: 90), scheint es sinnvoll, die bildliche Präsentation von MigrantInnen näher zu untersuchen.

Die Analyse von Bilddiskursen ist daher Ziel dieser Arbeit. Eine Methode solche Visualisierungen zu untersuchen bietet die kritische Diskursanalyse. Auch in der Diskursanalyse gewinnen Bilder immer mehr an Bedeutung (vgl. Friedrich/Jäger 2011). Siegfried Jäger, der sich intensiv mit der Diskursanalyse auseinandersetzte und Empfehlungen für ihre Anwendung formulierte, empfiehlt eine möglichst enge und genaue Eingrenzung des Forschungsfeldes. Als diskursiver Kontext, der eine

genaue Eingrenzung von Raum und Zeit erfordert, in denen ein Diskurs erforscht wird, erschien bezüglich des Themas „Migration“ die Zeit während der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung (2000-2003) in Österreich interessant. Denn diese Regierung steht sowohl für den Aufstieg einer Partei (FPÖ), die immer wieder durch ihre Nähe zum Rechtsextremismus aufgefallen ist (vgl. Bailer/Neugebauer 1993), sowie für einen Wandel in der Migrationspolitik (vgl. Atac 2012).

Als Medium, dessen visuelle Darstellungen in Hinblick auf Migration untersucht werden sollen, drängte sich die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ auf. Diese konservative und wirtschaftsliberale Tageszeitung ist aus zwei Gründen für die Untersuchung visueller Darstellung von MigrantInnen in den Medien während der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung interessant. Erstens war „Die Presse“ laut dem damaligen Chefredakteur Andreas Unterberger eines der wenigen Medien, welche die umstrittene Koalition aus ÖVP und FPÖ verteidigt haben (vgl. Unterberger 2010: 71). Zweitens soll sich „Die Presse“ in ihrer Berichterstattung über das Thema „Migration“ in jener Zeit immer mehr am rechten politischen Spektrum orientiert haben. Das ergab eine Untersuchung, die im Zuge des 5. Rahmenprogramms The European Dilemma: Institutional Patterns and Politics of „Racial“ Discrimination den Diskurs und die Berichterstattung in österreichischen Medien zum Thema „Migration“ zwischen 1990 und 2005 erforschte (Krzyzanowski/Wodak 2008: 259).

In der Amtszeit der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung änderte sich dieser Migrationsdiskurs. Vor allem Flüchtlinge wurden nun in einem völlig anderen Kontext thematisiert. „Kriminalität und Sicherheit“ waren jene Schlagwörter, mit denen Flüchtlinge nun in der öffentlichen Diskussion und in der Politik in Verbindung gebracht wurden (vgl. Atac 2012; Österreich neu regieren 2000). Dass das Thema Asyl auch in den Medien prominent vertreten war, zeigte auch eine erste Sichtung des Untersuchungsmaterials (siehe Kapitel 71. Auswahl der Pressefotografien). Um eine enge Definition des Untersuchungsgegenstandes zu erhalten, wurde nach der Sichtung des Materials der Fokus dieser Arbeit daher auf die visuelle Darstellung von Flüchtlingen gelegt.

Aus dieser Eingrenzung und den oben genannten Ereignissen, die sich für die Untersuchung als besonders interessant herausstellten, ergibt sich folgende Fragestellung für diese Arbeit:

Wie werden „Flüchtlinge“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ während der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition (Feb. 2000-Feb. 2003) auf Pressefotografien dargestellt?

Auf Basis des gesammelten Materials wird folgende Hypothese zu dieser Forschungsfrage formuliert: *„Flüchtlinge“ werden auf Pressefotografien in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ während der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition (Feb. 2000-Feb. 2003) vor allem in einem negativen Kontext dargestellt.*

Zur Beantwortung der Forschungsfrage und zur Überprüfung der oben genannten Hypothese ist die Arbeit in folgende Kapitel unterteilt:

In Kapitel 2 „Methodik“ wird erklärt, wie diese Fragestellung beantwortet werden soll. Das wesentliche Gerüst dieser Forschungsarbeit stellt die kritische Diskursanalyse dar. Hierzu wird vor allem auf die Ideen und die Konzepte des Sprachwissenschaftlers Siegfried Jäger zurückgegriffen. Als Teil dieser kritischen Diskursanalyse und als Herzstück dieser Arbeit kann die qualitative Bildanalyse gesehen werden. Hierbei dienen vor allem auch die Arbeitsweisen von Sabine Prokop und Erwin Panofsky als Orientierung. Wie allerdings Siegfried Jäger meint, soll die kritische Diskursanalyse eine Art offene Werkzeugkiste sein (vgl. Jäger 2012: 76f). In Anlehnung an mehrere frühere Forschungsarbeiten wird in dieser Arbeit auch der Zusammenhang von Bild und Text, die immer in einer Wechselwirkung funktionieren, besondere Berücksichtigung finden.

In Kapitel 3 „MigrantInnen, Flüchtlinge und andere ‚Fremde‘- eine Definitionssuche“ werden die verschiedenen Definitionen in der Wissenschaft und der Politik skizziert. Es soll gezeigt werden, dass „MigrantInnen“ und „Flüchtlinge“ alles andere als eindeutige Begriffe sind. Außerdem wird erklärt, warum es vielleicht gar nicht möglich ist, solche Begriffe zu definieren. Deshalb muss auch erklärt werden, wie der Begriff „Flüchtlinge“ im Zuge dieser Arbeit verstanden wird. Um auch die Vorstellungen in Hinblick auf den Flüchtlingsbegriff im Rahmen der öffentlichen Diskussion näher zu beleuchten, wird auch eine philosophische Diskussion aufgegriffen, die sich mit der Frage nach dem „Fremdsein“ beschäftigt.

In Kapitel 4 „Das Bild-emotionelles Bindeglied zwischen Medium und LeserInnen“ wird der Begriff „Bild“ genauer definiert. Außerdem wird dargestellt, warum Bilder in unserer heutigen Zeit für die LeserInnen und die Medien von immer größerer Bedeutung sind. Gleichzeitig wird auch auf die Macht von Bildern eingegangen.

In Kapitel 5 „Die erste ÖVP-FPÖ-Regierung: eine politische Wende“ werden vor allem historische und politische Eckpunkte erklärt. Es wird gezeigt, welche gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür verantwortlich waren, dass diese Regierung zu Stande gekommen ist und auf welchen Widerstand sie gestoßen ist. Für diese Forschungsarbeit ist es allerdings besonders bedeutend zu zeigen, welche Auswirkungen diese Regierung auf die Migrationspolitik und den Migrationsdiskurs im Allgemeinen und auf die Asylpolitik bzw. den Asyldiskurs im Speziellen hatte. Des Weiteren werden die Wechselwirkungen zwischen Medien und der neuen Regierung erörtert.

Kapitel 6 „Die Presse: eine konservative Qualitätszeitung“ beschäftigt sich schließlich mit der genaueren Untersuchung des Mediums an sich. Die Historie, die Auflagenstärke und die Besitzverhältnisse sollen erklären, wie die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ am österreichischen Zeitungsmarkt einzuordnen ist.

Das Kapitel 7 „Analyse der Pressefotografien“ bildet das Herzstück dieser Arbeit. Es wird zunächst erörtert, wie die Pressefotografien konkret ausgewählt wurden und welche ersten Erkenntnisse sich daraus abgeleitet haben. Anschließend werden qualitative Bildanalysen, deren Methodik und Aufbau in Kapitel 2.2. erklärt werden, durchgeführt. Die Ergebnisse der einzelnen Bildanalysen werden anschließend gesammelt und interpretiert.

Diese Interpretation wird anschließend im Kapitel 8 in einer Conclusio in Bezug zur Forschungsfrage und zur Hypothese gesetzt. Außerdem wird einen kurzer Ausblick auf weitere Fragen, die sich in Bezug auf das Forschungsthema aufdrängen, gegeben.

2 Methodik

Dieser Arbeit liegen Ideen, Überlegungen und Konzepte der kritischen Diskursanalyse zu Grunde. Die kritische Diskursanalyse liefert aus Sicht des Autors jene Konzepte und Vorstellungen von einer umfangreichen gesellschaftspolitischen Analyse, welche diese Forschungsfrage erfordert. Gleichzeitig wird sie durch den interdisziplinären Ansatz der Komplexität von gesellschaftspolitischen Phänomenen gerecht. Dass die kritische Diskursanalyse in diesem Themenfeld hilfreich sein kann, zeigt auch die Arbeit des Forschungsverbands am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, die gezeigt hat, dass „Kriminalität und Ausländer“ in einen eindeutigen Zusammenhang gebracht werden (vgl. Lünenborg et al. 2011: 22). Im Folgenden wird die kritische Diskursanalyse kurz skizziert und es soll erklärt werden, warum gerade sie als Gerüst für dieses Arbeit dient. Es ist wichtig zu betonen, dass es sich hierbei nur um die Skizzierung der Diskursanalyse handelt. Die Diskussion und die verschiedenen Vorstellung von Diskursen können wegen ihrer Komplexität hier nur umrissen werden.

Im zweiten Teil des Methodik Kapitels soll näher auf die qualitative Bildanalyse eingegangen werden, die ihrerseits in der kritischen Diskursanalyse als wesentliches Forschungsinstrument gesehen werden kann (vgl. Bernhardt et al. 2009: 15f; Friedrich/Jäger 2011).

2.1 Diskursanalyse

Um den, außerhalb der wissenschaftlichen Sphäre als recht schwammigen aufgefassten, Begriff der Diskursanalyse zu fassen und leichter verständlich zu machen, wird hier auf den Definitionsversuch des deutschen Sprachwissenschaftlers Siegfried Jäger Bezug genommen: Jäger definiert als Ziel einer Diskursanalyse, „[...] einen Diskursstrang oder auch mehrere miteinander verschränkte Diskursstränge historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren.“ (Jäger 1997) Ein Diskursstrang

wird dabei als „[...] thematisch einheitliche Diskursverläufe, die aus einer Vielzahl von Elementen, so genannten Diskursfragmenten, zusammengesetzt sind.“ (Jäger 1997) verstanden. Der deutsche Sprachwissenschaftler orientiert sich bei seinem Verständnis einer kritischen Diskurstheorie am Modell des französischen Philosophen Michel Foucault und versteht unter Diskursfragmente jene Elemente in einem Diskursverlauf, die Michel Foucault in seiner Arbeit zur Formulierung der Diskurstheorie „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1969), als „Aussagen“ beschreibt. Diese Aussagen sind immer mit ihrem Umfeld und anderen Elementen verbunden, und können je nach einer Veränderung dieser Umgebung andere Bedeutungen erlangen. Die Aussage muss also in einen Kontext gestellt werden, um sie zu verstehen. (vgl. Foucault 2002: 152). Jäger fordert deshalb, dass es eine möglichst präzise Abgrenzung des Themas bei der Erforschung eines Diskurses gibt, gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass diese „[...] Diskursstränge auf unterschiedlichen Diskursebenen angesiedelt sind, also auf der Ebene der Politik, der Medien, des Alltags etc.“ (Jäger 1997) Diese verschiedenen Ebenen würden sich vermischen und sich gegenseitig immer wieder beeinflussen. Etwa, wenn PolitikerInnen in den Medien auftreten. Deshalb sei es wichtig auch die Diskursebene der Analyse am Beginn der Forschung zu definieren (vgl. Jäger 1997).

In dieser Arbeit bildet demnach das Thema „Migration“ das Diskursfragment, die Migrationsdebatte den Diskursstrang, und die Medien, genauer gesagt, die Bilder die Diskursebene, die untersucht werden. Gleichzeitig werden auch andere Ebenen umrissen, um die Verortung der visuellen Darstellung von MigrantInnen für den Autor und in weiterer Folge für die LeserInnen verständlicher zu machen. Dies erfolgt etwa durch die Darstellung der Migrationspolitik im Untersuchungszeitraum, oder die kurze Vorstellung einiger Studien, mit denen sichtbar gemacht wurde, wie MigrantInnen in der Gesellschaft mit Ressentiments zu kämpfen haben. Durch die Darstellung dieser weiteren Aspekte soll eine Einbettung der Analyse von den untersuchten Pressefotografien in einen breiteren Kontext erleichtert werden. Jäger nennt diesen Zusammenhang den diskursiven Kontext (Jäger 2012: 82) und beschreibt diesbezüglich die bestimmten Ereignisse, die den Diskurs maßgeblich beeinflussten, als diskursive Ereignisse: „Die Ermittlung ‚diskursiver Ereignisse‘ kann für die Analyse von Diskurssträngen auch deshalb sehr wichtig sein, weil ihre Nachzeichnung den diskursiven Kontext markiert bzw. konturiert, auf den sich ein aktueller Diskursstrang bezieht.“ (Jäger 2012: 83) In dieser Arbeit kann etwa die

erste Regierungsperiode der ÖVP-FPÖ-Regierung, die Veränderungen in der Migrationspolitik mit sich brachte, als diskursives Ereignis gesehen werden. Die Darstellung des diskursiven Kontextes soll es ermöglichen, die Komplexität von gesellschaftlichen Phänomenen zu fassen und sie weitergedacht in einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs einzubetten, der sich zu einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit, aus verschiedenen Diskurssträngen ergibt (vgl. Jäger 2012: 86). Jäger bringt dafür die Erforschung von Alltagsrassismus in der Politik oder den Medien als mögliches Beispiel. Im Falle einer solchen Forschungsthemas, müssten sich die ForscherInnen auch die Diskurse über Einwanderer, Flucht oder Asyl ansehen und nicht nur rassistische Aussagen. Nur so könne die Komplexität des Themas und des gesellschaftlichen Diskursen verstanden werden (vgl. Jäger 1997).

So wird auch die ideologische Verortung von „Die Presse“ skizziert, um eine Diskursposition (Jäger 1997) zu erkennen. Diese Verortung kann im Kapitel 6. „Die Presse- eine konservative Qualitätszeitung“ natürlich nicht vollständig geschehen, denn die ideologische Verortung ist gleichzeitig ein Teil der vollständigen Analyse und daher auch ein Teil des Forschungsprozesses. (vgl. Jäger 1997)

Durch eine kritische Diskursanalyse kann auch eine Weiterentwicklung des Diskursstranges vorsichtig vorausgesagt werden. Jäger versteht nämlich den Diskurs als „[...] „Fluß von ‚sozialen Wissensvorräten‘ durch die Zeit“ der aus der Vergangenheit kommt, die Gegenwart bestimmt und in der Zukunft in wie auch modifizierter Form weiterfließt (sic!).“ (Jäger 1997)

Wobei Jäger betont, dass der Diskurs und die Realität zwei verschiedene Dinge sind. Der Diskurs ist also kein Spiegel der Wirklichkeit. Vielmehr stellt der Diskurs „[...] eine eigene Wirklichkeit dar, die gegenüber der ‚wirklichen Wirklichkeit‘ keineswegs nur Schall und Rauch, Verzerrung und Lüge darstellt, sondern eigene Materialität hat und sich aus den vergangenen und (anderen) aktuellen Diskursen ‚speist‘“ (Jäger 2012: 35) Jäger schreibt also dem Diskurs zu, dass er seine eigene Realität bilde und dadurch auch Subjekte bzw. die Gesellschaft in einem gewissen Teil mitgestalten kann (vgl. Jäger 2012: 35).

Die Realität kann etwa durch Aussagen oder Abbildungen beeinflusst werden. Welche wichtige Rolle Bilder in der Diskursanalyse einnehmen können, wird von mehreren WissenschaftlerInnen unter Beweis gestellt. Auch Sabine Maasen, Torsten

Mayerhauser und Cornelia Renggli plädieren in ihrem Buch „Bilder als Diskurse. Bilddiskurse.“(2006) für eine Einbeziehung von Bildern in die Analyse von Gesellschaften und gesellschaftlichen Phänomenen. Bilder reproduzieren nicht nur Wissen, sie produzieren auch Wissen und Realitäten, sind also beteiligt an der Konstruktion von gesellschaftlichen Vorgängen (Friedrich/Jäger 2011).

Allerdings wird auch davon ausgegangen, dass Bilder nicht für sich alleine stehen, sondern immer im Zusammenhang mit anderen Faktoren, etwa mit Texten, wirken und sich erst dann in einer „Macht- Wissens- Konstellation“ (Friedrich/Jäger 2011) an der Konstruktion von scheinbaren Realitäten beteiligen (vgl. Friedrich/Jäger 2011).

So wird es für das Forschungsvorhaben auch notwendig sein auf das Verhältnis von Text und Bild einzugehen. Denn jede Beschäftigung mit Bildern und die Hinterfragung des Diskurses, in denen diese Bilder entstanden sind, muss auch das Verhältnis zwischen Text und Bild berücksichtigen (vgl. Berg 200: 17).

2.2 Die qualitative Bildanalyse

Es gibt verschiedene Arten und Formen der qualitativen Bildanalyse. Etwa die, von dem Sozialforscher Ralf Bohnsack entwickelte, qualitative Analyse der dokumentarischen Bildinterpretation. Bohnsack hat dabei die ikonografische Methode des Kunsthistorikers Erwin Panofsky, mit Hilfe derer die Einordnung von Bildern in Bildtypen und die Bestimmung von Bildmotiven möglich ist weiterentwickelt. Dass sich diese Methode für die Analyse von Pressefotografien eignet wurde bereits mehrmals in der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema erwähnt und zeigt sich auch in der Forschungsarbeit von Sarah Maria Lauß, die Motive und Darstellungsmodi in der fotografischen Politikberichterstattung der österreichischen Tagespresse untersuchte (Grittmann 2007: 154ff; Lauß 2010).

Für dieses Forschungsvorhaben erweist sich diese Methode allerdings als etwas zu technisch. Da es sich hier um eine kritische Diskursanalyse handelt, werden von der Methode nach Bohnsack nur Anleihen genommen, wenn es etwa um die Darstellung der Planimetrie geht, auf die nicht verzichtet werden kann. Die Planimetrie und die verwendete Perspektive können als essentielle Punkte verstanden werden, um das

Abgebildete zu identifizieren und in einen Kontext zu bringen (vgl. Bohnsack 2011: 57).

Um die Bilder analysieren zu können, und sie schließlich auch in einen gesellschaftspolitischen Kontext einbinden zu können, greift diese Forschungsarbeit vor allem auf die Methode von Sabine Prokop zurück. In ihrer Forschungsarbeit „Bevor Big Brother kam. Über das Fernsehen am Ende des 20. Jahrhunderts“ (Prokop 2010) hat die Kommunikationsforscherin gezeigt, dass ihre Vorgangsweise die Möglichkeit beinhaltet einerseits eine große Menge von Bildern zu untersuchen und gleichzeitig auch einzelne Bilder näher zu analysieren. In einer ersten Phase müssen hierzu Kategorien gebildet werden, wie es auch in der Forschungsarbeit „Migrantinnen in den Medien“ (Lüneborg et al. 2011) geschehen ist. Die Bildung der Kategorien wird im Kapitel 7.1 „Auswahl der Pressefotografien“ näher erklärt. Diese Kategorien werden wiederum in Untergruppen gefasst. Eine ähnliche Vorgehensweise wendete Sarah Maria Lauß in ihrer Forschungsarbeit „Inhalt und Form von Pressefotos. Eine Untersuchung von Motiven und Darstellungsmodi in der fotografischen Politikberichterstattung der österreichischen Tagespresse“ (Lauß 2010) an.

Sabine Prokop beschäftigte sich, wie diese Forschungsarbeit, vor allem auf ikonologischer und ikonografischer Ebene mit dem Bild. Dafür schlägt sie für die Analyse von Bildern drei Arbeitsschritte vor: Beschreibung, Aussage und Wirkung (vgl. Prokop 2011: 192f).

Dass eine solche Vorgehensweise sinnvoll scheint, zeigt auch das Dreistufenmodell des deutschen Kunstwissenschaftlers Erwin Panofsky. Panofsky schlägt zur Analyse eines Bildes ebenfalls drei Arbeitsschritte vor: vorikonografische Beschreibung, ikonografische Analyse und die ikonologische Interpretation. Mit der vorikonografischen Beschreibung soll einfach alles beschrieben werden, was man auf dem Bild sieht. Die ikonografische Analyse setzt die gesehenen Objekte in Beziehung. Für diesen Arbeitsschritt benötigt man ein gewisses Vorwissen, um die gesehene Szene richtig zu deuten. Die ikonologische Interpretation soll hingegen die wirkliche Bedeutung des Bildes beschreiben. Dieser Arbeitsschritt setzt mehr voraus als eine bloße Vorkenntnis. Die ikonologische Interpretation setzt eine genaue Auseinandersetzung mit dem Kontext, in dem das Bild entstanden ist, voraus (vgl. Panofsky 1975:40f).

Ähnlich stellt sich das Modell von Sabine Prokop dar, das in dieser Forschungsarbeit mit einigen Modifikationen verwendet wurde, um die Pressefotografien zu analysieren. Die Dokumentation entlang der einzelnen Arbeitsschritte erfolgt dabei, aus Gründen der Verständlichkeit und wie von Prokop empfohlen, in einem sehr einfachen und kompakten Schreibstil. (vgl. Prokop 2010: 192)

Beschreibung: Im ersten Analyseschritt wird dabei grob dargestellt, was auf dem Bild zu sehen ist. Zustände, Umstände, Personen und die Räumlichkeiten werden beschrieben. Das geschieht möglichst neutral und ohne jegliche Interpretation. Es ist dabei zum Beispiel nur die Rede von Personen, ohne sie „MigrantInnen“ oder „Flüchtlinge“ zu nennen. Bei diesem Schritt wird auch auf den Aufbau des Bildes eingegangen. Wie zuvor erklärt, sind Perspektive und Planimetrie wesentliche Punkte bei der qualitativen Bildanalyse. Allerdings werden die Perspektive und die Planimetrie noch nicht interpretiert.

Aussage: Im zweiten Arbeitsschritt werden diese Zustände, Fakten, Personen und Räumlichkeiten in Verbindung gebracht. Aus einer Person, die Handschellen trägt, wird etwa ein Verhafteter. Aus einer Person mit Uniform, wird ein Polizist. Es wird auch die Funktion eines Raumes identifiziert oder die Handlung einer Person. Von einer Körperhaltung wird etwa darauf geschlossen, dass die Person geht.

Wirkung: Die Wirkung ist der subjektivste Arbeitsschritt und führt zur anschließenden Interpretation. Es wird in diesem Arbeitsschritt die Wirkung der Körperhaltungen und der Gesichtsausdrücke auf den Betrachter (hiermit ist der Autor gemeint, da es sich um eine subjektive Erfassung handelt) dokumentiert. Außerdem soll festgehalten werden, wie die Personen bezüglich ihres Umfeldes wirken: „ängstlich“, „fremd“, „vertraut“ usw. Dieser Arbeitsschritt wurde möglichst impulsiv durchgeführt, also ohne tiefere und lange Überlegungen. Damit solle eine relativ normale Lesesituation hergestellt werden.

„Kon-Text“: Ein weiterer Arbeitsschritt wurde noch hinzugefügt: „Kon-Text“. Diese Schreibweise wurde von Sarah Maria Lauß (2010) entlehnt. Die Schreibweise dieses Arbeitsschrittes erscheint als passend, wird doch davon ausgegangen, dass Bilder nicht für sich alleine stehen, sondern immer im Zusammenhang mit anderen Faktoren, etwa mit Texten, wirken. Sabine Prokop ist in ihrer Forschungsarbeit ebenfalls auf die Bedeutung der Text-Bild-Schere eingegangen. Genauer wird auf

das Verhältnis von Text und Bild im Kapitel 4.4 „Bild-Text“ eingegangen. Soviel sei jedoch verraten: Gerade in der Erforschung eines Diskurses spielt die Beziehung zwischen Bild und Text eine wichtige Rolle. In diesem Arbeitsschritt wurde also die Eingliederung des Bildes in die Seite und die Beziehung zu dem begleitenden Text dargestellt und hinterfragt. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Titel und den Vorspann des Artikels gelegt. Außerdem wurden der Bildtext und die Bildquelle berücksichtigt. Weil Titel, Vorspann und Bildtext besonders auf die LeserInnen wirken (vgl. Weber 2007:4) wurde der Inhalt des Artikels nur verkürzt dargestellt. Trotzdem wird auch der Artikel bei der Analyse berücksichtigt. Unter anderem soll dabei untersucht werden, ob die Hauptfiguren des Artikels überhaupt auf dem Bild zu sehen sind.

Anschließend wurden die Ergebnisse der Arbeitsschritte zusammengefasst und flossen in die Interpretation bzw. die Conclusio ein.

3 MigrantInnen, Flüchtlinge und andere „Fremde“- eine Definitionssuche

Um sich dem Forschungsfeld überhaupt annähern zu können muss hier der Begriff „MigrantInnen“ im Allgemeinen und „Flüchtling“ im Speziellen erklärt werden. Zum einen soll skizziert werden, wie die Begriffe in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung gesehen werden, welche Probleme und Diskussionen mit diesen Begriffen verbunden sind und, wie sie im Zuge dieser Forschungsarbeit dargestellt verstanden und weiter verwendet werden.

3.1 Wissenschaftliche Konzepte und rechtliche Definitionen

Obwohl Migrationen eng mit den historischen, kulturellen und sozioökonomischen Entwicklungen der Menschheit verbunden sind, gestaltet sich die Suche nach einer einheitlichen Definition, was denn nun „Migration“ bedeutet, und in weiterer Folge auch, wer als „MigrantIn“ definiert wird, als schwierig. So viele Auswirkungen und Ursachen Migration haben kann, so viele Auffassungen und Definitionen gibt es wohl auch von „MigrantInnen“. Fest steht, dass Menschen immer schon mobil waren, und es eigentlich zu unserem Alltag gehört, dass wir uns von A nach B bewegen. Trotzdem sind die Gründe, warum Menschen wandern, äußerst unterschiedlich (vgl. Kraler 2007: 10).

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade sieht Migration gar als Teil der „*Conditio humana* wie Geburt, Fortpflanzung, Krankheit und Tod.“ (Bade 2000: 11) Er sieht die Schwierigkeit, mit der MigrationsforscherInnen konfrontiert sind, darin, dass das Phänomen „Migration“ bereits so komplex ist, dass jeder Versuch einer Definition oder eines Erklärungsmusters bereits eine unglaubliche Vereinfachung des Prozesses erfordert. Er nennt mehrere Unterscheidungsmerkmale, anhand derer Migration gefasst werden kann. Gleichzeitig merkt er auch an, dass die Grenzen fließend sind (vgl. Bade 2000: 12). „Raumbezogen kann man, trotz vieler

Überschneidungen, z.B. Aus-, Ein- und Binnenwanderungen unterscheiden.“ (Bade 2000: 12). Diese räumlichen Kriterien unterscheiden etwa „Außenwanderungen“ und „Binnenwanderungen“. Dazu muss allerdings definiert werden, ob man nationalstaatliche Grenzen als Bezugspunkt nimmt, oder auch die Stadt-Land bzw. Stadt-Stadt-Migration darunter versteht (vgl. Kröhnert 2007: 3).

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal bietet die Frage nach den Gründen für die Wanderung. Diese Unterscheidung stellt sich allerdings als äußerst schwierig heraus, „[...] da Wanderungsgründe häufig vielschichtig und zudem kontrovers diskutierte Gegenstände politischer, juristischer oder moralischer Urteile sind.“ (Kröhnert 2007:4) Besonders umstritten ist hier die Unterscheidung zwischen freiwilliger und erzwungener. Wie im nächsten Punkt (Kapitel 3.2. „Asylsuchende- ein Sonderfall?“) kurz skizziert wird ist nämlich die Frage, wer, warum wandern muss, mit dem Recht auf Asyl verbunden. Das wiederum wird von potentiellen Zufluchtsländern als Privileg verstanden und wird auch als solches in der politischen Praxis gehandhabt.

Auch der Faktor „Zeit“ wurde als Definitionsgrundlage verwendet. So könnte man etwa eine dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes als Kriterium verwenden, oder auch eine nicht-permanente Migration miteinbeziehen. Wobei die Frage nach der Dauer, des Verbleibes geklärt werden müsste (vgl. Kröhnert 2007: 2).

Auch internationale Organisationen haben eigene Definitionen von Migration. „Die UNO definiert etwa eine/n internationale/n MigrantIn als eine Person, die ihren Ort des gewöhnlichen Aufenthalts – verstanden als jener Ort, wo er oder sie die tägliche bzw. wöchentliche Ruhe- und Freizeit verbringt – verlässt und sich in einem anderen Ort in einem anderen Staat niederlässt, so dass dieser der neue Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes wird.“ (Perchinig 2010: 1)

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) fasst den Begriff weiter: „The movement of a person or a group of persons, either across an international border, or within a State. It is a population movement, encompassing any kind of movement of people, whatever its length, composition and causes; it includes migration of refugees, displaced persons, economic migrants, and persons moving for other purposes, including family reunification.“ (IOM 2013)

Dirk Hoerder, Jan und Leo Lucassen haben in ihrem Beitrag zu einer Enzyklopädie zur Migration in Europa (2008) eine anschauliche Grafik abgebildet, die gleichzeitig

die Komplexität der Thematik und die Vielfalt der Definitionsmöglichkeiten veranschaulicht:

Tabelle: Typologie der Migrationen

Motiv	Erzwungen (zum Beispiel umweltbedingte Zwänge durch menschliche oder natürliche Um- weltzerstörung)	Flucht/Vertrei- bung (überwiegend weltanschaulich orientiert und kriegsbedingt)	Wirtschaftlich (auch als »Verbes- serungsmigrati- on« bezeichnet)	Kulturell (zum Beispiel Bildungsreisen, Umsiedlung im Rentenalter)
Distanz	Kürzere (lokal)	Mittlere (meist regional)	Größere Entfer- nung (meist internatio- nal, einschließlich kolonialer oder transozeanischer Migration)	
Richtung	Hinwanderung	Zirkulär	Multipel: in meh- rere Richtungen oder wiederholt an den gleichen Ort	Rückwanderung
Dauer des Aufenthalts	Saisonal	Mehrjährig	Arbeitsleben	Auf Lebenszeit
Sozio- ökono- mischer Raum	Ländlich- ländlich (zum Beispiel der Ausbau der Land- wirtschaft nach 1500, insbesonde- re in Osteuropa)	Ländlich- städtisch (Urbanisierung, die am besten bekannte Mi- grationsform in der europäischen Geschichte)	Städtisch- städtisch	Kolonial (Siedler, Händler, Soldaten, See- leute)
Wirtschaft- licher Sektor	Agrarisch (Siedler oder Bauern)	Gewerblich- industriell (Arbeit, ein- schließlich Wan- derungen von Gesellen)	Dienstleistungs- sektor (Dienstleistende, Pflegepersonal, Reinigungspers- onal, Soldaten, Seeleute, Händler und Verwaltungs- angestellte)	Elite (Beamte, freie Berufe und Ge- schäftsleute)

Abbildung 1: "Migrationstypologie"

Die Migrationsforschung bietet also verschiedene Erklärungsmuster. All jene Muster eint jedoch eine Schwäche: das fehlende Verständnis der Komplexität von dem gesellschaftlichen Phänomen "Migration" (vgl. Perchinig 2010:3). Die Wissenschaft befindet sich hier vielleicht sogar in einem unlösbaren Dilemma, denn sie gesellschaftliche Phänomene abstrahieren, um dann mit diesen Konzepten arbeiten zu können. Ob dieses herunterbrechen im Falle von „Migration“ sinnvoll ist, darf bestritten werden. Es lässt sich zum Beispiel nicht einmal in einem Erklärungsmuster die ganze Komplexität für den Wanderungsgrund herausarbeiten. Selbst wenn man sich etwa nur auf das Motiv für die Wanderung bezieht, ist es vermutlich nahezu unmöglich, eine klare Antwort für den Migrationsgrund zu finden. Denn „[...] the motivation for individuals to migrate is often mixed.“ (Brochmann/Hammar 1999: 7)

Durch die verschiedenen Auffassungen, was denn nun MigrantInnen ausmacht, ergeben sich auch unterschiedliche politische Konzepte, die aus diesen verschiedenen Definitionen abgeleitet werden. Gerade im Zeitraum, der in dieser Arbeit untersucht wird, war die Migrationspolitik in der EU noch von einer politischen Heterogenität geprägt (vgl. Brochmann/Hammar 1999). Dieser Umstand verwundert wenig, wenn man bedenkt, dass auch die quantitative Erfassung von MigrantInnen alles andere als einheitlich ist. Selbst in einem Land kann es unterschiedliche Erhebungen über MigrantInnen geben, wie das österreichische Beispiel zeigt. In Österreich versuchen etwa das Zentrale Melderegister, die Zentrale Fremdenpolizeidatei, Asylwerberinformationssystem und die Statistik Austria verschiedene Bewegungen von Menschen zu erfassen und greifen dazu auf unterschiedlich Kriterien und Quellen zurück. Eine Abgleichung zwischen den verschiedenen Datenbanken gibt es bis dato noch nicht (vgl. Bilger/Kraler 2006: 565ff).

3.2 AsylbewerberInnen- ein Sonderfall?

Eine besondere Rolle in der Diskussion nimmt der Begriff des „Flüchtlings“ ein, der in der weiteren Arbeit noch genauer berücksichtigt wird. Deshalb wird hier untersucht, ob hier eine klare Definition zu finden ist. Auch hier zeigt sich nach kurzer Recherche, dass keine einheitliche Definition zu finden ist. Zwischen verschiedenen Staatengemeinschaften bestehen unterschiedliche Vorstellungen. So hat die Organisation of African Unity (OAU) eine eigene Definition, wonach jene Ereignisse Fluchtgründe sind, „[...] welche die öffentliche Ordnung in einem Teil des Landes oder dem gesamten Land ernsthaft stören [...]“ (OAU Articul 1. 1984 zitiert nach Nuscheler 2004: 195). Auch für einige Länder Zentral- und Mittelamerikas gibt es eine Definition: die Deklaration von Cartagena. Laut dieser sind Flüchtlinge jene Menschen, die flüchten „[...] weil ihr Leben, ihre Sicherheit oder ihre Freiheit durch weitverbreitete Gewalttätigkeit, ausländische Aggression, Besetzung oder Fremdherrschaft, innere Konflikte, massive Verletzungen der Menschenrechte oder andere die öffentliche Ordnung wesentlich beeinträchtigende Umstände bedroht sind.“ (Deklaration von Cartagena 1984 zitiert nach Nuscheler 2004:195)

Die Definition, welche für Österreich am bedeutendsten ist, ist in der Genfer Flüchtlingskonvention festgeschrieben. Sie beinhaltet gleichzeitig auch einen der engsten Flüchtlingsbegriffe. In der Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 und dem New Yorker Zusatzprotokoll aus dem Jahre 1967, gelten als Flüchtlinge jene Menschen, die aus politischen, rassistischen, religiösen oder ethnischen Gründen verfolgt werden (vgl. GFK Protokoll 1967). Das ist insofern relevant, als Österreich nach dieser Definition den Status des Flüchtlings vergibt, also Asyl gewährt, bzw. subsidiären Schutz bietet.

MigrationswissenschaftlerInnen kritisieren gleichzeitig, dass jene so genannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Umweltflüchtlinge“, die meist in einer negativen Verbindung im Migrationsdiskurs genannt werden, mit diesen Definition nicht gefasst sind, und dadurch auch keinen Schutz genießen, sondern vielmehr als „Asylbetrüger“ und „Scheinasylanten“ wahrgenommen werden (vgl. Parlamentkorrespondenz 01/12.03.2009Nr. 206). Die ehemalige Innenministerin, Maria Fekter (ÖVP), bezeichnete Wirtschaftsflüchtlinge gar als „Kurgäste“ (Maria Fekter zitiert nach diePresse.com 27.11.2008).

Gleichzeitig sehen Migrationswissenschaftler die Veränderung der Umwelt, Naturkatastrophen oder eine prekäre wirtschaftliche Situation sehr wohl als Fluchtgrund und plädieren dafür, dass der Flüchtlingsbegriff breiter gefasst wird (vgl. Black 2001:14; Castles 2002:80; Düvell 2006:18).

Es steht also fest, dass es davon abhängt, welche Kriterien ich definiere, um MigrantInnen zu definieren. Eine solche Definition wäre allerdings wenig hilfreich, wenn der Diskurs über MigrantInnen untersucht werden soll. Denn in den Medien, werden keine genaueren Definitionen gemacht, wer als MigrantIn gilt. Dieses Erkenntnis muss in der weiteren Arbeit berücksichtigt werden. Deshalb werden in dieser Arbeit jene Personen als „MigrantInnen“ und in weiterer Folge als „Flüchtlinge“ definiert, die als solche von dem Medium „Die Presse“ präsentiert werden. Dabei spielt vor allem die Beziehung von Bild und Text eine wesentliche Rolle, wie im Kapitel 7.1 „Auswahl der Pressefotografien“ näher erklärt werden soll.

3.3 Wer ist hier „fremd“?

Trotz des Definitionsdschungels, wer nun MigrantIn oder Flüchtling, oder vielleicht beides ist, scheint es in der Öffentlichkeit eine Vorstellung davon zu geben. Vielleicht spielt es auch keine Rolle, ob es sich tatsächlich um MigrantInnen oder Flüchtlinge handelt. Es scheint in der öffentlichen Diskussion eher eine Rolle zu spielen, dass es sich dabei um „Fremde“ handelt oder sie zumindest so empfunden werden (vgl. Wodak/Köhler 2010). Ein Begriff, der nicht weniger umstritten ist, als die beiden bereits vorgestellten.

In der Philosophie gibt es eine interessante Diskussion über die Erklärungsversuche, wer nun „fremd“ in einer Gesellschaft ist, oder so wahrgenommen wird. Vor allem seit dem Zeitalter der so genannten Aufklärung werden folgende Fragen heftig auf einer philosophischen Ebene thematisiert: Wann wird man als „fremd“ empfunden? Kann man „Fremde“ überhaupt definieren und wenn ja, wie? (vgl. Kristeva 1990: 139f)

Wenn man dem Philosophen Georg Simmel glaubt, dann ist „der Fremde“ (Simmel 1987:63) unausweichlich mit dem Wandern verbunden. Allerdings hat sich mittlerweile die Diskussion verlagert: „Es ist hier also der Fremde nicht in dem bisher vielfach berührten Sinn gemeint, als der Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern als der, der heute kommt und morgen bleibt-sozusagen der potenziell Wandernde, der, obgleich er nicht weitergezogen ist, die Gelöstheit des Kommens und Gehens nicht ganz überwunden hat.“ (Simmel 1987:63) Es scheint also, als würde sich „der Fremde“ in der Schwebe befinden. Fest steht allerdings, dass „fremd“ auch immer eine soziale Konstruktion ist (vgl. Singer 1997: 50).

Eine interessante, wenn auch nicht unumstrittene Überlegung, stellte dazu auch der polnische Philosoph und Soziologe Zygmunt Bauman an. Bauman beschäftigte sich mit dem „Fremdsein“, weil ihn dieses Thema aufgrund seines persönlichen Schicksals ein Leben lang begleitet. Bauman überlebte den Terror der Nationalsozialisten und musste nach dem Krieg aus politischen Gründen seine Heimat Polen verlassen. Bauman emigrierte nach Israel bis er 1971 einen Lehrstuhl an der Universität in Leeds erhielt. Wie bereits erwähnt, flossen in seine Werke vor allem die eigenen Erfahrungen, als „Fremder“ in einem fremden Land zu sein, ein.

In seinem Aufsatz „Moderne und Ambivalenz“ beschreibt Bauman, wie sich die Moderne eine unlösbare Aufgabe gestellt hat, an der sie täglich scheitert. Nämlich die Welt durchschaubar zu machen. Das Scheitern an dieser Aufgabe ergibt sich, laut Bauman, daraus, weil sie die grundsätzliche Ambivalenz der Welt und die Zufälligkeit unserer Existenz, unserer Gesellschaft und unserer Kultur leugnet. Jeder Versuch diese Tatsachen aus der Welt zu schaffen, hat, laut Bauman, immer nur neue Ambivalenz erzeugt. Er spricht von einem Teufelskreis, der schließlich mit dem Nationalsozialismus in den Versuch mündete, alles Ambivalente zu vernichten. Bauman spricht davon, dass sich erst die Postmoderne damit abgefunden habe, dass es wohl diese Ambivalenz gibt und es sinnlos ist, diese zu ändern. Laut Bauman liegt in diesem Eingeständnis auch die Erkenntnis, dass die Ambivalenz des menschlichen Lebens und Schaffens gleich bedeutend mit der Freiheit des Menschen ist (vgl. Bauman 1991: 23f).

Eine Hauptaufgabe dieses Aufsatzes besteht darin, die Position der „Fremden“ zu orten. Laut Bauman gibt es eine Dialektik zwischen Freunden und Feinden. Sie bedingen sich also. Es gibt nur „Freunde“ wenn es „Feinde“ gibt und umgekehrt. Bauman weist darauf hin, dass, wie Simmel schon geschrieben hatte, die Existenz von „Freunden“ und „Feinden“ ein Merkmal einer jeden Vergesellschaftung sei. Die Wahrnehmung, sei es von einem Kollektiv oder von einem Individuum, seines Umfelds in den Kategorien „Freunde“ und „Feinde“, sei also in jeder Gesellschaft vorhanden bzw. notwendig, damit diese überhaupt als Gesellschaft bezeichnet werden kann. Wobei sich diese Kategorien nicht auf gleicher Augenhöhe begegnen. Die „Freunde“ (die Subjekte) würden entscheiden, wer zu den „Feinden“ (Objekten) gehört (vgl. Bauman 1991: 30f; Singer 1997:35f).

Der „Fremde“ stünde allerdings zwischen diesen Kategorien. Er bewegt sich zwischen „Freund“ und „Feind“ und lässt sich nicht genau definieren, da man nichts weiß über den „Fremden“. Dies mache den „Fremden“ noch gefährlicher als den „Feind“. Denn genau dadurch, dass der „Fremde“ auf die Sinnlosigkeit des Kategorisierens in „Freund“ und „Feind“ hinweist, zerstört er die gesellschaftliche Wahrnehmung und ist deshalb unheimlicher als der „Feind“. Der „Fremde“ bringt also das soziale Leben durcheinander weil er nicht zuordenbar ist. Der Nationalstaat fördere dieses kategorische Denken und somit auch die Ablehnung bzw. Assimilierung des „Fremden“. Diese Kategorisierung sei vor allem ein

Machtinstrument des Staates. Die Einteilung von „Freund“ und „Feind“, „Passendem“ und „Unpassendem“, „Wertvollen“ und „Wertlosem“ und auch die Bedingungen zu formulieren, unter denen ein Übergang vom zweiten zum ersten möglich sei, ermöglicht dem Staat sein Machtmonopol. Die Assimilierung und die Verbindung von kultureller Identität und Staatszugehörigkeit, sei also ein typisches Phänomen der Moderne (vgl. Bauman 1991: 45f).

3.4 MigrantInnen in Österreich

Während des Untersuchungszeitraums war die Anzahl der ausländischen Einwohner in Österreich weitgehend stabil, stieg aber ständig und leicht an. Während im Jahr 2000 701.768 Einwohner nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten, waren es im Jahr 2003 759.576. Die größte Gruppe bildeten dabei die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien (vgl. Krzyzanowski/Wodak 2009:187). Etwas anders verhielt es sich zwischen 2000 und 2003 bei den positiven erledigten Asylanträgen in Österreich. Im Jahr 2000 wurden von 18.284 Anträgen auf Asyl 1002 positiv erledigt. Drei Jahre später wurden 32.359 Anträge gestellt. 1820 Asylsuchende bekamen einen positiven Bescheid. 3839 Asylsuchenden wurde subsidiärer Schutz gewährt – im Jahr 2000 gibt es darüber keine Zahlen (vgl. Langthaler/Trauner 2009: 7).

Diese Menschen und jene, die als „Fremde“ kategorisiert wurden, hatten und haben in Österreich mit Ressentiments und Vorurteilen zu kämpfen (Krzyzanowski/Wodak 2009; Unzicker 2013). Dabei zeigt sich in ähnlicher Weise, dass „Diversität“ und „Vielfalt“ in Österreich eher als Konfliktpotential, denn als Bereicherung wahrgenommen wird. „Unterstrichen wird dieses Bild der deklarierten Antipathie dadurch, dass in Österreich im Vergleich mit den westeuropäischen Demokratien der höchste Unerwünschtheitswert bei allen drei MigrantInnen-Gruppen zu finden ist – gegenüber Zugewanderten/ausländischen ArbeiterInnen, Muslimen und Menschen anderer Hautfarbe.“ (Rosenberger/Seeber zitiert nach Medienservicestelle 2012) Ausschlaggebend für Vorurteile sei vor allem der Bildungsgrad: „Pessimistischer beurteilen die Situation die 60- und Mehrjährigen, Personen mit niedriger Schulbildung, Hilfs- und angelernten Arbeiter sowie Befragte in den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich und Steiermark. Das Geschlecht der Befragten sowie

die Kontakthäufigkeit mit Zugewanderten spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Die Kontakthypothese, wonach der tägliche Umgang mit der zugewanderten Bevölkerung zur Kooperation und zum Verständnis beiträgt, war 2012 in der Tendenz gegeben, wenn auch nicht stark ausgeprägt.“ (Statistik Austria 2012: 88)

Wie das folgende Kapitel zeigt, kommt den Medien bei der Bildung einer öffentlichen Meinung über MigrantInnen, „Fremde“ und Flüchtlinge eine wesentliche Rolle zu.

3.5 MigrantInnen in den Medien

MigrantInnen sind ein Teil unserer Gesellschaft und werden somit auch von den Medien dargestellt bzw. als potentielle LeserInnen wahrgenommen. Dabei zeigt sich ein Phänomen: über MigrantInnen wird entweder stark negativ berichtet oder mit „starrer Political Correctness.“ (Bernd Ulrich zitiert nach Bax 2013) So lautet zumindest das Resümee des Chefredakteurs von „Die Zeit“, der sich in der jüngeren Vergangenheit dafür ausgesprochen hat, mehr JournalistInnen mit so genanntem Migrationshintergrund einzustellen (vgl. Bax 28.5.2013).

In Deutschland scheint man sich dieses Umstandes zunehmend bewusst zu werden, was auch die ausführliche Forschungsarbeit „Migrantinnen in den Medien“ (Lünenborg et al. 2011) zeigt. Obwohl bereits seit den 1930er in den USA das öffentliche Bild von Minderheiten untersucht wurde, hat die wissenschaftliche Betrachtung der Rolle von MigrantInnen in den deutschsprachigen Medien erst seit den 1990ern einen Aufschwung erlebt (vgl. Lünenborg et al. 2011; Ruhrmann/Demren 2000). Insgesamt steckt allerdings diese Thematik im Vergleich zu anderen Forschungsschwerpunkten in den Kinderschuhen. Nur wenige Arbeiten geben tatsächlich einen breiten und interdisziplinären Überblick zu diesem Thema (vgl. Lünenborg et al. 2011).

Dabei wäre die Frage nach der Darstellung von MigrantInnen in den Medien eine spannende. Viele der bisher publizierten Arbeiten zeigen auf, dass über MigrantInnen tendenziell negativer berichtet wird. Etwa der Zusammenhang zwischen „Kriminalität und Ausländer“ wird demnach gefestigt (vgl. Lünenborg et al. 2011: 23). Untersuchungen aus Deutschland zeigen, dass dabei auch die Gruppe

der MigrantInnen durchaus nicht einheitlich dargestellt wird. So wird unterschieden zwischen AsylbewerberInnen und MigrantInnen. Außerdem spielen die Herkunftsländer der Menschen eine entscheidende Rolle bei der Darstellung (vgl. Lönenborg et al. 2011: 23). Die MigrantInnen werden in den Medien dabei selten als Handelnde dargestellt, sondern vielmehr als Objekte präsentiert. Interessant ist dabei der Vergleich mit der Berichterstattung in anderen Sprachräumen und Ländern. Eine Studie zeigte etwa, dass die mexikanische Minderheit in den USA weit mehr als handelnde und eigenständige Personen dargestellt werden, als Menschen mit einem türkischen Migrationshintergrund in Deutschland (vgl. Lönenborg et al. 2011: 23).

Eine Untersuchung des Integrationsfonds zeigt, dass vielen JournalistInnen dieses Problem sogar bewusst ist: „[...] (85 Prozent) der Befragten kann als problembewusst und differenziert denkend beschrieben werden. Die Gruppe der „Problembewussten“ bewertet die Darstellung der MigrantInnen in den österreichischen Medien als problematisch, weil MigrantInnen häufig mit negativen Ereignissen wie Kriminalität (Drogen, illegale Zuwanderung, Raub, Mord, Schlepperbanden), Problemen im Bildungssystem, im Wohnungsbereich und mit fehlender Integrationswilligkeit in Verbindung gebracht werden.“ (Zauner 2010)

In der jüngeren Vergangenheit gibt es immer mehr Projekte, die dieses Muster aufbrechen wollen. Das Wiener Gratis-Magazin „das biber-mit scharf“ beschreibt sich etwa selbst als „[...] ein Pionierprojekt in der österreichischen Medienlandschaft: Das erste transkulturelle Magazin für neue Österreicher.“ (dasbiber o. J.)

4 Das Bild-emotionales Bindeglied zwischen Medium und LeserIn

Im folgenden Kapitel soll intensiver auf die Bedeutung des Bildes eingegangen werden. Außerdem soll versucht werden, eine genauere Definition zu finden, von welcher Art von Bildern im Zuge dieser Arbeit zu sprechen sein wird. Denn so sehr wir auch umgeben sind von visuellen Eindrücken, so sehr ist oft unklar, wie man in der Forschung damit umgehen soll. Nicht zuletzt deshalb, weil der Bildbegriff so vielfältig ist, dass er als Untersuchungsgegenstand beinahe zu unübersichtlich erscheint (vgl. Müller 2003: 13).

4.1 Das Bild als Untersuchungsgegenstand

Bilder sind einer der ältesten menschlichen Kulturtechniken. In den letzten Jahren nahm die „Bilderflut“ immer mehr zu. Mittlerweile umgeben uns Bilder permanent in unserem Leben. Der deutsche Filmkritiker Peter Buchka, der weit über die Grenzen seines Landes als einer der wichtigsten Filmjournalisten galt, sprach sogar davon, dass das Bild „der wichtigste Rohstoff des nachmateriellen Zeitalters“ (Buchka zitiert nach Schragl 1997: 1) sei.

Es verwundert also nicht, dass sich auch die Wissenschaft intensiv mit Bildern beschäftigt. Im Zuge der Erforschung visueller Gebilde, ihrer Deutungsweise und ihre mögliche Auswirkungen auf die Gesellschaft, gab es einige maßgebliche Richtungswechsel im wissenschaftlichen Diskurs. Die Wissenschaft musste dabei allerdings Neuland betreten. Die bewährten Methoden bei der Analyse von Texten, können hier nur scheitern, denn „[...] visuelle Eindrücke werden von dem menschlichen Sinnesapparat anders verarbeitet als Informationen in Textform. Bilder werden auch auf andere Weise erinnert und im persönlichen wie im kulturellen Gedächtnis gespeichert.“ (Müller 2003: 13)

Nach wie vor herrscht Uneinigkeit, welche genaue Rolle man den visuellen Ausdruckformen in der Wissenschaft eingestehen will. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wird von mehreren „turns“ gesprochen. Diese „turns“ symbolisieren entscheidende Veränderungen bezüglich der Bedeutung von Bildern in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Es wird dabei vom „imagic turn“, dem „pictorial turn“, „iconic turn“ und dem „visualistic turn“ gesprochen. Spätestens nach dem „pictorial turn“ und dem „iconic turn“ in den Kultur- und Sozialwissenschaften Anfang der 1990er haben die visuellen Darstellungen für die sozialwissenschaftlichen Forschung an Wert gewonnen und werden seither, gegenüber dem Text, als ebenbürtige Quelle gesehen. Diese beiden Wendungen fokussieren dabei unterschiedliche Eigenschaften und Wirkungen von Bildern. Vor allem der „pictorial turn“, der zum Beginn der 1990er eintrat, war für die Bildwissenschaften von großer Bedeutung. Es war eine Zeit, in der das Bild einen immer größeren Stellenwert in der Gesellschaft bekam (vgl. Friedrich/Jäger 2011; Bernhardt et al. 2009: 15f). Die oft geäußerten Sorge, das Bild würde gegenüber dem Text als wesentliches Analysegegenstand gesellschaftlicher und soziokultureller Phänomene immer mehr in den Vordergrund treten, wird dabei nicht von allen WissenschaftlerInnen geteilt. Auch William John Thomas Mitchell und Gottfried Boehm, jene Forscher, welche den *iconic turn* erkannt und skizziert haben, sehen in dem Verhältnis zwischen Bild und Text keinen Widerspruch, sondern verstehen die beiden Analyseeinheiten als gegenseitige Ergänzung (vgl. Bachmann-Medick 2008:10f). Genau wie ein Textanalyse versucht auch die Analyse eines Bildes der Frage nachzugehen: „[...] wovon sich wer auf welche Weise zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort (k)ein Bild machen kann.“ (Maasen et al. 2006: 8)

Es gibt allerdings auch WissenschaftlerInnen, welche kritisieren, dass es eben keine visuellen Kommunikationswissenschaften gibt, sondern sich ExpertInnen aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen zwar unter großem Interesse mit dem Thema beschäftigen, aber zu einem Großteil nur an der Oberfläche kratzen: „Visuelle Kommunikationsforschung ist (noch) keine Expertenwissenschaft. Mit Bildkommunikation beschäftigen sich häufig Menschen, die eher ein generelles Interesse an dem Medium Bild mitbringen, und die weniger erwarten, in ein detailbefrachtetes Gebiet vorzudringen.“ (Müller 2003: 9)

Und das, obwohl selbst über den Begriff „Bild“ noch keine einheitliche Definition gefunden wurde. Viele komplexe und weniger ausgereifte Definitionen und wissenschaftliche Vorstellungen, was ein Bild alles sein kann, hat es in den noch recht jungen visuellen Kommunikationswissenschaften und anderen Disziplinen gegeben. Ein möglicher Versuch wäre jener, von der Wissenschaftlerin Marion G. Müller: „Gegenstand visueller Kommunikationsforschung sind materielle und immaterielle Bilder. Dabei geht die Forschung zunächst von den konkreten materiellen Abbildern aus. Rein immaterielle Bilder, die keine Vergegenständlichung erfahren, sind nicht Teil visueller Kommunikationsforschung.“ (Müller 2003: 20)

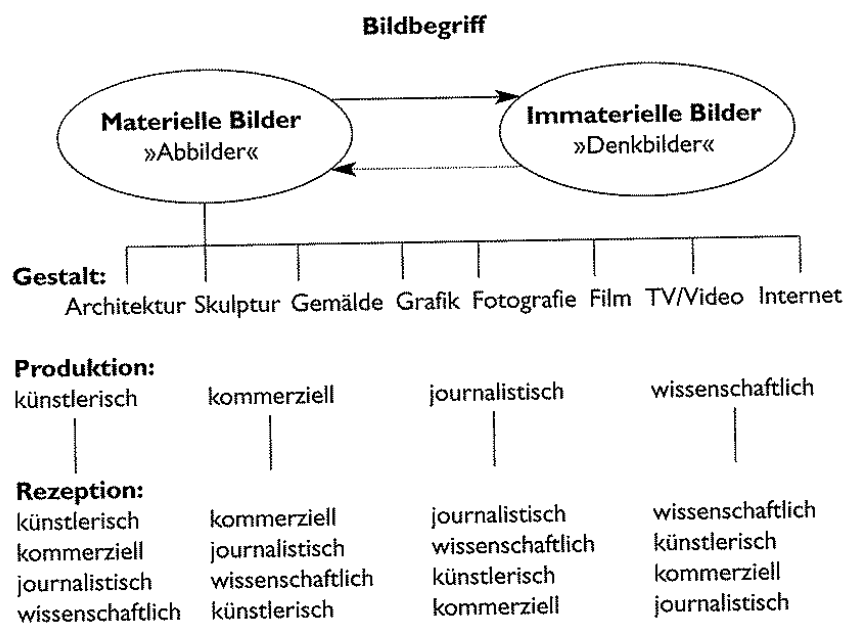


Abbildung 2: "Bilder in der visuellen Kommunikationsforschung"

4.2 Fotografien in Printmedien

Streng genommen muss in dieser Forschungsarbeit nicht von Bildern gesprochen werden, sondern von Fotografien. Der Begriff kann noch stärker eingegrenzt werden, in dem man von Pressefotografien spricht. Die besonderen Merkmale einer Pressefotografie können unter anderem wie folgt definiert werden: Zum einen beinhaltet eine Pressefotografie das Merkmal der Veröffentlichung. Sie muss also

potentiellen BetrachterInnen zugänglich gemacht werden. Außerdem definiert sich eine solche Fotografie über die Zweckbestimmtheit, also ihrer Funktion als Informationsquelle. Das dritte Merkmal ist die Art der Veröffentlichung. Die Pressefotografie wird nicht auf einem Plakat oder einem Flugblatt wiedergegeben, sondern in einem Medium (vgl. Wildfellner 2008: 31). Bezüglich der genauen Funktionen und Formen von Pressefotografien gibt es allerdings ebenfalls keine einheitliche wissenschaftliche Meinung.

Vielmehr gibt es bezüglich des Bildjournalismus, dessen wesentliche Ausdrucksform die Pressefotografie ist, zahlreiche Definitionsversuche. Sie orientieren sich in einem handlungstheoretischen Kontext vor allem an dem Berufsfeld „Bildjournalismus“ (vgl. Grittmann 2007: 34).

Trotzdem nehmen viele wissenschaftliche Disziplinen die Fotografie als Ausgangspunkt oder als Bereicherung ihrer Forschung. Kunst-, Kommunikations-, oder Kulturwissenschaften erforschen dieses Medium, sein Bedeutung und seine Wirkung, seit es möglich ist zu fotografieren. Mit Fotografien kann deshalb in so viele Disziplinen gearbeitet werden, weil sie als Kunstgegenstand verstanden werden. Dabei steht vor allem die Ästhetik, Aufbau und Komposition der Fotografie im Vordergrund. Andererseits sind Fotografien auch ein Produkt, das im Journalismus vor allem in Massenmedien eingesetzt wird (vgl. Grittmann 2007: 55f; Lauß 2010: 3).

Im historischen Kontext wird allerdings erkennbar, dass die beiden Pole weniger gegenüberstehen, als vielmehr durch die Pressefotografie verbunden werden: „Einst war es die Kunst, die politische Weltanschauungen einem kleinen Zirkel versinnbildlichte, heute ist es die Pressefotografie, die entscheidend zur Entstehung einer visuellen Öffentlichkeit beiträgt.“ (Grittmann 2007: 13)

Wie wichtig Pressefotografien heute für Medien und LeserInnen sind, bringt die langjährige Journalistin Sybille Hamann treffend auf den Punkt: „Jeder, der jeden Tag Worte produziert, weiß, dass das Bild das stärkere Mittel ist.“ (Hamann 2007:73)

Warum dies so ist, zeigt die Untersuchung des Kommunikationswissenschaftlers Stefan Weber. Er führte im Rahmen des Kuratoriums für Journalistenausbildung eine „Blickaufzeichnungsstudie“ unter regelmäßigen Zeitungslesern durch. Dabei wurde mittels einer Kamera den Blicken der Probanden gefolgt. Weber wollte somit untersuchen, wohin der Blick der LeserInnen zuerst fällt. Das Ergebnis zeigt

eindeutig, dass Bilder in der heutigen Medienwelt nicht mehr wegzudenken sind: „In zwei von drei Fällen schauen Zeitungsleser zu allererst auf ein Bild, wenn sie mit der Lektüre einer Zeitungsseite beginnen. Exakt 67,5 Prozent der ersten Blicke der Probanden wanderten zu einem Bild, meist zum dominanten Aufmacherbild. Damit sind Bilder die wichtigsten ‚Eye Catcher‘ einer Seite. (Das bedeutet aber nicht, dass Texte weniger relevant wären.)“ (Weber 2007:2) Weber untersuchte mit seinem Team vor allem das Leserverhalten bezüglich der Boulevardmedien „Kronen Zeitung“ und „Österreich“. Als weiteres Ergebnis seiner Untersuchung kristallisierte sich heraus, dass etwa 58 Prozent der LeserInnen nur auf Bilder und Überschriften achteten, ohne auf die weiteren Texte einzugehen. Weitere 33 Prozent beachteten auch die Bildtexte. Der Artikel wurde überhaupt nur von 9 Prozent gelesen (vgl. Weber 2007: 2f). Es zeigt sich also, welche wichtige Rolle Fotografien in den Medien haben. Doch auch diese Bilder müssen Kriterien erfüllen, um für die LeserInnen attraktiv zu gelten: „In der qualitativen Auswertung der Blickverlaufsvideos konnte zudem festgestellt werden, dass der Human-Interest-Faktor ein wesentliches Kriterium ist, wenn es um den Einstieg ins fokussierte Lesen geht. Bilder mit Gesichtern (auch von eher unbekannten Personen) werden gegenüber anderen Bildern als ‚Eye Catcher‘ bevorzugt.“ (Weber 2007: 3)

4.3 Fehlende Realität und die Bildung von Stereotypen

Entgegen der nicht einheitlichen Definition von Pressefotografien findet man jedoch immer wieder die Auseinandersetzung mit dem Spannungsverhältnis zwischen Fotografie und Realität in der wissenschaftlichen Literatur. Dieses Spannungsfeld bekommt vor allem in Verbindung mit Webers Untersuchung Gewicht. Wieso können Bildern für LeserInnen so wichtig sein, obwohl sie in einer kritischen Auseinandersetzung auch immer als konstruiert gesehen werden können?

Eine mögliche Antwort liefert die Wissenschaftlerin Claudia Gabriele Philipp, die sich mit der Authentizität von Fotografien beschäftigte. Sie kommt zu dem Schluss, dass Bilder vermutlich deshalb als Abbild der Realität gesehen werden, weil der Produzent dieser Fotografie nicht auf dem Foto zu sehen ist: „Die der Fotografie immer wieder bescheinigte Abbildungsfunktion wird, so Philipp, dadurch erzeugt, dass es keinen

Kontakt mit dem Betrachter gebe und damit eine ‚Nicht-Existenz des Erzählers‘ vermittelt werde.“ (Grittmann 2007: 118)

Doch gerade diese angebliche Abbildungsfunktion der Realität wird vielfach kritisiert. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass es sich bei Fotografien um Konstruktionen handelt. Die Kommunikationswissenschaftlerin Elke Grittmann sieht diese Konstruktion in dem Moment erfüllt, in dem der Auslöser der Fotokamera gedrückt wird. Denn „wenn Pressefotografen auf den Auslöser drücken, sind schon eine Reihe an Entscheidungen gefallen, die sie zu verantworten haben.“ (Grittmann 2003: 124) Die Fotografinnen haben dann ein Motiv gewählt, eine Kamera, ein Objektiv und viele weitere Entscheidungen getroffen. Es sind alles Dinge, die diese vermeintliche Abbildung der Realität beeinflussen können (vgl. Grittmann 2003: 124). Spätestens ab der Digitalisierung und den neuen technischen Möglichkeiten, die im Bereich der Fotografie und der Bildbearbeitung möglich sind, sind Manipulationen von Bildern, also dessen was von vielen LeserInnen als Abbild der Realität wahrgenommen wird, einfach zu bewerkstelligen. Grittmann gibt jedoch zu bedenken, dass die Empörung über solche Manipulationen ein Hinweis dafür sein könnten, dass der Journalismus an der wahrheitsgemäßen Berichterstattung festhält (Grittmann 2007: 36).

Mit der Frage nach der Abbildung der Realität in Massenmedien betritt man ein umstrittenes Terrain. Denn auch Massenmedien stehen immer wieder im Verdacht, die Realität zu konstruieren: „Massenmedien gestalten durch Selektion und Darstellung einen Rahmen für Kommunikation.“ (Rhombert 2008:158)

Wie zahlreiche Beispiele zeigen, können Bilder eine eigene Dynamiken entwickeln. Die bloße Fotografie entwickelt sich dann zu einer „Fotoikone“. Davon kann man sprechen, wenn die Pressefotografie „[...] über einen außerordentlichen Bekanntheitsgrad verfügt und in ihrer Bedeutung über sich selbst hinausweist.“ (Schrägl 1997: 3) Ein Beispiel ist die berühmte Fotografie von Ernesto Che Guevara. Es gehört zu den meist kopierten Fotografien und wurde auf Postern, Buttons, Stickern oder T-Shirts gedruckt. Gleichzeitig aber handelt es sich dabei schon lange nicht mehr um ein bloßes Abbild des kubanischen Revolutionsführers Ernesto Che Guevara, sondern transportiert eine Botschaft, die in manchen Teilen der Welt mittlerweile universell lesbar ist.

Es scheint so, als wäre niemand davor gefeit, durch die Brille der Vorurteile die Welt zu betrachten und diese bestimmten Blickwinkel in der Bildung von Stereotype zu manifestieren: „Wir nehmen die Realität anhand zuvor festgelegter Stereotype oder Scheingewissheiten oder ‚verselbständigtem‘ Wissen wahr, um die Komplexität der Welt zu vereinfachen. Dabei werden bei der Informationsaufnahme und -verarbeitung unbewusst Image-bejahende Informationen überschätzt und Image widersprechende Information ausgeblendet bzw. kognitiv unterbewertet.“ (Schleicher 2009 :68)

Ein Grund dafür könnte die „Janusköpfigkeit“ des Bildes sein, die bereits der Hamburger Kunstwissenschaftler und Kunsthistoriker Andy Warburg formulierte: „Warburg dessen Denken weniger in theoretischen Schriften, als im Wirken und im Nachleben seiner Kulturwissenschaftlichen Bibliothek deutlich wird, erkannte zwei Aspekte des Bildbegriffs, die er jedoch sicherlich nicht so banal gefasst hätte, wie dies im Folgenden der Verständlichkeit halber getan wird. Bilder sind janusköpfige Phänomene: In ikonografischer Tradition kann unterschieden werden zwischen dem Abbildcharakter und dem Denkbildcharakter von Bildern“ (Müller 2003: 20) Darunter wird verstanden, dass Abbilder und Denkbilder zusammengehören. Wobei zu jedem Abbild ein Denkbild gehört, umgekehrt allerdings nicht. Das reale Bild auf dem Papier, auf dem Werbeplakat, im Buch, in der Zeitung ist also stark verbunden mit Bildern in unseren Köpfen. Sie beeinflussen sich gegenseitig und durch das Betrachten eines Bildes, werden in unserem Kopf, in unserer Vorstellung und Fantasie wiederum andere Bilder produziert.

Wie stark solche Bilder und Vorstellungen wirken können, zeigte eine Studie von Corell und Kollegen im Jahr 2002. Bei dieser Untersuchung wurden den Probanden Bilder von Männern gezeigt, die entweder eine Waffe oder einen harmlosen Gegenstand in der Hand halten. Die Probanden sollten bei den bewaffneten Männern einen Knopf drücken, auf dem „Schießen“ stand, bei Unbewaffneten sollten sie den Knopf „Nicht schießen“ drücken. Die Entscheidung sollte schnell fallen. Man wollte dadurch eine Situation nachstellen, in der PolizistInnen etwa einen Verdächtigen verfolgen und schnell über den Waffengebrauch entscheiden müssen. Das Ergebnis der Studie zeigte eindeutig, dass die Hautfarbe der gezeigten Männer, eine Auswirkung auf die Schusswahrscheinlichkeit hatte. Solle Stereotype müssen uns dabei gar nicht immer bewusst sein (vgl. Krings/Schmid-Mast 2008: 35).

Stereotype können wie Bilder eine Art Eigendynamik entwickeln und sind gleichzeitig Ergebnisse und Ursache eines gesellschaftlichen und politischen Diskurses. Den Medien kommt hier eine wichtige Rolle zu. Sie tragen zur Bildung und Verbreitung von Stereotypen wesentlich bei. Vor allem Medien, deren visuelle Präsentation im Mittelpunkt steht, kommt hier eine besondere Gewichtung zu (vgl. Hort 2007: 90).

Von den Medien kann man diesbezüglich keine Rücksicht erwarten. Stuart Hall etwa beschreibt in seinem Artikel „Die Konstruktion von ‚Rasse‘ in den Medien“ (Hall 1989: 150) ausführlich wie sehr Medien als Teil der Gesellschaft den Rassismus verbreiten, in dem sie sich jenen rassistischen Denkmustern bedienen, welche die Menschen bereits entwickelt haben, um ihrerseits die Menschen zu erreichen: „Eine Art rassistischen (sic!) Alltagsbewusstsein durchdringt aus sehr vielfältigen Gründen unsere Gesellschaft. Die Medien arbeiten viel mit diesem Alltagsbewusstsein, sie benutzen es als ihre Ausgangsbasis.“ (Hall 1989: 150)

Hall arbeitete bei seiner Analyse von Stereotypen in Medien heraus, dass die Stereotypisierung vor allem mit großen Ungleichheiten bezüglich der Machtverteilung einhergeht. Denn aus der Machtverteilung ergibt sich wiederum, wer, wie wo dargestellt wird (vgl. Hall 2004: 144f).

Eine weitere gefährliche Eigenschaft von Stereotypen kann die Verbindung mit weiteren Zuschreibungen sein. Wenn Stereotype mit weiteren Zuschreibungen oder gar Bedrohungsszenarien verbunden werden, können sich in weiterer Folge Feindbilder entwickeln. Bezüglich des Themas „Migration“ können diese Bedrohungsszenarien etwa das „Verdrängen der heimischen Kultur“ oder das „Ausnützen von Sozialleistungen“ sein. Stereotype werden so also in Verbindung mit Ideologie gebracht und können so zu politischen Feindbildern mutieren (vgl. Weiss 2000: 2). „Merkmale wie Hautfarbe oder deutlich sichtbare kulturelle oder religiöse Symbole sind, wie schon erwähnt, aufgrund ihrer Auffälligkeit ein Stimulus, der das Wahrnehmungsbild von ‚Fremden‘ primär strukturiert. Es wird aber mit zusätzlichen Vorstellungen angereichert, etwa mit tradierten Vorstellungen über Bräuche, Sitten und Moral (z.B. Art des Familienlebens, Sexualität, religiöse Inhalte) oder mit nationalen Bildern („Nationalcharakter“). Besonders Religion und ihre Symbole verbinden sich mit Vorstellungen über Mentalität und Kultur schlechthin“ (Weiss 2000: 3)

4.4 Bild-Text

Die Kombination von Fotografien in Text-Bild wurde in den letzten Dekaden immer wichtiger. Denn jede Beschäftigung mit Bildern und die Hinterfragung des Diskurses, in denen diese Bilder entstanden sind, muss auch das Verhältnis zwischen Text und Bild berücksichtigen (vgl. Berg 2001: 17). Foucault spricht in seinem Werk „Die Ordnung der Dinge: eine Archäologie der Humanwissenschaften“ etwa von einer „unendlichen Beziehung“ (Foucault 2003: 38) zwischen Text und Bild. Der Kulturwissenschaftler Stuart Hall spricht sogar davon, dass das Bild oder der Text das jeweils andere soweit in einen neuen Kontext setzen kann, dass am Ende das Gegensätzliche verstanden werden kann (vgl. Hall 2004: 111).

Auch in dieser Forschungsarbeit wird auf den Zusammenhang von Text und Bild eingegangen. Im Zuge der Analyse der gesichteten Pressefotografien wurde in einem zusätzlichen Arbeitsschritt auch die Wechselwirkung der Fotografie und dem begleiteten Text analysiert. (siehe Kapitel 2.1 „Bildanalyse“)

5 Die erste schwarz- blaue Regierung: Beginn einer politische Wende

Die Regierungsbildung zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) im Februar 2000 kann durchaus als eines der markantesten politischen Ereignisse in der Geschichte der Zweiten Republik gesehen werden (vgl. Krzyzanowski/Wodak 2009: 39). Im folgenden Kapitel wird auf die politischen Umstände eingegangen. Da für die Regierungskoalition der Aufstieg der FPÖ von maßgeblicher Bedeutung ist, wird auch auf diesen ausführlich eingegangen. Nicht zuletzt deshalb weil auch der Aufstieg der FPÖ als eine Veränderung im Migrationsdiskurs gedeutet werden kann (vgl. Krzyzanowski/Wodak 2009). Außerdem werden die Auswirkungen für die politische Wende auf die Medienwelt und die Migrationspolitik skizziert, da diese drei Themenfelder wichtige Eckpunkte dieser Forschungsarbeit sind. Laut dem Modell der kritischen Diskursanalyse soll hier also allmählich der „diskursive Kontext“ Konturen annehmen.

5.1 Nationalratswahl 1999 - der Beginn der politischen Wende

Der Ausgangspunkt für diese Wende war die 21. Nationalratswahl, welche am 3. Oktober 1999 durchgeführt wurden. Nach dieser Wahl kristallisierten sich erstmals in der Zweiten Republik drei große Parteien heraus, die in ihrer politischen Macht gleich stark waren: Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ), Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (vgl. Pinterits 2008: 1). Das Wahlergebnis 1999 (siehe Tabelle 1) stand im krassen Gegensatz zum Ergebnis der 20. Nationalratswahl im Jahr 1995 (siehe Tabelle 2). Stärkste Partei war nach wie vor die SPÖ mit 33,2 Prozent. Die ÖVP und die FPÖ folgten mit gleich vielen Prozentpunkten. Sie erhielten jeweils 26,9 Prozent der Stimmen. Wobei die ÖVP um 415 Stimmen weniger als die FPÖ erhielt und somit hinter den Freiheitlichen lag.

Partei	Kurzbezeichnung	Stimmen	in %	Mandate
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	1,532.448	33,2	65
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1,243.672	26,9	52
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	1,244.087	26,9	52
Liberales Forum - Heide Schmidt	LIF	168.612	3,7	
Die Grünen - Die Grüne Alternative	GRÜNE	342.260	7,4	14
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	22.016	0,5	-
Die Unabhängigen - Liste Lugner	DU	46.943	1,0	-
Nein zu NATO und EU Neutrales Österreich Bürgerinitiative	NEIN	19.286	0,4	-
Christliche Wählergemeinschaft	CWG	3.030	0,1	-

(Tabelle 1. Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1999.aspx. Letzter Zugriff:

30.11.2013)

Insbesondere der Zugewinn der FPÖ, welche im Jahr 1995 22 Prozent der Wählerstimmen erhielt, ist als markanter Unterschied zwischen den Nationalratswahlen 1995 und 1999 auszumachen. Außerdem verloren die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP insgesamt 6,3 Prozent. Insbesondere die SPÖ verlor mit 4,9 Prozent am meisten von den Regierungsparteien. Doch auch die ÖVP rutschte von 28,3 auf 26,9 Prozent und wurde weiterhin geschwächt.

Partei	Kurzbezeichnung	Stimmen	in %	Mandate
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	1,843.474	38,1	71
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1,370.510	28,3	52
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	1,060.377	22,0	41
Die Grünen - Die Grüne Alternative	GRÜNE	233.208	4,8	9
Liberales Forum - Heide Schmidt	LIF	267.026	5,5	10
Bürgerinitiative Nein zur EU - Austritt jetzt	NEIN	53.176	1,1	-
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	13.938	0,3	-
Österreichische Naturgesetz - Partei	ÖNP	1.634	0,0	-
Die Beste Partei - Reinhard Eberhart	DBP	830	0,0	-

(Tabelle 2. Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1995_wh.aspx. Letzter Zugriff: 30.11.2013)

Dieses Ergebnis der Nationalratswahlen 1999, die Stärkung der FPÖ und der damit verbundene politische Wandel kann laut einer ersten Analyse, welche bereits am 4. Oktober 1999 publiziert wurde, auf die starken sachpolitischen Differenzen der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP zurückgeführt werden (vgl. Plasser et al 1999: 4). Dadurch war es der FPÖ möglich „[...]eine diffuse Veränderungsstimmung aufzugreifen und ihr öffentliches Erscheinungsbild durch einen neuen

Spitzenkandidaten (den Industriellen Thomas Prinzhorn) zu modifizieren.“ (Plasser et. al 1999: 4)

Der Ursprung der veränderten politischen Positionen der beiden ehemaligen Großparteien, und somit auch der Ursprung dieses Wandels, ist weit in der Vergangenheit zu suchen.

5.1.1 Ursprung des politischen Wandels

Zwischen SPÖ und ÖVP, welche vom Beginn der Zweiten Republik bis 1966 eine Koalitionsregierung bildeten, kristallisierten sich immer mehr Spannungen in Bezug auf die politischen Inhalte heraus. Diese Konkurrenz wurde während der Alleinregierung der ÖVP (1966-1970) und der Alleinregierung der SPÖ (1971-1983) verschärft. Die entgegengesetzte Position und die daraus resultierende politische Konkurrenz wurden durch die Bildung neuer politischer Bewegungen verschärft. Die Grünen und die FPÖ, welche nach dem Parteitag in Innsbruck am 13.9.1986 stärkere inhaltliche Konturen definierte, brachten immer mehr neue Themen in die Politik, mit welchen sich SPÖ und ÖVP nun ebenfalls auseinandersetzen mussten. Gleichzeitig sanken die Zahlen der Parteimitglieder, und WählerInnen stellten zunehmend andere Ansprüche an die Parteien. Die parteipolitische Lagerbildung löste sich zunehmend auf und lies Platz für neue politische Bewegungen und Ideen. Vor allem der Anteil der ProtestwählerInnen nahm in der Folge immer mehr zu (vgl. Pelinka 2002: 4f; Pinterits 2008: 23ff).

Den neuen politischen Bewegungen, insbesondere der FPÖ, spielten, neben der abnehmenden politischen Wirkungsbreite von SPÖ und ÖVP, vor allem die sozioökonomischen Veränderungen und die neuen Herausforderungen dieser Zeit in die Hände. Im Vergleich zum restlichen Westeuropa hatte Österreich zum damaligen Zeitpunkt Aufholbedarf. Die damalige Situation stand im Gegensatz zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, den die ÖsterreicherInnen nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre erlebten (vgl. Schulmeister 2005:338). Diese Zeit stand vor allem im Zeichen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik. Verstaatlichung, eine antizyklische Geld- und Fiskalpolitik, der Ausbau des Sozialstaats und die Liberalisierung des Gütermarkts in Verbindung mit einem reguliertem Finanzmarkts

waren wichtige Eckpunkte der damaligen Wirtschaftspolitik, die sich nichts weniger als die Vollbeschäftigung als Ziel gesetzt hatte (vgl. Schulmeister 2005: 336; Pinterits 2008: 19). Doch diese positiven Entwicklungen folgten wirtschaftlich turbulente Zeiten, die unter anderem auf die beiden Ölschocks (1973 und 1979) und die daraus resultierende globale Wirtschaftskrise zurückgeführt werden können. Österreich konnte im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ gut mit diesen neuen Herausforderungen umgehen. Allerdings war der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel, der vor allem durch eine Liberalisierung der Märkte und den Rückzug des Staates gekennzeichnet war, mit den bisherigen Weg der österreichischen Wirtschaftspolitik schwer zu vereinbaren (vgl. Schulmeister 2005: 351f; Pinterits 2008: 20).

Die veralteten Verstaatlichungsstrukturen wurden zunehmend von Privatisierungsprozessen abgelöst. Viele der 100.000 Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie verloren ihre Arbeit und ließen die Arbeitslosenzahlen steigen. Durch den EU-Beitritt und den immer näher kommenden Umstieg auf den Euro, orientierte sich die Wirtschaftspolitik zunehmend an der neoliberalen Ausrichtung der EU (vgl. Pinterits 2008: 20; Tálos 2006: 436; Unger 1999: 182f.) Ein Umstand, den die FPÖ zu ihrem Vorteil nutzen konnte: „Der FPÖ ist es gelungen, den Protest gegen Europäisierung und Internationalisierung zu artikulieren: Die Opposition gegen Österreichs EU-Beitritt, gegen Österreichs Teilnahme an der Europäischen Währungsunion und an der ‚Ost‘-Erweiterung der EU drücken diese Haltung aus.“ (Pelinka 2002: 1)

Ebenfalls spielte die Diskussion über die österreichische Identität in Folge des Zweiten Weltkrieges und der Herrschaft des NS-Regimes eine Rolle. Erst lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu einer Diskussion über die Verantwortung und die Rolle Österreichs zwischen 1938 und 1945. Diese Diskussion wurde maßgeblich durch die Diskussion um die NS-Vergangenheit des damaligen Bundespräsidentenskandidaten Kurt Waldheim ausgelöst. In den späten 1980er Jahren erfolgte ein Wandel von einer bis dato gelebten Opferrolle Österreichs zu einer Diskussion über die Verantwortung während des NS-Regimes (vgl. Rathkolb 2008: 16f.) Die FPÖ spielt und spielte bezüglich dieser Entwicklung und dieses Paradigmenwechsels eine besondere Rolle: „Darin spiegelt sich auch der Zusammenhang zwischen der Entwicklung österreichischer Identität von einer

transnationalen über eine deutsch- nationale zu einer spezifisch österreichischen nationalen Identität. Die in dieser Entwicklung zum Ausdruck kommenden Brüche werden in der Widersprüchlichkeit der FPÖ zugespitzt verdeutlicht: In ihren deutschnationalen Wurzeln verkörpert die FPÖ die Absage an die Konvergenz von Staat und Nation; in ihrer ‚populistischen‘ Orientierung ist die Partei aber österreichisch-patriotisch.“ (Pelinka 2002: 1)

Diese patriotische Haltung funktionierte insbesondere mit der Skepsis gegenüber der EU und aller damit verbundenen Politik. Auf der außenpolitischen Ebene nahm die FPÖ eine kritische Haltung vor allem gegenüber der EU, der Osterweiterung der EU und der Einführung des Euros ein (vgl. Salzburger Nachrichten vom 6. Februar 2001; Luther 2006: 379; Zita 2001: 5). Die FPÖ verstand es, diese Skepsis in Verbindung mit einem neuen Patriotismus in ihre Rhetorik einzugliedern und gegen „Fremde“ und „Fremdes“ zu mobilisieren.

Die Soziologin Hildegard Weiss, die im Rahmen einer Studie die öffentliche Wahrnehmung alter und neuer Minderheiten in Österreich von 1984 bis 1998, also kurz vor der politischen Wende in Österreich, untersuchte, verortete auch eine zunehmende Veränderung in der Wahrnehmung von ethnischen Minderheiten.

Ethnischen Minderheiten spielten seit 1945 in Österreich eine konfliktreiche Rolle. Egal ob es in der Nachkriegszeit, in der Vertriebene oder die jüdische Minderheit mit starken gesellschaftlichen Ausgrenzungen zu rechnen hatten, die Volksgruppen in Kärnten, die Jahre lang für zweisprachige Ortstafeln kämpfen mussten, die GastarbeiterInnen, die aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei kamen, oder Flüchtlinge aus Polen, die in den 1980er Jahren Schutz vor der politischen Instabilität ihres Landes suchten. In den Jahren vor der politischen Wende im Jahr 1999 bzw. 2000, wurden allerdings auch noch weitere Minderheiten kritisch von der Öffentlichkeit wahrgenommen (vgl. Weiss 2000:1).

Schon 1995 wies der Migrationsforscher Heinz Fassman darauf hin, dass die zunehmende Zuwanderung aus der Türkei, aber auch aus anderen Teilen Asiens und auch Afrikas, Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit immer mehr zu einem politischen Thema werden lasse (vgl. Fassmann/Münz 1995).

Dadurch wurde jedoch das alte Bild der Gastarbeiterin und des Gastarbeiters mit all seinen Klischees und Zuschreibungen aufgebrochen. In der Folge „[...] bürgerte sich

der diffuse Sammelbegriff 'Ausländer' ein, dessen plastische und subjektive Semantik beliebige Gruppen zusammenfasst: Illegale, Flüchtlinge, kürzer oder auch länger in Österreich Arbeitende, Personen mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft, EinwanderInnen der ersten, zweiten oder dritten Generation, TouristInnen, EuropäerInnen oder nur Nicht-EuropäerInnen, aus der westlichen oder nicht-westlichen Hemisphäre, etc.“ (Weiss 2000: 1)

Dieser Begriff wurde mit allen möglichen Zuschreibungen und Merkmalen in Verbindung gebracht, die diese Gruppe charakterisieren. Es entstand ein Stereotyp, der mit zahlreichen Vereinfachungen und Vorverurteilungen angereichert wurde: „Merkmale wie Hautfarbe oder deutlich sichtbare kulturelle oder religiöse Symbole sind, wie schon erwähnt, aufgrund ihrer Auffälligkeit ein Stimulus, der das Wahrnehmungsbild von “Fremden” primär strukturiert. Es wird aber mit zusätzlichen Vorstellungen angereichert, etwa mit tradierten Vorstellungen über Bräuche, Sitten und Moral (z.B. Art des Familienlebens, Sexualität, religiöse Inhalte) oder mit nationalen Bildern (“Nationalcharakter”). Besonders Religion und ihre Symbole verbinden sich mit Vorstellungen über Mentalität und Kultur schlechthin; aufgrund der Zentralität des Vorstellungsbildes von “Kultur” wurde in dieser Studie daher gefragt, ob die “Mentalität und kulturelle Eigenart” der jeweiligen Gruppe in Österreich sehr/eher “störend” ist oder ob diese nicht/eher nicht stört.“ (Weiss 2000: 3)

Trotz dieser Vereinheitlichung und dieses Fassens von Vorurteilen unter dem Begriff „Ausländer“ zeigten sich Unterschiede in der Wahrnehmung einzelner Gruppen. Es ergab sich dadurch eine so genannten „ethnische Hierarchie“ (Weiss 2000:3), wobei einerseits „[...] besondere kulturelle oder physische Merkmale ausreichen, wie sichtbare religiöse Symbole oder Hautfarbe, um daran Zuschreibungen (Attributionen) über Charaktereigenschaften und Verhaltensmotive festzumachen“ (Weiss 2000:3). Andererseits spielt auch der Vergleich, die die „Mehrheitskultur“ (Weiss 2000:3) mit den ethnischen Minderheiten anstellt, eine große Rolle für die Wahrnehmung. Bei diesem Vergleich werden vor allem jene Eigenschaften und Merkmale ausgewählt, die in der öffentlichen Wahrnehmung dieser „Mehrheitskultur“ eine wichtige Rolle spielen. An diesen Merkmalen werden die Minderheiten gemessen. Etwa die Geschlechterrollen können ein solches Merkmal sein und führen in Folge zu einer Bewertung der jeweiligen Gruppe (vgl. Weiss 2000:3).

Weiss erfragte die Wahrnehmung von „[...] GastarbeiterInnen bzw. Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei, aus Polen und aus „asiatischen Ländern“ (wobei ausdrücklich ärmere Länder – Philippinen, Indien, China – angeführt waren).“ (Weiss 2000: 3) Gefragt wurde nach der empfundenen Fremdheit – der „kulturellen Eigenarten und Mentalität“, „Gesetzestreue“, und nach der zugeschriebenen „Leistungsorientierung“ und der zugeschriebene „Fähigkeit zu sozialem Aufstieg“ (vgl. Weiss 2000: 3). Dabei wurde klar, dass die negative Wahrnehmung bezüglich aller Gruppen und aller Fragen im Vergleich zum Jahr 1984 zunahm. Während die Vorurteile im Vergleichsjahr 1984 noch vor allem in jenen Regionen von Österreichs vorherrschten, in denen jene Minderheiten nicht lebten, hatte sich das 1998 geändert: „[...]die negativen Urteile sind überall häufiger geworden; in den westlichen Bundesländern werden die türkischen Gastarbeiter heute stark abgelehnt. Dennoch kommen Nähe und Ferne zu bestimmten Gruppen noch zum Ausdruck: so akzeptiert man in Kärnten (neben den Slowenen) auch die ex-jugoslawischen Gastarbeiter mehr als in den anderen Bundesländern, während die Ablehnung anderer Gruppen auch in Kärnten heute besonders hoch ist. Unverändert bleibt der Stadt-Land-Unterschied (die befragte Wiener Bevölkerung hat allen Gruppen gegenüber ein deutlich niedrigeres Niveau der Ablehnung, ist im Vergleich zu früher jedoch ebenfalls durchschnittlich negativer eingestellt). Es liegt nahe, diese regionalen Veränderungen, wahrscheinlich aber auch die generelle Verschlechterung der Einstellungen als Resultat des politischen Klimas, also einer stärkeren Ideologisierung des Themas, zu interpretieren.“ (Weiss 2000: 7)

Als neue Themen, welche die parteipolitische Lagerbildung in Österreich aufbrachen, kann in Verbindung mit der FPÖ, neben dem Kampf gegen Privilegien der politischen Elite, Kriminalitätsbekämpfung, der Verschwendung öffentlicher Mittel, schließlich auch die „Ausländerfrage“ genannt werden. In der Verbindung mit bereits genannten politischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklung konnte die FPÖ als Partei, die für Veränderung und gegen Skandale und Proporz stand, am meisten Glaubwürdigkeit bei den WählerInnen erreichen (vgl. Müller 2000: 37; Pinterits 2008: 30; Plasser/Ullrich 2002: 153).

Die FPÖ profitierte also von einer Zeit des politischen Wandels, der mehrere Ursachen und Auswirkungen hatte: „Die Erfolge der FPÖ sind eine Begleiterscheinung dieser Veränderungen – weder deren Ursache, noch deren

Auslöser. Dies wird umso deutlicher, wenn die Veränderungen der österreichischen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur in die Analyse einbezogen werden: Zuerst begann sich die Loyalität innerhalb der politisch-weltanschaulichen Lager aufzulösen – und dann erst begann der Aufstieg der FPÖ von einer kleinen, um Respektabilität bemühten Partei zu einer ihre Außenseiterrolle betonenden Protestpartei.“ (Pelinka 2002: 1)

Bei den Nationalratswahlen am 3. Oktober 1999 zeigten sich folgende Themen als wichtig für die FPÖ - WählerInnen:

Motive	FPÖ-Wähler und Wählerinnen	FPÖ- Stamm	FPÖ- Zuwanderer
• weil die FPÖ schonungslos Mißstände und Skandale aufdeckt	65	68	65
• weil die FPÖ frischen Wind und Veränderung bringt	63	65	62
• weil sie meine Interessen am ehesten vertritt bzw. aus Tradition	48	55	37
• weil die FPÖ gegen die Zuwanderung von Ausländern eintritt	47	52	39
• wegen der Persönlichkeit Jörg Haiders	40	45	33
• um den beiden Koalitionsparteien einen Denkkzettel zu geben	36	30	49

(Tabelle 3 „Wählermotive“: Quelle Plasser et al. 1999: 15)

5.1.2 Bildung der ÖVP-FPÖ Koalition

Die neuen Kräfteverhältnisse führten dazu, dass sich die Regierungsverhandlungen als äußerst schwierig herausstellten. SPÖ und ÖVP mussten plötzlich einer neuen politischen Realität ins Auge sehen, und eine Regierungsbeteiligung der FPÖ in Betracht ziehen, obwohl eine mögliche Zusammenarbeit auf Regierungsebene mit der rechtspopulistischen FPÖ unter Jörg Haider von beiden Großparteien bis dato ausgeschlossen wurde. (vgl. Steiniger 2007: 156; Unterberger 2010: 69)

Die SPÖ wurde als stimmenstärkste Partei (33,2 Prozent) mit der Regierungsbildung beauftragt. Der damalige Bundespräsident Thomas Klestil beauftragte am 4.10.1999 den damaligen SPÖ - Vorsitzenden Viktor Klima, mit allen drei Parteien Sondierungsgespräche zu führen und etwaige inhaltliche Gemeinsamkeiten herauszufinden. Doch die Grünen fielen durch ihre 7,4 Prozent als möglicher Regierungspartner aus. Wolfgang Schüssel, Vorsitzender der ÖVP, hatte bereits vor den Wahlen angekündigt, dass die Volkspartei in die Opposition gehen würden, wenn man bei den Wahlen nur Platz 3 erreichen würde. Auch eine Zusammenarbeit mit der FPÖ schien ausgeschlossen, da die SPÖ, mit der von Jörg Haider geführten FPÖ, keinesfalls eine bundespolitische Verantwortung übernehmen wollte.

Trotzdem wurden zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ Gespräche geführt. Dies geschah vor allem im Sinne der Stabilität und aus Sorge, dass mögliche Neuwahlen könnten der FPÖ noch mehr Stimmen einbringen. Für die SPÖ kristallisierte sich die ÖVP als einzig möglicher Partner heraus. Eine Weiterführung der Koalition zwischen SPÖ und ÖVP steht immer mehr im Raum – noch im Dezember 1999 wurde Viktor Klima vom Bundespräsident mit der Regierungsbildung beauftragt. Auch die ÖVP war für Verhandlungen bereit. Doch die Verhandlungen scheiterten im Jänner 2000, als bekannt wurde, dass die ÖVP angeblich parallele Geheimverhandlungen mit der FPÖ führte. Außerdem wollte die ÖVP im Falle der Regierungsbeteiligung das Finanzministerium für sich beanspruchen (vgl. Fischer 2004: 86ff).

Kurz nach dem Abbruch erhielt Viktor Klima nochmals den Auftrag eine Regierung zu bilden, notfalls solle man eine Minderheitsregierung bilden. Nur einen Tag später begannen auch ÖVP und FPÖ in Regierungsverhandlungen zu treten, ohne dafür

den Auftrag vom Bundespräsidenten bekommen zu haben. Durch die gescheiterten und aussichtslosen Koalitionsverhandlungen geriet die SPÖ immer mehr unter Druck und die FPÖ konnte ihre Verhandlungsbasis immer weiter stärken. Die SPÖ scheitert abermals während ÖVP und FPÖ weiterhin an einem Koalitionsabkommen arbeiteten, das am 31.1.2000 dem Bundespräsidenten präsentiert wurde (vgl. Steininger 2007: 160f).

Wolfgang Schüssel verteidigte seine Koalition mit der FPÖ und seine Kanzlerschaft, obwohl er vor den Wahlen gemeint hatte, in Opposition zu gehen, falls er an dritter Stelle bei den Nationalratswahlen liegen würde: „Ich stehe für die Kontinuität der österreichischen Politik [...] Ich habe mich wirklich um eine tragfähige Vereinbarung mit den Sozialdemokraten bemüht. Diese ist daran gescheitert, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Koalitionspakt nicht unterschreiben wollten. Daher verhandeln wir jetzt mit den Freiheitlichen. Die FPÖ wird, wenn sie in der Regierung ist, einen Veränderungsprozess erleben. Und Jörg Haider wird sicher nicht in der Regierung sitzen.“ (Schüssel zitiert nach Zita 2001: 114)

Tatsächlich fand sich Haider nicht im Regierungskabinett. Um den zunehmenden Druck gegen die Regierung und seine Partei zu verringern, trat er am 28. Februar 2000 als Bundesparteiobermann zurück, zog allerdings weiterhin im Hintergrund die Fäden innerhalb der FPÖ und schloss bereits damals eine Rückkehr in die Bundespolitik nicht aus (vgl. Steininger 2007: 169).

BeobachterInnen sprechen im Nachhinein davon, dass das Zustandekommen der ÖVP-FPÖ Regierung vor allem das Resultat eines machtpolitischen Kalküls war: „Diese Vorgänge samt ihren Nachwirkungen sind das Werk von zwei Männern, die ihren persönlichen politischen Ehrgeiz über die Interessen eines Landes und seiner Menschen gestellt haben: Wolfgang Schüssel und Jörg Haider haben sich Österreich zu Willen gemacht – ohne Rücksicht darauf, welche Werte, Haltungen und Interessen verletzt wurden.“ (Krawagna-Pfeifer 2010: 99) Außerdem sei diese Zusammenarbeit keinesfalls zufällig passiert, sondern war Ergebnis jahrelanger Entwicklung, Planung und Annäherung zwischen ÖVP und FPÖ. Bereits im Sommer 1999 sollen in den beiden Parteien die Weichen für diesen politischen Wandel gestellt worden sein (vgl. Krawagna-Pfeifer 2010: 99f; Steininger 2007: 169). Von damaligen Entscheidungsträgern in der ÖVP wird dies nach wie vor zurückgewiesen (vgl. Unterberger 2010: 69f).

Am 4. Februar 2000 wird die neue Schwarz-Blau-Regierung angelobt. Zu diesem Zeitpunkt sieht sich die Regierung unter dem neuen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel auf nationaler und internationaler Ebene bereits heftiger Kritik ausgesetzt (vgl. Sperl 2000: 9).

Regelmäßige Demonstrationen in der Wiener Innenstadt gegen die neue Regierung, Sanktionen der EU-Mitgliedsstaaten und eine mediale Kampagne in- und ausländischer Medien (siehe Kapitel 5.3. „Medien und Schwarz-Blau“), erschwerten den Start der jungen Regierung. Wobei diese drei Dimensionen des Widerstands gegen die Schwarz-Blau- Regierung nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. So sollen die EU-Sanktionen laut dänischer und französischer Medienberichten gar von dem Wahlverlierer und SPÖ-Vorsitzenden Viktor Klima, sowie dem Bundespräsidenten Thomas Klestil initiiert worden sein. Die Linie zwischen Gerüchten und seriösen Medienberichten war in dieser politischen aufgeheizten Stimmung damals schwer klar zu ziehen (vgl. Zita 2001: 113).

Die politischen Sanktionen der EU gegen Österreich beinhalteten vor allem ein Zurückfahren der bisherigen bilateralen Beziehungen. Neben den restlichen 14 EU-Mitgliedsstaaten schlossen sich auch Norwegen, Israel und Kanada diesem Ausdruck des Unmutes über die Regierungsbeteiligung der FPÖ an. Am 31. Jänner verkündete der portugiesische Außenminister, Jaime Gama, dass die portugiesische Ratspräsidentschaft folgende Erklärung abgeben werde „Die Regierungen der 14 Mitgliedsstaaten werden keine offiziellen bilateralen Kontakte auf politische Ebene mit einer österreichischen Regierung unter Einbindung der FPÖ betreiben oder akzeptieren. Es wird keine Unterstützung für österreichische Kandidaten geben, die Positionen in internationalen Organisationen anstreben. Österreichische Botschafter werden in den EU-Hauptstädten nur noch auf technischer Ebene empfangen.“ (Jaime Gama zitiert nach Schüssel 2009: 106) Wirtschaftliche Sanktionen waren nie geplant und somit beschränkten sich die Auswirkungen auf die diplomatische Ebene, die für die österreichische Bevölkerung keine Konsequenzen hatte (vgl. Turnher 2000: 98f; Schüssel 2009: 106).

Manche politischen BeobachterInnen vermuten sogar, dass der europäische Aufschrei, den GegnerInnen der neuen Regierung mehr geschadet als genutzt hätte. Gerhard Steiniger, Innenpolitik-Journalist der renommierten Tageszeitung „Salzburger Nachrichten“ glaubt sogar einen Vorteil für die ÖVP-FPÖ-Regierung zu

erkennen: „Doch weder Proteste noch Sanktionen haben denen geschadet, gegen die sie gerichtet waren, sondern vielmehr ihren Urheber. Die Sozialdemokratie, die sich seit jeher den Anspruch anmaßt, die alleinige Hüterin der heiligen Flamme der Demokratie zu sein, zeigte ein anderes, ein böses Gesicht. Sie mobilisierte gegen eine demokratische und parlamentarische Entscheidung die Straße und das Verhalten mancher SPÖ-Minister gegenüber ihren Wende-Nachfolgern in den Ministerien passte durchaus in eine mittelamerikanische Bananenrepublik.“ (Steininger 2007: 168)

Johannes Voggenhuber, als Grüner ein damaliger politischer Gegner der Regierung, sieht es sogar als Wolfgang Schüssels größten Erfolg, dass er es geschafft hatte, die Sanktionen gegen die österreichische Regierung, als Sanktionen gegen Österreich und somit auch die Bevölkerung umzudeuten (vgl. Voggenhuber 2009).

Die Sanktionen gipfelten schließlich in der Etablierung eines so genannten Weisenrates, der am 12. Juli 2000 ernannt wurde, und im September 2000 einen Bericht über die Regierungsarbeit und speziell den politischen Charakter der FPÖ erstellen sollte. Die drei Weisen sollten vor allem dazu dienen, die immer mehr international kritisierten und immer schwieriger aufrecht zu erhaltenen Sanktionen der übrigen EU-Mitgliedsstaaten zu beenden. Die drei Weisen waren Martti Ahtisaari, Jochen Frowein und Marcelino Oreja. Zusammenfassend stellten sie der Regierung in den meisten Belangen ein gutes Zeugnis aus. Die Sanktionen hätten gewirkt und könnten nun beendet werden. Die FPÖ müsse jedoch weiterhin gut beobachtet werden, denn „[d]ie FPÖ hat fremdenfeindliche Stimmungen in ihren Wahlkämpfen ausgenutzt und gefördert. Die hat eine Atmosphäre geschaffen, in der offen ausgesprochene Bemerkungen gegen Ausländer salonfähig wurden, wodurch Ängste hervorgerufen wurden.“ (Ahtisaari et al. 2000: 82)

Während die Proteste auch im Inland zunehmend abebbten begann die Regierung ihre Arbeit aufzunehmen. Nach mehreren Personalrochaden bemühte man sich so schnell wie möglich Reformen umzusetzen. Doch die Regierungsarbeit funktionierte nicht so reibungslos, wie sich die Verantwortungsträger von FPÖ und ÖVP gewünscht hätten. Zahlreiche personelle Unsicherheiten, Wahlniederlagen bei Regionalwahlen, Grabenkämpfe in der FPÖ und ein Bespitzelungsskandal zwangen die „Wende-Regierung“ in die Knie. Nachdem Jörg Haider zunehmend unzufrieden mit seiner Regierungsmannschaft war, die sich aber wiederum weigerte auf Haiders

Zurufe zu reagieren, kam es zu einem Sonderparteitag der FPÖ. Das Ergebnis waren mehrere Rücktritte von FPÖ-MinisterInnen, und FPÖ-FunktionärInnen. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel kündigte daraufhin am 9. September 2002 Neuwahlen an, welche am 24. November 2002 durchgeführt wurden. Die FPÖ verlor dabei über 16 Prozent der Wählerstimmen, die ÖVP wurde mit 42,3 Prozent stimmenstärkste Partei. Die ÖVP startete daraufhin Sondierungsgespräche mit SPÖ, FPÖ und Grünen. Doch die Gespräche mit SPÖ und den Grünen scheiterten, weshalb wieder eine ÖVP-FPÖ Regierung zustande kam, abermals unter einem Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. (vgl. Steininger 2007: 173 ff)

Auf alle politischen und gesetzlichen Veränderungen während der ersten ÖVP-FPÖ Regierung kann in dieser Forschungsarbeit nicht genauer eingegangen werden. Jedoch lässt sich festhalten, dass die oft titulierte Wende auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen durch den Erlass neuer Gesetze und Reformen maßgebliche Veränderungen mit sich gebracht hatten. Etwa eine umfassende Pensionsreform, die Einführung von Studienbeiträgen, die Reformierung der ÖIAG (Österreichische Industrieholding AG), eine Zivildienstreform, eine Budgetsanierung (vgl. Pinterits 2008).

In den folgenden Kapiteln werden vor allem die Veränderungen in der Einwanderungspolitik beleuchtet. Unter Einwanderungspolitik werden dabei die Themen „Migration“, „Integration“ und „Asyl“ verstanden.

5.2 Migrationspolitik unter „Schwarz- Blau“

Die Koalition aus ÖVP und FPÖ sorgte ab ihrem Regierungsantritt im Februar 2000 nicht nur für Reformen in der Steuer-, Sozial oder Wirtschaftspolitik, sondern auch bezüglich der Einwanderungspolitik. Erstmals gestalteten zwei Parteien, die sich dem rechten politischen Spektrum zuordneten, die gesetzlichen Rahmenbedingungen, wie in Österreich mit EinwanderInnen umgegangen werden sollte. Wobei, wie bereits erwähnt, die FPÖ immer wieder die Linie zum Rechtsextremismus und Deutschnationalismus überschritt und einen weit radikaleren Zugang zu dieser Thematik hatte, als die ÖVP (vgl. Bailer/ Neugebauer 1993: 327ff). Der

Politikwissenschaftler Ilker Atac sieht darin einen „Bruch in der österreichischen Migrationspolitik“ (Atac 2012: 10). Verantwortlich sei vor allem, die politische Umfärbung des Innenministeriums, das der wichtigste Akteur in der österreichischen Migrations- und Asylpolitik ist, gewesen. Hatte jahrelang die SPÖ das Innenministerium besetzt, beanspruchte nun die ÖVP eines der wichtigsten Ministerien in Österreich. Auch in folgenden Regierungen blieb das Innenministerium in der Verantwortung der ÖVP, wodurch gesetzliche Regelungen und Inhalte über Jahre einspruchsfrei durchgesetzt werden konnten (vgl. Atac 2012: 10).

Zunächst sollen diese Gesetzänderungen anhand des Regierungsprogramms skizziert werden. Wie bereits erwähnt, werden im Zuwanderungsdiskurs, verschiedene Ebenen vermischt. Deshalb ist es sinnvoll, alle politischen Vorhaben der ÖVP-FPÖ Regierung darzustellen, in denen Migration eine Rolle spielt. Anschließend wird versucht zu erklären, wie sich der Diskurs über Asyl- und Einwanderungspolitik in Österreich zunehmend gewandelt hat, wie sich schon im damaligen Regierungsprogramm erkennen ließ (vgl. Österreich neu regieren 2000: 57ff).

Das Thema „Zuwanderung“ wurde im Regierungsprogramm der damals neuen Regierung unter dem Punkt „Innere Sicherheit und Integration“ behandelt (vgl. Österreich neu regieren 2000: 53f, König 2000: 22f). Wobei die Zuwanderung in Verbindung mit folgenden Themenfelder genannt wird: „Zuwanderung und Beschäftigung“, „Umfassende Integration“, „Vollzug des Fremdenrechtes“ und „Staatsbürgerschaft“ (vgl. Österreich neu regieren 2000: 57).

Zunächst wird darauf hingewiesen, dass es eine Unterscheidung geben muss „zwischen Asylanten, de-facto- Flüchtlingen und Zuwanderern.“ (Österreich neu regieren 2000: 57) Gleichzeitig wird in der folgenden Auflistung die „[...] Verpflichtungen gegenüber allen Personen, die entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Asyl haben [...]“ (Österreich neu regieren 2000: 57), neben der „Bekämpfung der Schlepperei“ und der „Maßnahmen der Illegalität“ genannt (vgl. Österreich neu regieren 2000: 57).

Unter dem Punkt „Zuwanderung und Beschäftigung“ konzentrierte sich die ÖVP-FPÖ-Koalition vor allem auf die Integration von bereits legal im Land lebenden ausländischen StaatsbürgerInnen. Damit folgt die Regierung den Maßnahmen, die

bereits unter der vorigen SPÖ-ÖVP-Regierung formuliert wurden: Eine Studie sollte die Integration von in Österreich lebenden AusländerInnen und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt skizzieren. Es wurde vor allem eine Ausweitung der Regelung in Aussicht gestellt, dass ausländische StaatsbürgerInnen kurzfristig einer saisonbezogenen Arbeit nachkommen konnten. Allerdings unter der Voraussetzung, dass keine inländischen Arbeitskräfte zur Verfügung standen (vgl. König 2000: 22; Österreich neu regieren 2000: 59). 2002 wurde schließlich die Ausweitung der Pender- und Saisoniersregelung umgesetzt. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) kritisierte damals, dass diese Saisoniere keine Möglichkeit auf Sesshaftigkeit hätten, eine viel schlechtere soziale und rechtliche Stellung und, dass diese Maßnahmen die Integration nicht fördern würden (vgl. König 2002: 23).

Wie die Aufzeichnungen des damaligen Wirtschafts- und Arbeitsministers Martin Bartenstein (ÖVP) zeigt, sah man dabei MigrantInnen vor allem als Mittel zum Zweck und als notwendiges Übel, um der demographischen Entwicklung und den dadurch entstehenden Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken: „Gegen das Aussterben der Europäer wird bisweilen Immigration als Lösung angeboten. Bartensteins Antwort: ‚Wenn das überhaupt eine Möglichkeit ist, dann ist es die zweitbeste. Freilich: Selbst wenn wir in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren einen Babyboom hätten, wäre es keine Lösung für den Arbeitsmarkt. Das heißt: Da wird die Immigration eine größere Rolle spielen müssen.‘“ (Unterberger 2010: 68). Auch als der Wirtschafts- und Arbeitsminister betont, dass in Zukunft nicht mehr „Hilfsarbeiter“ benötigt werden, sondern „besser ausgebildete Arbeitskräfte“ (Unterberger 2010: 97), wird erkennbar, dass sich die wirtschaftsliberale Partei bezüglich der Migration wohl an dem stark auf wirtschaftliche Interesse aufgebauten „Push-Pull-Migrationsmodell“ orientierte. In diesem Modell stellt sich Migration als nichts anderes dar, als die Befriedigung der Interessen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen: Arbeitskräfte wandern dorthin, wo sie Arbeit finden, und dort werden sie auch aufgenommen bzw. haben eine Berechtigung zu sein (vgl. Lee 1966). Man sprach also von einer „kontrollierten Einwanderung“ zu Gunsten der Wirtschaft. Allerdings betonte man zugleich: „Österreich ist kein Einwanderungsland“ (Martin Bartenstein zitiert nach Unterberger 2010: 97) und es wäre wichtig: „[...] auf die kulturelle Verträglichkeit zu schauen.“ (Martin Bartenstein zitiert nach Unterberger 2010: 97)

Im Regierungsprogramm wurde bei der „Umfassenden Integration“ das Augenmerk vor allem auf das Erlernen der deutschen Sprache gelegt. Sie sei die Grundlage für „eine sprachlich-soziokulturelle Integration“ (Österreich neu regieren 2000: 58). Dies sollte durch Integrationsprogramme und einen intensiven Deutschunterricht, bereits ab dem Kindergarten, gewährleistet werden. Das Ziel einer „erfolgreichen Integration bildete die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft.“ (Österreich neu regieren 2000: 59) Um dieses Ziel zu erlangen, musste eine Deutschprüfung und eine Prüfung von Grundkenntnissen über Österreich und die EU abgelegt werden. „Dieser Nachweis kann durch die Bestätigung des erfolgreichen Besuches eines zertifizierten Kurses in der Erwachsenenbildung oder durch die erfolgreiche Ablegung eines Tests erbracht werden.“ (Österreich neu regieren 2000: 59) Im Jahr 2002 wurde diese „Integrationsvereinbarung“ (IV) mit Sanktionen versehen, welche ab 2003 eingesetzt werden konnten. „Wer die ‚IV‘ nicht innerhalb von 3 Jahren zu erfüllen beginnt und innerhalb von 4 Jahren – gerechnet ab Erteilung der ersten Niederlassungsbewilligung- erfüllt, dem/der droht die Ausweisung“ (König 2002: 25)

Diese Integrationsvereinbarung war es, welche die öffentliche Diskussion während der ersten Zeit der ÖVP-FPÖ-Regierung dominierte (vgl. Krzyzanowski/ Wodak 2009: 87). Durch die heftige Kritik von den Oppositionsparteien, rückte diese Thematik immer mehr in den Mittelpunkt: „Im öffentlichen Diskurs löste ‚Integration‘ nun die langjährige Fokussierung auf den Arbeitsmarkt ab. War der Begriff noch in den 1990er Jahren vor allem als rechtliche Gleichstellung – also als Aktion der Aufnahmegesellschaft – debattiert worden, so verschob sich der Begriff nun hin in Richtung Anpassungsleistung der Migranten.“ (Perchinig 2009: 240) Das geschah, obwohl die realen Umsetzungen des verpflichtenden Deutschkursen weit weniger erfolgreicher waren, als die Platzierung in der öffentlichen Diskussion. Denn bis 2004 besuchten gerade einmal 10 Prozent der verpflichtenden Personen einen solchen Deutschkurs. Grund waren die zahlreichen Ausnahmen, wodurch man einen längerfristigen Aufenthaltstitel erhalten konnte (vgl. Perchinig 2009: 240).

Zum Ziel der Integration selbst, der Staatsbürgerschaft, legte die ÖVP-FPÖ-Regierung fest, dass die vorläufige Verleihung vor dem Ablauf einer Frist von zehn Jahren, eingeschränkt werden sollte, wenn besondere Gründe vorliegen. Welche Gründe das gewesen wären, wurde nicht erklärt. Außerdem sollte es weiterhin keine zusätzlichen Möglichkeiten zum Erhalt einer Doppelstaatsbürgerschaft geben (vgl.

Österreich neu regieren 2000: 60). Das spiegelte auch die damalige Debatte über MigrantInnen wider, die arbeitslos waren und von denen befürchtet wurde, dass sie vor allem aufgrund des österreichischen Sozialsystems einwandern würden (vgl. Unterberger 2010: 99).

Bezüglich der illegalen Einwanderung wurden, aufbauend auf das Fremden-gesetz 1997, am 1. Juli 2000 wesentlich schärfere Bestimmungen beschlossen. Damit wollte die neue Regierung einem der wichtigsten Punkte in ihrem Regierungsvorhaben gerecht werden: die Bekämpfung der „Schlepperei“. „Schlepperei“ wurde nunmehr ausschließlich gerichtlich strafbar – früher hatte es auch Tatbestände gegeben, die nach dem Verwaltungsstrafrecht geahndet wurden.“ (König 2000:23) Des Weiteren wurde mit dieser Novelle „[...] das Veranlassen des Geschleppt-Werdens eines Familienmitgliedes strafbar, wenn dem Schlepper dafür ein Vermögensvorteil geleistet wird.“ (König 2000: 23) Die Strafandrohung auf dieses Vergehen wurde außerdem deutlich angehoben: von 5 auf 10 Jahre Freiheitsentzug. Diese Verschärfung wurde vor allem von österreichischen Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen kritisiert. Mit der Novelle wurden nämlich zwei zusätzlich Straftatbestände in das bestehende Fremden-gesetz eingeführt: „Ausbeutung eines Fremden“ und die „Entgeltliche Beihilfe zu unbefugtem Aufenthalt“ (vgl. König 2000: 23).

In Bezug auf die Bekämpfung illegaler Einwanderung wurde ein Maßnahmenkatalog präsentiert, mit dem das Fremdenrecht umgesetzt werden sollte:

„Auf Basis der Grundfreiheiten und Fremdenrechte schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. Effizienter Vollzug der Schubhaft; Vermeidung des Schubhafttourismus.
2. Verbesserung der Qualität und der Zahl der Schubhaftplätze (im Einvernehmen mit den Ländern und der Justiz) zur Vermeidung des Schubhafttourismus.
3. Grundrechtskonforme Maßnahmen gegen das Freipressen aus der Schubhaft.
4. Prüfung der Möglichkeiten medizinischer Maßnahmen der Altersfeststellung von Schubhäftlingen.

5. Beschleunigte und konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer.
6. Prüfung der Auswirkungen des neuen Fremdenrechtes im Lichte seiner Anwendung.
7. Maßnahmen zur Erleichterung der Identitätsfeststellung von Fremden im europäischen Gleichklang.
8. Schaffung von Anreizen und Schaffung einer Beratungsstelle für eine Rückkehr von Kriegsflüchtlings in ihre Heimat.
9. Maßnahmen gegen Scheinehen, Scheinoptionen, Scheinstudien und Scheintätigkeiten.“

(Österreich neu regieren 2000: 59f)

Etwa durch Schlagworte wie „Scheinasylanten“ und „Schubhafttourismus“ wurde der Asyldiskurs immer mehr in Verbindung mit Kriminalität und Illegalität gebracht. Dies hatte sich bereits ab den 1980ern abgezeichnet, da [...] „der uneingeschränkte Flüchtlingsschutz zunehmend in Frage gestellt wurde, und zwar sowohl von der breiten (Medien-) Öffentlichkeit als auch von den politischen Eliten.“ (Atac 2012:3)

Wie sehr dieser Diskurs um sich griff und immer mehr an Gewicht bekam, zeigte sich auch in den folgenden Regierungen, in denen die FPÖ nicht mehr der Regierung angehörte. Auch in der SPÖ-ÖVP-Koalition, die ab 2006 mit dem Bundeskanzler Alfred Gusenbauer an der Spitze regierte, wurde die zukünftige Asylpolitik unter dem Punkt „Innere Sicherheit und Integration“ festgeschrieben. In dieser Periode wurden außerdem viele Novellierungen und Gesetzesänderung vorgenommen, welche während der ÖVP-FPÖ Regierung geplant worden waren. Etwa die Einführung neuer medizinischer Methoden um die Minderjährigkeit eines/einer Asylbewerbers/Asylbewerberin zu überprüfen oder die raschere Abhandlung der Asylverfahren straffällig gewordener AsylbewerberInnen (vgl. Atac 2012: 11; Österreich neu regieren 2000: 59f).

Eine große Problematik der ÖVP-FPÖ Regierung und folgenden Regierungen für AsylbewerberInnen bestand in der Vielzahl der Novellierungen. Diese hohe Anzahl an Gesetzesänderungen führte bei AsylbewerberInnen und deren UnterstützerInnen dazu, dass die aktuelle Gesetzeslage immer unübersichtlicher wurde (vgl. Atac 2012: 11).

Dieser Asyldiskurs hatte auch breitere Auswirkungen auf die breitere Diskussion über die Einwanderungsthematik. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts geschah zunehmend eine Vermischung mit anderen Diskursen, wie über den offenen Arbeitsmarkt oder die Integration. Die Integrationsdebatte beinhaltete auch immer mehr eine Diskussion über gesellschaftliche Wertevorstellungen und die Anpassungsfähigkeit des Islams. Nach dem 11. September 2001 kam vermehrt der Sicherheitsaspekt hinzu und mischte sich mit dem Diskurs der Einwanderungspolitik. Vor allem nach weiteren Anschlägen in europäischen Großstädten, sowie der Verhaftung eines mutmaßlichen Terroristen, der in Österreich aufgewachsen war, wurden die Themen „Drogen und Kriminalität“ vom „Islam“ als gefährliche Begleiterscheinung der Einwanderung abgelöst. Der Gipfel dieser Stereotypisierung sollte Jahre später stattfinden, als die FPÖ „Daham statt Islam“ im Wahlkampf plakatierte (vgl. Perchinig 2009: 240). Die zunehmende Verbindung von Einwanderung und Sicherheit führte dazu, dass EinwanderInnen im Allgemeinen und AsylbewerberInnen im Besonderen immer mehr als „Problem“ in der öffentlichen Diskussion dargestellt wurden (vgl. Atac 2012: 3). Der damalige Wirtschaftsminister, Martin Bartenstein, bezeichnete MigrantInnen in einem Buch über sein politisches Wirken als „Sprengstoff.“ (Martin Bartenstein zitiert nach Unterberger 2010: 99)

Auch die Diskussionen im österreichischen Parlament ließen eine zunehmende Schärfe und eine Vermischung der verschiedenen Diskursstränge erkennen. Der damalige FPÖ-Klubobmann, Peter Westenthaler, lies in der Nationalratsdebatte zur „Integrationsvereinbarung“ keinen Zweifel darüber, dass sich bezüglich der Einwanderungspolitik nun einiges ändern werde und gab zu erkennen, dass mit den beschlossenen Gesetzen vor allem eine Einschränkung der Einwanderung erreicht werden sollte: „Wir haben eine konsequente Zuwanderungspolitik durchgeführt – das stellen wir mit diesem Gesetz eindeutig klar –, indem wir die Zuwanderungsquote bereits für dieses Jahr gesenkt haben, indem erstmals ein Integrationsgesetz beschlossen wird, was Sie in der Regierung nie zustande gebracht haben, in dem

Deutschkurse verpflichtend verlangt werden, weil wir wissen, dass das Erlernen der Sprache die wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass sich Menschen in einer Gesellschaft überhaupt integrieren können, Herr Kollege Gusenbauer!“ (Westenthaler zitiert nach Krzyzanowski/ Wodak 2009: 201)

Neben den nationalstaatlichen Entscheidungsträgern gewannen auch die Institutionen der EU zunehmend an Macht, wenn es um die Gestaltung der Einwanderung in den europäischen Schengen-Raum ging. Vor allem die damalige Asylpolitik wurde in den Dekaden um das neue Millennium zunehmend von der Europäischen Union gestaltet und bestimmt. Die neue und intensive Thematisierung mit dem Thema Einwanderung im Allgemeinen und dem Thema Asylpolitik speziell, schien im so genannten „Dublin II Abkommen“ zu gipfeln, welches im Jahr 2003 vom Rat der europäischen Union beschlossen wurde (vgl. Dublin II Verordnung 2003).

Auch in anderen Ländern, wie in Frankreich oder Deutschland, wurden zu Beginn des 21. Jahrhunderts verschärfte Zuwanderungsgesetze beschlossen. Diese Entwicklung auf europäischer Ebene geschah im Windschatten einer Abschottungsdoktrin und führte zu einer Kriminalisierung von Migration. „Dabei ist es die Abschottungspolitik der ‚Festung Europa‘, oder der Festung der Entwicklung im Vergleich zum Süden, die in Verbindung mit der Aufrechterhaltung eines diskriminierenden Statuts für die Arbeitsmigration direkt verantwortlich für die Illegalisierung eines Großteils der Migrantinnen und Migranten ist.“ (Moulier Boutang, Yann 2002: 5)

Gleichzeit kam es auf europäischer Ebene auch zu einer Reihe von Beschlüssen und Richtlinien zur Bekämpfung von Diskriminierung. Etwa die Rechtsstellung legal niedergelassenen Drittstaatsangehörigen (vgl. König 2000:22). Diese rasche Umsetzung der EU- Antidiskriminierungsacquis ist jedoch vor allem auf die politische und diplomatische Isolation innerhalb der europäischen Gemeinschaft zurückzuführen, die eine Folge der FPÖ- Regierungsbeteiligung war, und die man so rasch wie möglich durch eine rasche Annahme eines Richtlinienentwurfs durchbrechen wollte (vgl. Perchinig 2009:239).

Der Großteil der Maßnahmen, Beschlüsse und Reformen in der Einwanderungspolitik während der ÖVP-FPÖ-Regierung standen gleichzeitig einem Prozess entgegen, wonach sich durch Migrationsprozesse, neue

Kommunikationsarten, die sozioökonomische Globalisierung und die europäische Integration „nationale Grenzen flüchtiger werden“ (Yildiz 2010:6). Genau durch diese Prozesse stand und steht die Gesellschaft allerdings auch vor Herausforderungen: „Insofern ist das globalisierte Alltagsverständnis kein harmonisches, sondern impliziert radikale Differenzen und Widersprüche. Die Öffnungsprozesse konfrontieren uns mit anderen, bisher marginalisierten Perspektiven, die den ontologischen Status des ‚Westens‘ in Frage stellen und uns zu anderen Weltdeutungen nötigen. Diese neue Dynamik erfordert das Überdenken unserer Vorstellung von Raum und Zeit.“ (Yildiz 2010: 6)

Dies führte dazu dass, diesen Öffnungsprozessen auf nationalstaatlicher Ebene häufig gegenläufige politische Entwicklungen entgegenstanden, „[...] die mit neuen Nationalismen, Rassismus und Fundamentalismus einhergehen.“ (Yildiz 2010: 6)

Dies spiegelte sich auch in den skizzierten Veränderungen während der ÖVP-FPÖ - Koalition in der Einwanderungspolitik wider. Durch diese Prozesse, die als eine Verschließung gegenüber einem Öffnungsprozess gesehen werden können, wurde der Nationalismus immer mehr gestärkt (vgl. Leggevie 2003: 55).

Wie hier dargestellt wurde, ist also der Untersuchungszeitraum nicht zufällig gewählt. Vielmehr nimmt der Zeitraum, der als Eingrenzung der Forschungsgegenstände dient, Rücksicht auf essentielle politische und gesellschaftliche Änderungen. Die oft genannte „Wende“ dient auch dieser Forschungsarbeit zum Anlass, sich auf die Jahre 2000-2003 zu beziehen. Der Regierungsantritt der ÖVP-FPÖ-Koalition kann als „diskursives Ereignis“ nach Jäger verstanden werden, wie es bereits im Kapitel 2.1 „Diskursanalyse“ näher erläutert wurde (vgl. Jäger 2012: 83).

5.3 Die ÖVP-FPÖ-Koalition und die Medien

Im Folgenden soll die Reaktion der Medien auf den Aufstieg einer rechtspopulistischen Partei und deren Regierungsbeteiligung skizziert werden. Auch auf dieser Ebene vollzog sich in gewisser Weise ein Wende. Die österreichische Medienlandschaft Allgemein und die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ im

Speziellen veränderten sich ebenso wie die politischen Machtverhältnisse in diesem Land.

Vor allem die FPÖ unter dem polarisierenden Jörg Haider hatte schon immer ein spezielles Verhältnis zu den Medien. Obwohl ihm ein starker Gegenwind in der medialen Landschaft entgegenschlug, kann der Aufstieg seiner Partei auch der massiven Berichterstattung über skandalöse Sager und der Figur Jörg Haiders zugeschrieben werden (vgl. Zita 2001: 105 ff; Steiniger 2010: 155).

Vor allem die FPÖ zog einen Nutzen aus der kritischen medialen Berichterstattung, die gleichzeitig mit den EU-Sanktionen auftraten: „An der FPÖ, gegen die sie in erster Linie gerichtet waren, haben die Sanktionen kaum Schaden angerichtet, im Gegenteil: Sie waren indirekt eher nützlich, weil sie erstens den Status der Gesamregierung (und damit auch der FPÖ) gestärkt haben und zweiten das mediale Aufsehen mithalf, ihren recht holprigen Start als Regierungspartei zu verschleiern.“ (Steininger 2007: 168)

Aber auch umgekehrte hatte die „Wende“ Auswirkungen. Die Medien schwankten damals zwischen der Verteidigung einer demokratisch legitimierten Regierung gegenüber den ausländischen KritikerInnen und einem Angriff auf die neue Regierung. Die Medienlandschaft schien mehr als je in der Zweiten Republik polarisiert zu sein. Die heftigen Debatte und der öffentliche Diskurs hatten zufolge, dass sich auch so genannte Qualitätsblätter zu einer zunehmenden populistischen Berichterstattung hinreißen ließen. Vor allem in der ersten Phase der politischen Berichterstattung überschlugen sich die Medienberichte zur neuen Regierung. In dieser aufgeheizten Stimmung, wurden viele Gespräche mit damaligen politischen Größen schnell zu skandalösen und aufsehenerregenden Interviews gemacht, die mittels Eilmeldung publiziert wurden. Die Medienwelt schien sich gegenseitig aufzuschaukeln (vgl. Krawagna-Pfeifer 2010: 102).

Der Konzeptkünstler und politische Beobachter, Martin Strauß, reflektierte zehn Jahr nach der damaligen Wende über den Wandel in der österreichischen Medienlandschaft und verortet dabei einen Verfall der journalistischen Sitten, als Reaktion auf die neue Situation, die eigene Regierung zu kritisieren und gleichzeitig, das Land und seinen Ruf vor einer äußerst kritischen Berichterstattung ausländischer Medien (vgl. Zita 2001) zu schützen, die von vielen politischen BeobachterInnen als

Übertrieben eingestuft worden war: „Liest man heute die damaligen Kommentare, so wundert man sich, mit welchem Starrsinn fast die gesamte heimische Publizistik den wesentlichen Kern der Krise ausklammerte und Gründe wie Grundlagen der europäischen Anklage der europäischen Anklagen unterschlug. Der öffentliche Diskurs über die Maßnahmen sank schnell auf ein Boulevard-Niveau.“ (Strauß 2010: 35)

Neben der geladenen Stimmungsmache, in die viele Medien während der ersten Phase von „Schwarz-Blau“ verfielen, gab es jedoch auch fundamentale Gesetzesänderungen, die die Medien betrafen. Der damalige stellvertretende Bürochef von Medien-Staatssekretär Franz Morak (ÖVP), Gerald Grünberger, verstand darunter die eingeleitete Digitalisierungsstrategie des öffentlichen Rundfunks, die Novellierung des Radiogesetzes und die Einrichtung einer so genannten Medienbehörde, welche die Bereiche Medien, Wettbewerb und Telekommunikation kontrollieren und regulieren sollten (vgl. Grünberger 2001: 257).

Als medienpolitisch relevant kann auch der Zusammenschluss vieler wichtiger Magazine gesehen werden. Das Projekt wurde als „Formil“ bezeichnet, eine Anspielung auf die betroffenen Blätter „Profil“ und „Format“. Dieser Medienblock stand laut den damaligen GegnerInnen und Konkurrenzblätter entgegen einer vielfältigen Medienlandschaft. Dass die Politik sich trotzdem für eine solche Zusammenlegung ausgesprochen hatte, soll laut dem damaligen Chefredakteur von „Die Presse“, Andreas Unterberger, vor allem damit zu tun gehabt haben, dass man sich eine weniger kritischere Berichterstattung erhoffte. Eine Hoffnung, die sich allerdings bald als unrealistisch herausstellte (vgl. Unterberger 2010: 112).

Deshalb wurde versucht auf anderer Ebene Druck auszuüben. Nicht nur in der Medienpolitik gab es Veränderungen, auch der Umgang zwischen PolitikerInnen und JournalistInnen soll sich nach der politischen Wende verändert haben. Die damalige Ressortchefin der links-liberalen Tageszeitung „Der Standard“, Katharina Krawagna-Pfeifer, berichtet, dass von führenden PolitikerInnen zunehmender Druck auf politische JournalistInnen ausgeübt wurde. Die Maßnahmen sollen bis zur Drohung, keine Regierungsinserate mehr zu schalten, gereicht haben (vgl. Krawagna-Pfeifer 2010: 103f): „Seit der Angelobung des Kabinetts Schüssel I kam es jedoch ununterbrochen zu Beschwerden beim Herausgeber sowie dem Chefredakteur meiner Zeitung, und es wurde heftig interveniert, falls ein Artikel den neuen

Mächtigen im Land nicht genehm war. Nicht nur in meinem Fall, auch im ORF und gegenüber anderen kritischen Journalisten wurde massiver Druck ausgeübt der letztendlich dazu führte, dass sie ihrer Funktion enthoben wurden, wenn sie sich nicht dem neuen Regime anpassten.“ (Krawagna-Pfeifer 2010: 103)

Auch der damalige Innenpolitikjournalist und spätere Chefredakteur von „Die Presse“, Michael Fleischhacker, beobachtete eine versuchte Übernahme der Macht im ORF, die in den Regierungsperioden zwischen SPÖ und ÖVP aufgeteilt worden war. Die ÖVP- FPÖ-Regierung versuchte nun zunehmend dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk unter ihre Kontrolle zu nehmen. Eine Praxis, die im vom Proporz regiertem Österreich bekannt war, allerdings führte diese offensive Intervention sogar zu einer Formierung einer Gruppierung, die sich „SOS-ORF“ nannte und aus Intellektuellen und KünstlerInnen bestand (vgl. Fleischhacker 2008: 98). Diesem Protest schlossen sich namhafte ORF-JournalistInnen an, denn „[...] die Art und Weise, wie vor allem der damalige FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler seine aufgestauten Machtgelüste im und am ORF auslebte, war tatsächlich von bis dahin nicht gekannter Letztklassigkeit.“ (Fleischhacker 2008: 98)

Doch es gab auch Medien, die sich mit den neuen politischen Umständen arrangieren konnten. Der damalige Chefredakteur von „Die Presse“, Andreas Unterberger, schrieb in einer Biografie über den damaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein, dass „Die Presse“ das einzige Medium in Österreich war, das eine Regierungsbeteiligung der FPÖ verteidigte. Man sah sich damals als Retter der Demokratie und als Gegner der mächtigen Boulevardzeitungen und des ORFs, die eine Weiterführung der Großen Koalition forderten: „Einzige mediale Gegenstimme war damals ‚Die Presse‘“, die jede Mehrheitsregierung für legitim erklärte. Jede Sympathiegeste für die schwarz-blaue Variante war in Folge dieser Stimmungsmache damals ein riskantes Unterfangen.“ (Unterberger 2010: 71)

Andreas Unterberger war zu jener Zeit Chefredakteur, als sich „Die Presse“ laut einem Forschungsprojekt, das im Zuge des 5. Rahmenprogramms „The European Dilemma: Institutional Patterns and Politics of ‚Racia‘ Discrimination“ durchgeführt wurde, zum wichtigsten Qualitätsmedium entwickelte, das bezüglich der Berichterstattung über MigrantInnen zunehmend die Regierungspolitik unterstützte (vgl. Krzyzanowski/Wodak 2008: 259).

Im nächsten Kapitel soll diese jene Tageszeitung porträtiert werden, um ein besseres Verständnis von diesem Medium und der Berichterstattung zu bekommen. Laut Jäger ist es von großer Bedeutung, im Zuge einer Diskursanalyse den ideologischen Hintergrund eines Mediums herauszuarbeiten, um die Ergebnisse in einen breiteren „diskursiven Kontext“ zu setzen (vgl. Jäger 2012: 83).

6 „Die Presse“- Eine konservative Qualitätszeitung

Der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) beschreibt „Die Presse“ wie folgt: „„Die Presse“ vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau.“ (VÖZ o.J.).

Der Grund, weshalb „Die Presse“ als Untersuchungsgegenstand gewählt wurde, ist, dass bis dato vor allem die Visualisierungen in österreichischen Boulevardmedien in wissenschaftlichen Arbeiten untersucht wurden (vgl. Kargl 1996; Lausmann 1993). Nur selten wurden auch Qualitätsmedien ebenfalls auf die Verwendung von Bildern untersucht wie etwa in einer Analyse zum Nationalratswahlkampf 2008 (vgl. Mitsche 2008). Ein weiterer Grund, der diese Zeitung als Untersuchungsgegenstand interessant macht, ist die Tatsache, dass „Die Presse“ vor allem in dem Zeitraum, der in dieser Arbeit berücksichtigt wird, ihre Berichterstattung bezüglich der Einwanderungsthematik veränderte (vgl. Krzyzanowski/Wodak 2008: 259). Sie ist, wie im vorherigen Kapitel dargestellt, auch eine der wenigen Medien, welche die damalige Regierung unterstützte.

6.1 Die Entstehung einer neuen Tageszeitung

Die Tageszeitung „Die Presse“ wurde 1848 von dem österreichischen Unternehmer, Politiker und Erfinder August Zang gegründet. Den historischen und politischen Kontext, der auch die ideologische Richtlinie der jungen Zeitung beeinflussen sollte, bildete damals die Märzrevolution. Die erste Ausgabe verließ am 3. Juli 1848 die Druckerei. Vorbild für „Die Presse“ war die französische Tageszeitung „La Presse“. August Zang war eng mit dem Herausgeber der „La Presse“, Auguste Girardin, befreundet und erlernte von ihm die geschäftliche und unternehmerische Praxis der „Kommerzpresse“. Zang versuchte vor allem mit dem Verkauf von Inseraten Geld zu lukrieren. Das ermöglichte ihm, die Zeitung um fast zwei Drittel günstiger an die LeserInnen zu verkaufen als seine Konkurrenten. Der gelernte Unternehmer wusste

um die Bedeutung der Massenwirksamkeit vor allem in Verbindung mit der Zeitung als Instrument zur Meinungsbildung. Die „Presse“ schaffte durch das erfolgreiche und lukrative Inseratengeschäft den Spagat zwischen Entpolitisierung und dem wirtschaftlichen Erfolg. August Zang ging es eben mehr um den wirtschaftlichen Erfolg, als um eine wesentliche politische Ausprägung. Die Zeitung vertrat schon damals bereits eine konservative Linie gepaart mit wirtschaftsliberalen Ansichten (vgl. Duchkowitsch 2001: 48ff).

Sein ökonomischer Blickwinkel auf das Zeitungsgeschäft führte wenige Jahre später dazu, dass Zang seine MitarbeiterInnen verlor und sein Blatt zunehmend unbedeutender in der österreichischen Zeitungslandschaft wurde. Grund dafür war die 50-Prozent Beteiligung der „Österreichischen Creditanstalt“ an seiner Zeitung. Der Preis belief 200.000 Gulden, das entsprach ungefähr 12 Millionen Zeitungsexemplaren. Der Unternehmer Zang konnte das Angebot nicht ausschlagen, berücksichtigte bei diesem Geschäft allerdings nicht seine Redaktion und beteiligte sie nicht an dem wirtschaftlichen Aufwind. Daraufhin spaltete sich die Redaktion. 1864 verließ beinahe die gesamte Redaktion geschlossen das Blatt. Die ehemaligen Mitarbeiter Zangs gründeten unter der Leitung von Michael Etienne und Max Friedländer die „Neue freie Presse“. Dieses neue Blatt hängte die „Presse“ in wirtschaftlicher und journalistischer Weise ab. Maßgeblich für den Erfolg der „Neuen freien Presse“ war die Berichterstattung über die ökonomische Entwicklung aufgrund wissenschaftlicher Basis. Das Nachfolgerblatt der „Presse“ erarbeitete sich schnell einen Ruf als Qualitätszeitung, die über die Grenzen Österreichs bekannt war. Grund dafür waren neben der wirtschaftlichen Kompetenz auch die kritischen und weltoffenen Gastbeiträge im umfangreichen Feuilletonteil der Zeitung. Für die „Neue freie Presse“ schrieben unter anderem Karl Marx, Hugo von Hoffmannsthal oder Theodor Herzl (vgl. Duchkowitsch 2001: 48ff; Leitner 1996:55).

August Zang schaffte es in der Zwischenzeit seine „Presse“ um eine Million Gulden an eine Aktiengesellschaft zu verkaufen. 1867 zog er sich von dem Zeitungsgeschäft zurück. Am 31. Oktober 1896 setzte man die AbonnentInnen in Kenntnis, dass die „alte Presse“, wie sie im Volksmund hieß, nicht mehr weiter bestehen werde (vgl. diePresse.com o.J.).

Knapp vierzig Jahre danach stand auch die „Neue Presse“ vor dem Aus. Allerdings ist der Grund dafür im politischen Umbruch der 1930er zu finden. „Die neue freie

Presse“ erschien am 31. Jänner 1939 das letzte Mal, danach wurde sie von den NationalsozialistInnen mit dem „Neuen Wiener Journal“ zusammengelegt. Aus diesem Zusammenschluss ging das „Neue Wiener Tagblatt“ hervor. Bereits ein Jahr zuvor wurden alle jüdischen RedakteurInnen, die einen Großteil der Redaktion ausmachten, entlassen und durch österreichische bzw. deutsche JournalistInnen ersetzt, die einen „Ariernachweis“ erbringen konnten (vgl. Lang 2003: 34ff).

Es war Ernst Molden, ehemaliger Chefredakteur der „Neuen freien Presse“, der 1946 die Zeitung wieder auferstehen lies und „Die Presse“, die heute noch besteht, gründete. Die Umstände, nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeitung zu gründen, waren alles andere als vorteilhaft. Die einstigen JournalistInnen und die ehemalige literarische Elite waren zum Großteil vertrieben oder ermordet worden. Auf administrativer Ebene musste man sich gegen die Parteizeitungen und die Besatzungsmächte, die die Zeitungslizenzen vergaben und selbst Zeitungen gründeten, behaupten.

Die Nachkriegszeit war auch in der Zeitungsbranche von Verzicht geprägt. Papier war ein knappes Gut und deshalb erschien die Presse bis 1948 nur einmal in der Woche. Fast wie zum Trotz wurde in den Wirren der Nachkriegsjahre großer Wert auf einen Wirtschaftsteil und ein Feuilleton gelegt. Nach dem frühen Tod von Ernst Molden übernahm sein Sohn, Fritz Molden, mit erst 29 Jahren die Zeitung. Man versuchte zunehmend vertriebene JournalistInnen ins Land zu holen und Mitte der 1950er Jahre hatte sich „Die Presse“ in Wien soweit etabliert, dass man in ein eigenes Druck- und Verlagsgebäude übersiedeln konnte. „Die Presse“ wurde unter Fritz Molden ein wirtschaftliches Erfolgsmodell expandierte immer mehr. Doch Molden scheiterte an dem wirtschaftlichen Balanceakt und musste seine Zeitung an Fred Ungart verkaufen. Ungart war zu dieser Zeit ein ÖVP-naher Werbeunternehmer. An der bürgerlich-liberalen Ausrichtung der Zeitung änderte sich nichts. Finanziell abgesichert war das Medium allerdings erst wieder, als die Bundeswirtschaftskammer 80 Prozent der Anteile der Verlagsgesellschaft erwarb. Von Seiten der Zeitung heißt es heute, dass eine versuchte Einflussnahme der ÖVP und der Wirtschaftskammer an den damaligen Chefredakteur Otto Schulmeister gescheitert sei. Die Konkurrenz bezeichnete „Die Presse“ allerdings immer noch als das „Unternehmerblatt“ und „Zeitung der Abendlandretter“ (vgl. diePresse.com o.J.).

Unter dem neuen Chefredakteur Thomas Corherr stellte sich die Zeitung den Herausforderungen der Modernisierung. Eine Digitalisierung hielt Einzug in den Redaktionsräumlichkeiten. Am Beginn der 1990er brauchte „Die Presse“ einen Geschäftspartner, um finanziell den neuen Herausforderungen standzuhalten. Viele ausländische Unternehmen zeigten Interesse an dem Blatt, doch schlussendlich übernahm der steirische Medienkonzern „Styria“ die Unternehmensführung. Ende der 1990er wurde der mittlerweile drittgrößte Medienkonzern in Österreich zum Alleineigentümer. „Styria“ ist mittlerweile eine Aktiengesellschaft und hält 100 Prozent an der Verlagsgesellschaft. Wie viele Zeitungen musste auch „Die Presse“ den Herausforderungen des neuen Jahrtausends entgegentreten. Der neue stellvertretende Chefredakteur Michael Fleischhacker sollte gemeinsam mit dem Chefredakteur Andreas Unterberger die turbulenten Zeiten meistern und erarbeitete einen radikalen Relaunch, was äußeres Erscheinungsbild und Aufmachung der Zeitung betraf. Vor allem junge LeserInnen sollten angesprochen werden. 2004 übernahm Fleischhacker die Chefredaktion. Unter ihm wurde „Die Presse“ ein Medium, das vor allem auf Kompaktheit und Leserfreundlichkeit setzte. Auch die Zusammenarbeit zwischen Online und Printredaktion wurde verstärkt. Ab 2012 war Rainer Nowak Chefredakteur von „Die Presse“. Über die Jahre hat sich „Die Presse“ gewandelt.

Eine Forschungsarbeit an der Universität Wien zeigt, dass auf mehreren relevanten Ebenen „Boulevardisierungstendenzen“ (vgl. Hottowy 2009:92). : „Dem entspricht die Ebene der Gestaltung (z.B. mehr und größere Fotos und Grafiken, Typengröße der Überschrift ist gestiegen), die Ebene des Inhalts (z.B. mehr Soft, weniger Hard News, generell mehr Service und Unterhaltung) und die Ebene des Stils (z.B. Personalisierung, Emotionalisierung und Alltagsnähe)“ (Hottowy 2009:92) Das erscheint logisch in einer Zeit, in der die Medienwelt einen unglaublichen Wandel vollzieht (vgl. diePresse.com o.J.).

Die klassischen Printmedien stehen einer immer größeren Menge an Bloggern und Internetmedien gegenüber, und müssen deshalb auch in ihrer Strategie wesentliches ändern (vgl. Wolf 2013).

6.2 Auflagenstärke

Die Reichweite der Presse war während des Untersuchungszeitraums weitgehend stabil. Im Jahr 2000 betrug die Reichweite von „Die Presse“ 5,4 Prozent, 2003 lag sie bei 5,1 Prozent. „Die Presse“ hatte zur Jahrtausendwende gerade ein wirtschaftliches Tief überstanden. Anfang der 1990er Jahre, lag die Reichweite gerade einmal bei 3,3 Prozent (vgl. Hecher 2005: 115; Verband Österreichischer Zeitungen 2002: 48). Der damalige Geschäftsführer von „Die Presse“, Franz Ivan, nannte als eine der Strategien, um wieder Fuß im heimischen Zeitungsmarkt zu fassen, eine Neugestaltung der Zeitung. Eine der Neuerungen war die Einführung eines Titelbildes in Farbe. Auch „Die Presse“ konnte sich also den immer stärkeren Schwerpunkt auf visuelle Kommunikation in den Medien nicht entziehen (vgl. Hecher 2005: 215).

6.3 Blattlinie und Selbstbildnis

Auf ihrer Webseite definiert sich „Die Presse“ wie folgt: "Die Presse vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau. Sie tritt für die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und die Rechtsstaatlichkeit ein. Die Presse bekennt sich zu den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit bei Aufrechterhaltung der Eigenverantwortlichkeit des Staatsbürgers, zur Wahrung des privaten Eigentums unter Beachtung seiner Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft, zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, zur freien unternehmerischen Initiative und zum Leistungswettbewerb. Sie verteidigt die Grundfreiheiten und Menschenrechte und bekämpft alle Bestrebungen, die geeignet sind, diese Freiheiten und Rechte oder die demokratische rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung zu gefährden. Die Presse betrachtet es als journalistische Standespflicht, ihre Leser objektiv und so vollständig wie nur möglich über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu informieren. Stellung zu nehmen und Kritik zu üben wird von der Tageszeitung Die Presse als ihre Aufgabe und ihr unveräußerliches Recht angesehen." (diePresse.com 2013)

Die Presse zeigt sich vor allem stolz, dass sie in den Chefetagen der österreichischen Unternehmen, von „Führungspersonlichkeiten“ und Besserverdienenden zu dieser Zeitung greifen (vgl. diePresse.com am 14.3.2012; diePresse.com am 10.10.2013).

Für diese Arbeit ist bezüglich der ideologischen Verortung dieses Mediums vor allem eine Untersuchung interessant: Im Zuge des 5. Rahmenprogramms: „The European Dilemma: Institutional Patterns and Politics of ‚Racial‘ Discrimination“ wurden mehrere Tageszeitungen zwischen Ende der 1980er Jahre bis zu Beginn des neuen Millenniums auf ihre Berichterstattung über MigrantInnen untersucht. Dabei wurde ebenfalls die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ berücksichtigt. In der Untersuchung wird sie als „konservative Qualitätszeitung“ angeführt (vgl. Krzyzanowski/Wodak 2008: 277). Die Untersuchung kommt bezüglich der Berichterstattung über ausgewählten Artikel in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ zu folgendem Schluss: „Die Presse - das wichtigste Qualitätsmedium, das die Position der ÖVP unterstützt – eine stärker rechts gerichtete Position. Die zunehmend explizite Sprache dieser Zeitung und die immer häufiger werdenden populistischen, gegen AusländerInnen gerichteten ‚Ausrutscher‘ im Stil der Boulevardpresse müssen als Indizien eines Schwenks nach rechts genannt werden.“ (Krzyzanowski/Wodak 2008: 259)

7 Analyse der Pressefotografien

Dieser Teil stellt das Herzstück der Forschungsarbeit dar. Nachdem der diskursive Kontext (vgl. Jäger 2012:83) in den vorigen Kapiteln ausführlich beschrieben wurde und erklärt wurde, warum dieses Thema, in dieser Form, in dieser Zeitung, in diesem Zeitrahmen untersucht werden soll, folgt anschließend die Untersuchung des Materials. Zu Beginn wird erklärt, wie dieses Material ausgewählt wurde. Wichtig ist dabei zu betonen, dass die Arbeit nicht linear verfasst wurde. Die Sichtung des Materials fand parallel zu der Literaturrecherche statt. Das ist insofern notwendig, weil sich durch die Sichtung des Materials wiederum theoretische Voraussetzungen ergeben, die erfüllt werden müssen. Die Analyse der Pressefotografien beeinflusste also die vorherigen Kapitel, wie umgekehrt. Um diesen Prozess besser verständlich zu machen wird im folgenden Kapitel auch detailliert erklärt, wie der eigentliche Untersuchungsprozess des Analysematerials vor sich ging (siehe dazu auch Kapitel 2 „Methodik“).

7.1 Auswahl der Pressefotografien

Im folgenden Kapitel wird nun dargestellt, wie das gesichtete Material ausgewählt wurde. Es wird erklärt, wie an die Analyse des Bildmaterials herangegangen wurde und, welche Auswirkungen diese erste Sichtung des Materials auf die Arbeit hatte. Die erste Sichtung der Bilder geschah parallel zu den ersten Arbeitsschritten, etwa der ersten Literaturrecherche und der Auswahl der genauen Methodik. Durch die frühe Sichtung des Materials im gesamten Forschungsprozess wurde es auch möglich auf weitere notwendige Recherchen und Kapitel, die ursprünglich nicht eingeplant waren, einzugehen. Bei der Sichtung des Materials stellten sich Fragen, die sich als essentiell für den weiteren Forschungsprozess darstellten. Die Notwendigkeit in einem Kapitel die Frage „Wer sind MigrantInnen und Flüchtlinge?“ zu behandeln, ergab sich etwa in dieser Phase des Forschungsprozess.

Die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ wurde dafür im Mikrofilm Archiv der Österreichischen Nationalbibliothek gesichtet. Gesichtet wurde „Die Presse“ aus dem Zeitraum Februar 2000 bis Februar 2003, der ersten Regierungskoalition von FPÖ und ÖVP. Warum dieser Zeitraum relevant erscheint, wurde in den vorigen Artikel bereits ausführlich dargestellt.

Bei der Auswahl der Bilder wurde das Thema des Artikels berücksichtigt, da MigrantInnen nach Meinung des Autors nicht bloß am Bild zu erkennen sind. Ein solches Vorgehen würde nämlich implizieren, dass diese Arbeit auf der Basis von Stereotypen, Klischees und Vorurteilen basiert. (von denen natürlich auch der Autor dieser Arbeit nicht komplett befreit ist) Es wurden also jene Bilder ausgewählt, die in einem sehr breiten Kontext von Migration gefunden wurden. Ob diese Bilder im den medialen Diskurs über Migration fallen, ergab sich vor allem aus der Überschriften des Artikels, den Vorspann zum jeweiligen Artikel und den Bildtexten. Bei all den ausgewählten Bildern wurden im begleitenden Artikel, Vorspann oder dem Bildtext gewisse Schlagworte erkannt, die den Artikel und auch das Bild in den Diskurs über Migration einbetteten. Schlagworte waren etwa: „Migration“, „Migranten“, „Asylanten“, „Flucht“, „Integration“, „Flüchtlingslager“, „Schlepperei“, „Aufenthaltsbewilligung“, etc.. Alle Schlagworte können hier nicht genannt werden, allerdings ist es für das Verständnis der Auswahl der Bilder noch wichtig zu erwähnen, dass die Einbettung in den Migrationsdiskurs sofort ersichtlich sein sollte. Es wurden also nicht zuerst die Artikel intensiv gelesen und nach Schlagworten gesucht. Sondern der Konnex zwischen den Schlagwörtern, und somit mit dem Thema „Migration“, und dem Bild mussten für die LeserInnen sofort erkennbar sein. Damit wurde versucht ein möglich natürliches Leserverhalten „nachzuspielen“. Dabei ist die Verbindung von einer Fotografie, Titel, Vorspann und Bildtext für die LeserInnen besonders wichtig, um überhaupt den Artikel zu lesen. Wie bereits in dieser Arbeit ausführlich beschrieben ist also diese Verbindung auch besonders wichtig, wenn es darum geht, wie sich bestimmte Bilder von bestimmten Personen oder zu einer bestimmten Thematik, in den Köpfen der LeserInnen festsetzen. Die ausführliche Forschungsarbeit zur Darstellung von Migrantinnen in deutschen Medien von Margreth Lüneborg, Katharina Fritsche und Annika Bach hat außerdem gezeigt, dass eine solche Auswahl bezüglich dieses Themas sinnvoll erscheint (vgl. Lüneborg et. al. 2011: 45).

Allerdings wurde bei der Auswahl der Bilder in der ersten Sichtung nicht auf Schlagworte Rücksicht genommen, sondern auch darauf geachtet, nur jene Bilder auszusuchen, auf denen Personen zu sehen sind, die als MigrantInnen präsentiert werden. So gab es etwa Bilder, die einen Artikel illustrierten, welche sich zwar mit dem Thema Migration beschäftigten, auf denen jedoch Politiker zu sehen waren (vgl. Abbildung 21: „Ernst Strasser“). Diese Bilder fielen nicht deshalb aus dem Raster weil der oder diejenige nicht wie ein(e) MigrantIn aussieht, denn eine solche Herangehensweise würde implizieren, dass man wüsste wie typische MigrantInnen aussehen und wiederum eine bloße Reproduktion von Stereotypen und Klischees beinhalten. Sie fielen nur aus dem Raster, wenn es sich dabei um bekannte Persönlichkeiten, wie beispielsweise PolitikerInnen handelte. Ebenfalls aussortiert wurden in der ersten Sichtung Artikel, die mittels anderen Bildern oder Grafiken illustriert wurden (vgl. Abbildung 33: „Staatsgrenze“) oder gar nicht von Bildern begleitet wurden.

Das dritte Merkmal, auf das Rücksicht genommen wurde, war der Bezug zu Österreich. Der Diskurs, wie in Österreich über MigrantInnen gedacht wird, hängt nach der Meinung des Autors vor allem davon ab, wie über MigrantInnen in Österreich gesprochen wird (visuell, verbal und schriftlich) bzw. wie MigrantInnen dargestellt werden, die nach Österreich immigrieren. Insofern mussten der Artikel und das Bild einen Bezug zu Österreich haben. Dabei wurde einerseits auf das Ressort geachtet. „Inland“ „Wien-Journal“, „Niederösterreich-Journal“, „Chronik“, „Tagespiegel“ oder „Inland“ waren dabei jene Ressorts, in denen die meisten Bildern gefunden wurden, die MigrantInnen mit einem Bezug zu Österreich darstellten. Ebenfalls wurden jene Artikel genommen, die nicht explizit einen Österreich Bezug hatten, allerdings im EU-Kontext erschienen waren. Diese Artikel und Bilder, die zum Großteil in den Ressorts „Europa“ und „Ausland“ zu finden waren, wurde deshalb aufgenommen weil die EU und eine gemeinsame europäische Politik damals wie heute ein besonders intensiv behandeltes Thema war, und die Berichterstattung über Europa, Österreich einschließt. Außerdem wurde ebenfalls im Titel, Vorspann und Bildtext nach Hinweisen auf den Österreichbezug gesucht. Eine Sonderstellung nimmt hierbei die besonders umfangreiche Berichterstattung über die Folgen des Terroranschlages am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York. Nach dem Anschlag wurde in der österreichischen Tageszeitung die Presse vor

allem auf Themenseiten über die Folgen des Anschlages berichtet. Diese Themenseiten wurden mit „Der Terrorkrieg“ oder „Der Terror und die Folgen“ betitelt. Dabei wurde auch sehr ausführlich über Flüchtlinge aus Afghanistan berichtet. Bei diesen Themenseiten wurden häufig einzelne tragende Bilder verwendet, die etwa Flüchtlinge zeigen, welche vor einem drohenden Krieg nach Pakistan fliehen. Gleichzeitig wurde auf dieser Themenseite auch über einen Bezug zu Österreich geschrieben. Etwa am 18. September 2001, als der Artikel „Afghanen Wiens fürchten blinden Haß“ (Stöger et. al. 2001). Dieser Artikel wird begleitet von einem Bild, das nicht einem Artikel auf dieser Themenseite zugeordnet werden kann. Die Bilderunterschrift lässt dann erkennen, dass es sich bei der abgebildeten Person um einen Mann in der afghanischen Hauptstadt Kabul handelt und nicht um einen Mann in Wien (vgl. Abbildung 31: „Mann in Kabul“). Durch diese Themenfassung entsteht für die LeserInnen der Eindruck, dass die abgebildeten Vorkommnisse auch Österreich oder die Europäische Union betreffen könnten.

In der ersten Sichtung waren demnach drei Merkmale ausschlaggebend, um in die nähere Auswahl des Forschungsmaterials genommen zu werden: (1) der Bezug zum Thema Migration, (2) auf dem Bild musste ein Person zu sehen sein, die als MigrantIn präsentiert wurde und (3) es musste einen Bezug zu Österreich geben.

Nach diesen Kriterien wurden 70 Bilder mit dazugehörigem Artikel aussortiert. Diese 70 Bilder wurden in einer zweiten Sichtung in Gruppen sortiert. Dabei wurde wie bereits bei der ersten Sichtung auf Schlagworte Rücksicht genommen. Es soll hier nochmals betont sein, dass es sich um eine subjektive Betrachtung handelt. Demnach wurden sechs Untergruppen definiert: „Arbeitsmarkt“, „9/11“, „Integration“, „Kriminalität und Sicherheit“, „Historischer Kontext“ und „Asyl“. Bei den Benennungen der Untergruppen handelt sich um einfache und plakative Schlagwörter, die dem Betrachter als erstes in Kopf kamen, als die Bilder ein zweites Mal gesichtet wurden. Es handelt sich also um eine bewusste vereinfachte Darstellung der verschiedenen Themen. Auch hier wurden Anleihen bei der Forschungsarbeit „Migrantinnen in den Medien“ (Lüneborg et. al. 2011) genommen (vgl. Lüneborg et. al. 2011: 81). Es muss auch betont werden, dass es zwischen Gruppen teilweise Überschneidungen gibt, was auf die Komplexität der Thematik hinweist. In diesem Fall war der gewichtigere Eindruck eines Bildes entscheidend, wohin das Bild zugeteilt wurde.

Auch Sabine Prokop wendet eine ähnliche Art der Bilderauswahl an (vgl. Prokop 2010: 188).

Die größte Gruppe bildet die Themengruppe „Asyl“. Fast ein Drittel (32,9 Prozent) aller für diese Forschungsfrage relevanten Bilder können dem Thema „Asyl“ zugeschrieben werden. Die nächst größere Gruppe bilden Medienberichte über den Terroranschlag auf das World Trade Center mit 24,3 Prozent. Dem Thema „Integration“ wurden fast ein Viertel der Bilder und Artikel zugeordnet (22,8 Prozent). 8,6 Prozent der Bilder erschienen im Kontext zum Thema „Arbeitsmarkt“. Am wenigsten Bilder fanden sich zu den Themen „Kriminalität und Sicherheit“ und „Historischer Kontext“ mit jeweils 5,7 Prozent (vgl. Abbildung 3 Grafik Untergruppen MigrantInnen (n=70)).

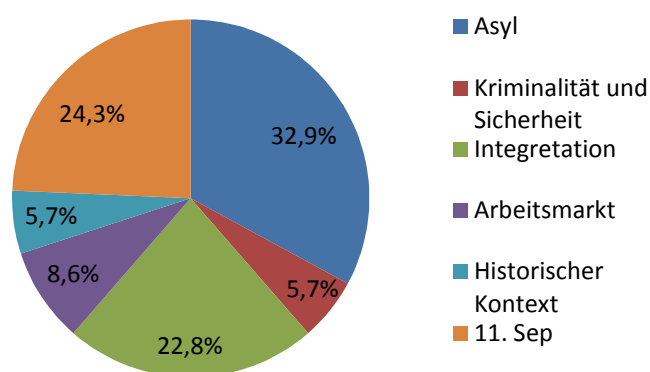


Abbildung 3 Grafik Untergruppen MigrantInnen (n=70)

Vor allem diese zweite Sichtung und die Ordnung nach Themengruppen hatten entscheidende Auswirkungen auf die Forschungsarbeit. Aufgrund der Menge an Datenmaterial wurde eine Themengruppe als Beispiel herausgenommen. Das geschah auch in Hinblick dessen, dass am Ende des Sortierungsprozesses eine qualitative Bildanalyse steht. Um dieser Forschungsmethode und der komplexen Thematik jedoch gerecht zu werden, erschien es sinnvoll sich auf eine Untergruppe

zu beschränken. Die genaue Analyse der übrigen Themengruppen kann gerne als Anlass für weitere Forschungsarbeiten gesehen werden, im Rahmen dieser Arbeit war eine genaue und seriöse Erforschung aller Bilder leider jedoch nicht möglich.

Als jene Themengruppe, die näher analysiert werden sollte, wurde „Asyl“ ausgewählt. Grund dafür ist vor allem, dass in diesem Zusammenhang mit 23 Bildern die meisten visuellen Darstellungen gefunden wurden. Außerdem erscheint nach der Analyse des damaligen politischen, medialen und öffentlichen Diskurses dieses Thema von besonderer Bedeutung für die Berichterstattung über MigrantInnen gewesen zu sein (siehe Kapitel 5.2). Diese Bilder wurden ebenfalls nach Reizwörtern ausgesucht, die in Titel, Vorspann oder Bildunterschrift zu finden waren. Solche Reizwörter waren etwa „Flüchtlinge“, „Asylanten“, „Flüchtlingsquartier“, „Schlepper“, „Illegale“.

In einer dritten Sichtung wurden die Bilder der Themengruppe „Asyl“ abermals in Untergruppen sortiert. Auch diese Unterteilung muss als subjektiver Prozesse verstanden werden. Bei den Benennungen der Untergruppen handelt sich abermals um einfache und plakative Schlagwörter, die dem Betrachter als erstes in Kopf kamen, als die Bilder ein zweites Mal gesichtet wurden. Es handelt sich also um eine bewusste vereinfachte Darstellung der verschiedenen Themen. Auch hier wurden Anleihen bei der Forschungsarbeit „Migrantinnen in den Medien“ (Lüneborg et. al. 2011) genommen (vgl. Lüneborg et. al. 2011: 81). Allerdings spielten diesmal die Bilder eine weit größere Rolle als der Kontext bzw. war der Kontext nach den vorigen Einteilungen bereits auf den Bildern zu erkennen. Es wurden folgenden Untergruppen definiert: „Verhaftung“, „Reisende Gruppe“, „Reisende Einzelperson“ und „Flüchtlingsquartier“. Es muss auch hier betont werden, dass es zwischen Gruppen teilweise Überschneidungen gibt, was auf die Komplexität der Thematik hinweist. In diesem Fall war der gewichtigere Eindruck eines Bildes entscheidend, wohin das Bild zugeteilt wurde.

Knapp über ein Drittel (34,8 Prozent) der Bilder wurde der Gruppe „Reisende Gruppe“ zugeordnet, die zweitgrößte Gruppe (30,4 Prozent) wurde unter dem Schlagwort „Flüchtlingsquartier“ in den weiteren Forschungsprozess eingegliedert. „Verhaftung“ und „Reisende Einzelperson“ beinhalten jeweils 17,4 Prozent des Bildmaterials (vgl. Abbildung 4: Untergruppen"Flüchtlinge" (n= 23)).

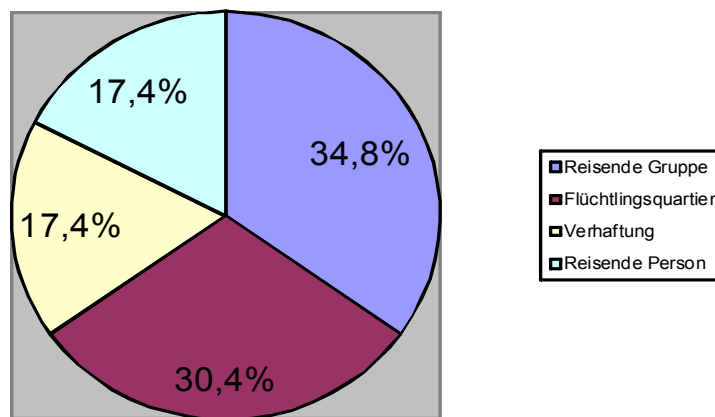


Abbildung 4: Untergruppen"Flüchtlinge" (n= 23)

Von diesen Gruppen wurde in weiterer Folge wiederum jeweils ein Beispielbild ausgewählt, um es einer qualitativen Bildanalyse zu unterziehen. Die Beispielbilder wurden nach subjektiven Empfinden danach ausgesucht, welche Darstellung besonders typisch erschien und die anderen Bilder repräsentierte. In der restlichen Forschungsarbeit werden die Personen auf diesen Bildern als „Flüchtlinge“ bezeichnet. Das ist dem Umstand geschuldet, dass nicht überprüft werden kann, ob es sich bei den Personen auf Bildern der Gruppe „Asyl“ tatsächlich um Flüchtlinge laut einer offiziellen Definition handelt. Auch sollen Zuschreibungen wie „Illegale“ oder „Asylanten“ vermieden werden, deshalb wird von „Flüchtlingen“ gesprochen. Hier sollen kurz die einzelnen Gruppen erklärt werden:

„Reisende Gruppe“: Auf den Bildern dieser Gruppe sind immer mehrere „Flüchtlinge“ zu sehen, die sich in Bewegung befinden oder deren Verhalten auf eine bevorstehende Bewegung oder vergangene Bewegung hindeuten lässt.

„Flüchtlingsquartier“: Auf den Bildern dieser Gruppe sind „Flüchtlinge“ in Räumen zu sehen. Es kann sich dabei um Einzelpersonen oder Gruppen handeln. Entscheidend ist die Thematisierung der Räumlichkeit.

„Verhaftung“: In diese Gruppe fallen jene Bilder, die eine Verhaftung oder ein Abführen eines „Flüchtlings“ abbildet. Diese charakterisieren sich insbesondere dadurch, dass neben „Flüchtlingen“ immer auch Exekutivbeamte auf dem Bild zu sehen sind.

„Reisende Einzelpersonen“: Auf den Bildern dieser Gruppe sind immer einzelne „Flüchtlinge“ zu sehen, die sich in Bewegung befinden oder deren Verhalten auf eine bevorstehende Bewegung oder vergangene Bewegung hindeuten lässt.

7.2 Pressefotografie 1: „Verhaftung“

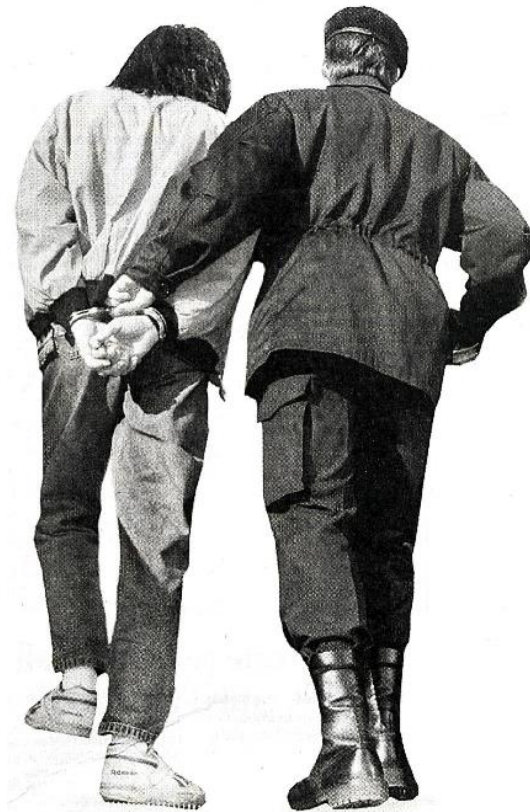


Abbildung 5: "Verhaftung"

7.2.1 Beschreibung

Auf dem Bild sind zwei Gestalten vor weißem Hintergrund zu sehen, die dem Betrachter den Rücken zukehren. Ein konkreter Hintergrund oder ein Umfeld ist nicht auszumachen. Weder Alter noch Geschlecht oder Herkunft sind auf den ersten Blick konkret zu erkennen. Beide Personen haben ein nach vorne gebeugte Körperhaltung und den Kopf leicht nach rechts gebeugt. Der linke Fuß der linken Person befindet sich in der Luft. Die linke Person trägt weiße Turnschuhe, blaue Jeans, eine helle

Jacke und dunkle lange Haare. Die Jacke und die Hose weisen zahlreiche Falten auf. Die rechte Person trägt eine dunkle Uniform, schwarze Stiefel, brünette Haare und ein Barett. Auch ihr Fuß ist leicht vom Boden abgehoben. Die Arme der linken Person werden durch Handschellen auf dem Rücken zusammengehalten. Die rechte Person hält die zusammengebundenen Arme der linken Person mit ihrer linken Hand, die rechte hat sie in die Hüfte gestemmt. Die rechte Person befindet sich etwas vor der linken Person. Beide sind in voller Größe und aus einer leichten Froschperspektive aufgenommen. Eine konkrete Planimetrie ist nicht auszumachen. Das ist vor allem dem fehlenden Umfeld und der nicht erkennbaren Umgebung geschuldet. Bei dem Bild handelt es sich um eine Schwarz-Weiß-Fotografie.

7.2.2 Aussage

Auf dem Bild ist ein Polizist zu sehen, der eine verhaftete Person abführt. Der Beamte wird durch seine Uniform erkenntlich und dadurch, dass er die Handschellen hält. Seine leicht gebeugte Körperhaltung, die angewinkelten und vom Boden abgehobenen Beine zeigen, dass er sich gerade in Bewegung befindet. Seine Körperform lässt darauf schließen, dass es sich um einen männlichen Polizeibeamten im mittleren Alter handelt. Den Verhafteten erkennt man an den Handschellen, durch die seine Hände auf dessen Rücken gefesselt sind. Auch seine Körperform lässt darauf schließen, dass es sich um einen Mann handelt. Die zahlreichen Falten auf seinem Gewand zeigen, dass die Kleidung nicht genau passt. Auch er befindet sich in Bewegung. Dass er abgeführt wird, lässt sich erkennen, weil er vor dem Polizeibeamten hergeht. Die linke Hand des Polizisten, welche die Handschellen umgreift, die beide Hände des Verhafteten umschließt, sowie die dynamische und angespannte Körperhaltung des Polizisten und des Verhafteten, lassen darauf schließen, dass der Verhaftete vom Polizeibeamten geleitet wird. Der Grund für die Verhaftung wird nicht erkennbar.

7.2.3 Wirkung

Dem Betrachter (mit Betrachter ist der Autor gemeint, da es sich um eine subjektive Wahrnehmung handelt, kann nicht generalisiert werden) zeigt sich sofort die ungleiche Position der beiden abgebildeten Personen. Die Handschellen und die führende Hand des Polizeibeamten machen klar, wer die Macht über wen hat. Die angelegten Handschellen scheinen nicht zu reichen, sondern ein fester Handgriff um die Fesseln wird benötigt, um den Verhafteten an der Flucht zu hindern und in die richtige Richtung zu lenken. Der Polizist wirkt durch seine angespannte Körperhaltung entschlossen, der Verhaftete strahlt hingegen durch seinen zu Boden gesenkten Kopf eine gewisse Resignation aus. Es scheint, als hätte er sich der Macht des Exekutivbeamten ergeben. Beim Betrachter kommt in Bezug auf die Resignation vor allem Mitleid auf. Die unpassende Kleidung des Verhafteten lässt darauf schließen, dass er nicht genug Geld hat, um sich eine passende Kleidung zu kaufen.

Durch die leichte Froschperspektive wirken die Männer etwas mächtiger und bedrohlich. Durch den nicht erkennbaren Hintergrund erscheint die Situation universell und unabhängig von Ort und Zeit. Es scheint so, als könnte sie immer geschehen. Es ist also keine Ausnahme, sondern wirkt durch die Ungebundenheit an Zeit und Raum alltäglich.

7.2.4 „Kon- Text“

Das Foto ist zu dem Artikel „200 Gendarmen und kein Stoff im Flüchtlingslager“ am 1. Dezember 2001 in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ im Ressort „Niederösterreich-Journal“ auf Seite 11 erschienen. Es ist das alleinige Aufmacherbild auf dieser Seite. Die journalistische Darstellungsform dieses dreispaltigen Artikels wird als längere Nachricht verstanden (vgl. Reumann 2009:147ff). Sie besteht also aus einer tragenden Überschrift, einem so genannten Leitsatz und einem Nachrichtenkörper. Bei dem Text handelt sich um eine Reportage einer Drogenrazzia, die am 31. November von Polizisten im Flüchtlingslager Traiskirchen und im Süden Wiens entlang der Südautobahn stattfand.

Zusammenfassend gibt der Text wieder, dass eine groß angelegte Drogenrazzia bei den erwähnten Orten ohne Ergebnis blieb, obwohl 200 PolizeibeamtInnen im Einsatz waren. Die Polizei erklärt sich den Misserfolg dadurch, dass schon im Vorhinein intensive Kontrollen durchgeführt wurden (vgl. Stöger 2001). Das Foto ist die einzige visuelle Begleitung zu dem Artikel. Der Artikel ist eingebettet in eine Kombination aus einem Hauptartikel (Aufmacher) und einen Nebenartikel (Aufsitzer). Wobei beide durch eine Umrahmung von der restlichen Seite abgegrenzt sind. Bei der Bildquelle wird der Fotograf „Hofmeister“ genannt, da keine Agentur genannt wird, liegen die Rechte anscheinend bei „Die Presse“. Die Bildunterschrift „Drogenrazzia in Traiskirchen und Wien. 200 Uniformierte rückten am frühen Morgen aus. Drogen wurden nicht gefunden“ (Stöger 2001) passt zu dem gezeigten Bild. Wobei sich die Text-Bild-Schere insofern nicht ganz schließt, als in der Überschrift und der Bildunterschrift erkennbar wird, dass es aufgrund der misslungenen Drogenrazzia offenbar keine Verhaftungen gegeben hatte, erst im Text wird erkennbar, dass doch einige verdächtige „Asylanten“ mitgenommen wurden (vgl. Abbildung „Verhaftung“ und ihr „Kon-Text“).

Der rechte Arm des Polizisten reicht in den Text. Der Textfluss wird dadurch verändert. Die Freistellung soll die Dynamik des Bildes unterstreichen, es erscheint eine Art 3D-Effekt durch die Eingliederung des Fotos in den Textverlauf.

7.2.5 Zusammenfassung

Es handelt sich hier offenbar um die Darstellung eines verhafteten Asylsuchenden, der nichtverhaftet wird. Er bleibt dabei unerkant. Diese schemenhafte Darstellung lässt auch offen, ob dieses Bild ein Symbolfoto ist, oder tatsächlich bei dem beschriebenen Polizeieinsatz gemacht wurde.

Deutlich soll bei diesem Foto vor allem werden, wie mächtig die Staatsgewalt gegenüber dem Flüchtling ist. Gleichzeitig schafft es das Bild, eine Bedrohung zu konstruieren, in dem man den Flüchtling in Handschellen zeigt. Auch durch die leichte Froschperspektive bekommt der Betrachter/die Betrachterin das Gefühl, es handle sich hier um eine Bedrohung, derer man gerade noch Herr geworden ist. Obwohl beim Durchlesen des Artikels klar wird, dass es vermutlich zu keinerlei

Straftat gekommen ist, werden die Themen „Asyl“ und „Kriminalität“ hier in Verbindung gebracht. Diese Verbindung auf dem Bild wird nur zum Teil im Artikel bestätigt. Doch der Verhaftete scheint damit Erfahrung zu haben, strahlt doch seine Körperhaltung vor allem Zurückhaltung aus. Die Passivität löst Mitleid aus, das in bei der Sichtung aller Abbildungen aus der Themengruppe „Verhaftung“ empfunden wurde. Das passive, resignierende und gleichzeitig verzweifelte Auftreten des Verhafteten ist ein oft beobachtetes Charakteristikum im Zuge dieser Forschungsarbeit.

7.3 Pressefotografie 2 „Flüchtlingsquartier“



Abbildung 6: "Flüchtlingsquartier"

7.3.1 Beschreibung

Das stark querformatige Foto zeigt einen kleinen und engen Raum, in dem sich fünf Personen aufhalten. Sie alle sitzen auf Betten. Insgesamt befinden sich vier Stockbetten in dem Raum. Im unteren linken Eck steht ein Sessel. Darauf steht wiederum ein kleiner Fernseher. Der Stuhl ist voller Schrammen und auf dem

Fernseher liegt eine Tasche. Neben dem Stuhl erkennt man einen kleinen Radiator. Im Hintergrund lässt sich ein großes Fenster erkennen. Die Wände des Raumes sind kahl, es hängen weder Bilder noch Vorhänge im Raum. Auf den Gerüsten der Stockbetten hängen Kleidungsstücke und Handtücher. Das Bild ist in schwarz-weiß gedruckt und wurde aus einer leichten aber doch deutlichen Vogelperspektive aufgenommen. Trotz der schwarz-weißen Fotografie ist die dunkle Hautfarbe der Personen zu erkennen. Die Planimetrie wird hier unter anderem durch jene Linien bestimmt, die mit den Stockbetten vorgegeben sind. Durch die Anordnung der Personen bilden sich zwei Linien, die sich in der Mitte des Raumes zu treffen scheinen. Keine der Personen blickt in die Kamera.

Die erste Person (von links nach rechts) zeigt eine leicht gebeugte Haltung und ihre Beine sind überkreuzt. Der Kopf ist leicht nach links gedreht, der Blick geht in Richtung Boden. Die Person trägt ein einfarbiges, helles und weites Hemd und eine einfarbige, helle und weite Hose, sowie gemusterte Schuhe. Die Haare sind dunkel und gekämmt. Die Hände der ersten Person verschwinden in der Hosentasche.

Von der zweiten Person sind nur Arme, Beine und die dunklen Haare zu erkennen. Das Gesicht ist hinter der ersten Person verborgen. Durch die Kopfhaltung erkennt man, dass auch diese Person vermutlich auf den Boden blickt. Sie trägt ein gemustertes Hemd und eine dunkle Hose und gemusterte Schuhe. Die Arme sind verschränkt und der Körper leicht nach vorne gebeugt.

Die dritte Person steht durch die sich ergebenden Linien im Mittelpunkt der Fotografie. Auch ihr Gesicht ist nicht zu erkennen, denn die Person hält die Hände vor dem Gesicht. Sie trägt ein kariertes Hemd und eine dunkle Hose. Die ersten drei Personen sitzen alle auf einem Bett, ihnen gegenüber sitzen die folgenden Personen auf einem Bett.

Die vierte Person befindet sich durch die Planimetrie ebenfalls im Brennpunkt der Fotografie und ist am besten zu erkennen. Sie hat den Kopf am meisten in Richtung Kamera gedreht, dennoch ist auch ihr Blick Richtung Boden gesenkt. Das Gesicht ist schmal, die Haare dunkel und gekämmt. Die Mundwinkel sind gerade. Die Person trägt einen Oberlippenbart. Ihr Körper ist ebenfalls nach vorne gebeugt und die Ellbogen sind auf den Knien abgestützt. Bekleidet ist sie ebenfalls mit einem weiten, karierten Hemd und einer hellen.

Die fünfte Person unterscheidet sich von den anderen vor allem in der Haltung. Sie liegt auf dem Bett, ihr Kopf ist an die Wand gelehnt. Auch sie blickt nicht in die Kamera, sondern ebenfalls zu Boden. Am Kopf trägt sie eine gemusterte Kappe, ein helles Hemd und eine helle Hose. Im Gesicht trägt die Person einen dunklen Vollbart. Die Augen sind leicht zusammengekniffen, die Mundwinkel sind gerade. Die Arme hält die Person vor der Brust verschränkt.

7.3.2 Aussage

Auf dem Foto sind fünf Männer zu sehen, die sich gegenüber sitzen. Ihr Aussehen lässt darauf schließen, dass es sich um Männer im mittleren Alter handelt. Auf ihre genauere Herkunft oder ihr genaues Alter weist nichts auf der Fotografie hin. Die Körperhaltung der Männer zeigt keine Bewegung, Regung oder sonstige Aktivität. Ihre nach unten gesenkten Blicke und ihre sonstige Körpersprache verdeutlichen, dass die fünf Männer auf etwas warten. Worauf sie warten, ist nicht erkennbar. Die nach unten gesenkten Blicke und die geraden Mundwinkel bei den Männern vier und fünf lassen erkennen, dass sie sich in einer unangenehmen Situation befinden. Die verschränkten Arme von den Männern zwei und fünf zeigen gleichzeitig, dass die Situation angespannt ist. Die verschränkten Arme wirken wie ein Schutz und symbolisieren Widerstand gegen einen Zustand. Der dritte Mann, der im Zentrum des Bildes ist, drückt durch die Hände, die er vor das Gesicht gehalten hat, seine Verzweiflung aus. Das Wegdrehen von der Kamera zu den jeweils anderen Männern, zeigt die Gruppenzugehörigkeit und weist auf den Schutz hin, den die Männer in der Gruppe zu finden hoffen.

Die weite Kleidung lässt darauf schließen, dass es nicht ihre eigene ist. Kleidungsstücke, die auf den Stockbetten hängen, lassen darauf schließen, dass es nicht genügend Stauraum gibt. Die Enge des Raumes, der abgegriffene Stuhl, der zu einer Fernsehkommode umfunktioniert wurde und die kleine Heizmöglichkeit zeigen, dass es sich hier nicht um die tatsächliche Wohnung oder den eigentlichen Lebensmittelpunkt der fünf Männer handelt. Durch den abgegriffenen Stuhl wird klar, dass die Männer nicht die ersten Bewohner dieses Zimmers sind. Auch der kleine Fernseher wirkt alt, seine Platzierung auf dem Stuhl scheint eine Notlösung zu sein.

7.3.3 Wirkung

Auf den/die BetrachterIn wirkt diese Fotografie beengend. Der wenige Platz, der den Männern zur Verfügung steht, die kahlen Wände und die glatten Eisengestelle der Stockbetten wirken erdrückend. Das lässt sich auch aus der Körperhaltung und den Blicken der Männer ablesen. Sie wirken resignierend, verzweifelt und trotzig. Sie alle dürften sich in der gleichen Situation befinden und ähnlich damit umgehen, wobei ihre Körpersprache teilweise unterschiedlich auf den Betrachter wirkt.

Der erste Mann (von links nach rechts) wirkt durch seine abwartende Körperhaltung, als hätte er sich der Wohnsituation und seiner persönlichen Situation ergeben. Der Mann wirkt geduldig, er hält die Situation aus, zeigt aber auch keine Anzeichen, dass er auf eine Besserung der Umstände hofft.

Die Körpersprache der zweiten Person löst am wenigsten Emotionen beim Autor aus. Das liegt daran, dass sein Gesicht nicht erkennbar ist. Durch die Haltung seiner Hände wirkt er allerdings etwas angespannter als die erste Person. Die verschränkten Arme wirken wie ein Schutz und deuten eine gewisse Trotzigkeit an. Es scheint, als würde er die Situation nicht einfach so hinnehmen wollen.

Der dritte Mann, der im Zentrum der Fotografie ist, wirkt am stärksten auf den Betrachter. Durch seine Hände, in die er sein Gesicht vergräbt, wirkt er verzweifelt und hilflos. Ihn scheint die Situation am meisten mitzunehmen und die Situation rührt ihn vielleicht sogar zu Tränen.

Der vierte Mann wirkt, wie der erste Mann, gefasster als die anderen. Durch seine aufgestützten Ellbogen strahlt er eine gewisse Stabilität aus. Doch durch seinen Gesichtsausdruck, die müden Augen und die ausdruckslose Mundpartie wirkt er ebenfalls verzweifelt und hilflos.

Der fünfte Mann, der am rechten Rand der Fotografie zu sehen ist, wirkt hingegen eher wütend als verzweifelt. Die Arme hat er verschränkt und eng an die Brust gedrückt, dadurch vermittelt er eine gewisse Entschlossenheit.

Insgesamt wirkt es, als würden diese fünf Männer in der Gruppe Schutz suchen. Vor etwas, das sie fürchten und dem sie ausgeliefert sind. Obwohl sie nicht mit der Situation zufrieden sind, müssen sie sich damit abfinden. Die leichte

Vogelperspektive und die strengen Linien verstärken diese Wahrnehmung. Es geht um etwas, die Männer sind im Fokus einer persönlichen Katastrophe und können nichts anderes tun, als zu warten. Und sie warten in einem viel zu kleinen und engen Raum. Die einzige Verbindung nach draußen ist der kleine Fernseher auf dem Stuhl. Der alte Sessel zeigt, dass sie nicht die ersten sind, die in diesem Zimmer in dieser Situation sind. Das Aussehen der Männer deutet daraufhin, dass die Männer einen langen Weg auf sich genommen haben könnten, um in diese Situation zu kommen, die sie aber alles andere als glücklich macht und die sie sich vermutlich auch nicht erhofft und erwartet hatten. Sie scheinen Fremde zu sein, die nichts anderes als die gegenseitige Unterstützung zu haben. Sie wirken wehrlos und scheinen sich ihrem Schicksal ergeben zu müssen.

7.3.4 „Kon- Text“

Diese Fotografie ist zu dem Artikel „Österreichs Schubhaftpraxis: Vom richtigen Weg aus ‚einer dunklen Ecke des Rechtsstaates‘“ (k.A. 2001) am Mittwoch den 25. April 2001 auf der Seite 8 im Ressort „Inland“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ erschienen. Die Bildquelle zeigt, dass es sich um ein Foto handelt, das von der Nachrichtenagentur „Reuters“ stammt. Es ist das alleinige Aufmacherfoto auf dieser Seite. Die journalistische Darstellungsform dieses vierspaltigen Artikels wird als längere Nachricht verstanden (vgl. Reumann 2009: 147ff). Sie besteht also aus einer Überschrift, einem Leitsatz und einem Nachrichtenkörper. Der Text handelt von einer Pressekonferenz, im Zuge derer der Menschenrechtsbeirat Empfehlungen zur Schubhaft in Österreich und der Abschiebung aus Österreich vorstellt. Günther Ecker, ein Mitglied des Menschenrechtsbeirates, sieht die österreichische Politik auf dem richtigen Weg, die Schubhaftbedingungen und die Abschiebep Praxis zu verbessern. Gelobt wird, dass sich immer weniger Menschen in Schubhaft befinden. Prinzipiell wird vom Menschenrechtsbeirat die lange Dauer der Schubhaftpraxis kritisiert. Außerdem wird von dem Rat, der das Innenministerium in Menschenrechtsfragen berät, ein „Monitoring-System“ gefordert. Dabei sollen abgeschobene Menschen weiterhin begleitet und beobachtet werden. Außerdem wird eine bessere rechtliche Situation gefordert, die eng in Verbindung mit dem zusätzlichen Einsatz von DolmetscherInnen gefordert werden und die medizinische

Versorgung von Schubhäftlingen soll sich verbessern. Das Foto ist die einzige visuelle Begleitung zu dem Artikel, der durch eine Umrandung von der restlichen Seite abgetrennt wurde. Die begleitende Bildunterschrift lautet: „Warten auf die Abschiebung müssen in österreichischen Gefängnissen rund 15.000 Menschen pro Jahr.“ (k.A. zitiert nach Abbildung „Flüchtlingsquartier“ im „Kont-Text“) Die Bildunterschrift lässt die Vermutung zu, dass es sich bei den fünf Männern auf der Fotografie um Schubhäftlinge handelt, die sich in einem österreichischen Schubhaftzentrum befinden. Jedoch gibt es diesbezüglich keine weitere Erklärung und Konkretisierung, etwa durch eine Ortsangabe in der Bildunterschrift (vgl. Abbildung „Flüchtlingsquartier“ im „Kont-Text“).

7.3.5 Zusammenfassung

Es handelt sich hier offensichtlich um eine Darstellung von fünf Schubhäftlingen, die auf ihre Abschiebung warten. Die nicht genaueren Orts- oder Personenangaben lassen die Fotografie wie ein Symbolbild wirken. Es entsteht also nur der Eindruck, dass es sich um Schubhäftlinge in Österreich handelt. Ein klarer Hinweis findet sich allerdings nicht. Es drängt sich also der Eindruck auf, dass es sich hier um ein Symbolbild handelt, das überall auf der Welt aufgenommen hätte werden können. Dadurch glaubt man, dass Flüchtlinge, AsylbewerberInnen oder Schubhäftlinge ein universelles Schicksal hätten. Ein Abgleiten in die Verwendung von Klischees und Stereotypen lässt sich dadurch praktisch nicht vermeiden.

Doch wie aus der Verbindung von Artikel und Fotografie erkennbar wird, geht es in dem Text gar nicht um die Männer konkret, sondern um allgemeine Zustände in österreichischen Schubhaftzentren. Die Verbindung zwischen Text und Bild bilden also nicht die Männer, sondern ihre Tätigkeit: das Warten. Gleichzeitig blicken die Männer, die hier als Symbol für 15.000 abgebildet werden, verzweifelt in die Zukunft. In der Zwischenzeit sind sie zum Nichtstun verdammt. Das zeigt vor allem die Haltung der Männer. Sie werden also dargestellt, als könnten sie nur verzweifelt darauf warten, dass man sie abschiebt. Sie sind also nicht mehr Subjekte sondern werden zu Objekten degradiert, denen nichts bleibt, als die Zeit totzuschlagen. Dies

geschieht in einem Umfeld, das mehr als unangenehm zu sein scheint: eng, unpersönlich, alt, langweilig und nur mit dem Notwendigsten ausgestattet.

In dieser Forschungsarbeit wurde dieses Bild als Beispielbild für die Untergruppe „Flüchtlingsquartiere“ ausgewählt weil es gut zeigt, wie Flüchtlinge, AsylbewerberInnen oder Schubhäftlinge in ihrer Umgebung dargestellt werden. Die Menschen auf den Fotografien zu den Artikeln, die sich mit dem Thema der Unterkünfte oder der Versorgung in Österreich von Flüchtlingen, AsylbewerberInnen oder Schubhäftlinge beschäftigen, werden immer als untätig dargestellt. Sie sitzen, lümmeln, warten und wirken verzweifelt, in einer Umgebung, die nicht ihr eignes Zuhause ist. Dabei geht es in allen Artikeln nicht konkret um jene Menschen, die auf den Bildern zu sehen sind, sondern immer um die Umstände herum. Wie bereits erwähnt, ist die Gruppe „Flüchtlingsquartiere“ geprägt von Klischees und Stereotypen, die das Bild vom armen, wehrlosen und passiven „Flüchtling“ verstärken.

7.4 Pressefotografie 3: „Reisende Gruppe“



Abbildung 7: "Reisende Gruppe"

7.4.1 Beschreibung

Diese Pressefotografie zeigt mehrere Personen, die auf einem Schiff stehen und mehrere Personen, die auf dem Festland stehen. Auf dem Festland sind neun Personen zu erkennen. Das Schiff ist mit dem Festland mittels Tauen verbunden. Die Personen auf dem Schiff sind deutlich mehr als auf dem Festland. Dort stehen vier der neun Personen näher bei dem Schiff und strecken wiederum ihre Hände in Richtung Schiff. Einige von ihnen tragen Uniformen. Es handelt sich bei dem Bild um eine Schwarz-Weiß-Fotografie. Die Planimetrie des Bildes zeichnet sich vor allem durch eine Linie aus, die klar an der Bordkante des Schiffes verläuft. Diese Linie trennt die linke von der rechten Bildhälfte ab. Auf dem Boden vor der Bordwand liegen einige Gegenstände. Das Foto wurde auf Augenhöhe aufgenommen und nicht von einer speziellen Perspektive aus. Es handelt sich bei dem Foto um ein Querformat im normalen Seitenverhältnis 4:3. Keiner der Personen auf dem Schiff oder auf dem Festland blickt in die Kamera. Es sind weder genaue Gesichtsausdrücke oder Gesichtszüge zu erkennen. Aufgrund der großen Anzahl von Personen auf dem Foto, kann auf einzelne Körperhaltungen und Merkmale nur bedingt eingegangen werden. Deshalb werden einzelne Gruppen beschrieben. Erstens die fünf Personen, die sich am linken Bildrand befinden und am weitesten von dem Schiff entfernt sind, zweitens jene vier Personen, die sich nahe beim Schiff befinden und drittens die Personen auf dem Schiff.

Die Personen der ersten Gruppe tragen zum Großteil Uniformen. Sie beobachten das Schiff und das Geschehen aus der Ferne. Einige blicken in Richtung Schiff, andere sprechen miteinander oder blicken in andere Richtungen.

Die vier Personen beim Schiff hingegen strecken die Arme in Richtung Schiff. Zwei von ihnen tragen ebenfalls Uniformen. Die anderen Personen tragen zivile Kleidung. Eine der Personen hält eine Tasche.

Die Personen auf dem Schiff strecken ihre Hände in Richtung Festland. Wie viele Personen auf dem Schiff sind, ist nicht feststellbar. Alter und Herkunft sind nicht erkennbar. Die meisten Personen auf dem Schiff strecken ihre Hände in Richtung Festland.

7.4.2 Aussage

Die Körperform der Personen der ersten Gruppe am linken Bildrand, lässt die Vermutung zu, dass es sich hier um Männer mittleren Alters handelt. Sie wirken ruhig, geordnet und diszipliniert. Durch ihren konzentrierten Blick scheinen sie das Geschehen aus einer sicheren Entfernung zu beobachten und sich zu vergewissern, dass die Kontrolle über das Festland in ihren Händen bleibt.

Die zweite Gruppe in der Nähe des Schiffes scheint den ausgestreckten Armen der dritten Gruppe entgegenzutreten und den Personen helfen zu wollen. Auch hierbei handelt es sich um Männer im mittleren Alter. Die Uniformen werden nicht genauer erklärt, es könnte sich um Militär-, bzw. Polizeiuniformen handeln.

Die dritte Gruppe, ebenfalls alles Männer, werden durch das Schiff als Reisende erkannt. Die ausgestreckten Arme zeigen, dass sie dorthin wollen, wo die erste und zweite Gruppe steht: auf das Festland. Durch die dicht gedrängten Körper scheint es, als würde auf dem überladenen Schiff das Chaos herrschen, als würde ein Überlebenskampf herrschen, der von einigen Außenstehenden beobachtet wird. Deren einzige Aufgabe scheint es zu sein, darauf zu achten, dass dieses Chaos nicht überschwappt. Einige der Männer auf dem Festland helfen, doch die Reisenden bleiben auf dem überfüllten Schiff. Die Bordwand des Schiffes ist die Grenze und scheint für die Reisenden unüberwindbar. Gleichzeitig symbolisieren die ausgestreckten Hände und die Suche nach Hilfe, dass die Reisenden diese Grenze überwinden wollen.

7.4.3 Wirkung

Das Bild wirkt auf den Betrachter bedrohlich. Das Chaos an Bord und die ausgestreckten Händen, werden als Zeichen für eine Massenpanik gedeutet. Es wirkt wie der Gipfel der Verzweiflung, wenn man mit diesem überfüllten Schiff weit reist und dann nur durch eine Bordwand von dem rettenden Zufluchtsland getrennt wird.

Doch nicht nur die Handlungen von den Männern auf dem Schiff und auf dem Festland sagen Unterschiedliches aus. Auch zwischen der ersten und zweiten

Gruppe von Männern gibt es einen markanten Unterschied. Während die erste Gruppe, die das Geschehen aus größerer Entfernung betrachtet, für den Betrachter die „Bürokratie“ darstellt und sich zu keinem Mitgefühl hinreißen lässt, sind es die vier Männer nahe beim Schiff, die eine „Menschlichkeit“ ausstrahlen. Sie reagieren im Gegensatz zu der ersten Gruppe auf die ausgestreckten Hände, allerdings helfen sie nur über die Bordkante hinweg, brechen also den letzten unüberwindbaren Rest der Distanz nicht auf.

7.4.4 „Kon- Text“

Das Foto ist zu dem Artikel „Strasser gegen FP-Asylpolitik: ‚Keine falschen, schrillen Töne‘“ am 23. April 2002 auf der neunten Seite im Ressort Inland erschienen. Die Bildquelle zeigt, dass es von der European Pressphoto Agency (epa) stammt. Es ist das alleinige Aufmacherfoto auf dieser Seite. Die journalistische Darstellungsform dieses dreispaltigen Artikels wird als längere Nachricht verstanden (vgl. Reumann 2009: 147ff). Sie besteht also aus einer Überschrift, einem so genannten Leitsatz und einem Nachrichtenkörper. Die Hauptperson der Überschrift (Innenminister Ernst Strasser) wird nicht gleichzeitig im Bild dargestellt. Insofern stehen Überschrift und Bildsprache im Widerspruch. Die Text-Bild-Schere schließt sich nicht. Es handelt sich dabei um ein Phänomen, das im Zuge dieser Forschungsarbeit oft beobachtet wurde.

In dem Text geht es um den Streit über eine mögliche Verschärfung des Asylwesens zwischen den beiden Koalitionspartnern ÖVP und FPÖ. Losgetreten sei die Diskussion vom FPÖ-Klubchef Peter Westenthaler worden. Er forderte, dass AsylbewerberInnen den Asylantrag bereits in ihrem Heimatland stellen müssen und forderte eine Meldepflicht für Personen, die auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Laut Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) sei letztere Forderung bereits erfüllt worden und die erste Novellierung werde ohnehin nicht kommen. Vielmehr sei eine Harmonisierung der europäischen Flüchtlingspolitik in Planung. Außerdem geht es in dem Artikel um eine Beschleunigung des Asylverfahrens und die Kritik von NGOs und Oppositionsparteien gegenüber den Forderungen von Westenthaler (vgl. Abbildung „Reisende Gruppe“ im „Kon-Text“).

Das Foto ist die einzige visuelle Begleitung zu dem Artikel. Der Artikel ist eingebettet in eine Kombination aus einem Hauptartikel (Aufmacher) und einen Nebenartikel (Aufsitzer). Wobei beide durch eine Umrahmung von der restlichen Seite abgegrenzt sind. Die Bildunterschrift „Gefangen auf hoher See: Die Europäische Union könnte nach den Plänen der FPÖ zu einer Festung werden, zu der Flüchtlinge nur sehr schwer Zugang haben“ gibt keine genaue Auskunft über die Personen, ihr Herkunftsland, ihr Ziel oder den Ort, an dem dieses Foto aufgenommen wurde (vgl. Abbildung „Reisende Gruppe“ im „Kon-Text“).

7.4.5 Zusammenfassung

Die visuelle Verbindung zwischen der österreichischen Fremden-, bzw. Asylpolitik und einem Bild auf dem ein Schiff mit „Flüchtlingen“ ist, das an einer europäischen Außengrenze bzw. einem Land mit Meerzugang anlegt, ist nach der Meinung des Autors äußerst problematisch. Die Politik der EU hat natürlich auch in diesen Belangen auf mehreren Ebenen eine enge Verbindung mit der österreichischen Innenpolitik. Trotzdem entsteht durch dieses Foto der Eindruck, dass diese Szene direkte Auswirkungen – und zwar eins zu eins – auf Österreich hätte. Dieses Gefühl wird dadurch verstärkt, dass es keine Aufklärung gibt, wo und wann dieses Foto aufgenommen wurde. Es wird nicht erklärt, woher diese Menschen kommen, wohin sie wollen und wer sie sind. Das bereichert, der Meinung des Autors nach, die Bildung von Stereotypen, Klischees und falschen Vorstellungen von MigrantInnen im Allgemeinen und Flüchtlingen im Speziellen. Es wurde bei nahezu allen Fotos in der Themengruppe „Reisende Gruppe“ festgestellt, dass es in den meisten Fällen keine Aufklärung über die reisende Gruppe gibt. Es wird nur eine Menge an anonymen Menschen gezeigt, die irgendwo hingehen. Nur in zwei Fällen werden die LeserInnen über die mögliche Herkunft der Menschen informiert. Die Bilder haben also mehr den Sinn, ein Symbol zu schaffen, und weniger die LeserInnen zu informieren. Dieses Bild ist das extremste Beispiel dieser Gruppe, denn durch die Menge an Menschen, die nur als so große Menge wahrgenommen wird, weil der Raum auf diesem Schiff so begrenzt ist, wird der hartnäckige Diskurs der „Überschwemmung“ Europas oder Österreichs durch Flüchtlinge bedient. Europa – und durch die Verbindung mit der österreichischen Politik, auch Österreich – wird hier als jenes Paradies und Ziel

dargestellt, wo alle Menschen hinwollen, denn in ihrer jetzigen Situation sind sie hilflos und es herrscht das Chaos. Zwar sind einige Menschen bereit ihnen zu helfen, allerdings nur auf Distanz. Die „Bürokratie“ hingegen blickt aus der Ferne auf die Ankommenden und versucht die Ordnung zu bewahren.

7.5 Pressefotografie 4: „Reisende Person“



Abbildung 8: "Reisende Einzelperson"

7.5.1 Beschreibung

Auf der Fotografie ist eine Person zu sehen. Sie befindet sich in einem lang gezogenem Raum. Die Arme der Person hängen an ihrem Körper herunter, das linke Bein ist leicht vom Boden abgehoben. Der Kopf ist leicht nach links gebeugt, der Körper hingegen leicht nach rechts gebeugt. Das Gesicht ist nicht zu erkennen, die Person wurde von hinten aufgenommen. Man kann nur die kurzen und dunklen

Haare erkennen. Auch die Kleidung ist nicht genau zu erkennen, sie bildet allerdings durch ihre dunkle Farbe einen starken Kontrast zum sonst sehr hellen Raum.

An der Decke dieses Raumes sind brennende Lampen zu sehen. Der Boden spiegelt das Licht wieder. Die rechte Wand ist hell und kahl. An der rechten Wand befinden sich Leitungen, Heizkörper und Schalter. Die Wand hinter der Person ist nicht zu erkennen.

Es handelt sich um eine Schwarz-Weiß-Fotografie. Die Planimetrie dieser Fotografie wird im Wesentlichen durch die vier Linien geprägt, die die Wände voneinander abgrenzen. Sie treffen sich in der Mitte des Bildes und bilden dadurch einen Brennpunkt. In diesem Brennpunkt ist die Person.

7.5.2 Aussage

Die Körperhaltung und die Körperform der Person lassen nicht eindeutig ein Geschlecht oder Alter erkennen, deshalb wird weiterhin von einer Person gesprochen. Durch ihre Körperhaltung, ihr angewinkeltes Bein und den leicht geneigten Kopf scheint die Person zu gehen. Da sie mit dem Rücken zum Fotografen steht, bewegt sie sich vermutlich weg und geht den Gang entlang. Durch die sich spiegelnden Lichter erscheint der Gang steril, kalt und funktionell. Welche Funktion dieser lange Raum hat oder wohin er führt, ist nicht erkennbar. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Verbindungsgang und nicht um einen Aufenthaltsraum. Das wird auch durch die Bewegung der Person unterstrichen. Insofern kann die Person als Reisender bezeichnet werden. Das Ziel der Reise ist nicht auszumachen. Auch ihre Identität bleibt unbekannt.

7.5.3 Wirkung

Die Person wirkt auf den Betrachter gleichzeitig zielstrebig und verloren. Der Gang gibt ihr klar die Richtung vor, in die sie zu gehen hat. Gleichzeitig verbindet sie nicht mit diesem Raum, es gibt keine Möglichkeit zu verweilen oder einen sonstigen

Zusammenhang zwischen der Person und dem Gang. Im Gegenteil, durch die Sterilität wirkt der Gang kalt, ungemütlich und sogar bedrohlich. Trotzdem scheint es die Person nicht eilig zu haben, durch diesen Raum zu gehen. Es wirkt deshalb so, als würde sie diesen Raum kennen und ihn nicht zum ersten Mal durchqueren. Durch den Brennpunkt entsteht jedoch der Eindruck, dass es sich trotzdem um eine unangenehme Situation handelt.

Obwohl die Person selbstständig geht, wirkt sie auf den Betrachter als bloße Figur und nicht als Akteur. Der klar vorgegebene Weg durch den Gang und die Linien, die die Figur in den Brennpunkt setzen, vermitteln diese Passivität. Dies wird auch dadurch vermittelt, dass sie nicht zu erkennen ist. Es scheint, als ginge es hier nur um eine symbolhafte Figur, denn die Identität ist in keiner Weise zu erkennen. Trotzdem wirkt die Figur durch die dunkle Kleidung, die in einem starken Kontrast zu der hellen Umgebung steht, bedrohlich. Vermutlich wird dieses Gefühl auch verstärkt, weil der Eindruck entsteht, dass die Person durch den farblichen Kontrast zwischen Raum und Figur nicht hierher gehört.

7.5.4 „Kon- Text“

Diese Fotografie ist zu dem Artikel „Einwanderungspolitik: Europäer versuchen Quadratur des Kreises.“ am Mittwoch den 10. April 2002 auf der Seite 9 im Ressort „Europa“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ erschienen. Die Unterüberschrift lautet: „In der Asylpolitik versucht die EU einen Spagat zwischen weniger Einwanderung und Wahrung der Rechte.“ Die Bildquelle zeigt, dass es sich um ein Foto handelt, das von der Nachrichtenagentur „Reuters“ stammt. Es ist das alleinige Aufmacherfoto auf dieser Seite. Die journalistische Darstellungsform dieses fünfspaltigen Artikels wird als längere Nachricht verstanden (vgl. Reumann 2009: 147ff). Sie besteht also aus Überschrift, Leitsatz und Nachrichtenkörper. Die Bildunterschrift beschreibt diesmal den Ort, an dem das Foto aufgenommen wurde: „Ein Weg ins Ungewisse ist für viele Asylsuchende die Flucht in die EU (im Bild einer der größten europäischen Haftanstalten für illegale Einwanderer im britischen Bedford).“ (Böhm 2002) Der Text ist gemeinsam mit einem anderen Artikel „Dänemarks Ausländerpolitik beunruhigt die europäischen Partner“ von den

restlichen Artikeln getrennt. Der Hauptartikel handelt über die Uneinigkeit der verschiedenen EU-Länder bezüglich einer gemeinsamen Asylpolitik. Vor allem die Positionen von Italien und Dänemark werden gegenüber gestellt. Unter anderem wird der damalige italienische Ministerpräsident Italiens, Silvio Berlusconi, indirekt zitiert „Die Flüchtlinge drohten die Italiener aus ihrem eigenen Land zu vertreiben.“ (Böhm 2002) Deshalb setzten Italien und Dänemark auf eine strengere Gesetzgebung. Gleichzeitig betonte das Europaparlament, dass mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit bei Asylverfahren Einzug halten sollten. Außerdem fordert man einen besseren Schutz der Familie.

7.5.5 Zusammenfassung

Auf anderen Fotos dieser Untergruppe wurden nicht alle Personen in einer Bewegung abgebildet. Manche standen oder saßen. Gemein war ihnen allerdings, dass sich die Menschen im Brennpunkt der Fotografie befanden. Trotz der unterschiedlichen Aktivitäten der Person wurden alle Einzelpersonen als Reisende wahrgenommen, weil sie nichts mit ihrer Umwelt verband. Sie wirkten alle rastlos und in Bewegung, auch wenn diese Bewegung nicht immer sichtbar war.

Die Bildunterschrift des Beispielbildes zeigt, dass es sich bei dem Weg um „einen Weg ins Ungewisse“ (Böhm 2002) handelt. Das Ungewisse findet sich in diesem Bild im Brennpunkt des Bildes, verdeckt durch den Reisenden. Dieser wird anonym und als dunkle Figur dargestellt. Bei keiner der Bilder der Gruppe „Reisende Einzelpersonen“, waren es explizit jene Personen, um die es im Artikel ging. Ohne die Texte näher analysiert zu haben, wurde auch festgestellt, dass in allen gesichteten Artikeln der Gruppe „Reisende Einzelpersonen“ tatsächlich mit jenen Menschen gesprochen wurde. Es verfestigt sich daher wieder der Verdacht, dass man hier auf Symbolbilder zurückgegriffen hat. Keiner dieser Einzelpersonen wird näher charakterisiert. Weder auf dem Bild noch in Titel, Vorspann oder Bildtext. Wenn die Mimik zu sehen ist, wird klar, dass es sich hier nur um Männer handelt, die mit traurigem Blick vor sich hinstarren.

7.6 Zusammenfassung und Interpretation

Bei den gesichteten Fotografien handelt es sich zum Großteil um schwarz-weiß-Fotografien, die durch ihre Planimetrie klare Linien zeigen und die Abgebildeten in eine klare Position rücken. Entweder handelt es sich dabei um Linien, die einen Brennpunkt bilden (vgl. Abbildung „Reisende Einzelperson“/„Flüchtlingsquartier“), oder um solche, die eine klare Grenzziehung schaffen (vgl. Abbildung „Reisende Gruppe“).

Die Verwendung der gesichteten Pressefotografien wirkt oftmals „standardisiert“. Die Menschen haben immer denselben Blick, strahlen immer Verzweiflung, Hilflosigkeit und Passivität aus. Gleichzeitig schaffen es die Fotos, „Flüchtlinge“ auch „gefährlich“ erscheinen zu lassen. So gefährlich, dass man sie beispielsweise verhaften muss oder, wenn sie in „Massen“ auftreten, sie nicht vom Schiff lässt (vgl. Abbildung „Verhaftung“ und „Reisende Gruppe“). Denn somit könnte das Chaos überschwappen, das anscheinend an ihnen haftet und das sie auf allen Bildern begleitet: schlechte Unterkünfte, schlechte und unpassende Kleidung, menschliche Tragödien. „Bedrohlich“ wirkt es auch, wenn es sich um eine rein schemenhafte Darstellung in Form einer dunklen Gestalt handelt (vgl. Abbildung „Reisende Einzelperson“).

Im Zuge der Interpretation der Bilder konnten die beiden Pole „Hilflosigkeit“ und „Gefahr“, zwischen denen „Flüchtlinge“ auf den gesichteten Fotografien hin und her wechseln, ausgemacht werden. Diesbezüglich erscheint folgende Idee von Zygmunt Baumann als interessant (vgl. Kapitel 3.3 „Wer ist hier fremd?“); laut Baumanns Überlegungen zeichne den „Fremden“ vor allem die Positionierung zwischen „Freund“ und „Feind“ aus. Diese Unmöglichkeit der Kategorisierung führt dazu, dass die Ordnung, die unserem kategorischen Denken zugrunde liegt (etwa die Ordnung des Nationalstaates) bedroht wird. Deshalb erscheint uns der „Fremde“ laut Baumann auch unheimlich. Umgelegt auf die analysierten Fotografien, liegt der Schluss nahe, dass die Flüchtlinge als „Fremde“ präsentiert werden. Diese Überlegung wird dadurch bekräftigt, dass die LeserInnen tatsächlich in den begleitenden Texten nicht erfahren, wer auf den Fotos zu sehen ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Bilder aller vier Untergruppen anonyme Personen zeigen. Die Bilder sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass meistens nicht erkannt werden kann, woher die Personen kommen, wo sie hinwollen und in welcher Situation sie sich befinden. Das trifft sowohl auf die Einzelpersonen als auch auf die Gruppen zu. Diese Anonymität führt dazu, dass die Darstellung von „Flüchtlingen“ universell wirkt. Es scheint, als wolle man durch die Ungebundenheit an Raum und Zeit ein allgemein gültiges Bild schaffen. Die Tatsache, dass nie aufgeklärt wird, welcher „Flüchtling“ auf einem Foto zu sehen ist, verstärkt den Eindruck, dass eher eine Debatte über „Flüchtlinge“, als mit ihnen geführt wird – wie im Kapitel „MigrantInnen in den Medien“ dargestellt. „Flüchtlinge“ scheinen daher bezüglich des Bildes, das von ihnen in die Öffentlichkeit getragen wurde, selbst nur ZuschauerInnen gewesen zu sein und nur wenige Möglichkeiten gehabt zu haben, Vorstellungen in der Gesellschaft zu Flüchtlingen im Rahmen des Asyldiskurses mitzugestalten.

.

8 Conclusio und Ausblick

Die Forschungsfrage, die am Beginn der Arbeit formuliert wurde (vgl. Kapitel 1 „Einleitung“) kann nach der Untersuchung des Analysematerial klar beantwortet werden: Die Pressefotografien von „Flüchtlingen“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ in den Jahren 2000-2003 charakterisieren sich vor allem durch die Anonymität der Abgebildeten und den Eindruck, dass die Abgebildeten gefährlich sowie hilfsbedürftig sind. Des Weiteren zeigen die Pressefotografien „Flüchtlinge“ vorwiegend als passive EmpfängerInnen von Befehlen oder Hilfeleistungen. Dass „Flüchtlinge“ als Personen dargestellt werden, die ihr Leben aktiv gestalten und selbstbestimmte Handlungen setzen, konnte nicht beobachtet werden. Die Hypothese, dass „Flüchtlinge“ vorwiegend in einem negativen Kontext abgebildet werden, konnte auf Basis der einzelnen Bildanalysen somit verifiziert werden.

In Anschluss an die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit drängen sich weitere interessante Forschungsfragen auf. So wäre es für die genauere Analyse dieses Themenfeldes bereichernd, neben Asyl die weiteren thematischen Untergruppen, die in dieser Arbeit in Hinblick auf die visuelle Darstellung von MigrantInnen definiert wurden, nämlich „Arbeitsmarkt“, „Integration“, „Historischer Kontext“, „Kriminalität und Sicherheit“ sowie „11.September“, zu untersuchen. Interessant wäre auch zu erörtern, wie die Berichterstattung so genannter Qualitätszeitungen Einfluss auf die politischen Eliten nimmt. Da sich Personen mit Migrationshintergrund mittlerweile stärker in den Redaktionen der österreichischen Tagespresse etablieren konnten, könnte zudem die Frage, ob sich die visuelle oder schriftliche Darstellung von MigrantInnen geändert hat, die Grundlage für eine weitere spannende Forschungsarbeit bilden.

9 Literaturverzeichnis

Ahtisaari, Martti et al. (2000): Bericht In: Kopeinig, Margaretha/ Kotanko, Christoph (2000): Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich. Wien: Czernin Verlag.

Atac, Ilker (2012): Die diskursive Konstruktion von Flüchtlingen und Asylpolitik in Österreich seit 2000. In: Hunger, Uwe/ Pioch, Roswitha/ Rother, Stefan (Hrsg.) (2012): Deutsche Migrations- und Integrationspolitik im europäischen Vergleich. Jahrbuch Migration 2011/12. Berlin/Münster: Lit-Verlag.

Bachmann-Medick, Doris (2008): Gegen Worte-Was heißt iconic/visual turn? In: Gegenworte, 20. Ausgabe Herbst 2008: <http://bachmann-medick.de/wp-content/uploads/2012/10/Bachmann-Medick%20Iconic%20Turn:Gegenworte.pdf>

(Zugriff: 11.11.2013)

Bade, Klaus J. (2000): Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: Verlag C.H.Beck.

Bailer, Brigitte/ Neugebauer, Wolfgang (1993): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus. Dokumentationsarchiv des Widerstandes (Hg.). Wien

Bauman, Zygmunt (1991): Moderne und Ambivalenz, in: Bielefeld, Uli (Hg.) (1991): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt? Hamburg: Hemburger Edition.

Bax, Daniel (28.5.2013): Die andere Parallelgesellschaft. Migranten in Medien. <http://www.taz.de/!116962> (letzter Zugriff 24.7.2013)

Berg, Ronald (2001): Die Ikone des Realen. Ur-Bestimmung der Photographie im Werk von Talbot, Benjamin und Barthes. Wien: Wilhelm Fink Verlag

Bernhardt, Petra et al. (2009): Europäische Bildpolitiken. Politische Bildanalyse am Beispielen der EU- Politik. Wien: Facultas AG.

Bilger, Veronika/Kraler, Albert (2006): Country Report. Austria, in: Poulain, Michel et al. (2006): THESIM. Towards Harmonised European Statistics on International Migration, Presses universitaires de Louvain, Louvain-la-Neuve

Black, Richard (2001): Environmental refugees: myth or reality? New Issues in Refugee Research, Working Paper 34,
www.unhcr.org/research/RESEARCH/3ae6a0d00.pdf (letzter Zugriff: 10.1.2013)

Bohnsack, Ralf (2011): Qualitative Bild- und Videointerpretation. Opladen: Verlag Barbara Budrich,

Brochamnn, Grete/ Hammar, Tomas (1999): Mechanisms of Immigration Control: A Comparative Analysis of European Regulation Policies. Oxford: Berg.

Böhm, Wolfgang (2002): Einwanderungspolitik: Europäer versuchen Quadratur des Kreises. In: Die Presse vom 10. April 2002

Castles, Stephen (2000): Ethnicity and Globalization: from Migrant Worker to transnational Citizen. London: SAGE Publishers.

Castles, Stephen (2002): Environmental change and forced migration: making sense of the debate, UNHCR Issues in Refugee Research, Working Paper No. 70:
www.unhcr.org/research/RESEARCH/3de344fd9.pdf (letzter Zugriff: 10.1.2013)

dasbiber.at (o.J.): Wien ist anders-jetzt stimmt's. Wien: Biber Verlagsgesellschaft mbH. <http://www.dasbiber.at/wasistbiber> (letzter Zugriff: 11.12.2013)

die Presse.com (o.J.) Unternehmen. Geschichte. diePresse.com. Wien:
<http://diepresse.com/unternehmen/geschichte/index.do> (letzter Zugriff: 11.1.2010)

diePresse.com (27.11.2008): Fekter: „Wirtschaftsflüchtlinge sind Kurgäste“. DiePresse.com. Politik. Innenpolitik. 27.11.2008, diePresse.com. Wien:
<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/433435/index.do> (letzter Zugriff: 11.1.2010)

diePresse.com (14.3.2012): Leseranalyse: 98.000 Topmanager greifen täglich zur „Presse“, diePresse.com. Wien:
http://diepresse.com/home/kultur/medien/740293/Leseranalyse_98000-Topmanager-greifen-taeglich-zur-Presse (letzter Zugriff: 12.9.2013)

diePresse.com (10.10.2013): „Die Presse“ legt an Reichweite zu: 274.000 Leser. Mehr A-Schicht, mehr Bestverdiener: 3,8 Prozent der Österreicher greifen täglich zur „Presse“, diePresse.com. Wien:

<http://diepresse.com/home/kultur/medien/1463313/Die-Presse-legt-an-Reichweite-zu-274000-Leser> (letzter Zugriff: 12.9.2013)

diePresse.com (2013): "Die Presse" Redaktion – Verhaltensregeln. Wien:

<http://diepresse.com/unternehmen/1418349/Die-Presse-Redaktion-Verhaltensregeln> (letzter Zugriff: 12.9.2013)

Dublin II-Verordnung (2003): Verordnung (EG) Nr.343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist Abl. L50/1 vom 25.2.2003:

http://www.asyl.net/uploads/media/dublin_vo.scrpdf (letzter Zugriff: 20.12.2013)

Duchkowitsch, Wolfgang (2001): Einführung in die Medien- und Kommunikationsgeschichte. Wien: Facultas Verlag.

Düvell, Franck (2006): „Definitionen, Zahlen, Fakten, Probleme“, in: Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen. Hamburg: LIT Verlag.

Ebermann, Erwin (Hg.) (2002): Afrikaner in Wien. Zwischen Mystifizierung und Verteufelung. Erfahrungen und Analysen, Münster: LIT-Verlag.

Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer (1995): Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends, politische Maßnahmen. Wien: Jugend und Volk Verlag.

Fischer, Heinz (2004): Wende Zeiten. Ein österreichischer Zwischenbefund, Wien: Kremayr Und Scheriau Verlag.

Fleischhacker, Michael (2008): Politiker Beschimpfung. Das Ende der 2. Republik. Salzburg: Ecowin Verlag.

Foucault, Michel (2002): Archäologie des Wissens. Archäologie des Wissens. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Friedrich, Sebastian/ Jäger, Margarete (2011):Die kritische Diskursanalyse und die Bilder. Methodologische und methodische Überlegungen zu einer Erweiterung der Werkzeugkiste In DISS-Journal 21. Duisburg. [http://www.diss-
duisburg.de/2011/09/die-kritische-diskursanalyse-und-die-bilder/](http://www.diss-duisburg.de/2011/09/die-kritische-diskursanalyse-und-die-bilder/) (Zugriff: 14.10.2012)

GFK-Protokoll (1967): Protokoll über die Gleichstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 (In Kraft getreten am 4. Oktober 1967)/Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28.Juli 1951. New York: UNCHR.
[http://www.unhcr.at/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsinformationen/1_INternational/1
Voelkerrechtliche Dokumente/01 GFK Prot dt.pdf](http://www.unhcr.at/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsinformationen/1_INternational/1_Voelkerrechtliche_Dokumente/01_GFK_Prot_dt.pdf) (letzter Zugriff: 17.12.2013)

Grittmann, Elke (2003): Die Konstruktion von Authentizität. Was ist echt an den Pressefotos im Informationsjournalismus? In: Knieper, Thomas/Müller, Marion G. (Hg.): Authentizität und Inszenierung von Bilderwelten. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Grittmann, Elke (2007): Das politische Bild. Fotojournalismus und Pressefotografie in Theorie und Empirie. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Grünberger, Gerald (2001): „Medien-Albanien“ oder Europareife? Zum Aufholprozess in der österreichischen Medienpolitik. In: Kohl, Andreas et. al (2001): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000. Politische Akademie der Österreichischen Volkspartei 2001. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Hall, Stuart (1989): Die Konstruktion von „Rasse“ in den Medien. In: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Hamburg: Argument Verlag.

Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des Anderen. In: Ideologie. Identität. Repräsentation. Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument Verlag.

Hamann, Sibylle (2007): Dilettanten unterwegs. Journalismus in der weiten Welt. Wien: Picus Verlag.

Hecher, Barbara (2005): Im Blickfeld der Medienökonomie: Österreichische Tageszeitungen im Wettbewerb-Ein Markt der Sensationen? Am Beispiel der Berichterstattung über die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Hoerder, Dirk et al. (2008): Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung. In: Bade, Klaus J. et al. (Hg.) (2008): Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: Wilhelm Fink.

Hort, Rüdiger (2007): Vorurteile und Stereotype. Soziale und dynamische Konstrukte. Saarbürcken: VDM Verlag Dr. Müller

Hottowy, Sabine (2009): Die Boulevardisierungstendenzen der Qualitäts-Tagespresse am Beispiel einer Inhaltsanalyse der österreichischen Zeitung „Die Presse“. Diplomarbeit an der Universität Wien.

IOM (2013): Key Migration Terms. Migration:
<http://www.iom.int/cms/en/sites/iom/home/about-migration/key-migration-terms-1.html#Migrant> (letzter Zugriff 20.10.2013)

Jäger, Siegfried (1997): Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen. Vortrag auf der Tagung „Das große Wuchern des Diskurses. Der Diskurs als unberechenbares Ereignis“ am 3. und 4.7. 1997 in der Universität GH Paderborn:
http://www.dissduisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Durchfuehrung_Diskursanalyse.htm (letzter Zugriff: 24.10.2013)

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. München: Unrast-Verlag.

Kargl, Maria (1996): Der Held von Brüssel : das Bild Alois Mocks in der EU-Berichterstattung von Kronenzeitung und Täglich Alles als Beispiel für sprachliche Imagekonstituierung. Diplomarbeit an der Universität Wien.

König, Karin (2000): Rechtliche Rahmenbedingungen für Einwanderung und Integration. In: König, Karin et al. (2000): MigrantInnen in Wien 2000. Daten&Fakten&Recht. Report 2000, Teil II. Wien: Integrationsfonds

König, Karin/ Hintermann, Christiane (2002): Rechtliche Rahmenbedingungen für Einwanderung und Integration. In: König, Karin /Hintermann Christiane. (2002): MigrantInnen in Wien 2002. Daten&Fakten&Recht. Report 2002, Teil II. Wien: Integrationsfonds

Kraler, Albert (2007): Zur Einführung: Migration und Globalgeschichte. In: Kraler, Albert et. al. (Hg.) (2007): Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850. Wien: Mandelbaum

Krawagna-Pfeifer, Katharina (2010): Die Demoralisierung Österreichs. Rückblenden auf die politischen Ereignisse vor zehn Jahren, als das Land in die Geiselhaft von Schüssel, Haider & Co geriet. In: Strauß, Martin/Ströhle, Halr-Heinz (Hg.) (2010): Sanktionen. 10 Jahre danach: Die Maßnahmen der Länder der Europäischen Union gegen die österreichische Regierung im Jahr 2000. Innsbruck: Studienverlag.

Krings, Franciska/Schmid Mast, Marianne (2008): Stereotype und Informationsverarbeitung. In: L. Petersen& B. Six (2008): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Basel: Beltz Verlag.

Kristeva, Julia (1990): Die Aufklärung und die Fremden, in: Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Kröhnert, Steffen (2007): Migration-eine Einführung. Berlin: Institut für Bevölkerung und Entwicklung:

[http://www.berlininstitut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kroehnert_Mi
gration_Einfuehrung.pdf](http://www.berlininstitut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kroehnert_Migration_Einfuehrung.pdf) (letzter Zugriff: 17.8.2013)

Krzyzanowski, Michael/Wodak, Ruth (2009): The Politics of Exclusion. Debating Migration in Austria. New Jersey: Transaction Publishers.

Langthaler, Herbert/Trauner, Helene (2009): Politische Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU. Forschungsbericht im Rahmen des Programms „New orientations for Democracy in Europe“ Wien: Asylkoordination Österreich.

Lauß, Sarah Maria (2010): Inhalt und Form von Pressefotos. Eine Untersuchung von Motiven und Darstellungsmodi in der fotografischen Politikberichterstattung der österreichischen Tagespresse. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Lausmann, Silvia (1993): Die Berichterstattung der europäischen Boulevardpresse zum Golfkrieg 1991 : eine empirische Untersuchung von Schlagzeilen und

Titelbildern der vier Tageszeitungen Sun, Bild, Blick und Kronenzeitung. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Lee, Everett S. (1966): A Theory of Migration. In: Demography, 5. Jahrgang, Nr. 1, 1966: <http://www.students.uni-mainz.de/jkissel/Skripte/Lee.pdf> (letzter Zugriff: 11.10.2013)

Leggewie, Claus (2003): Die Globalisierung und ihre Gegner. In: Kleiner, Markus/Strasser Hermann (Hg) (2003): Globalisierungswelten. Kultur und Gesellschaft in einer entfesselten Welt. Köln: Halem Verlag.

Leitner, Karl (1996): Personalisierung, Dethematisierung, Negativismus: Die „Amerikani-sierung“ der Wahlberichterstattung in den österreichischen Medien. Ein Vergleich zwischen Boulevard- und Qualitätsjournalismus am Beispiel der beiden Tageszeitungen Die Presse und Kleine Zeitung. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Luther, Kurt Richard (2006): Die freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), In: Herbert Dachs et al. (Hrsg.): Politik in Österreich. Wien: Manz Verlag.

Lüneborg, Margreth et. al. (2011): Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption. Bielefeld:Transcript Verlag.

Maasen, Sabine et al. (2006): Bild-Diskurs-Analyse, in: Maasen / Mayerhauser / Renggli (Hg.) (2006): Bilder als Diskurse – Bilddiskurse Göttingen: Velbrück Wissenschaftsverlag.

Medienservicestelle (2012): Migrantinnen in Österreich besonders unerwünscht. http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2012/01/17/migrantinnen-in-osterreich-besonders-unerwünscht/ (letzter Zugriff 24.11.2013)

Mitsche, Diane (2010): Bilder im Nationalratswahlkampf 2008: wie werden PolitikerInnen während des Wahlkampfs in den Printmedien dargestellt; ein direkter Vergleich von "Kronen Zeitung", "Kurier", "Der Standard" und "Die Presse". Diplomarbeit an der Universität Wien.

Moulier Boutang, Yann (2002): Nicht länger Reservearmee – Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der

Arbeitsmigration. In: Subtropen, Beilage zu Wochenzeitung Jungel World, 12.April. 1-3: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/2002/15/sub01a.htm (letzter Zugriff 13.12.2013)

Müller, Marion G. (2003): Grundlagen der visuellen Kommunikation. Theorieansätze und Methoden. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Müller, Wolfgang (2000): Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986. In: Plasser et al. (Hg.) (2000): Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum Verlag

Nuscheler, Franz (2004): Internationale Migration. Flucht und Asyl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

OAU Refugee Convention (1984): Convention Governing the specific Aspects of refugee problems in Africa. Article 1. Definition of the term "Refugee":
http://www.africaunion.org/Official_documents/Treaties_%20Conventions_%20Protocols/Refugee_Convention.pdf (letzter Zugriff: 20.3.2013)

Österreich neu regieren (2000): <http://www.bka.gv.at/2004/4/7/Regprogr.pdf> (letzter Zugriff 10.11.2013)

Panofsky, Erwin (1975): Sinn und Bedeutung in der bildenden Kunst. Köln: Dumont Verlag.

Parlamentskorrespondenz/01/12.03.2009/Nr. 206 (12.3.2009): Humanitäres Bleiberecht oder Einladung an Wirtschaftsflüchtlinge? Heftige Debatte über Asylgesetz im Nationalrat. Republik Österreich. Parlament. Parlamentarisches Geschehen. Pressedienst. Meldungen im Jahr 2009. PK0206.
http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2009/PK0206/PK0206.shtml (letzter Zugriff: 11.1.2012)

Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ im internationalen Vergleich zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. Berlin: Verlag Irena Regener:
http://deposit.ddb.de/ep/netpub/04/91/97/974979104/data_dync/2002_1/pdf_2002_1/pelinka.pdf (letzter Zugriff: 24.11.2013)

Perchinig, Bernhard (2009): Von der Fremdarbeit zur Integration?
(Arbeits)migrations- und Integrationspolitik in der Zweiten Republik; Österreich in
Geschichte und Literatur 53/3:228-246.

Perchinig, Bernhard (2010): Migration, Integration und Staatsbürgerschaft was
taugen die Begriffe noch? In: Herbert Langthaler (Hg.): Integration in Österreich.
Sozialwissenschaftliche Befunde. Innsbruck: Studienverlag.

Pinterits, Sabine (2008): Ein Jahr proklamierte politische Wende in Österreich:
Bilanz der ÖVP/FPÖ-Koalitionsregierung 2000 – 2001. Diplomarbeit an der
Universität Wien.

Plasser et. al (1999): Analyse der Nationalratswahl 1999 Muster, Trends und
Entscheidungsmotive: [http://members.chello.at/zap-
forschung/download/nrwahl99.pdf](http://members.chello.at/zap-forschung/download/nrwahl99.pdf) (letzter Zugriff: 26.11.2013)

Prokop, Sabine (2010): Bevor Big Brother kam. Über das Fernsehen am Ende des
20. Jahrhunderts. Wien: Praesens Verlag.

Rathkolb, Oliver (2008): Demokratieentwicklung in Österreich seit dem
19.Jahrhundert:
[http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rathkolb_demokratieentwicklu
ng.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rathkolb_demokratieentwicklung.pdf) (letzter Zugriff: 23.10.2013)

Reumann, Kurt (2009): Journalistische Darstellungsformen. In: Noelle-Neumann,
Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hg.): Fischer Lexikon Publizistik
Massenkommunikation. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Rhomberg, Markus (2008): Mediendemokratie. Die Agenda-Setting-Funktion der
Massenmedien. München: Wilhelm Fink Verlag.

Ruhrmann, Georg/Demren, Songül (2000): Wie Medien über Migranten berichten.
[http://www.mediacultureonline.de/fileadmin/bibliothek/ruhrmann_demren_migranten/r
uhrmann_demren_migranten.pdf](http://www.mediacultureonline.de/fileadmin/bibliothek/ruhrmann_demren_migranten/ruhrmann_demren_migranten.pdf) (letzter Zugriff: 23.10.2013)

Simmel, Georg (1987): Der Fremde, in: Landmann, Michael (Hg.) 1987: Das
individuelle Gesetz. Philosophische Exkurse, Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Statistik Austria (2012): migration & integration. zahlen. daten. indikatoren. 2012.:
http://www.integration.at/fileadmin/Staatssekretariat/4Download/Integrationsbericht_2012/migration_integration_2012_72dpi.pdf (letzter Zugriff: 2.3.2013)

Schleicher, Katharina Elisabeth (2009): Wie können Stereotype über Pressefotografien reproduziert werden? – Eine Bildanalyse von Pressefotos im Standard anhand der Repräsentation von AfrikanerInnen. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Schragl, Bernhard (1997): Ikonen der Pressefotografie. Sieben der bekanntesten Pressefotografien und wie sie dazu wurden. Eine Möglichkeit der Bildanalyse. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Schulmeister, Stephan (2005): Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik und Wachstumsdynamik in Österreich seit 1955. In: Frodl, Gerbert/Kruntorad, Paul/Rauchensteiner, Manfred: Physiognomie der 2- Republik. Wien.

Schüssel, Wolfgang/Purger, Alexander (2009): Offengelegt. Salzburg: Ecowin Verlag.

Singer, Mona (1997): Fremde und Unterscheidungsweisen, in: Fremd. Bestimmung. Zur kulturellen Verortung von Identität, Tübingen: Diskord.

Sperl, Gerfried (2000): Der Machtwechsel. Österreichs politische Krise zu Beginn des 3. Jahrtausend, Wien.

Steiniger, Gerhard (2007): Das dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? Wien: Edition Steinbauer.

Stöger, Klaus et. al (2001): Afghanen Wiens fürchten blinden Haß. In: Die Presse am 18. September 2001. Seite 8.

Straßner, Erich (Hg.) (2002): Text-Bild-Kommunikation. Bild-Text-Kommunikation. Grundlagen der Medienkommunikation. Band 13. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.

Strauß, Martin (2010): Eine Nötigung und ihre Folgen. Österreichische Zustände und europäische Standards. In: Strauß, Martin/Ströhle, Halr-Heinz (Hg.) (2010): Sanktionen. 10 Jahre danach: Die Maßnahmen der Länder der Europäischen Union gegen die österreichische Regierung im Jahr 2000. Innsbruck: Studienverlag

Talos, Emmerich (2006): Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende? In: Herbert Dachs et al (Hg.) (2006): Politik in Österreich, Wien.

Thurnher, Armin (2000): Heimgniederlage. Wien: Paul Zsolnay Verlag.

Unterberger, Andreas (2010): Martin Bartenstein. Grenzgänger zweier Welten. Wien: Edition Steinbauer.

Unzicker, Kai (2013): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich. Länderbericht Österreich. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-39FC1BBC-50C91B67/bst/xcms_bst_dms_38357_38377_2.pdf (letzter Zugriff: 17.7.2013)

Verband Österreichischer Zeitungen (2002): Presse 2002. Dokumentationen. Analysen. Fakten. Tätigkeitsbericht des VÖZ. Wien: Verband Österreichischer Zeitungen.

Voggenhuber, Johannes (2009): Ein veruntreuter Kontinent. In: Der Zeit-Online. Hamburg: <http://www.zeit.de/2009/13/A-Politik> (letzter Zugriff: 4.10.2013)

Weber, Stefan (2007): Kurzfassung der Ergebnisse der Studie „Lesbarkeit und Verständlichkeit von Zeitungstexten. Eine empirische Untersuchung mit Hilfe von Eyetracking: https://www.rtr.at/de/ppf/Kurzberichte2006/Blickstudie_Kurzfassung.pdf (letzter Zugriff: 12.11.2013)

Weiss, Hildegard (2000): Alte und neue Minderheiten. Zum Einstellungswandel in Österreich (1984-1998):
<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/weiss.pdf> (letzter Zugriff: 20.12.2013)

Wildfellner, Christa (2008): „Pressefreiheit-Bilderfreiheit? Fotojournalismus in (österreichischen und deutschen) Tageszeitungen am Beispiel des Irak-Krieges 2003“. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Wodak, Ruth/Köhler, Katharina (2010): Wer oder was ist „fremd“? Diskurshistorische Analyse fremdenfeindlicher Rhetorik in Österreich, in: SWS Rundschau (2010): Fremdenfeindlichkeit-eine Aktuelle Bestandsaufnahme.Heft1/2010 50. Jahrgang, Wien.

Wolf, Armin (2013): Wozu brauchen wir noch Journalisten? Wien: Picus Verlag.

Yildiz, Erol (2010): Die Öffnung der Orte zur Welt und postmigrantische Lebensentwürfe: <http://www.uni-klu.ac.at/frieden/downloads/yildiz-artikel-postmigrantisch.pdf> (letzter Zugriff: 26.11.2013)

Zauner, Karin (2010): Was denken österreichische ChronikjournalistInnen über Migration und Integration. Wien: Integrationsfonds.
http://www.integrationsfonds.at/de/oeif_dossiers/was_denken_oesterreichische_chronikjournalistinnen_ueber_migration_und_integration/ (letzter Zugriff: 23.11.2013)

Zita, Susanne (2001): Das österreichische Image in der deutschen und schweizer Presse nach dem Regierungsantritt von ÖVP und FPÖ. Diplomarbeit an der Universität Wien.

10 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: "Migrationstypologie" 14

Hoerder, Dirk et al. (2008): Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung
In: Bade Klaus J. et al. (Hg.) (2008): Enzyklopädien. Migration in Europa. Vom 17.
Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: Wilhelm Fink. Seite 37

Abbildung 2: "Bilder in der visuellen Kommunikationsforschung" 24

Müller, Marion G. (2003): Schautafel 1: der Bildbegriff in der visuellen
Kommunikationsforschung. In: Müller, Marion G. (2003): Grundlagen der visuellen
Kommunikation. Theorieansätze und Methoden. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
Seite 22

Abbildung 3 Grafik Untergruppen MigrantInnen (n=70)..... 66

Eigene Darstellung

Abbildung 4: Untergruppen"Flüchtlinge" (n= 23) 68

Eigene Darstellung

Abbildung 5: "Verhaftung" 69

Die Presse am 1. Dezember 2001: Seite 11. Niederösterreich. Wien: Die Presse -
Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG. Foto: Hofmeister

Abbildung 6: "Flüchtlingsquartier" 73

Die Presse am 25. April 2001: Seite 8. Inland. Wien: Wien: Die Presse -
Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG. Foto: Reuters

Abbildung 7: "Reisende Gruppe" 79

Die Presse am 23. April 2002: Seite 9. Inland. Wien: Wien: Die Presse -
Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG. Foto: epa

Abbildung 8: "Reisende Einzelperson" 84

In: Die Presse am 10. April 2002: Seite 8. Inland. Wien: Die Presse -
Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG. Foto: Reuters

Abbildung 9	107
Die Presse am 3. Oktober 2001: Seite 9. Inland. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 10	108
Die Presse am 28. Juli 2000: Seite 11. Niederösterreich-Journal. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 11	109
Die Presse am 22. Oktober 2001: Seite 4. Terrorkrieg. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 12: "Flüchtlingsquartier" im "Kon-Text"	110
Die Presse am 25. April 2001: Seite 8. Inland.Wien: Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 13	111
Die Presse am 15.Juli 2000: Seite 11. Niederösterreich-Journal. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 14	112
Die Presse am 17. Juni 2000: Seite 8 Europa. Wien: Die Presse -Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 15	113
Die Presse am 17. März 2000: Seite13. Tagesspiegel. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 16	114
Die Presse am 9. Dezember 2000: Seite 16. Niederösterreich-Journal. Wien: Die Presse -Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 17	115
Die Presse am 16.März 2001: Seite 7. Europa. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	

Abbildung 18	116
Die Presse am 5. Oktober 2002: Seite 8. Inland. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 19	117
Die Presse am 8. Oktober 2002: Seite 8. Inland. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 20	118
Die Presse am 9. Oktober 2002: Seite 8. Inland. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 21: "Ernst Strasser"	119
Die Presse am 10. Oktober 2002: Seite 9. Inland. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 22	120
Die Presse am 19. Oktober 2002: Seite 11. Tagesspiegel. Wien: Die Presse-Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 23: "Reisende Einzelperson" im "Kon-Text"	121
Die Presse am 10. April 2002: Seite 8. Wien: Die Presse -Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 24: "Reisende Gruppe" im "Kon-Text"	122
Die Presse am 23. April 2002: Seite 9. Inland.Wien	
Abbildung 25	123
Die Presse am 5. Februar 2002: Seite 3. Weltwirtschaftsforum. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 26	124
Die Presse am 11. Februar 2002: Seite 3. Die Seite Drei. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG	
Abbildung 27	125

Die Presse am 11. September 2001: Seite 11. Niederösterreich-Journal. Wien: Die Presse -Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG

Abbildung 28..... 126

Die Presse am 21. November 2001: Seite 15. Niederösterreich-Journal. Wien: Die Presse -Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG

Abbildung 29..... 127

Die Presse am 30. Oktober 2002: Seite 3. Die Seite Drei. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG

Abbildung 30..... 128

Die Presse am 15. November 2002: Seite 8. Europa. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG

Abbildung 31: "Mann in Kabul" 129

Die Presse am 18. September 2001: Seite 8. Terrorkrieg. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG

Abbildung 32..... 130

Die Presse am 12. September 2002: Seite 4. Europa. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG

Abbildung 33: "Staatsgrenze" 131

Die Presse am 25. Juli 2001: Seite 13. Niederösterreich- Journal. Wien: Die Presse - Verlagsgesellschaft mbH. & Co. KG

Groß-Aufgriff von illegalen Einwanderern am Donnerstag. Eine Kampagne soll vor Schleppern warnen

Ausgesetzte Flüchtlinge irrten auf der A 4 in den „Goldenen Westen“

73 „Illegale“ griff die Exekutive am Donnerstag bei Fischamend, Katzelsdorf und an der Wiener Stadtgrenze auf. 35 irrten auf der Ostautobahn herum.

Wien (stg.). Autofahrer trauten Donnerstag früh kurz vor fünf Uhr auf der Ostautobahn (A 4) bei Fischamend ihren Augen nicht: Am Pannestreifen wanderten Dutzende Personen, darunter auch Frauen mit Kindern in den Armen, Richtung Wien. Knapp einen Meter davor dominierten schwere Satelliten und der Morgenverkehr vorbei. Kurz nach fünf Uhr früh gingen die ersten Anrufe bei der Gendarmerie ein.

Beamte des Postens Fischamend und der Verkehrsabteilung holten 35 Afghanen, Pakistaner und Iraker von der Autobahn. Da immer wieder Personen versuchten, über die Böschung zu entkommen, brauchten die Gendarmen mehr als eine Stunde, um die orientierungslosen und verschreckten Menschen „einzunehmen“. „Die wissen ja gar nicht, wo sie gelandet sind“, kommentierte ein Gendarm.

Zweieinhalb Stunden später. Wieder Anrufe von Autofahrern, wieder rückten die Beamten des Postens Fischamend aus. Auf der B 9 (Prestitzer Bundesstraße) wurden schon wieder neun „Illegale“ gesichtet. Sie dürften demselben Transport angehört haben. Die Ermittler vermuten, daß sie mit einem Lkw über die slowakisch-österreichische Grenze gelangt und vor Fischamend

ausgesetzt wurden. Auch in Katzelsdorf (Bezirk Mistelbach) gab es Donnerstag früh einen Aufgriff: 16 Rumänen, darunter ein mutmaßlicher Schlepper, wurden festgenommen.

An der Wiener Stadtgrenze in Simmering irrten Donnerstag früh weitere zwölf ausgesetzte Personen umher. Eine Polizeistreife entdeckte die Afghanen in unmittelbarer Nähe der A 4. Unter den Flüchtlingen waren auch zwei Kleinkinder.

Das Viereck Ostautobahn-Zinnergasse-Alberner Hafen und der Landesgrenze zu Niederösterreich gilt als „heißes Pflaster“ für Aufgriffe von ausgesetzten Grenzgegnern. „Die Fremdenpolizei und unser Kommissariat führen dort verstärkte Streifen durch. Die Schlepper teilen uns aber nicht mit, wann sie ihre Leute aussetzen“, berichtet ein Polizeijurist aus Simmering lakonisch.



Das Bundesheer rechnet damit, von Schleppern ausportiert zu werden. Photo: Silber



Der „Goldene Westen“ endet für die meisten der aufgegriffenen Grenzgänger vorerst im Flüchtlingslager Traiskirchen. Nur ein mutmaßlicher Schlepper wurde gefasst. Photo: reuter/friz

Schlepper spionieren Bundesheer aus

Schlepperkriminalität. Bis zu 1,2 Millionen Migranten sollen derzeit zwischen Moskau und Kiew auf ihre „Weiterreise“ nach Mitteleuropa warten.

Wien (stg.). Jene Staatsbürger aus Afghanistan, die Donnerstag früh im Bezirk Mistelbach und auf der Ostautobahn ausgesetzt wurden, dürften vom „Aufgabebereich“ Ukraine nach Österreich geschleppt worden sein. Das Dreieck Moskau-Minsk-Kiew gilt als Sammelbecken asiatischer Migranten, die von Schleppern nach Mitteleuropa gebracht werden. In Berichten des Innenministeriums heißt es, daß sich in diesem Raum mindestens 1,2 Millionen „Illegale“

davon rund 150.000 Afghanen, aufhalten sollen.

Bundesheer und Gendarmerie gehen längst davon aus, daß Schlepper ihre Aktivitäten an der 1461 Kilometer langen EU-Außengrenze auspionieren. Speziell der Raum Kittise-Berg-Preßburg wird nicht nur von den österreichischen Behörden genauestens überwacht. Die „Taktik“ des Heeres basiert dort auf zwei Grundideen. Einerseits zeigen die Uniformierten ihre Präsenz, indem sie auf freien Flächen demonstrieren ihre Posten und Stützpunkte beziehen, andererseits wird aber auch verdeckt gearbeitet. „Beobachtungsposten und Streifenwege werden oft geändert, um dadurch der professionellen Aufklärung der Schlepper

zu entgegen“, berichtet ein ranghoher Heeresoffizier der „Presse“.

Nach der Anhebung der Strafen für Schlepper – ihnen droht bei besonders brutalen Formen eine Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren – setzt Innenminister Ernst Strasser (VP) jetzt verstärkt auf Aufklärungskampagnen in den asiatischen Herkunftsländern der Geschleppten. Die EU beschloß bei ihrer Pariser Schlepperkonferenz am vergangenen Donnerstag, dafür fünf Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Im Vorjahr griffen Polizei und Gendarmerie 42.800 Flüchtlinge – darunter rund 3000 Schlepper, meist der unteren Befehlskette – auf. Heuer wurden knapp 20.000 illegale Einwanderer festgenommen.

Wasserleiche in Tulln: Vermutlich Selbstmord

Kein Mord, sondern höchstwahrscheinlich Selbstmord: So lautet das Ergebnis der Obduktion der Wasserleiche, die am Mittwoch in der Donau bei Tulln gefunden wurde.

Wien. Auch die Kriminalisten der NÖ Sicherheitsdirektion gingen anfangs von einem Gewaltverbrechen aus. Passanten hatten, wie in einem Teil unserer Donnerstag-Ausgabe berichtet, bei Tulln eine Leiche am Donauufer entdeckt. Der Tote wies einen Kopfschuß auf. Zudem hatte er Jogger-Hanteln um die Handgelenke gebunden.

Donnerstag mittag lag das Ergebnis der gerichtsmedizinischen Untersuchung vor. „Es handelt sich höchstwahrscheinlich um einen Selbstmord“, berichtete ein Ermittler.

Rätsel gibt noch die Identität des Opfers auf. Die Ermittler fanden einen aufgeweckten Fahrschein bei der Leiche. Unter dem Mikroskop konnte dieser entziffert werden. Der 40 bis 50 Jahre alte Mann, 1,75 Meter groß und zirka 80 Kilogramm schwer, am 17. Juli in Wien-Hütteldorf die Drei-Zonen-Karte gelöst. Vermutlich ist er nach Tulln gefahren, um sich dort das Leben zu nehmen. „Das wurde mit der Leiche zusammengepackt“, erklärt ein Ermittler. Demnach lag der Tote zwischen sieben und zehn Tagen im Wasser.

Hinweise aus Bevölkerung

Die Ermittler hoffen vor allem auf sachdienliche Hinweise aus der Bevölkerung (Tel. 0171140-4500). Der Mann hatte sich eine teure Zahnbehandlung machen lassen. Er hatte 14 goldbeschichtete Zähne. Bei der Leiche wurde ein Schlüsselanhänger in Form eines kleinen Nashorns gefunden. An der olivgrünen Hose des Unbekannten war ein kleines Emblem aufgenäht: ein Elefant.

ÖVP: Drogenprävention im Internet

Mit anonymen Beratung per Internet, Streetworkern und Vertrauenslehrern in den Schulen will die ÖVP das Drogenproblem in den Griff bekommen.

ST. PÖLTEN (tom). Im Vorjahr haben sich in Niederösterreich zwölf Drogensüchtige den „Goldenen Schuß“. Dazu kamen 2391 Anzeigen wegen des Besitzes von Drogen. Die Gendarmen „erzürten“ 200 Kilogramm Cannabis, die von Abhängigen zur Eigenversorgung in ihren Gärten angebaut wurden.

VP-Landesgeschäftsführerin Johanna Müll-Leitner ortet angesichts der besorgniserregenden Situation Handlungsbedarf. Aus gutem Grund: „50 Prozent der Jugendlichen haben bereits

Haschisch konsumiert, ein Prozent hatte sogar schon Kontakt mit harten Drogen wie Heroin“, klagt Müll-Leitner. Daher sei es „etwas fahrlässig“, daß die Jungsozialisten die Freigabe weicher Drogen fordern. „Ich kenne keinen Experten, der das gutheißt.“

Die ÖVP will den Suchtgehilfen helfen und das Problem mit Prävention und Beratung in den Griff bekommen. „Wenn wir beide Bereiche optimieren, gibt es weniger Drogenabhängige. Dadurch wird weniger Therapie notwendig, die das letzte Mittel sein sollte“, sagt Müll-Leitner. Dafür solle „mit voller Härte“ gegen Drogenbosse und Großdealer vorgegangen werden.

Große Hoffnung setzt die VP-Geschäftsführerin auf das Internet, das verstärkt in der Antidrogen-Politik eingesetzt werden

soll. „90 Prozent der abhängigen Jugendlichen scheuen sich dazu, sich zu outen. Eine anonyme Beratung per Internet, könnte der erste Schritt zur Hilfe sein.“ Danach müßten persönliche Gespräche erfolgen.

Weiter fordert die Volkspartei, daß jede Schule innerhalb von fünf Jahren einen Drogenbeauftragten installiert. Zudem sollen Jugendliche während einer Drogentherapie nicht nur beschäftigt werden, damit die Zeit vergeht. Müll-Leitner: „Sie sollen sich Fähigkeiten aneignen, die ihnen später bei der Jobsuche helfen, damit sie in Berufsleben Fuß fassen können.“

Das Land setzt ab Herbst verstärkt auf Streetworker. Das Budget für Prävention, Beratung und Therapie wird aufgestockt.

Jugoslawe bedrohte Ex-Freundin

Wien (apa). Ein 29-jähriger bedrohte seine Ex-Freundin mehrmals mit dem Tod. In der Nacht auf Donnerstag klickten nun für den Beschäftigungs- und Unterstandlosen trotz dessen vehementer Gegenwehr die Handschellen: Der Jugoslawe hatte eine neuerliche Morddrohung ausgesprochen.

Pkw-Lenker flüchtet nach Crash

MELK (apa). Nach dem Frontalzusammenstoß eines Pkw mit einem Mofa in der Nacht auf Donnerstag fuhr der Autolenker davon. Zuvor hatte der 24-jährige Oberdörfner aber Augenzeugen gegenüber seinen Namen genannt. Er soll alkoholisiert gewesen sein, als er mit dem Firmenwagen auf die Gegenfahrbahn geriet und einen 17-jährigen Mechanikerlehrling aus Teising schwer verletzte. Nach dem 24-jährigen wird gefahndet.

Tödlicher Unfall bei Obergrafendorf

ST. PÖLTEN (apa). Sekundenschlag eines 18-jährigen führte gestern bei Obergrafendorf zu einem fatalen Unfall. Der Elektrikerlehrling prallte auf der B39 gegen ein Brückengeländer. Ein 15-jähriger Beifahrer starb an Polytrauma, ein 16-jähriger weiterer Beifahrer und der Lenker wurden schwer verletzt.

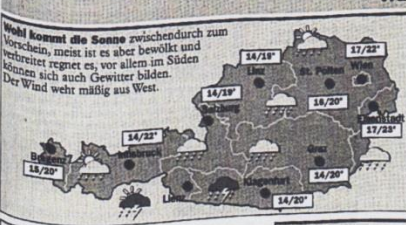
RENDEZVOUS

„Fame“ Premiere in Amstetten

„The Show must go on“ – ein ungeschriebenes Gesetz im Showbiz. Nach dem allzu frühen Tod im vergangenen Jahr von Intendant Heinz Ehrenfreund feierte Mittwochabend im Rahmen des Musical-Sommers Amstetten „Fame“ seine glanzvolle Premiere. Kein Wunder bei der weiblichen Starbesetzung von Nina Prohl, Adriana Zard und Ruth Brauer unter der Regie von Werner Sobotta. Da applaudierten in der ausverkauften Johann-Pözl-Halle u. a.: LH-Stellvert. Lise Prokop, Arik Brauer, Sängerin Sandra Pires, Hanno Pöschl... fahn

WETTERPROGNOSE FÜR FREITAG

© ZAMG

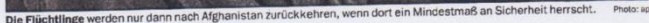


Wetterwahn
ZUM WETTER
0900 91 1566 00
Info: 030/101

Blowwetter: Die Reizwirkung der kühlen und feuchten Luft führt bei Wetterfühligkeit zu einer Belastung des Organismus. Besonders bei Herz- und Kreislauferkrankungen sowie bei Asthma und Rheuma treten häufiger Beschwerden auf.

Erwartete Höchstwerte:		
Amsterdam	Regen	19°
Ankara	heißer	35°
Bari	heißer	30°
Beijing	wolkig	27°
Frankfurt	Regen	21°
Graz	Regen	19°
Helsinki	wolkig	20°
Kopenhagen	st. bewölkt	19°
Lissabon	Gewitter	23°
London	st. bewölkt	19°
Los Angeles	st. bewölkt	27°
Moskau	wolkig	30°
München	heißer	30°
Nizza	Regen	18°
Nürnberg	heißer	27°
Paris	Gewitter	21°
Roskilde	wolkig	20°
Rom	heißer	31°
Sofia	heißer	33°
Tel Aviv	st. bewölkt	19°
Triest	Gewitter	28°
Wien	Regen	22°
Winnipeg	Regen	22°
Zagreb	Gewitter	21°
Zürich	Regen	19°





109



110

Braun gegen Schwarz und Turban gegen Sari im Lager Traiskirchen

Prügelien, Drogen, Rassismus, spurloses Verschwinden von Asylwerbern – im Flüchtlingslager Traiskirchen häufen sich die Probleme.

VON MICHAEL REICHEL

TRAISKIRCHEN. Der Himmel über Mitteleuropa ist grau. Es regnet in großen, schweren Tropfen. Dem kleinen tief-schwarzen Mädchen aus Afrika macht das gar nichts. Im Gegenteil, die Drei- oder Vierjährige läuft mit ausgebreiteten Armen hinaus aus dem Haus Nummer drei im Lager Traiskirchen und plätscht mitten durch die tiefen Lachen über die Lagerstraße zum Basketballplatz. Dort spielt ein größerer Bub, auch dunkelhäutig, aber nicht ebenholzfärbend. Amtsdirektor Gerhard Jenek von der „Betreuungsstelle Traiskirchen“ – so heißt das Lager offiziell – weiß nicht, wie das Mädchen, das in jeder Beton-Werbung willkommen wäre, heißt, wie alt es ist und woher es kommt. Jenek kennt die einzelnen Schicksale nicht. Er hat nur eine Liste, aus der hervorgeht, wie viele Menschen welcher Nationalität gerade im Lager sind. Somalia: 14. Angola: 40. Äthiopien: 13. Aus dem Iran sind 256 da, aus der Türkei 20, aus Nigeria 30. Einen Tag später hatte die Menschen-Liste wieder andere Zahlen. Täglich kommen 20 bis 140 Flüchtlinge? Illegal? – Asylwerber jedenfalls. Und täglich verlassen 20 bis 140 das Lager wieder. Durch Haupttor, das heißt offiziell, mit Papieren. Was im günstigsten Fall bedeutet, daß sie bis zur Erledigung ihres Asylantrags legal in Österreich bleiben dürfen, im Lager oder in einem der Gasthöfe, die das Bundesasylamt gemietet hat. Im schlimmsten Fall heißt das Abschiebung oder Rück-schiebung in die von den Flüchtlingen angegebene Heimat. „Papiere hat hier kaum jemand“, sagt Jenek. Die Nationalitäten-Angaben stammen von den Flüchtlingen. Aber auch offiziell verlassen viele das Lager. Verschwin-

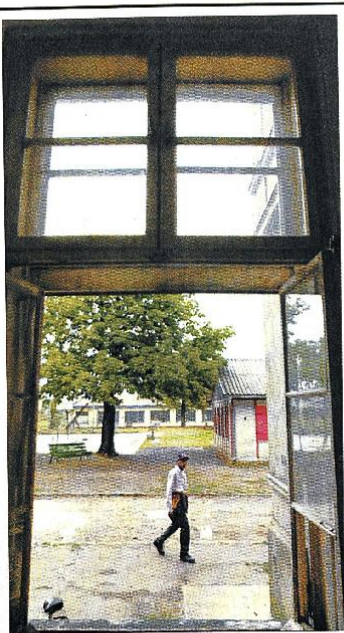
den einfach. „Wöchentlich machen sich bis zu 150 Leute aus dem Staub“, sagt Jenek. Er weiß das wegen der Ständekontrolle, die es jeden Mittwoch gibt. „Und die, die dabei fehlen, haben schon ihre Gründe, haben, unterzutauchen.“

Eines der Motive für die Flucht aus dem Lager ist, daß spätestens sieben Tage nach der Ankunft jeder Flüchtling die sogenannte „Ersteingabe“ hinter sich bringen soll: Photos, Fingerabdrücke, Röntgen, ärztliche Untersuchung. Einvernahme durch die Bundesasylbeamten.

Bis vors Lager geschleppt

„Wer keine Identitäts-Feststellung will, haut einfach ab“, sagt Jenek. „Manche Schlepper bringen ihre Kunden zum Kräftepunkt quasi direkt vor Tor. Die Geschleppten stellen sofort einen Asylantrag, können duschen, bekommen eine warme Mahlzeit und schlafen sich aus.“ Manchmal sind das ganze Familien aus Afghanistan oder dem Irak, „mit Sack und Pack und sieben Kindern“. Zwei Tage später sind sie weg. „Die Schlepper bringen sie weiter“, Destination Sehnsucht.

Jeneks Kollege Franz Schabüttel kennt noch ein Motiv vorzeitiger Flucht, das durch die Ermittlungen der NO-Kriminalabteilung gedeckt ist: Drogen. Die Schwarzafrikaner sind die üblichen Verdächtigen im Drogenhandel. „Die nigerianische Drogenmafia braucht immer wieder neue Gesichter, die noch niemand kennt“, sagt Schabüttel. „Und eine Verteiler-Schiene scheint über Traiskirchen zu laufen“. Am 7. Juli hatten Hausarbeiter in den Spülkästen der Toiletten wieder ein „Kugert“ gefunden – in Frischhaltefolie verschweißtes Heroin, berichtet Schabüttel. Am längsten sei es im Juni des Vorjahres gewesen. „Der Rekordfund waren 57 Kugeln, 47 Brieflein und sechs große Kugeln – an einem einzigen Tag“, erinnern sich der penible Schabüttel. Dann kam die große Drogenraffia am 17. Jänner. Die hat jetzt ein Nachspiel vor Gericht: 33 Afrikaner er-



Graue Perspektive aus dem Schwarzafrikaner-Haus im Asylanten-Lager Traiskirchen.

Photo: Michael Reichel

klären, menschenunwürdig und rassistisch behandelt worden zu sein. Anwalt Wolfgang Rainer vertritt sie, derzeit läuft das Verfahren beim Unabhängigen Verwaltungssenat.

Nationalitäten-Konflikt

Traiskirchen hat Probleme, keine Frage. Auch Nationalitäten-Konflikte, wie am vergangenen Wochenende: Inder hatten sich mit Pakistani geprügelt. „Einer von den Turbanträgern mußte sogar zwei Mal hintereinander ins Krankenhaus.“ Zehn Leichtverletzte gab es Sonntagnacht.

Traiskirchen hat auch ein Rassismus-Problem, wobei Rassismus im Kopf nicht auf die Europäer beschränkt ist. „Ein Schwarzafrikaner wurde vor kurzem von einer Familien-

familie mit Gewalt daran gehindert, sein Zimmer zu betreten. Die Frau wollte keinen Schwarzen in ihrem Zimmer.“ Konflikte zwischen Afghanen untereinander und Reihen zwischen Kosovo-Albanen und Serben zählen zwar nicht gerade zur Tagesordnung im Lager, kommen aber immer wieder vor. „In den frühen 90er Jahren gab es sogar Tote bei Kämpfen zwischen Albanern und Serben“, erinnert sich Schabüttel.

Doch von alledem weiß das kleine vierjährige Model aus Schwarzafrika ohne Namen und ohne Heimat nichts. Es spielt jetzt allein auf dem Basketball-Platz. Der Bub mit der helleren Hautfarbe würde von seiner Mutter zurückgerufen. In ein anderes Haus.

Airbus mit Kran und Tieflader geborgen

Fünfeinhalb Kilometer wurde der beschädigte Hapag-Lloyd-Airbus am Freitag in die Werft geschleppt.

gekommen – zu einem „Lehrausflug“ in Sachen Flugzeugwrack-Bergung. Am späten Nachmittag untersuchte Günther Raicher, Leiter der Flugunfallkommission, den Airbus.

WIEN (apa/red.). Der Mittwoch nachmittag in Wien-Schwechat notgelandete Airbus 310 der deutschen Charterfluggesellschaft Hapag-Lloyd war am Freitag ganz in den Händen Dutzender Bergespezialisten und Feuerwehrmänner. Mit großem technischen Aufwand wurde das stark beschädigte Flugzeug in die fünfeinhalb Kilometer entfernte Werft geschleppt. Die Techniker schnitten dabei den beschädigten linken Flügel der Maschine auf, um das Seil eines Kranes an der Verankerung des kaputten Fahrwerks befestigen zu können.

Dann wurde die linke Seite hochgehoben und mit dem Kran auf einen Tieflader gehievt. Das Innere des Flugzeuges wurde mit Luftkissen abgestützt und mit 500 Kilogramm Sandsäcken stabilisiert. Mit dem intakten rechten Fahrwerk, dem Bugfahrwerk und dem Tieflader ging es dann im Schrittempo zur Werft. Die Leitung der Arbeiten wurde von der Hapag-Lloyd übernommen, die Flughafen-Feuerwehr koordinierte den Abschlepp-Vorgang.

„Lehrausflug“ zum Wrack

Die Piste 16/34, neben der der Airbus notgelandet war, wurde für die Dauer der Arbeiten gesperrt. Am frühen Nachmittag konnte sie dann aber wieder benutzt werden. Das Abschleppen des „Vogels“ ließen sich auch zahlreiche Schaulustige nicht entgehen, die das Geschehen von der Flughafen-Absperrung aus verfolgten. Mitarbeiter der Flughafen-Feuerwehren aus Graz, München, Berlin und Stuttgart waren ebenfalls nach Schwechat

Basistunnel:

HL-AG ruft Höchstgericht an

GRAZ (apa). „Selbstverständlich“ werde die HL-AG für den Semmering-Basistunnel wieder den Rechtsweg beschreiten und eine Stimmrechtsbeschwerde gegen das Land Niederösterreich beim Verwaltungsgerichtshof einbringen, kündigte HL-AG-Sprecherin Renate Pelz an. Wie berichtet, wolle das Land keinen Naturschutzbescheid für das Projekt Semmering-Basistunnel ausstellen.

Nachdem die Frist für das Land am Freitag verstrichen war, blieb die HL-AG, die an dem seit Jahrzehnten umstrittenen Projekt festhält, keine Wahl. „Wir müssen und werden den Rechtsweg beschreiten“, erklärte nun Pelz. Das Höchstgericht wäre damit einmal mehr mit der Causa Semmering-Tunnel beschäftigt.

STEWAG
ENERGIE STEIERMARK
PRÄSENTIERT
ORGEL KONZERT
EMANUEL AMTMANN
DIETER PÄTZOLD
MANFRED JOSEF
J. S. BACH
G. ARANYI-ASCHNER
E. BOZZA
U. A.

SONNTAG, 16. JULI
20 UHR
GRAZER DOM

Raiffeisen

ZV

DI JUNG JAMES

STIEBELKÖNIG

GESELLSCHAFT DER DOMCHORFREUNDE UND DOMPARRAMT GRAZ

Vermißter Tourengänger tot

Am Muckenkogel starb ein 65-jähriger Ebrechtsdorfer.

LILJENFELD (apa). Bergretter fanden am Freitag die Leiche eines seit Donnerstag vermißten Tourengängers aus Ebrechtsdorf. Der 65-jährige wurde unterhalb des Kolm aufgefunden. Die

Notärztin konnte nur noch den Tod feststellen. Ob der Mann an Unterkühlung oder Herzversagen starb, war vorerst noch unklar. Der Ebrechtsdorfer war am Donnerstagabend nicht zu seinem Fahrzeug zurückgekehrt, seine Begleiterin, von der er sich beim Abstieg getrennt hatte, alarmierte die Gendarmen.

Semmering-Paßstraße. Ab Montag ist die Semmering-Bundesstraße (B 300) von der S 6-Anschlussstelle Gloggnitz bis zur Palfhöhe nur auf einer Fahrspur zu benutzen. Die halbbesetzte Sperre gilt bis 27. Juli. Schwerfahrzeuge werden großräumig über die Südautostraße über Graz umgeleitet.

IN KÜRZE

Millionen-Gewinn. 5,5 Millionen Schilling gewann ein Kärntner im Casino Baden am Donnerstag. Sein Einsatz: 260 Schilling. Der Glückliche war zuvor auf der A 2 im Stau gesteckt und hatte im Radio einen Werbespot des Casinos gehört. Spontan entschloß er sich, seine Zeit lieber im Casino zu verbringen.

60 Minuten gut haben.

Ganz in Ihrem Sinn: **tele.ring mobil 60.** Das innovative Tarifmodell bei dem Sie monatlich 60 Gesprächsminuten inklusive haben. Für alle Netze. Mit einem einzigartigen Vorteil: Dem 0,- Schilling Startpaket. Das heißt: 0,- monatlicher Paketpreis*. Ohne Aktivierungsgebühr. Jetzt anmelden.
tele.ring serviceline: 0800-650 650

0,- Startpaket

* ATS 0,- Startpaket bis 31.12.2000 bei Anmeldung bis 31.8.2000.

tele.ring
mobil.fest.internet

112

Flüchtlingskinder in Österreich: „Lieber sterben als so weiterleben“

Ein menschenwürdiges Leben – das suchen Kinder, die vor Krieg und Gewalt nach Österreich fliehen. Bürokratische Hindernisse machen ihnen das Leben schwer, und oft schlägt ihnen blanke Haß entgegen.

VON MARTIN STUHLFARRER

LINZ/MÜNCHEN. Sundays Stimme zittert. Nur mit Mühe gelingt es dem 19-jährigen, ruhig und kontrolliert zu sprechen: „Helfen Sie mir – bitte!“ Verzweiflung spiegelt sich in seinen dunkelbraunen Augen wider. Seit zwei Jahren ist der Sudanese in dem Linzer Volkshilfeheim für minderjährige Asylwerber untergebracht. Hier leben Kinder und Jugendliche, die alleine die Flucht nach Österreich geschafft haben. Auf Einladung der UNHCR, der UN-Flüchtlingshilfe, zieht ein Tröb von Journalisten durch Österreich und Deutschland, um einen Einblick in das Leben in Flüchtlingsheimen zu bekommen. „Meine Eltern wurden ermordet“, erklärt Sunday. „Der Krieg.“ Die meisten der 27 Burschen und Mädchen zwischen 14 und 19 Jahre, die in dem Linzer

Heim untergebracht sind, haben eine ähnliche Geschichte: Krieg, Hunger, Gewalt und die Flucht mit einem Schlepper, der sie in Österreich auf die Straße warf. In dem Heim versuchen viele, die Erinnerungen an Mord, Vergewaltigung und Folter zu verarbeiten. Ohne einen Ausweis wird diesen Kindern aber während des laufenden Asylverfahrens eine staatliche Betreuung verweigert. Sie sind auf Sozialhilfeorganisationen angewiesen.

Sunday muß nicht auf der Straße leben – für ihn aber nur ein kleiner Trost. „Ich möchte arbeiten. Körperliche, schwere Arbeit. Das kann ich einfach gut“, erklärt er und zeigt seine kräftigen Hände. Arbeitserlaubnis bekommt er als Asylwerber keine. So wird jeder Tag zur Belastungsprobe: Frühstück, warten, Mittagessen, warten, Abendessen, warten – bis zur Nachtruhe um 22 Uhr. „Nur schlafen, essen und warten. Es ist für mich besser zu sterben als so zu leben.“ Szenenwechsel. In einem Münchner Flüchtlingsbetreuungshaus wartet eine iranische Mutter mit ihren Kindern auf die Aussreise in die USA. Andere Flüchtlinge warten auf ihren Asylbescheid. Mädchen sorgen wie einige Flüchtlinge in Öster-

reich kennen diese Menschen nicht. Denn in Deutschland besitzt jeder Asylsuchende einen Rechtsanspruch auf staatliche Betreuung. Sie werden mit Essen und einem Dach über dem Kopf versorgt. Und in einem gewissen Ausmaß dürfen Asylbewerber auch einer Beschäftigung nachgehen.

Und was das Wort „Schubhaft“ bedeutet, wissen Jugendliche, die in dem Münchner Heim auf den Asylbescheid warten, auch nicht. Denn im Gegensatz zu Österreich (Verbot einer Schubhaft für Kinder bis 14 Jahre) können auch Jugendliche in Deutschland nicht in Schubhaft genommen werden, erklärt Christian Schürchhofer von der ÖJ Volkshilfe. Er erklärt, daß 1999 in Oberösterreich von 1440 Schubhäftlingen 114 jünger als 18 Jahre waren.

Ein Problem gibt es in Deutschland allerdings genauso wie in Österreich: Viele Menschen wollen keine Asylanten. Die Heime werden deshalb am Stadtrand errichtet – inmitten trister Industriezonen, abseits des pulsierenden Lebens der Stadt. Einerseits um die Bevölkerung „nicht zu stören“ und andererseits um die Asylbewerber zu schützen. Denn ein harmonisches Zusammenspiel zwi-



Das lange Warten auf den Asylbescheid. Foto: Stumpfner

sehen Anrainer und Flüchtlinge ist in beiden Ländern selten. Die Volkshilfe wollte im Oktober 1998 im Linzer „Rosenhof“ eine Unterkunft für Flüchtlinge aus dem Kosovo errichten. Man lud die Anrainer zu einer Diskussionsveranstaltung. Das Projekt wurde aber aufgegeben, erklärt Christian Schürchhofer von der Volkshilfe-Flüchtlingsbetreuung. Der Grund: Zwischenrufe wie „Die gehören in die Baracken von Mauthausen, dann kann man den Ofen gleich wieder anheizen“.

Diskussionen nach der Transplantation

Kelz: Habe mich schon an die Hände gewöhnt

Das Bomben-Opfer Kelz gab am Donnerstag erstmals eine Pressekonferenz. Er habe sich schon an seine neuen Hände gewöhnt.

Von unserem Korrespondenten

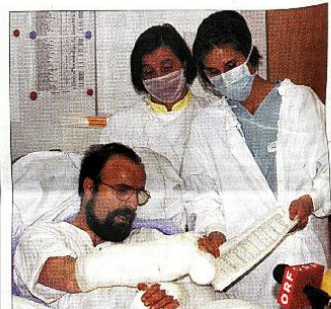
INNSBRUCK (bne). Ein Blütlitzgewitter brach am Donnerstag im 12. Stock der Chirurgischen Klinik Innsbruck über Theo Kelz herein, als dieser zu Mittag in einem Rollstuhl seine erste Pressekonferenz gab. Die zahlreichen Journalisten, Kameraleute und Fotografen hatten zuvor Mund- und Nasenschutz angelegt und versprochen, sich dem Patienten nicht mehr als vier Meter zu nähern. Denn selbst ein Schnupfen könnte für den 45-jährigen Kärntner Polizisten in seinem jetzigen Reha-bilitationszustand zur tödlichen Gefahr werden.

Den Großteil der Pressekonferenz bestritten die Ärzte, die ausführlich über den aktuellen Gesundheitszustand ihres prominenten Patienten Auskunft erteilten. Kelz selbst erklärte, er habe sich schon an

den Anblick seiner neuen Hände gewöhnt und freue sich „riesig“, daß er einzelne Finger bewegen könne. Wichtig meinte er: „Ich habe heute neue Hände und möchte dem gesamten Arztteam noch einmal herzlich dafür danken, daß es dieses Wunderwerk vollbracht hat.“

Kelz unterzieht sich derzeit zwei Mal am Tag einer Physiotherapie. Mit dieser Nachbehandlung fördere man die Sensibilität der transplantierten Hände, erläuterte der Chef der Unfallchirurgie, Sygmond Pechlauer. Nur in kleinem Umfang werde die Motorik der Hände angeregt. Der Patient sei sehr motiviert. Man müsse ihn sogar in seinem Bewegungsdrang einbremsen.

Die Ärzte sind mit dem Heilungsfortschritt sehr zufrieden. Der Chef der Plastischen Chirurgie, Herbert Hüssli, beschrieb den psychischen und physischen Zustand des Patienten als sehr zufriedenstellend. Nach dem derzeitigen Stand müsse man sich auch wegen einer Abstoßung der Transplantate keine Sorgen machen.



Theo Kelz bei seiner ersten Pressekonferenz nach der spektakulären Transplantation. Foto: apa (Grafdruck)

Illegale Transplantation?

Ein Jurist weist darauf hin, daß laut Gesetz in Österreich nur Organe, aber nicht Gliedmaßen transplantiert werden dürfen.

Von unserem Korrespondenten

ROBERT BENEDIKT

INNSBRUCK. Bei der aufsehenerregenden Transplantation zweier Hände am Kärntner Polizisten Theo Kelz sei das Vorgehen der Ärzte nicht mit der geltenden Rechtslage vereinbar gewesen. Diese Ansicht vertritt der Zivilrechtler Heinz Barta bei einem Kongreß über ethische Aspekte der Transplantationsmedizin an der Innsbrucker Klinik. Barta verwies auf die geltende Rechtslage in Österreich, die nur die Verpflanzung von Organen und Organteilen erlaubt, nicht aber jene von Gliedmaßen.

Man habe den Kongreß schon seit einem Jahr vorbereitet, sagte Organisator Hans Köchler, Chef des Instituts für Philosophie. Daß die Veranstaltung nun durch die Kelz-Operation an Aktualität gewonnen habe, komme den Organisatoren sehr entgegen. Nach Ansicht Barts müsse die Gesetzeslage schleunigst an den Fortschritt in der Medizin angepaßt werden. Die geltenden Bestimmungen stammten aus dem Jahr 1982 und hinkten der aktuellen Entwicklung weit hinterher.

Daß die Transplantation illegal war, dem widersprach Gesundheits-Staatssekretär Reinhard Wanecek (VP): „Er könne keinerlei Gesetzeswidrigkeiten erkennen. Denn für diesen Handel sogar sehr empfindliche Organe. Auch der Chef des Operationsteams, Raimund Margreiter, meinte, er sei sich keiner Gesetzesübertretung bewußt. Man habe im „Fall Kelz“ das Einverständnis mit den Verwandten des Gliedmaßen-Spenders hergestellt und aus Gründen der Pietät die amputierten Hände durch künstliche ersetzt.“

Frage nach Sinn

Abgesehen vom aktuellen Anlaß wurde beim Innsbrucker Kongreß auch die Sinnhaftigkeit von Transplantationen insgesamt hinterfragt. Sogar Mediziner gaben zu bedenken, daß die Überlebensrate von Transplantationspatienten nach fünf bis zehn Jahren „dürftig“ würden. Da Köchler, Chef des Instituts für Philosophie, die Frage, ob der Arzt das Recht oder die Pflicht habe, den Tod eines ohne Operation nicht lebensfähigen Säuglings in die Zeit des bewußten Leidens zu verlegen. Hingewiesen wurde auch auf den Erfolgsdruck der auch an einer Transplantation beteiligten Personen – nicht selten wegen der sozialen Entwicklung eines Patienten.

PRESSE - LESERREISE

TANZANIA MIT ZANZIBAR

SERENGETI, NGORONGORO KRATER & INDISCHER OZEAN

27. MAI – 10. JUNI 2000 & 10. JUNI – 24. JUNI 2000

Diese speziell zusammengestellte Reise führt Sie in die berühmtesten Wildreservate Afrikas. Zu den geplanten Reisezeiten finden die großen Wanderungen der riesigen Tierherden statt. Erleben Sie die Pirschfahrten im Serengeti Nationalpark, im Ngorongoro Krater und genießen Sie zum Abschluß der Reise einige erholsame Badetage auf der „Gewürzinsel“ Zanzibar.

9.-14. TAG / ZANZIBAR
Ankunft im Fisherman Resort. Tage zur freien Verfügung.
Am WINDHUT HOTEL: Bitter Beach Club** (Auszahlung: € 2.450,-).
Am wunderschönen langen Sandstrand im Osten der Insel gelegen, bietet dieses Hotel einen einzigartigen Blick auf das glasklare türkisblaue Meer. Das ideale Ambiente für erholsame Tage nach einer Safari!

14. TAG / ZANZIBAR – EINEN
HONEYMOON: Österreichische Staatsbürger benötigen ein Visum für Tanzania. Dieses wird bei der Einreise vor Ort erteilt: (USD 40,- / Stand Januar 2000) Geld US-Dollar in bar oder in Travelers Checks wird entpfunden. Günstige Kreditkarten werden in den Hotels akzeptiert. Impfungen: Es sind keine Impfungen bei Einreise aus Europa vorgeschrieben. Empfohlen werden Cholera, Typhus und Malaria-Prophylaxe. Bitte informieren Sie sich bei Ihrem Arzt oder in Ihrer Apotheke.

14. TAG / ZANZIBAR – EINEN
Morgen Transfer zum Flughafen. Nachmittag Flug von Zanzibar nach Nairobi. 22.15 Uhr Rückflug mit KLM nach Amsterdam.

15. TAG / AMSTERDAM – WIEN
06.10 Uhr Ankunft in Amsterdam. 08.15 Uhr Weiterflug nach Wien. 10.05 Uhr Ankunft in Wien/Schwechat.

PAUSCHALPREIS PRO PERSON: € 34.990,-
Aufzahlung: Reiseterrain: 10.-24. Juni 2000 € 2.700,-
Einbettzimmerzuschlag für beide Termine € 2.650,-

INKLUDIERT LEISTUNGEN:

- Linienflüge mit KLM, Wien – Amsterdam – Arusha/Zanzibar – Nairobi – Amsterdam – Wien
- Inlandflüge Arusha – Zanzibar
- 20 kg Freigepäck + Bordservice
- Alle Transfers, Besichtigungen und Safaris laut Programm
- Safari im 4x4-Offroad Landrover (4 Personen pro Auto)
- Unterbringung in den genannten Hotels/Lodges/Camps auf Basis Zweibettzimmer
- Verpflegung: Frühstück in Arusha; Vollpension (2.-7. Tag); Halbpension in Zanzibar
- Nationalparkgebühren • Eintritt im Museum Olduvai Gorge • Deutschsprachige Reiseleitung

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen
Maximale Teilnehmerzahl: 20 Personen

RUEFA REISEN
INFORMATIONEN & BUCHUNGEN:
Ruefa Filiale: Alser Straße 43, 1080 Wien
Tel: 01/409 45 55, Fax: 01/409 45 55-9
email: d.grosinger@ruefa.at

Gemeinsam gegen Schlepper: EU will Balkanroute unterbinden

Die EU-Justizminister ringen um schärfere Strafen, Innenminister Strasser plädiert für eine gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen.

VON DORIS KRAUS

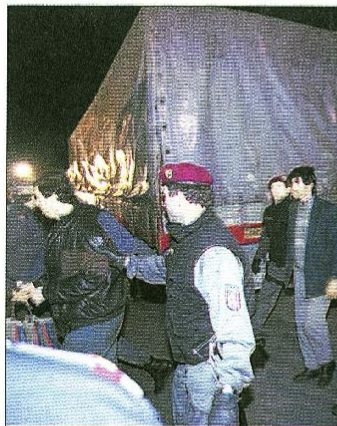
BRUSSEL/WIEN. Die EU-Staaten wollen die „Balkanroute“ unterbinden, über die jedes Jahr Hunderttausende illegale Einwanderer in die Europäische Union geschmuggelt werden. Vor allem der Anteil illegaler Einwanderer aus China nimmt hier dramatisch zu, weil man aus China ohne Visum nach Estland einreisen darf. Laut polen internen EU-Dokumenten sollen derzeit bis zu 200.000 illegale Migranten aus China in Estland einreisen. Die EU-Staaten wollen jetzt vorsichtig Druck auf Belgien ausüben, für China eine Visumpflicht einzuführen.

Im vergangenen Jahr wurden in Österreich 45.730 illegale Einwanderer aufgegriffen. Innenminister Ernst Strasser (VP) betonte, wie wichtig die Unterbindung der „Balkanroute“ gerade für Österreich wäre. Die Visapolitik sei der richtige Ansatz: Bosnien-Herzegowina habe mit 1. Jänner 2001 die Visumpflicht für Einreisende aus dem Iran eingeführt, seither sei die Zahl der Migranten aus dem Iran massiv zurückgegangen. Ende März wird eine EU-Delegation nach Belgrad und Sarajewo reisen, um dieses Problem zu besprechen. Außerdem will die EU den Anrainer- und Kandidatenstaaten auch praktisch unter die Arme greifen und Beamte entsenden. Österreich ist für die Einrichtung einer Koordinationsstelle am Balkan.

Außerdem positiv reagierte Strasser auf den Vorschlag des deutschen Innenministers Otto Schily, der die gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen

in ferner Zukunft vorschlug. Damit würde vor allem den künftigen EU-Mitgliedern geholfen, die hier vor einer äußerst schwierigen Aufgabe stehen. „Diese Idee ist aus österreichischer Sicht auf jeden Fall zu verfolgen“, sagte Strasser. „Auch wenn man auf den Großglockner geht, muß man irgendwann den ersten Schritt machen.“

Die EU-Justizminister rangen am Donnerstag um eine Vereinheitlichung der Strafen für Menschenhändler. Die Idee einer Mindeststrafe für alle – zuletzt wurden sechs Jahre vorgeschlagen – dürfte allerdings an den unterschiedlichen Strafvollzugsregelungen scheitern. In Österreich gehen Schlepper derzeit zwischen einem und zehn Jahren (bei Todesfolgen) ins Kitten. Justizminister Dieter Böhm dorf sprach sich auch gegen Ausnahmen für die Beihilfe zur illegalen Einreise aus humanitären Gründen aus.



Fast schon Alltag an Europas Grenzen: Die Polizei greift Flüchtlinge auf, die von Schleppern unter anderem in Lastkraftwagen versteckt werden. Photo: apa

Gusenbauer: „Erweiterung ohne Junktimes“

Der SPÖ-Chef fordert die Regierung auf, bilaterale Probleme durch Dialog zu lösen; Drohgebärden hätten eine Verhärtung zur Folge.

WIEN (eu). „Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung halte ich nichts von Junktimes und Drohgebärden.“ Für SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer ist klar, daß diese von der Bundesregierung momentan verfolgte Politik gegenüber den Beitrittskandidaten Tschechien (Tmelin, Benes-Dekrete) und Slowenien (Anno-Dekrete) zu einer Verhärtung führen werde – und nicht zu einer Entspannung. In seinem Grundsatzreferat beim vierten Außenpolitischen Gespräch am Donnerstag in der Diplomatischen Akademie in Wien forderte der SPÖ-Chef, bilaterale Probleme nur mittels Dialog zu lösen.

Auch die von Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (VP) lancierte Strategische Partnerschaft mit Ost- und Mitteleuropa nahm Gusenbauer auf Korn: „Das ist ein außenpolitischer Schnellschuß und kurzfristiger Aktionismus.“ Durch diese „neo-habsburgische Attitüde“ bestehe nämlich die Gefahr, sich von anderen EU-Partnern abzugrenzen.

Beim Thema Sicherheitspolitik forderte Gusenbauer die Regierung auf, „mit offenem Visier“ zu diskutieren. Das bisherige, gute Konzept Neutralität plus Solidarität – dürfte nicht „durch die Hintertür“ entsorgt werden. „Es ist demokratiepolitisch unverträglich, ein Verfassungsgesetz scheinbarweise auszuhebeln.“

Ein schwedischer Abgeordneter als Anwalt der deutschen Sprache

Sprachenvielfalt soll die Vorbedingung zu einer „zivilisierten Organisation“ sein, meint der streitbare schwedische EU-Parlamentarier Per Gahrton.

BRASSBURG (kon/smo). Gahrton, aber sicher festigt auch seinen Platz unter den europäischen Arbeitssprachen in der Europäischen Union. Ein Brief dafür lieferte diese Woche

ein Scharmützeln zwischen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft und dem schwedischen Europa-Abgeordneten Per Gahrton. Dieser prangerte die Diskriminierung der Sprache Goethes durch das nordische EU-Vorsitzland an, weil gleich bei zwei jüngsten EU-Treffen in Schweden Deutsch nicht gleichberechtigt mit Englisch und Französisch behandelt worden sei. Deutschland blieb denn auch aus Protest sowohl

einem Kulturkomitee-Treffen im nordischen Jönköping als auch einem Medien-Experten-Seminar in Stockholm fern.

Die dieser Deutsch-Diskriminierung überführten Stockholmer Behörden wollten am Donnerstag auf die Vorwürfe des Grün-Abgeordneten freilich nicht eingehen. Man dementierte jegliche Diskriminierungsabsicht und redete sich darauf aus, in bestimmten Fällen die Zahl der Sprachen aus Effizienz-,

Dringlichkeits- oder Kostengründen reduzieren zu müssen.

Per Gahrton hält dem entgegen: „Mir einreden zu wollen, daß es leichter sei, in Nord-schweden einen Französisch-als einen Deutsch-Dolmetscher zu finden, ist doch Quatsch.“ Er sei ein „Anwalt der Mehrsprachigkeit“ der Union, betont Gahrton. Die Union dürfe keine „elitäre, den Berufsdiplomaten vorbehaltene Organisation“ werden. „Wenn ich heute nicht

Deutsch verteidige, dann geht es morgen dem Schwedischen an den Kragen“, meint der streitbare Schwede.

Bereits unter der finnischen EU-Präsidentschaft war ein Streit um die Verwendung der deutschen Sprache ausgebrochen, nachdem Helsinki für informelle Treffen keine deutsche Übersetzung vorgesehen hatte. Deutschland und Österreich hatten damals die Zusammenkünfte boykottiert.



VORSICHT! TELE.RING INNOVATIONEN KÖNNTEN IHRE KONZENTRATION BEEINTRÄCHTIGEN

Nähere Informationen unter www.telering.at oder 0800-650 650

Abbildung 17

Espresso
„Nach dem Orden für Finn fehlt nur noch ein Ehrenkreuz der Republik für Frowein.“

116



Der Schranken schließt sich für viele Asylwerber. Nach der Entscheidung von Innenminister Strasser, Asylwerber aus dem Flüchtlingslager in niederösterreichischen Traiskirchen (hier im Bild) zu entlassen, richten Hilfsorganisationen nun Notquartiere ein. Photo: ap

Debatte um Asylwerber verschärft sich Hilfsorganisationen stellen Notquartiere

Für 180 Asylwerber, die aus der Bundesbetreuung entlassen wurden, stellen nun Hilfsorganisationen Notunterkünfte zur Verfügung. Die Kritik am Innenminister hält an.

WIEN (no/afred.). Im Streit um jene Asylwerber, die von Innenminister Ernst Strasser per Verordnung aus der Bundesbetreuung ausgeschlossen wurden, haben sich nun die Hilfsorganisationen aktiv eingeschaltet. Für die rund 180 Betroffenen wollen Caritas, Diakonie, Volkshilfe und Arbeiter-Samariterbund in vier Quartieren in und rund um Wien Notunterkünfte zur Verfügung stellen. Das Rote Kreuz errichtet in Mödling (in der Nähe des überfüllten Flüchtlingslagers Traiskirchen) ein Notlager für 35 obdachlose Flüchtlinge. Strasser meinte dazu, „Dauernotlager“ seien nicht wünschenswert.

dafür aber mehr Ehrlichkeit in der Diskussion. Caritas-Chef Franz Kübel und Diakonie-Direktor Michael Chalupka sprachen sich erneut für eine Verkürzung des Asylverfahrens bei Beibehaltung der notwendigen Qualität aus. Ein Tag sei dafür aber jedenfalls zu wenig. Auch die politische Kritik an Strasser hielt am Montag an: Diese reicht von Strasser habe den „Boden der Humanität“ verlassen (SP), über der Minister müsse mit der „menschheitsrechtlichen Rauschmeyerpolitik endlich aufhören“ (Grüne) bis zum FP-Vorwurf, Strasser habe wichtige Anregungen in der Asylpolitik negiert.

„Krise hausgemacht“

Heftige Kritik an Strassers Vorgehen äußert auch Manfred Matzka, ehemaliger für Asylfragen zuständiger Staatssekretär (SP) und nunmehriger Präsidentschaft im Bundeskanzleramt, in einem internen SP-Positionspapier: Daß EU-

weit die Zahl der Asylwerber geringer wurde, sich in Österreich hingegen verdoppelt habe, sei das Verschulden Strassers. „Die Krise ist hausgemacht.“

Westenthaler schweigt

Das Innenressort habe in den potentiellen Herkunftsländern die notwendige Informationspolitik verabsäumt. Als in Pakistan wegen des Gerichts, Österreich gebe rasch Asyl, in kürzester Zeit etwa 6000 Anträge gestellt wurden, hätte ein Sonder-Attache nach Islamabad geschickt werden sollen. Auch im Kosovo hätten im Sommer Schlepper verbreitet, Asylwerber bekämen in Österreich sofort Arbeit. Dadurch hätten sich Tausende in Bewegung gesetzt. Indes wollte Peter Westenthaler zu Überlegungen in der FPÖ, wonach der FP-Clubchef in einer Neuaufgabe von Schwarz-Blau Innenminister werden könnte, keinen Kommentar abgeben.

Papst ernannt deutschen Erzbischof Georg Zur zum neuen Nuntius

Als Mann des Ausgleichs gilt der 72-jährige Zur, derzeit noch Nuntius in Moskau. Er ist einer der erfahrensten Diplomaten des Vatikans.

WIEN (d. n.). Protestschreiben wegen der Ausweisung katholischer Priester und Termine im Moskauer Außenamt, um die Wogen wegen der Errichtung von vier Diözesen zu glätten, gehörte in den vergangenen Monaten fast zum täglichen Brot für Nuntius Georg Zur. Nach zwei-

einhalb Jahren erwartet den gebürtigen Deutschen ein komplett anderes Umfeld. Papst Johannes Paul II. hat den 72-jährigen Spitzendiplomaten zum 89. Nuntius in Wien ernannt. Diese Entscheidung soll heute, Dienstag, offiziell bekanntgegeben werden, wie „Die Presse“ erfährt. Damit wird ein halbes Jahr nach Vollendung des 75. Lebensjahres das Rücktrittsgesuch von Erzbischof Donato Sotgiu angenommen. Der gesundheitlich angeschlagene Nuntius wird sich am 22. Oktober beim traditionellen Empfang anlässlich des Jahresfestes des Beginns des Pontifikats von Papst Johannes Paul II. nach 13 Jahren aus Österreich verabschieden. Seinen Nachfolger beschreibt ein topinformierter Amtsträger der Kirche als Mann des Ausgleichs. In jenen Ländern, in denen er Nuntius war, habe es auch keinen Krach mit der Ortskirche gegeben. Der in Görz, einer deutsch-polnischen Grenzstadt, geborene und in Dresden aufgewachsene Zur hat einen steilen Aufstieg auf der diplomatischen Karriereleiter des Vatikans hinter sich. Von 1988 bis 2000 leitete er die Päpstliche Diplomaten-Akademie.

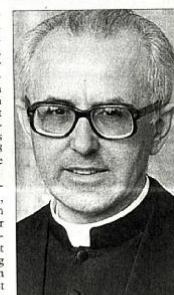
Vorher war er in Indien, Mexiko, Burundi, Uganda, Sambia, Paraguay, Nepal. Dazwischen war Zur 1977 bis 1979 leitender Nuntiatrat in päpstlichen „Benministerien“ in Rom. Zuletzt mußte er in Moskau die Stellung halten – wegen der latenten, im vergangenen Jahr wieder manifest gewordenen Konflikte mit der orthodoxen Kirche Russlands einer der schwierigsten Nuntiatrat-Po-

sten, die der Vatikans zu vergeben hat.

Offen ist, ob die Ernennung des neuen Nuntius für Österreich die Entscheidung über Salzburg verzögern wird. Erzbischof Georg Eder hatte den Papst aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig um Rückzug ersucht.

Spannung um Salzburg

Squicciarini hat im Sommer noch alle 12 Mitglieder des Salzburger Domkapitels einzeln zu sich gebeten, um allfällige Befürchtungen zu zerstreuen und zu versichern, daß Rom sehr an einem geeigneten Nachfolger gelegen sei. Dies wird dahingehend interpretiert, daß der frühere Generalvikar Hans Paarhammer im Juni 1999 als Generalvikar abberufen. Begründet wurde der Schritt mit der Belastung Paarhammers als Kirchenrechts-Universitätsprofessor.



Der neue Papst-Gesandte: Erzbischof Georg Zur Photo: KNA

LEXIKON

Der Apostolische Nuntius ist der ständige diplomatische Vertreter des Papstes, er vertritt ihn gegenüber Ortskirchen und Staaten. Derzeit unterhält der Vatikans diplomatische Beziehungen zu ungefähr 200 Staaten. In Österreich ist er Doyen des Diplomatischen Corps. Eine besondere Rolle kommt ihm vor Bischofsnennungen zu: Er läßt bei ausgesuchten Amtsträgern Kandidaten abfragen – und fügt einen Bericht bei, in dem der Nuntius selbst den Geeig-

testen vorschlägt. Päpstliche Gesandte finden sich erstmals auf dem Konzil von Nizza 325, wo sie nur geringe Aufgaben innehaben. Als erste diplomatische Vertreter des Papstes werden die Apokrisiare am Hof von Konstantinopel im 5. bis 8. Jahrhundert bezeichnet. Als erste Nuntiatrat gilt die von Venedig im Jahr 1500, danach wurden Nuntiaturen in Österreich, Deutschland, Belgien, Schweiz, Spanien errichtet. 1529 residierte der erste Nuntius in Wien.

Espresso

„Reichhold träumt vom Burgenland: nur vier Prozentpunkte minus.“

Druck wegen Erhöhung der Pensionen

Seniorenvertreter von SPÖ und ÖVP wollen, daß die Pensionserhöhung ab Jänner 2003 gilt – notfalls mit einer nachträglichen Erhöhung.

WIEN (jug). Am 25. Oktober wird die Pensionskommission der Regierung die Daten für das Ausmaß der Pensionserhöhung 2003 vorlegen. Die Seniorenvertreter von SPÖ und ÖVP beklagen am Montag ihre Forderungen. Weil nach den Berechnungen der Kommission eine relativ mäßige Erhöhung zu erwarten ist, spricht sich der Präsident des SP-Seniorenverbandes, Karl Blecha, nun für förmliche Vorgangsweise aus: Es solle zunächst eine „Kontozahlung“ geben. Die neue Regierung müsse dann rückwirkend mit 1. Jänner 2003 eine höhere Anpassung in Höhe der Inflationsrate von 2,1 Prozent beschließen.

Der Obmann des VPS-Seniorenverbandes Stefan Knaf drängt auf eine volle Abgeltung der Inflationsrate, was sie am Sonntag VP-Klubobmann Andreas Khol zugesagt hat. Knaf hat, die Erhöhung 2003 dann nochmals einer Beurteilung zu unterziehen.

Gegen Reformen

Reformen im Pensionssystem sorgen für Verunsicherung, wie eine neue Umfrage (117 Befragte) zeigt. Demnach wollen 69 Prozent der Österreicher keine Änderung des bestehenden Pensionssystems. Nur etwa jeder Fünftel möchte, daß die Pensionen in Zukunft durch Aktien und Pensionsfonds finanziert werden. Dies liegt am geringen Vertrauen in diese Anlageformen. So gaben 41 Prozent der Befragten an, kein Vertrauen in Aktien zu haben. Dieses Ergebnis lieferte eine Umfrage des Instituts für Trendanalysen und Konjunkturforschung, die der SPÖ vorgelagert wurde. Die Pensionstendenz will das bestehende Pensionssystem in der Verfassung verankern.

QUERGESCHRIEBEN

Noch ist der Advent ferne – und schon tauchen in einzelnen Kaufhäusern die ersten Weihnachtsartikel auf. Und obwohl die offiziellen Wahlkampfereignisse noch gar nicht stattgefunden haben, beleben die politischen Parteien das Plakat- und Anzeigengeschäft.

Off sind es Schnellschüsse aus der Hüfte, die von Unvorbereiteten abgegeben wurden; Reflexhandlungen, die über die Schützen oft mehr verraten, als ihnen lieb ist. Nicht rationales, sondern die erste (Re-)Aktion, sondern der aufgeregte Affekt. Aber gefühlvoller Werbefreier kann Schaden – und mangelnde Professionalität symbolisch vorführen. Schmutzkübel sagen mehr über die Ausgäbe als über die Begossenen. Welcher Spin-

Doctor mag etwa die SPÖ geritten haben, als sie ihre Werbung mit „dirty campaigning“ begann und halbseitige, teure Inserate mit Bildern des Bundeskanzlers schaltete, den ÖVP-Slogan „Wer, wenn nicht er?“ aufgriff, und den Absender der Botschaft im Kleingedruckten ließ? Dabei handelte es sich nicht einmal durchgängig um sogenannte „Meuchelfotos“, die sie dabei zum Einsatz brachten – was zur Verwirrung noch beigetragen haben mag. Und indirekt forcierte sich damit das „Kandidatenduell“, das sie angesichts der Imageschwächen ihres Spitzenkandidaten strategisch tunlichst und peinlich vermeiden mußte. Peinlich.

Auch das Suiet zeugte nicht gerade von großem Werbeschick. Abgesehen von der Tat-



RUDOLF BRETSCHNEIDER

Schmutzkübel

sache, daß der Bundeskanzler nicht gerade zu den großen Selbstvermarktern und Medienhungen Egoomanen zählt, erweckte es bei gedächtnisstarke Personen, die mit dieser Form von Negativwerbung überhaupt etwas anzufangen wußten, auch Erinnerungen an die „Sanktionszeit“, in der die SPÖ – um es milde auszudrücken – durchaus keine glückliche Figur machte. Selbst die Grünen empfanden die Pauschalangriffe auf Österreich (und es gab sie zur Genüge) da-

mals als ziemlich einfältig, während weite Kreise der SPÖ noch auf die rote Sanktionskarte setzten. Der Bundeskanzler hat seinerzeit mit Ruhe und Besonnenheit die Position Österreichs dargestellt und – ohne in falschen Triumph zu verfallen – auch durchgesetzt.

Aber es scheint eben immer leichter, gegen jemanden zu sein, ein „Feindbild“ aufzubauen und den politischen Mitbewerber zu „vernarnen“, als die eigenen Führungsqualitäten darzustellen und zu belegen.

DER „PRESSE“-KOMMENTAR VON AUSSEN

Die FPÖ hat das jahrelang beispielhaft vorgeführt. Es war ein schlechtes Beispiel und hätte sich keine Nachahmung durch eine langjährige Regierungspartei verdient. Es ist ein Rückfall in Wahlkampftaktik der Vergangenheit, die nicht gerade im persönlichen Untergriff, diffamierenden Gerüchten und gehässigen Tönen waren. Sie vergiften das Klima – sinnlosweise. Sie fördern die Aggressionen, die man gerade dann nicht brauchen kann, wenn man sich die Möglichkeit zur Zusammenarbeit offenhalten will.

Sie verraten mehr über die Betreiber einer „dirty campaign“ als über das Objekt/Subjekt der Aggression. Der Stil, in dem Wahlwerbung betrieben wird, ist längst auch Teil ihres Inhalts. Schimpfen verriet

Schwäche und einen Mangel an politischer Kultur. Starke Worte bringen einen vielleicht in die Schlagzeilen, aber keinen Schritt weiter. Das Wortarsenal des Kampfes („war room“, „Mutter aller Schlachten“, „Tragzug“ gut für die eigenen – „Tragzug“ sein und die „Luftholen“) war eine Spezialität von Händlern. Es ist Zeit, daß es ihm an Bedeutung verliert.

Auf die Splitter im Auge des Mitbewerbers hinzuweisen ist zu wenig. Es lenkt nur die Aufmerksamkeit auf die Balken im eigenen. Das „argumenrum hominum“ war eine Spezialität von Händlern. Es ist Zeit, daß es ihm an Bedeutung verliert.

Der Autor ist Leiter des Pressel-GfK-Instituts. Dieser Kommentar drückt die persönliche Meinung des Autors aus.

Warten ohne Perspektive



Im niederösterreichischen Mödling, nahe des überfüllten Flüchtlingslagers Traiskirchen, wurde eine Garage des Roten Kreuzes ausgemietet und vorübergehend als Notquartier für obdachlose Asylwerber zur Verfügung gestellt. Die 35 Personen können vorerst eine Woche in Mödling bleiben, wie es danach weitergeht, ist noch ungewiss. Seit vergangenen Dienstag sind mit sechs Linienflügen insgesamt 95 Kosovaren zurück nach Pristina gebracht worden. Nun geht es darum, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen und sie, wenn eine größere Gruppe von Wirtschaftsführern kommt, diesen genauso anzubieten, erklärte am Dienstag der für das Asylwesen zuständige Sektionschef im Innenministerium, Wolf Szymanski. Die Kosten für die Rückführungsaktion bezifferte Szymanski mit 218 Euro pro Flüchtling. „Das ist soviel wie ein halbes Monat Bundesbetreuung, und das ist jedenfalls ein Vorteil für uns.“

Photo: sps/Schlagner

Espresso

„Das SP-Sozialprogramm zur Wirtschaftsbelebung: Mehr Containern für Wien“

IN KÜRZE

Geld für Krankenkassen. Insgesamt 306,9 Mill. Euro zusätzlich bekommen die Gebietskrankenkassen Wien, Steiermark, Kärnten, Tirol und Burgenland aus dem Ausgleichsfonds der Krankenversicherung. Dafür müssen die Kassen von Ober- und Niederösterreich, Vorarlberg, Salzburg, die Versicherungsanstalten für Bergbau sowie für die gewerbliche Wirtschaft mehr in den Fonds einzahlen. Klagen gegen diese Regelung liegen bereits beim Verfassungsgerichtshof.

Wahl in Oberösterreich fixiert. Die vier Landtagsparteien haben sich auf den 28. September 2003 als Termin der Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oberösterreich geeinigt.

Neuer Nuntius. Erzbischof Georg Zur (72) wurde von Papst Johannes Paul II. offiziell zum neuen Nuntius in Österreich ernannt.

Ruhe nach dem Sturm in der Grazer FPÖ

Beim Streit um die Liste für die Grazer Gemeinderatswahl hat sich FP-Stadtschef Weinmeister durchgesetzt.

GRAZ(hoe). In der Grazer FPÖ sind die Fronten geklärt: Peter Weinmeister, Obmann der Grazer FPÖ und Spitzenkandidat für die Gemeinderatswahl im kommenden Jänner, hat sich in der internen Auseinandersetzung rund um die Listenstellung für die Grazer Wahl durchgesetzt. Bei einer zweistündigen Sitzung der Stadtpartei-Verwaltung am Montagabend wurde eine Kandidatenliste einstimmig abgesegnet, die so Weinmeister,

„eindeutig die Handschrift des Stadtparteiobmannes trägt“. Hinter ihm wird, wie von ihm gewünscht, die jetzige Stadträtin Maxi Uray-Frick kandidieren, auf Platz 4 Andrea Sackl, die Schwiagertochter der Ex-Sozialministerin. „Es ist ein tragfähiger Kompromiss“, schwört Harald Korschelt, die Nummer 3 auf der FP-Liste, ab. Korschelt, Schwiagerbruder von Altparteichef Alexander Göss, war Sprecher einer Gruppe von Mandatären und Funktionären, die dem Knüttelfelder Lager um Bundespartei-Vizechefin Magda Bleckmann (sie ist stellvertretende Grazer FP-Obfrau) und dem Grazer Nationalrat Ger-

hard Kurzmann nahe stehen. Sie proben zuletzt offen den Aufstand gegen Weinmeister. „Daß Weinmeister die Nummer 1 ist, wurde von uns nie in Zweifel gezogen“, sagt Korschelt. Dennoch zogen sie im Ende September eine Sonderpartei aus. Dort wird er den 200 Delegierten der Vertrauensfrage stellen. Nach dem einstimmigen Beschluß von Montagabend wird dies nur mehr eine Pflichtübung. Weinmeister kann mit hoher Zustimmung rechnen.

Endspurt für Kandidatenlisten in Ländern

In Kärnten und Vorarlberg sind die Spitzenleute für die Nationalratswahl fix.

BREGENZ / WIEN (koe/red.). Während viele Bundeslisten noch unter Verschluss sind, laufen auf Landesebene die Parteien das Geheimnis um ihre Kandidaten. In Vorarlberg wird die FP-Liste vom bisherigen Nationalratsabgeordneten Reinhard Bösch angeführt. Am zweiten Platz rangiert FP-Landeschef Hubert Gorbach. Er will aber auf sein Mandat zugunsten des nächstgeordneten Markus Heim verzichten. SP-Listenfürer ist der National-

ratsabgeordnete Manfred Lackner. Anna Franz kandidiert für die ÖVP hinter Bildungsministerin Elisabeth Ghehr und dem Abgeordneten Karlheinz Kopf an der dritten Stelle. Die Landtagsabgeordnete Sabine Mandak ist grüne Spitzenkandidatin.

In Tirol wird die SP-Liste von Erwin Niederwieser, gefolgt von

Gisela Wurm und Gerhard Renner angeführt. In Kärnten sind bereits bei allen Parteien zumindest Landeslisten und Wahlkreislisten fertig. Die Spitzenkandidaten auf der Landesliste sind Melitta Trunk (SP), Herbert Haupt (FP), Elisabeth Scheucher (VP) und Bruno Rossmann (Grüne).

In Salzburg ist Außenministerin Benita Ferrero-Waldner VP-Spitzenkandidatin. Im Burgenland ist Gerhard Steiner SP-Spitzenkandidat. Oberösterreich FPÖ wählte Max Walch, den stellvertretenden Bundespartei-Obmann, zum Spitzenkandidaten.



SP-Landeschef: Weg vom Image der Politik des „Schuldenmachens“

Im „Presse“-Gespräch betont Oberösterreichs SP-Chef Haider die Entwicklung der SPÖ seit 1999 weg von der „Technokratie“-Partei.

LINZ (dipp). „Die SPÖ von heute ist nicht mehr die von 1999“, versichert Oberösterreichs SP-Chef Erich Haider. Im Gespräch mit der „Presse“ bilanziert er, die Bundespartei habe die Zeit der Opposition genutzt und gelernt, daß „Technokratisches“ durch ein klares Profil, wie die Arbeitnehmerorientierung, ersetzt werden müsse. „Es reicht nicht mehr, einfach nur den Staat zu verwalten.“ Daß diese Profilbildung bisher unscharf ausgefallen ist, gibt er indirekt zu: „Ohne vorgezogene Neuwahlen hätten wir ein Jahr Zeit gehabt, unsere Ideen zu präsentieren. Jetzt ziehen wir die für ein Ministeramt in die Regierung.“ Für mehr Nähe zur Bevölkerung, so Haider, ist die SPÖ in der Lage, die Rolle mehr zu spielen. „Wir werden die für ein Ministeramt in die Regierung.“ Für mehr Nähe zur Bevölkerung, so Haider, ist die SPÖ in der Lage, die Rolle mehr zu spielen. „Wir werden die für ein Ministeramt in die Regierung.“

ÖVP zu sehr nachgegeben haben.“ Der SP-Landeschef pammert in Oberösterreich, beihafter die „schwarz-blaue Schere“, die die Bundesregierung an der Welke Maßnahmen würde. Die SPÖ rückgängig machen. Die Rücknahme von Studien- und Antivollzugsgebuhr und Unfallkostenbestimmung garantieren und Sonst? „Wir haben nicht alles Geld. Wir werden schon andere Prioritäten setzen und die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen.“ Als Koalitionspartner kann die ÖVP – ebenso wie die Grünen – für Erich Haider aber nach wie vor in Frage. „Wenn die ÖVP ein christlich-soziales Gewissen hat, der entdeckt, ist die SPÖ 1999 Partner. Jene, die die SPÖ 1999 bei der Regierungsbildung hatten, haben unsere Ideen nicht angenommen.“ Haider will die Rolle mehr spielen. „Wir werden die für ein Ministeramt in die Regierung.“ Für mehr Nähe zur Bevölkerung, so Haider, ist die SPÖ in der Lage, die Rolle mehr zu spielen. „Wir werden die für ein Ministeramt in die Regierung.“



Erich Haider sieht die SPÖ 1999 im Wandel.

„Öl in Wirtschaftsmotor“

SP-Wirtschaftsprogramm. Gusenbauer legt ein „Sofortprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft“ vor.

WIEN (red.). „In wirtschaftlich schlechten Zeiten ist es Aufgabe des Staates, zusätzliches Öl in den Wirtschaftsmotor zu pumpen.“ Mit dieser Begründung präsentiert SP-Vorsitzender Alfred Gusenbauer am Dienstag im Rahmen des Wahlkampfes ein „Sofortprogramm“ zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Im Kern geht es dabei um Vorschläge für eine Steuerreform: Kleine und mittlere Einkommen sollen durch je eine Milliarde Euro in Form einer Steuerentlastung entlastet werden. Eine weitere Milliarde solle den Unternehmen zukommen – durch

einen befristeten Irregulierungsbetrag, Stabilitäts- und Wachstumspakt für Klein- und Mittelbetriebe. Der frühere Finanzminister Hannes Androsch, der die Wirtschaftsministerin Elisabeth Ghehr Nachfolge zu schaffen. So eine Finanzpolitik könne nur über ein mittelfristliches Ziel hinausgehen. Von der ÖVP angekündigte „Finanzspritze“ werde ein „Sofortprogramm“ zur Ankurbelung der Wirtschaft. Im Kern geht es dabei um Vorschläge für eine Steuerreform: Kleine und mittlere Einkommen sollen durch je eine Milliarde Euro in Form einer Steuerentlastung entlastet werden. Eine weitere Milliarde solle den Unternehmen zukommen – durch

QUERGESCHRIEBEN

Ab Oktober beginnt die Zeit der Buchwesen. Frankfurt startet heute, Wien folgt im November, und in den Eröffnungsreden wird wieder einmal das Kulturgut Buch beschworen werden. Die Realität freilich sieht anders aus. Laut der neuesten OECD-Vergleichsstudie (sie wird in wenigen Tagen präsentiert) verfügt in Österreich jeder der sechste 15-Jährige nur über elementare Lesefähigkeiten, und 36 % liegen unter dem OECD-Durchschnitt. Bücher sind in der Schule wie Familie in weite Ferne gerückt. Bevor ein Kind einen Bilderbuch bekommt, sieht es fern. Und das, obwohl uns jeder Erzieher bestätigen wird, daß nichts mehr den Schülern das Lesen bestimmt als das Lesen. Dennoch verschwindet es aus unserem Le-

ben. Erziehen wir Analphabeten? Verschwinden die Bücher? Ja, allmählich. Und daran trägt nicht nur die Schule schuld. Hand aufs Herz: Wann hat Sie Ihr Kind das letzte Mal in der Hand gesehen? Lesen Sie Ihrem Kind vor? Nur zum Einschlafen? Blättern Sie ab und zu gemeinsam in Büchern? Oder sind für die Lesefähigkeit der Kinder nur mehr die Lehrer zuständig? Wenn uns das Lesen etwas bedeutet, genügt es nicht, der Schule den Schwarzen Peter zuzuschreiben. Wir sollten uns vielmehr auf drei Grundhaltungen einigen. Erstens: Die Lesefähigkeit ist am wenigsten von der Schule abhängig – entscheidend ist, ob die Eltern lesen und vorlesen. Zweitens: Kinder, die früh selbstständig le-



KURT SCHOLZ

Lebt wohl, Bücher!

sen, tun das mit hoher Wahrscheinlichkeit ihr Leben lang. Und drittens: Wer bis zwölf oder dreizehn nicht ordentlich lesen gelernt hat, wird auch in seinem späteren Leben kein sticher Leser mehr werden. Das heißt aber, daß das Interesse an Büchern sehr früh geweckt werden muß, am besten schon im Kindergartenalter. Da über dominiert meist ein anderer Mit-erzieher – der Fernseher. Und der hat – mit dem Internet – die Phantasie der Kinder gepachtet und frisst das Buch.

Gerade deshalb ist es falsch, wenn die Schule resümiert. Natürlich ist es bequemer, den anspruchsvollen Leseunterricht durch die eher unverbindliche Formel einer „Fähigkeit zur Lesekompetenz“ (was genau ist das?) zu ersetzen. Aber führt nicht genau die Reduktion des Leseunterrichts dazu, daß nur noch Kinder jener Familien lesen, in denen das ist – in bildungsbürgerlichen Haushalten? Produziert nicht genau das Zurückstecken der

DER „PRESSE“-KOMMENTAR VON AUSSER

Leserleise in der Schule zwei Klassen von Menschen – auf der einen Seite gewohnheitsmäßige und souveräne Leser; auf der anderen jene, denen das Lesen ein Leben lang etwas Mühseliges bleibt und die genau dadurch fortlaufend in Hinterrufen geraten? Es ist der Verzicht auf den Lesunterricht, der Ungleichheit schafft und jene, die es nicht schaffen, dem „Schattenreich des Analphabetismus“ (so Dietrich Schwandt, in „Bildung“, 1999) überläßt. Lesen ist Anstrengung, aber es kann das Leben verändern. Es ist eine Art Training, wie das Jogging, eine Übung, um geistig fit zu bleiben. Man muß es nur regelmäßig tun. Ermutern wir doch unsere Kinder, wie während Generalsturm von Borden, in das Allerheiligste von Bibliotheken einzudringen. Und dort das scheinbar Überflüssige der Welt zu suchen: Bücher.

Denn zu diesem Stadium wissen „Buchwissen“ findet sich bei Ambrose Bierce (in seinem 1907 erschienenen „Dictionnaire des Ténés“) folgendermaßen: „Abwärtender Begriff, der den Dummkopf für alle Welt prägt, das über seine eigene geistige Ignoranz hinwegtäuscht. Lesen bietet Orientierung, aber ein Kampf gegen die Unwissenheit der Dummheit. Und das ist notwendig. Er zahlt sich nicht aus, denn es ist ein Kampf gegen die Unwissenheit der Dummheit.“ Der Autor ist Reinhold Schneider, der in Wien lebte und war langjähriger Anwalt des Präsidenten des Stadtschulrates in Wien. Dieser Kommentar dürfte die Meinung des Autors sein.

Im Innenressort kämpft Ernst Strasser mit Schwierigkeiten bei der Neuorganisation und der Unterbringung von Asylwerbern

Umstrittene Reform im Innenministerium droht an Neuwahl zu scheitern

Polizei und Gendarmerie sind ihrerseits auf die Straße gegangen, Innenminister Ernst Strasser stand tagelang im Schußfeld – jetzt droht die umstrittene Strukturreform mit der Neuorganisation der Führungspositionen im Ministerium an der Neuwahl zu scheitern.

WIEN (rie). Es war ein heißer Juni. Erstmals seit Jahren gingen Polizei und Gendarmerie auf die Straße, um gegen ihren Chef zu demonstrieren. Anlaß war die geplante Organisationsreform im Innenministerium, mit der eine Sektion eingesparrt und sämtliche Gruppen aufgelöst werden. Die SP-dominierten Exekutivgewerkschaften kritisierten, daß Minister Ernst Strasser mit der Reform das Innenressort politisch umfärben wolle. Was die Gewerkschaften mit ihrer Demonstration im Juni 2002 nicht erreichten, könnte jetzt die vorgezogene Neuwahl scheitern: ein Scheitern der Reform.

Ein hochrangiger Beamter des Innenministeriums erklärte der „Presse“, daß eine Umsetzung der Strukturreform noch „sehr unsicher“ ist. Derzeit liege das Papier im Zentralausschuß. Ein Gutachten der Personalvertretungskommission (in ihr sitzen die Gewerkschaften und Dienstgeber) zur Rechtmäßigkeit der Reform sei zwar positiv ausgefallen, jetzt warte man aber noch auf weitere Stellungnahmen. „Was die eintreffen, ist offen.“ „Es wird sehr knapp“, bestätigt man auch im Büro von Minister Strasser. Dennoch sei man zuversichtlich, daß die neue Organisation noch vor der Wahl umgesetzt werden könne. Wenn nicht, wäre das „keine

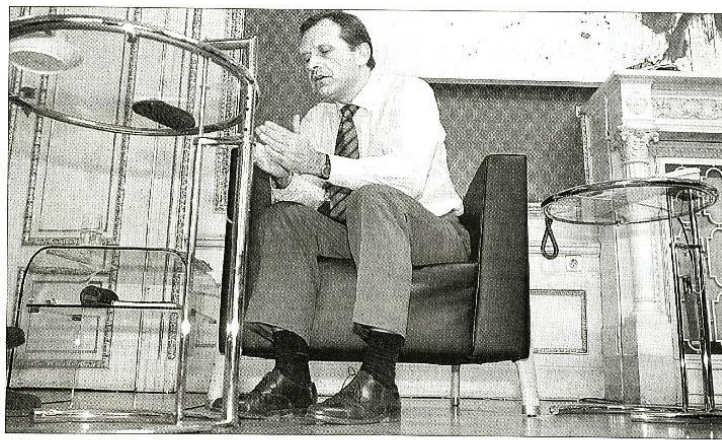
Tragödie“. Denn schließlich dauere es ja einige Zeit, bis eine neue Regierung gebildet ist. Und diese Zeit reiche jedenfalls, um die neuen Strukturen im Ministerium umzusetzen.

Wofür die Zeit aber nicht reichen könnte, ist die Nachbesetzung der Führungspositionen. Denn aufgrund der umfassenden Reform – die fünf Sektionen werden auf vier reduziert, elf Abteilungen und vier Gruppen werden eingesparrt – müssen alle wichtigen Posten im Innenministerium neu ausgeschrieben werden. Das war einer der Hauptkritikpunkte der Gewerkschaften an der Reform. Strasser werde die notwendigen Neubesetzungen nützen, um das Ressort, das 30 Jahre lang von der SPÖ geführt worden war, politisch „umzufärben“. Rot solle aus der Führungsebene raus, schwarz rein.

„Posten gerettet“

Vor der Wahl am 24. November werden sich die Neubesetzungen definitiv nicht mehr ausgeben: Wenn die Reform beschlossen ist, müssen erst die Stellen ausgeschrieben werden, dann beginnt eine einmonatige Bewerbungsfrist, anschließend beurteilt eine Kommission die Bewerber.

Die SP-Gewerkschaften im Innenministerium hoffen nun: Einerseits auf eine rot-grüne Mehrheit bei der Nationalratswahl (in ihr sitzen die Gewerkschaften und Dienstgeber) zur Rechtmäßigkeit der Reform, jetzt warte man aber noch auf weitere Stellungnahmen. „Was die eintreffen, ist offen.“ „Es wird sehr knapp“, bestätigt man auch im Büro von Minister Strasser. Dennoch sei man zuversichtlich, daß die neue Organisation noch vor der Wahl umgesetzt werden könne. Wenn nicht, wäre das „keine



„Piz gegen Westenthaler. Das ist ungefähr so wie Simmering gegen Kapfenberg.“

Photo: Clemens Fabry

Asylstreit: Strasser mahnt Länder, Kritik an FPÖ „Will kein Ressort, das Menschenrechte verletzt“

„Presse“-Gespräch. Innenminister Ernst Strasser distanziert sich im Asylstreit von der FPÖ und übt Kritik am Verhalten der Länder.

VON FLORIAN ASAMER

DIE PRESSE: Ist Ihr Vorgehen gegenüber den Asylwerbern ein Angebot an Wähler der FPÖ?

Ernst Strasser: Migrationsströme richten sich nicht nach Wahlterminen. Wenn es politisch geht, dann ist das anzugehen, ohne Rücksicht auf irgendwelche Wahltermine.

Wenn FP-Wähler diese harte Linie gönnen, ist es ihnen überlassen.

Strasser: Das ist keine harte Linie, das ist Ehrlichkeit gegenüber Menschen, die unter Vorbehalt falscher Hoffnungen hierher geschleppt worden sind. Wir müssen den Menschen sagen, was wir können und was nicht.

Für die Betroffenen heißt das aber, daß sie auf der Straße stehen.

Strasser: Nein, muß es nicht heißen. Wenn die Länder ihren Verpflichtungen nachkommen, können zusätzlich rund 1500 Betreuungspunkte geschaffen werden. Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung trägt das Ministerium. Wir haben die Plätze von 3000 in zwei Jahren auf über 7000 erhöht.

Wollen die Länder die Quartiere nicht stellen oder können sie es nicht?

Strasser: Das ist eine Frage, die dort zu beantworten ist. Wir stellen jedenfalls das Geld zur Verfügung, um rund 1500 Betreuungspunkte zu ermöglichen.

Es ist doch in Ihrem Interesse, zusätzliche Quartiere aufzutreiben.

Strasser: So wie ich keinen Asylwerber dazu verhalten kann, daß er Betreuung annimmt, kann ich auch niemanden zwingen, Betreuungspunkte zur Verfügung zu stellen. Notwendig ist ein nationaler Schulterschluß zu mehr Ehrlichkeit.

Flüchtlingsströme richten sich zwar nicht nach Wahlterminen, trotzdem hat die FPÖ schon vor einem Jahr Versärfungen in der Asylpolitik gefordert. Warum haben Sie das damals abgelehnt?

Strasser: Weil ich im Gegensatz zur FPÖ nicht die Europäischen Menschenrechtskonvention antasten lasse.

Die FPÖ hat aber auch die Verkürzung der Verfahren und ein Ende für Kantonsträger und andere Forderungen, die auch Sie unterstützen, verlangt.

Strasser: Ich will nicht verantwortlich sein in einem Ministerium, das absichtliche Menschenrechtsverletzungen begeht. Das war in manchen Vorschlägen enthalten. Ich will eine wesentliche Verkürzung der Verfahren, eine Verbesserung bei der Erstaufnahme durch entsprechende Dokumentation und eine klarere Sprache gegenüber jenen, die im Verfahren erster Instanz einen negativen Bescheid erhalten. Das wurde von der Opposition und den Hilfsorganisationen alles abgelehnt.

Ihr Koalitionspartner ist aber die FPÖ. Warum ist man das nicht schon früher umgegangen?

Strasser: Wir haben uns ein klares Programm gegeben. Erste Hälfte 2002 das Fremdenrecht, das haben wir abgearbeitet. Wir haben uns für die zweite Jahreshälfte 2002 vorgenommen, das

Asylgesetz anzugehen. Das ist durch die Situation, die durch die FPÖ herbeigeführt worden ist, eben unmöglich geworden.

Es war also absehbar, daß es im Asylbereich zu Problemen kommen würde?

Strasser: Das war eine Harmonisierung der Asylgesetzgebung mit der EU brauchen und daß das auch genau die Punkte sind, die ich im August vorgeschlagen habe, ist evident. Nicht beeinflusst ist, wenn eine Reihe von „Reisebüros“ in Peising und im Kosovo sagen, wenn ihr uns soundsoviel Dollar gebt, bringen wir euch illegal nach Österreich, dort sagt ihr Asyl, dann bekommt ihr Arbeit.

Wie soll die Verkürzung des Asylverfahrens aussahen?

Strasser: Mir schwebt das deutsche Modell vor, wo in 24 Stunden in einem äußerst verkürzten Verfahren bei offensichtlich unbegründetem Antrag

dieser Antrag abgeschlossen werden kann.

Asylverfahren dauern oft mehrere Jahre. Soll es eine Obergrenze geben?

Strasser: Wir müssen den Rechtsstaat beachten, aber nicht unnötig verlängern. Aber ich kann unmöglich ein Verfahren beim Verwaltungsgerichtshof beeinflussen.

Soll es eine Länderliste geben, aus denen es keine Anträge gibt?

Strasser: Das ist auch ein EU-Vorhaben. Wir wollen eine fixe Länderliste. Es ist für mich nicht klar, warum es einen Asylwerber aus Italien geben soll.

Welche Länder sollen auf diese Liste kommen?

Strasser: Ein Kandidat wäre die Bundesrepublik Jugoslawien oder Rumänien. Das sind Punkte, die wir in der EU diskutieren wollen.

Tut Ihnen als Präsident des niederösterreichischen Hilfswerks die Kritik der Hilfsorganisationen gar nicht weh?

Strasser: Ich finde es bedauerlich. Gerade von solchen Organisationen würde ich mir mehr Aufrichtigkeit gegenüber Flüchtlingen erwarten.

Die FPÖ hat wiederholt die Position des Innenministers verlangt.

Strasser: Ich finde, das sind interessante Alternativen. Piz gegen Westenthaler. Das ist ungefähr so wie Simmering gegen Kapfenberg.

Sie wollen Innenminister bleiben?

Strasser: Ich werde alles tun, damit Wolfgang Schüssel Bundeskanzler bleibt. Wenn er mich beruft, stehe ich zur Verfügung.



„Das ist keine harte Linie, sondern Ehrlichkeit.“ Photo: Fabry

Mahnwache für Asylwerber

Die Katholische Aktion Österreich kritisiert die Situation für Flüchtlinge.

WIEN (b. Lrsd.). Die Diskussion um Österreichs Asylpraxis profitiert nicht ab. Asylwerber sollen bei laufenden Verfahren nicht mehr ohne Unterkunft, Essen und medizinische Versorgung auf die Straße gesetzt werden, appellierte der Präsident der Katholischen Aktion Österreich (KAO), Christian Friesl. Mit der Entlassung von Minderjährigen aus der Bundesbetreuung verstoße die Regierung gegen die von Österreich ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention. Am Nachmittag gab es wegen der Situation der Asylwerber eine Mahnwache vor dem Innenministerium.

Die Katholische Aktion verlangt nun, daß die Kinderrechte

in der Verfassung verankert werden. Außerdem präsentiere die größte katholische Laienorganisation Österreichs den wahlwerbenden Parteien ihre Forderungen, den Ausländern, die sich in Österreich aufhalten, künftig auch eine Arbeitsbereitschaft zu geben.

Indes wirft die FPÖ weiter begrenzende Blicke auf das Innenministerium: Die Freiheitlichen bestünden im Falle einer Neuaufnahme von Schwarz-Blau auf die Übernahme des Innenministeriums, befristete FP-Klubchef Karl Schweizer.

Die KAO meldete neben einer humanen Asylpolitik weitere Forderungen an: EU-Osterweiterung ohne „Vetorellen“; eigenständige Altersversorgung für alle Frauen und Förderung von Vätern in Karenz; Festschreiben des arbeitsfreien Sonntags in der Verfassung.

Wählen Sie mit +++ Wählen Sie mit +++ Wählen Sie mit +++ Wählen Sie mit +++ Wählen Sie mit +++

ÖBD (Österreichs beliebtester Damenduft)

ÖBH (Österreichs beliebtester Herrenduft)

ÖBP (Österreichs beliebteste Pflegeleine)

ÖBK (Österreichs beliebteste Kosmetikfarben)

§b

Vielleicht feiern Sie die Wahlsieger mit Claudia Androsch, Gabriela Benesch, Elisabeth Engstler, Jenny Jürgens, Barbara Karlich, Edith Leyrer, Sabine Petzl, Claudia Stockl, Gabriel Barylli, Thomas Borchert, Rainard Fendrich, Albert Fortell, Hansi Hinterseer, DJ Ötzi, Manuel Ortega u.v.a.

beautyCleoAward02 +++ beautyCleoAward02 +++ beautyCleoAward02 +++ beautyCleoAward02 +++ be

Alles Weitere in der neuesten Ausgabe des Magazins **beautylife**. JETZT am KIOSK!

TUI

PEAK/mrsl

CASINO AUSTRIA

Abbildung 21: "Ernst Strasser"

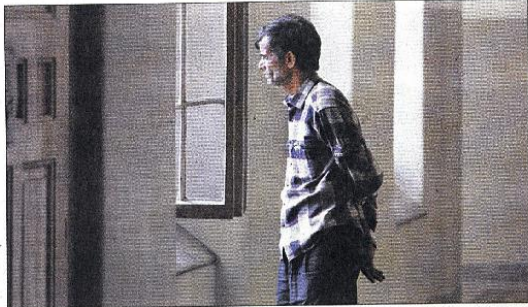
Den aus der Bundesbetreuung entlassenen Asylwerbern droht die Obdachlosigkeit

Die Notquartiere für Asylwerber sind voll, Helfer schlagen Alarm

Österreichs NGOs sind verzweifelt: Sie müssen immer mehr Asylwerbern, die aus der Bundesbetreuung entlassen werden, unterbringen.

WIEN (apa/aw). Für viele Asylwerber in Österreich wird es buchstäblich eng. Seit dem Inkrafttreten der neuen Richtlinien des Innenministeriums wurden Hunderte Menschen aus der Bundesbetreuung entlassen. Die Notquartiere der Hilfsorganisationen sind voll. Laur Peter Weseley, Sprecher der Caritas-Wien, beginnt nun eine schwierige Zeit. „Dieses Wochenende konnten wir noch alle von der Obdachlosigkeit bedrohten Asylwerber unterbringen, aber ab Montag haben wir keine Plätze mehr“.

Wie angespannt die Situation ist, zeigte am Freitag ein Lokalausgangsschein im von Volkshilfe und Arbeiter-Samariterbund betriebenen Quartier auf der Baumgartner Höhe in



Warten auf eine ungewisse Zukunft. In den Notquartieren der gemeinnützigen Organisationen kommen die aus der Bundesbetreuung entlassenen Asylwerber unter. Photo: apa

Wien. Die für 200 Menschen konzipierte Unterkunft ist voll. Peter Reicher, Geschäftsführer der Volkshilfe, wendet sich nun an die Öffentlichkeit: „Wir brauchen dringend Sachspenden, vor allem Hygieneartikel sind knapp“. Auch bei der Diakonie werden zusätzliche Mittel benötigt. Christoph Riedl, Leiter der Flüchtlingsberatung: „Unser Notquartier in

15. Wiener Gemeindebezirk ist überfüllt. Wir sind ständig auf Geldspenden aus der Bevölkerung angewiesen, um zusätzlichen Unterkünfte anmieten zu können“.

Unterdessen reißt die Kritik der Opposition an der Beauftragung des deutschen Privatunternehmens „European Homecare“ mit der Rückkehrberatung von Asylwerbern

nicht ab. Die Grünen meinen, der Auftrag hätte ausgeschrieben werden müssen, die SPÖ fordert zur Beschleunigung der Verfahren eine deutliche Aufstockung des Personals. Innenminister Ernst Strasser (VP) weist die Kritik zurück. Entscheidend sei, daß die Rückkehrberatung geschehe, und den Betroffenen geholfen werde.

U-Bahn in Kopenhagen: Chaotische Skurrilitäten

Probleme prägen die Eröffnung der neuen U-Bahn. Am Samstag wird sie in Kopenhagen eröffnet.

Von unserem Korrespondenten
HANNES GAMILLISCH

KOPENHAGEN. Studenten, die mit Kopenhagens neuer Metro zur Universität fahren wollen, dürfen nicht bei der Station „Universitet“ aussteigen. Sonst stehen sie auf der Wiese. Wenn sie hingegen zu „Islands Brygge“ fahren, liegt das Universitätsgebäude direkt gegenüber der Haltestelle. „Bedauerlich“ sei dieses Schinderchaos, aber „leider nicht zu ändern“, meint Bo Dybkaer, der Informationschef der Metro-Gesellschaft. Sonst müßte man jetzt nicht nur neue Hinweistafeln anbringen, sondern auch alle Fahr- und Notpläne modifizieren. Und dann käme Kopenhagens U-Bahn noch teurer. Die Baukosten sind schon jetzt auf das Doppelte gestiegen, die Bauarbeiten dauerten zudem zwei Jahre länger als veranschlagt.

Die Kopenhagener begrüßen die neue Verkehrsader daher mit Skepsis. Bisher kennen sie die Metro nur durch die dem Spatenstich vor sechs Jahren folgenden Baustellen sowie durch Berichte über Budgetüberschreitungen und Sicherheitsprobleme. Doch Experten zweifeln nicht am Erfolg. „Große Bauprojekte stoßen immer auf Widerstand“, weiß der Kulturgeograph Christian Mathiesen.

Wenn Königin Margrethe heute Samstag, als erster Fahrgast einen Zug des italienischen Herstellers Ansaldo besteigt, fährt die Metro nur auf Bewährung. Noch

sind der Bahnhöfe die Sicherheitsgarantien nicht ausreichend für einen Normalbetrieb. Nur alle sechs statt der geplanten drei Minuten will sie einen Zug durch die Tunnelröhren lassen, um bei eventuellen Problemen Zeit zu haben, den folgenden Zug zu stoppen. Es wird daher einige Zeit dauern, ehe man die angepeilte Zahl von 60.000 täglichen Passagieren erreicht. „Aber wenn die Kinderkrankheiten überwunden sind, werden die Kopenhagener die Metro ins Herz schließen“, gibt sich Mathiesen überzeugt. Sie ist auch dringend nötig für den Nahverkehr der dänischen Hauptstadt. Dort gibt es zwar eine recht gut funktionierende S-Bahn aus den Vororten in die Stadt. Im Zentrum aber ist man auf ein im Autoverkehr strahlendes Bussystem oder die eigenen Beine angewiesen.

Königs Idee Finanzierung
Angesichts dessen brachte Bürgermeister Jesper Krarup Mitte vor zehn Jahren die Idee einer Metro ins Spiel. Die Königs Idee war die Finanzierung – nicht mit den Steuermitteln, sondern mit den Erträgen von Grundstücksverkäufen in einem neuen Stadtteil. Jetzt schließt auf einem bis heute brachliegenden Wiesengrund das neue Wohn-, Geschäfts- und Büroviertel Ørestad aus dem Roten. Daß die U-Bahn allerdings statt der geplanten sechs bis auf 11,5 Milliarden Kronen (1,5 Milliarden €) kostete, machte den Verantwortlichen einen Strich durch die Rechnung. Zudem hat die Metro vorerst nur zwei Linien mit insgesamt elf Stationen. Bis 2007 soll das Netz verdoppelt und im 90-Sekunden-Takt betrieblen sein.

Verletzte bei Hausexplosion

KÖLN (ag). Eine gewaltige Explosion in einem Wohnhaus in der Kölner Innenstadt hat am Freitag fünf schwer und zehn leichter Verletzte gefordert. Mindestens zwei Personen schweben in Lebensgefahr. Die Polizei schloß einen terroristischen Hintergrund aus. Man gehe von einer Gasexplosion aus, sagte der Kölner Feuerwehrchef Stephan Neuhoß.

In dem dreistöckigen Haus nahe des Neumarkts in Köln sollte am Freitag eine Zwangsraumdung vollstreckt werden. In der betreffenden Wohnung kam es dann gegen 9 Uhr zu der Explosion. Zum Zeitpunkt des Unglücks war der Gerichtsvollzieher im Haus. Die Polizei ermittelt nun, ob die Explosion vorwiegend verursacht wurde.

Nach der Explosion spielten sich dramatische Szenen ab: Menschen mußten mit Drehleitern aus dem brennenden Haus gerettet werden, ein schwer Verletzter lief den Rettungsschreien auf der Straße entgegen.

Video gegen Müllsünder

SALZBURG (cl). Dünkel Flaschen zum Buntglas, Plastikbecher zum Kunststoff, alte Dosen zu Metall. Weil nicht alle Bürger ihren Hausmüll ordentlich trennen, startet Salzburgs Bürgermeister Siegfried Mitterdorfer nun eine „Aktions scharf“ an den Sammelstellen. Müllsünder sollen per Videoüberwachung ausfindig gemacht und bestraft werden.

„Wer versaut und wer nicht trennt, der trennt nicht“, lautet die Devise. Unter diesem Motto wird die Stadt ab Samstag eine Informationskampagne, bei der auch darauf hingewiesen wird, daß die Sammelbehälter mit Videokameras überwacht werden. Falsch getrennter Müll bringt Strafen für die Höhe, argumentierte Mitterdorfer.

IN KÜRZE

Kinderpornographie. Der Kampf gegen Kinderpornos im Internet steht ab Dienstag im Schweizer Thun im Mittelpunkt einer Interpol-Konferenz. Unter den Teilnehmern aus aller Welt sind auch Österreicher.

Auf Mallorca wurde am Freitag eine zweiköpfige Kapuzenmutter gefunden. Das zehn Zentimeter lange Jungtier kam in einen Tierpark in Santa Ponca.

Ein 16-jähriger Autodieb starb in der Nacht auf Freitag auf der Südautohahn. Andreas A. war mit seinem 17-jährigen Freund zu Fuß auf der A 2 unterwegs, als die beiden angefahren wurden. Zuvor hatten die Burschen einen in Hartberg geklauten Pkw zu Schrott gefahren. Dabei waren sie unverletzt geblieben.

Zu Tode gebissen. Die Bisse einer wegen Nichterfüllens ihrer sexuellen Forderungen wütenden Ehefrau haben in Moden im US-Bundesstaat Kalifornien zum Tod des Mannes geführt.

Australische Forscher haben eine neue Spezies der „Tasmanian Quail“ entdeckt. Die Vögel sind drei Zentimeter Durchmesser.

Ein Baby mit zwei Köpfen, zwei Wirbelsäulen und zwei Spinalnerven ist zwei Tage nach seiner Geburt in einem Spital von Bahia Horizonte (Brasilien) geboren.

Bangladesch bekräftigt Freitag die steigende Kriminalität mit 15.000 Soldaten.

ZAHL EN OTTO 1-80
Ziehung vom 17. Oktober 2002
5 70 9 11 46
(ohne Gewähr)

Diese beiden sind auf dem Holzweg.
Und wohin führt Ihr Projekt?

Mitmachen und gewinnen:
www.siemens.at/spintheGlobe

Menschen, die aus einer guten Idee etwas machen, bewegen die Welt.

Wie z. B. Claudia und Michael Tobias. Sie haben den Stier bei den Hörnern gepackt und die Traditionsmarke „Matador“ wieder belebt. Das berühmte, vor gut 100 Jahren entwickelte Holzspielzeug drohte in Vergessenheit zu geraten. Inzwischen hat es die Zimmer- und Herzen der Kids von heute erobert. Ein wichtiger Beitrag zur Belebung der heimischen Wirtschaft – und ganz im Sinne des Spin the Globe Ideenwettbewerbs.

Nähere Infos im Internet oder unter Telefon 051707-25252

SIEMENS
Global network of innovation

Abbildung 22

In der Asylpolitik versucht die EU einen Spagat zwischen weniger Einwanderung und Wahrung der Rechte

Einwanderungspolitik: Europäer versuchen Quadratur des Kreises

Italien und Dänemark wollen Maßnahmen zur Reduzierung der Einwanderung durchsetzen. Das Europaparlament und die Kommission verlangen gleichzeitig auch Rücksichtnahme auf die Rechte der Flüchtlinge.

Von unserem Korrespondenten
WOLFGANG BOHM

BRÜSSEL. Die EU zeigt sich in der Frage der Einwanderungspolitik zerrissen: denn je. Während einige Mitgliedsstaaten immer vehementer darauf drängen, restriktive Maßnahmen zur Eindämmung der Flüchtlingsströme zu setzen, verlangen das Europaparlament und die EU-Kommission Gerechtigkeit und Menschlichkeit bei der Abwicklung von Asylverfahren. „Unsere Anliegen etwa bei der Familienzusammenführung werden allerdings immer stärker von den Wünschen nach Abschottung überlagert“, sagt Europaabgeordnete Maria Berger (SP).

Wie aus EU-Kreisen verlautet, wird Italien bereits in der nächsten Woche einen Vorstoß für eine enge Kooperation mit Drittstaaten unternehmen. Ziel ist es, Flüchtlingsströme bereits im Ursprungsland einzudämmen. Italien war zuletzt immer wieder mit Flüchtlingsschiffen konfrontiert, die von organisierten Schlepperbanden an die italienische Küste driften wurden. Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat erklärt, vor dem Hintergrund der illegalen Einwanderung müssten verstärkte Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die Flüchtlinge drohen, die Italiener aus ihrem eigenen Land zu vertreiben. Die dänische Regierung, die ab Juli den EU-Vorsitz übernimmt, hat die Migrationspolitik bereits zur Priorität ihrer Präsidentschaft erhoben (siehe Bericht unten).



Ein Weg ins Ungewisse ist für viele Asylsuchende die Flucht in die EU (im Bild eine der größten europäischen Haftanstalten für illegale Einwanderer im britischen Bedford). Photo: reuters

Während Italien und Dänemark auf restriktive Maßnahmen setzen, verlangt das Europaparlament diese Woche mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit bei der Abwicklung von Asylverfahren. Ein

von der EU-Kommission vorgelegter Verordnungsentwurf, der vom Europaparlament unterstützt wurde, verlangt unter anderem einen besseren „Schutz der Familieneinheit“. Die EU-Abgeordneten sprachen sich unter anderem dafür aus, auch gleichgeschlechtliche Partner als Familie anzuerkennen. Gleichzeitig verlangen sie Unterstützung für schutzsuchende Personen bei ihrem Zugang zum Asylverfahren.

Unterdessen haben etwa 250 tschechische Intellektuelle aus Anlaß der aktuellen Debatte über die unstrittigen Dekrete über die tschechischen Politiker auf die tschechischen Politiker nicht zum Einleiten einer nationalistischen Hysterie zu verleiten. Die Petition wurde von tschechischen Parteichefs mit Außenminister Jan Kavan am Dienstag zum Thema der Benes-Dekrete veröffentlicht. Bei dem Treffen ging es um die Abstimmung der weiteren Vorgehensweise im Parlament. 250 tschechische Intellektuelle aus Anlaß der aktuellen Debatte über die unstrittigen Dekrete über die tschechischen Politiker auf die tschechischen Politiker nicht zum Einleiten einer nationalistischen Hysterie zu verleiten. Die Petition wurde von tschechischen Parteichefs mit Außenminister Jan Kavan am Dienstag zum Thema der Benes-Dekrete veröffentlicht. Bei dem Treffen ging es um die Abstimmung der weiteren Vorgehensweise im Parlament. 250 tschechische Intellektuelle aus Anlaß der aktuellen Debatte über die unstrittigen Dekrete über die tschechischen Politiker auf die tschechischen Politiker nicht zum Einleiten einer nationalistischen Hysterie zu verleiten. Die Petition wurde von tschechischen Parteichefs mit Außenminister Jan Kavan am Dienstag zum Thema der Benes-Dekrete veröffentlicht. Bei dem Treffen ging es um die Abstimmung der weiteren Vorgehensweise im Parlament.

Verheugen: Benes-Dekrete keine EU-Hürde für Tschechien

Erweiterungskommissar Verheugen meint, die gegenwärtige tschechische Rechtsordnung entspreche dem EU-Standard.

PRAG (ag., h.s.). Die Benes-Dekrete, die die Basis für die Vertreibung von Sudetendeutschen und Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Ex-Tschechoslowakei waren, stellen nach Ansicht von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen keine Hürde auf dem Weg Tschechiens in die EU dar. Für die Kommission in Brüssel sei entscheidend, ob die gegenwärtige Rechtsordnung eines Kandidatenlandes dem EU-Standard entspreche. „Im Fall von Tschechien heißt die Antwort: Ja“, sagte Verheugen am Dienstag der Nachrichtenagentur CTK. Diese Position wolle er bei seinem Besuch in Tschechien am Donnerstag verdeutlichen.

Eine andere Frage sei, ob die Benes-Dekrete das Verhältnis zwischen Tschechien und Österreich überschatteten, sagte Verheugen. „In gewissen Fällen tun sie dies, aber das wird sehr überschätzt.“

Unterdessen haben etwa 250 tschechische Intellektuelle aus Anlaß der aktuellen Debatte über die unstrittigen Dekrete über die tschechischen Politiker auf die tschechischen Politiker nicht zum Einleiten einer nationalistischen Hysterie zu verleiten. Die Petition wurde von tschechischen Parteichefs mit Außenminister Jan Kavan am Dienstag zum Thema der Benes-Dekrete veröffentlicht. Bei dem Treffen ging es um die Abstimmung der weiteren Vorgehensweise im Parlament. 250 tschechische Intellektuelle aus Anlaß der aktuellen Debatte über die unstrittigen Dekrete über die tschechischen Politiker auf die tschechischen Politiker nicht zum Einleiten einer nationalistischen Hysterie zu verleiten. Die Petition wurde von tschechischen Parteichefs mit Außenminister Jan Kavan am Dienstag zum Thema der Benes-Dekrete veröffentlicht. Bei dem Treffen ging es um die Abstimmung der weiteren Vorgehensweise im Parlament.

Der britische Premier Tony Blair erklärte bei seiner Prager Visite am Montag: Die Frage der Benes-Dekrete gehöre schon der Vergangenheit an, meinte er.

Dänemarks Ausländerpolitik beunruhigt die europäischen Partner

Eine stramme Linie gegenüber Flüchtlingen will die Regierung in Kopenhagen während der dänischen EU-Präsidentschaft ab 1. Juli durchsetzen.

Von unserem Korrespondenten
HANNES GAMILLSCHEG

KOPENHAGEN. Die stramme Linie der dänischen Ausländerpolitik beunruhigt nun die EU-Partner. In einem offenen Brief an ihre dänische Kollegin Henriette Kjær drücken die drei letzten Vorsitzenden des EU-Sozialministerrats ihre Sorge darüber aus, daß dieser

Kurs auch Dänemarks EU-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahres prägen werde.

„Die Kopenhagener Regierung hat selbst erklärt, daß sie Einwanderungs- und Asylfragen zu den Hauptthemen ihrer Vorsatzperiode machen will“, erläuterte Schwedens Arbeitsmarktsministerin Mona Sahlin. Sie verbatte den Brief gemeinsam mit der französischen Beschäftigungsministerin Elisabeth Guigou und Belgiens Vizepremierministerin Laurette Onkelinx.

„Tiefe Unruhe“ drücken die Ministerinnen über die Vorschläge für ein neues dänisches

Ausländergesetz aus, nach dem künftig Familienzusammenführungen begrenzt, das Recht, Ausländer zu heiraten, eingeschränkt und der soziale Schutz von Flüchtlingen und Einwanderern reduziert werden sollen. Außerdem fordern sie die Aufklärung darüber, wie weit diese Bestimmungen auch für EU-Bürger gelten und fordern Kopenhagen auf, die EU-Grundwerte nicht noch vor dem Sommer vom Kopenhagener Parlament verabschiedet werden. Mit Hilfe der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei hat sich die konservativ-liberale Regierung

dafür eine Mehrheit gesichert. Dann wird das Familienleben von Ausländern in Dänemark drastisch erschwert: das Recht auf Familienzusammenführung wird aufgehoben. Nur bei ausreichendem Wohnraum und Einkommen ist die Nachholung von Ehepartnern möglich. Ehen mit Ausländern sind nur noch gestattet, wenn beide Partner älter als 24 Jahre sind und ihre gemeinsame Beziehung zu Dänemark größer ist als die zum Herkunftsland des ausländischen Partners. Volle Sozialleistungen gibt es erst nach sieben Jahren Aufenthalt.

Dänemarks Einwanderungsminister Bertel Haarder hat

erklärt, dem Wunsch nach „einheitlichen Asylregeln“ in der dänischen EU-Präsidentschafts-Periode Vorrang zu geben. Er will auch den Kreis „sicherer Erstasylanländer“, in die man Flüchtlinge gefahrlos zurück schicken könne, erweitern. Haarder bestätigte, daß die Verschärfungen der dänischen Ausländergesetze auch für EU-Bürger und die nordischen Nachbarländer gelten, was in Schweden auf Entrüstung stieß: Daß ein junger Schwede seine dänische Freundin nicht mehr heiraten und mit ihr nach Dänemark ziehen könne, sei „unerhört“, so Sahlin.

ANZEIGEN

IHR IMMOBILIENMARKT

Erscheinungstag: Samstag
Anzeigenschluß Rahmeninserat:
4c Mittwoch 10 Uhr, sw Donnerstag 13 Uhr

Ihre Ansprechpartner (Tel. 0151414-0, Fax -405):
Gerold Lins - 230 gerold.lins@diepresse.com

Die Presse
diepresse.com

MUSIK / INSTRUMENTE

KLAVERSTIMMAKTION 880,- • 01515 42 80, www.pianoservice.at

WALDHÖRNER, Wiener F. Horn, Doppelhorn A. Knopf abzugeben • 0184 66 962

ANTIQUITÄTEN/KUNST

ANKAUF aller Antiquitäten und Altwaren, Möbel, Bilder, Luster, Uhren, Glas, Porzellan usw. nach gesamte Verlässlichkeit, Sofortabnahme von Wohnung, Keller und Dachboden. • 0664 65 93 71

KAUFE ANTIKE MÖBEL, Bilder, Lampen, Uhren und komplette Verlässlichkeit für Villeneinrichtungen. • 0664 241 89 49

KRISTALLUSTER mit min. 6 Flammen gesucht 0 676 39 16 15.

UNTERRICHT / NACHHILFE

SOUTHBOURNE: Ganzjährige Sprachschule im sonnigen Südküste Englands. • 01533 73 37

BÜCHER

BILDERSAMMLER kauft mark beschädigte Ölgemälde, Portraits, Blumenstillleben, Tierbilder, Jagdbilder, Stillleben, Musikinstrumente, Grabmal, Winterlandschaften, Schlachtenbilder, Verordnungen, Sozialbilder, Bildstempelungen, Werkzeugaufstellung usw. (Wiener Werstattensammler kauft alles auch beschädigt) Schaffer 0 676 35 46 937

Die Presse Top Karriere

Erscheinungstag: Samstag
Anzeigenschluß: Donnerstag 13 Uhr

Ihre Ansprechpartner (Tel. 0151414-0, Fax -405):
Gerold Lins - 230 gerold.lins@diepresse.com

Die Presse
diepresse.com

IMMOBILIEN ANGEBOTE

ATTERSEEGERBET: „Ser- u. Ge-tingold“, uwerbar, neues Wohnhaus, 230 m² Wfl. Plus ausbaubare Einliegerwohnung ca. 80 m². Strasser Immobilien GmbH, 4840 Vöcklabruck, 0 76 72 96 034 www.era.at

XVIII. BEZIRK, HERBES-STRASSE VILLA, BESTANDS-FREI, 300 m², 2 Wohnungen, sonniges Seuterrain, ausbaubares Dachgeschoss, kleiner Garten, für Wohnung, Ordnung oder Feriendom, 825 000 €, 0 664 11 47 971

BETRIEBSOBJEKTE

VERMIETE Lagerhalle in 2149 Braun: Gebirge, Industriezentrum, mit 2200 m² (1200 m² Kühlturm), auch teilbar, 0 664 103 96 95 H. Karonitsch

URLAUB IN ÖSTERREICH

KÄRNTEN: Wandern und ausspannen in Karntener Reg. 2 Konz., 1eWk., bis je 4 Pers., in Rühelge, TV, Bk., 0 664 565 49 86

KÄRNTENURLAUB: Pension direkt am warmen, südlichen Kragersee bei St. Veit/ Glan: Schwimmen, Wandern, Radfahren, Fischen, Reiten, Tennis, Zimmer, Dusche, WC, TV, Balkon, Halbpension. Pension Kragersee 9311 Kraig 0 42 12 33 65 u. Fax

KAUF

PAUL kauft zu Höchstpreisen: „Empire Gegenstände“, Originale aus der Zeit, auch unsterilisiert: Möbel, Spiegel, Luster, Girandolen, Vitrinen, Schreibmaschinen, Stempeln, sowie Kleinrezepte-gemälde. • 0 699 100 10 231

KITTI HÖREN DIE ZWEI FÜR ME MAL ALF ZU PUMPELKI

RESEMIER FÜR DAS SCHÖN

IM ERNST???

NAJA, WENN GUTS WISSEN DIE BEIDEN, WO SIE MIT EINANDER BRAN SIND DAS IST DIE TOTALE KOMMUNIKATION.

WORTANZEIGEN

Euro 1,7
Reguläre Wortanzeigen pro Wort
(Fertigworte und Werte mit mehr als 15 Anschlägen
doppelt, Superworte vierfach, mindestens 10 Wörter)

Chiffre Abholung Inland 2,5
Chiffre Zusendung Inland 3,5
Logo zweizeilig 6,5
(Vorlaufzeit: 14 Tage)

Alle Preise zuzüglich 20% MWSt.
Tel. 0151414-250, Fax -333

Die Presse
diepresse.com

VERKAUF

GARTENBEREINIGUNG: persönliche Planung, Material, Montage.
RODER, Kärntner Platz 01203 55 10, www.roder.at

GEBURTSTAGSDEI (Presseoriginal nach Wunschdatum) Nur bei „Bühnenmarkt“ • 01597 42 5713

KAUFE jede Verlässlichkeit über 3000,- Euro, Art- und Verkauf Antikastatuen, alte Möbel, alte Bücher, alte Bilder, Bildposten (Hoffmann, Moser, Geyling, Pratscher etc.), Pl. • 01523 93 49

GESCHÄFTE/BETRIEBE

HOTEL im Schönbach Saalbach-Hinterglemm, gute Lage, zu verkaufen. • 0 676 706 15 67

KOSMETIK / GESUNDHEIT

LIEBER für und schmale, als auch groß, krank (kostenlose Beratung beim Arzt nehmen) • 0 699 121 66 549, www.fgk.at/kultur-gesund

JAGUAR

XJ6 3,2 Executive Dienstwagen, 85.000 km, racing grille, schwarze Lackierung, 34.000,- • 01240 90 01 (Bürozeiten)

VERKAUF

MARMOR GRANIT Wir haben die schönsten Skulpturen, Gartenskulpturen, Gedenktafeln, Antiquitäten, Glasarbeiten, etc. • 0 664 412 01 81

GENAU DARUM GIBT ES DOCH BEI EINER BEZIEHUNG, LEI!

DAS IST KEIN BEZIEHUNG, DAS SIND ZWANGS ZWANGS



Abbildung 23: "Reisende Einzelperson" im "Kon-Text"

Kuntzl: „Debatte über Obmann sehe ich nicht“

Bundesgeschäftsführerin Andrea Kuntzl (SP) meint zu Gerüchten um ihre eigene Person: „Wer sich exponiert, eckt an.“ Eine Obmann-Debatte über Alfred Gusenbauer ertet sie nicht.

WIEN (Jul). Die Salzburger SP-Chefin Gabi Burgstaller hat soeben medial das gemacht, was normalerweise einer Obmann-Debatte vorausgeht: Sie hat „ein Team von Spitzenkandidaten“ gefordert. SP-Bundesgeschäftsführerin Andrea Kuntzl sieht im „Presse“-Gespräch trotzdem keine Obmann-Debatte um Alfred Gusenbauer. „Wir ziehen wirklich alle an einem Strang“, beteuert sie.

In der Aufsicht wirkt das aber anders – jüngst wurde medial gar über eine Ablöse Kuntzls spekuliert. Zu den Gerüchten sagt die Bundesgeschäftsführerin: „Wer sich exponiert, eckt eben auch an.“ Auf den Hinweis, dass die Kritik eher die Nicht-Exponierten betrifft, habe – etwa die Tatsache, dass das von Kuntzl geleitete „Netzwerk Innovation“ kein normales öffentliches Echo habe –, meint Kuntzl: „Ich höre die Kritik innerparteilich nicht. Je detaillierter in derartiger Auseinandersetzung, desto mehr mache ich mir Sorgen.“

Das „Netzwerk Innovation“, eine Ideensammlung, die in die Parteirenewierung münden soll, sei nie als „öffentlich Show“ angesetzt gewesen, sondern als „analoge inhaltliche Arbeit“. Die Ideen, die aus dem Netzwerk kämen, unterstützen laut Kuntzl übertrags „durchaus“ die Linie von Parteichef Gusenbauer.



Andrea Kuntzl, SP-Bundesgeschäftsführerin. Foto: C. Fabry

Espresso

„Jetzt aber wirklich: Kein Skifahren mehr in Frankreich!“

Die Presse

Presseanfragen: Herr. Dr. Julia Kersch, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: julia.kersch@bka.gv.at

Presseanfragen: Herr. Dr. Peter Pilz, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: peter.pilz@bka.gv.at

Presseanfragen: Herr. Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: wolfgang.suessel@bka.gv.at

Presseanfragen: Herr. Dr. Michael Spindelegger, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: michael.spindelegger@bka.gv.at

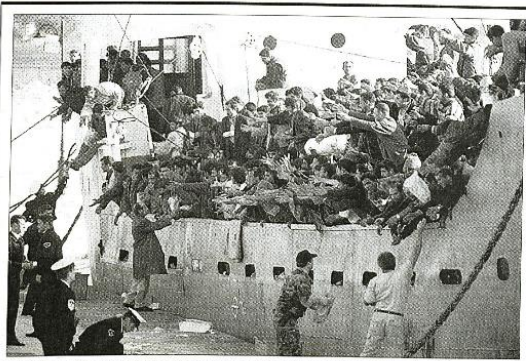
Presseanfragen: Herr. Dr. Wolfgang Wodratzky, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: wolfgang.wodratzky@bka.gv.at

Presseanfragen: Herr. Dr. Peter Pilz, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: peter.pilz@bka.gv.at

Presseanfragen: Herr. Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: wolfgang.suessel@bka.gv.at

Presseanfragen: Herr. Dr. Michael Spindelegger, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: michael.spindelegger@bka.gv.at

Presseanfragen: Herr. Dr. Wolfgang Wodratzky, Bundeskanzleramt, 1010 Wien, Tel. 01 (0) 1 40 11 11, Fax 01 (0) 1 40 11 12, E-Mail: wolfgang.wodratzky@bka.gv.at



Gefangen auf hoher See: Die Europäische Union könnte nach den Plänen der FPÖ zu einer Festung werden, zu der Flüchtlinge nur sehr schwer Zugang haben.

Strasser gegen FP-Asylpolitik: „Keine falschen, schrillen Töne“

„Alte Hüte“ nennt Innenminister Strasser einen Teil der FP-Forderungen zu einer Verschärfung des Asylrechts. Eine Antragspflicht aus dem Ausland lehnt der Minister ab.

WIEN (red.). Zwischen den Koalitionspartnern ÖVP und FPÖ ist, nach dem Streik um die verpflichtenden Deutschkurse für Ausländer, ein Konflikt über die Asylpolitik ausgebrochen. Die von FP-Klubchef Peter Westenthaler in einem „Presse“-Gespräch geforderte und schon für Herbst angekündigte Verschärfung des Asylverfahrens lehnt Strasser ab. „Das sind alles alte Hüte“, und er werde es nicht zulassen, „dass falsche, schrille Töne“ in der Asyl-Debatte hineingetragen werden, erklärte der Innenminister dazu am Montag.

Westenthaler spreche von Dingen, die „seit einem halben Jahr festgeschrieben und teilweise bereits in Umsetzung“ seien, sagte Strasser bei einem Besuch im Bundeskanzleramt. Es gebe eine „klare Ab-

sicht der EU“, im Bereich der Asylverfahren zu einer gemeinsamen europäischen Vorgangsweise zu kommen. In diesem Sinne werde das heimische Asylgesetz harmonisiert. Dabei sollen auch die Botschaftsanträge im Ausland abgeschafft werden. „Seit einem halben Jahr ist bekannt, dass wir das anstreben.“ Die gesamte Entwicklung in diesem Bereich spiele sich innerhalb der Europäischen Konvention der Menschenrechte ab, betonte Strasser.

Der Minister widerspricht Westenthaler damit in zwei Punkten: Die von FP-Klubchef verlangte Meldepflicht während des laufenden Asylverfahrens sei schon umgesetzt, heißt es aus dem Innenministerium. Eine Verpflichtung für Asylsuchende, ihre Anträge in der Heimatregion zu stellen, werde nicht kommen, so das Ministerium. Einzig das Ende für Mehrfach-Anträge nach bereits erfolgten Ablehnungen eines Asylantrages sei abgeklärt. Allerdings wollte man im Ministerium von Westenthaler genannten Herbst-Termin für eine Änderung nicht bestätigen.

Änderungen würden nur im europäischen Gleichklang nicht im österreichischen Alleingang erfolgen.

Verfahren in 48 Stunden

Zur – auch von Westenthaler angekündigten – Beschleunigung des Asylverfahrens sei eine „Asylstrategie“ geplant, erklärte der Minister. Damit soll es künftig innerhalb von 48 Stunden, in Ausnahmefällen 72 Stunden, eine erste Klärung von Asylanträgen geben. Derzeit dauere diese Erstklärung bis zu vier Wochen.

Scharfe Kritik an den Forderungen Westenthalers übten Opposition und Caritas. Für die SPÖ bieten die Ankündigungen der Regierung einen bitteren Vorgeschmack auf den bevorstehenden Wahlkampf. Die Grünen sehen eine Verschärfung, obwohl schon derzeit kaum Asylanträge positiv erledigt würden. Im Jahr 2002 seien erst 207 Anträge positiv ausgegangen, das seien nur 2,9 Prozent, so Migrationssprecherin Tereza Stois. Die Caritas fürchtet eine Denatonne des Asylrechts und einen Bruch völkerrechtlicher Verpflichtungen.

Van Staa macht Druck: Wählt Tirol schon im nächsten Frühjahr?

Im März 2003 dürfte der Tiroler Landtag gewählt werden – ein Jahr vor dem regulären Termin. Damit steigt der Druck auf Landeshauptmann Weingartner, der schon im Juni abtreten soll.

Von unserer Korrespondentin

ROBERT BENEDIKT

INNSBRUCK. In Tirol werden die Landtagswahlen um ein Jahr vorgezogen – dies ist zumindest in der ÖVP beschlossene Sache. Bei Gesprächen zwischen prominenten VP-Politikern der Landes- und Bundesebene hat man sich darauf geeinigt, die Landtagswahlen im März 2003 abzuhalten. Ob die SPÖ einen gemeinsamen Neuwahl-Beschluss mitträgt, ist zwar noch nicht offiziell bekannt, intern soll dies aber schon mit der ÖVP abgesprochen sein. Allerdings muss die SPÖ zunächst einen neuen Obmann wählen – am 1. Mai treten ÖGB-Landeschef Gerhard Schneider und der Kuchler Bürgermeister Hannes Gschwentner gegeneinander an.

Die Motive der Volkspartei sind klar: Die parteiinterne Diskussion soll geklärt werden. Parteichefmann Herwig van Staa möchte endlich Wendelin Weingartner als Landeshauptmann ablösen. Doch dieser zieht sich um die Amtsübergabe von Weingartner an van Staa.

Eine offizielle Bestätigung für diesen Zeitplan gibt es nicht. Der Pressesprecher der Landespartei verweist auf den Beschluss des Parteivorstandes vom 26. Februar, wonach die Landtagswahlen in einer „angemessenen Zeitspanne“ vor den Nationalratswahlen stattfinden sollen.

gründung für die Vorverlegung des Wahlganges lautet, dass man nicht mit der Nationalratswahl im Herbst in Kollision kommen möchte. Die tatsächliche Absicht ist bei den Bezirksparlamenten klar zum Ausdruck gekommen, die die ÖVP in den letzten Wochen landauf landab abgehalten hat. Dort haben sich zahlreiche Funktionäre dafür ausgesprochen, dass Herwig van Staa endlich das Ruder im Land übernehmen soll, um den seit Monaten währenden politischen Stillstand zu beenden.

Stichtag 22. Juni

Mit dem frühen Wahltermin will man nun den amtierenden Landeshauptmann dazu zwingen, den Hut zu nehmen. Denn es gibt ein ungeschriebenes Gesetz, wonach dem Nachfolger einige Monate im Amt eingeräumt werden, um sich einen Bonus für die nächste Wahl zu erarbeiten. Am 22. Juni hält die Tiroler ÖVP ihren Parteitag ab. Viele Funktionäre sind der Meinung, dass das der ideale Termin für die Amtsübergabe von Weingartner an van Staa wäre.

Eine offizielle Bestätigung für diesen Zeitplan gibt es nicht. Der Pressesprecher der Landespartei verweist auf den Beschluss des Parteivorstandes vom 26. Februar, wonach die Landtagswahlen in einer „angemessenen Zeitspanne“ vor den Nationalratswahlen stattfinden sollen.

Ende für Jugendgericht: Anwälte, Bischof skeptisch

Eine Qualitätsgarantie für die Jugendgerichtsbarkeit auch nach Schließung des Jugendgerichtshofs verlangen die Wiener Anwälte von Justizminister Böhmendorfer.

WIEN (red.). Hohe Wellen schlägt nach wie vor die von Justizminister Dieter Böhmendorfer geplante Schließung des Wiener Jugendgerichtshofs. Nach Protesten der Opposition und der Richterschaft äußert nun auch die Wiener Anwaltschaft Bedenken gegen das Vorhaben. „Die Jugendgerichtsbarkeit in Österreich hat einen anerkannten hohen Standard“, erklärt Kammerpräsident Peter Kirsch. Nur wenn dieser Standard auch in Zukunft garantiert bleibe, sei die Anwaltschaft für die Reform zu haben.

Unverkennbar sei es, dass auf dem Gebiet des Jugendstrafrechts weiterhin ausschließlich „besonders geschulte Richter“ und Staatsanwälte tätig sind und „dass weiter die räumlichen und zeitlichen Ressourcen uneingeschränkt zur Verfügung stehen“, umreißt der Wiener

Rechtsanwaltskammerpräsident seine Forderungen an den Justizminister. Außerdem müsse auch nach einer Schließung des Jugendgerichtshofs die getrennte Unterbringung jugendlicher und erwachsener Untersuchungsgefängnisse „ausnahmslos“ sichergestellt und jeder Kontakt dieser Personengruppen verhindert werden, erklärt Kirsch.

Neues Jugendgefängnis

An der Qualität werde nicht gerüttelt, erklärte Böhmendorfer in einer ersten Reaktion. Die Jugendlichen würden bis Ende des Jahres einen eigenen Trakt in der Justizanstalt Josefstadt erhalten, mittelfristig werde ein modernes Jugendgefängnis in der Wiener Vorstadt entstehen. Nach der Caritas appellierte am Montag auch der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl gegen eine Schließung des Jugendgerichtshofs. Krätzl berichtet von 15 Jahren, in denen er die Weihnachtsfeier des Gerichts leitete: „Es herrscht eine familiäre Atmosphäre, die man in einer Sonderabteilung eines allgemeinen Gefängnisses kaum herstellen könnte.“

FPÖ legt sich auf Ortstafel-Befragung fest

Kein Schritt dürfe in der Ortstafelbefragung ohne Kärnten gemacht werden, so die FPÖ.

KLAGENFURT (aku, red.). Noch vor wenigen Tagen war Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider für eine Minderheitenfeststellung im Zusammenhang mit der Ortstafel-Frage eingetreten. Nun fordern die

Freiheitlichen eine Volksbefragung in weitere zweisprachige Ortstafeln in Kärnten. Eine Prozentzahl solle es jedenfalls nicht mehr geben, sagte FP-Klubobmann Martin Strutz Montag nachmittag im Kärntner Landtag. „Mit Freude haben wir den Wandel vernommen“, reagiert SP-Abgeordnete Nicole Cernic. Sie hofft, dass die Konsenskonfe-

renz am Donnerstag „auch die beiden zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten“ einleitet und will, dass die Bundesregierung eine Ortstafel-Verordnung erlässt. Denn ein „Abkommen mit der Gemeinde“ komme nicht in Frage. Anders denkt darüber VP-Klubchef Klaus Wutte: Man dürfe „auf keinen Fall über die Köpfe der Gemeinden entscheiden“.

IN KÜRZE

Kinderbetreuung. Der VP-Wirtschaftsbund schlägt vor, die Kosten für Kinderbetreuung und Haushaltshilfen steuerlich absetzbar zu machen. Dadurch solle die Frauenerwerbsquote (derzeit fast 60 %) steigen und der Fachkräftemangel behoben werden. Der Kontor von SP-Frauenchefin Barbara Prammer: Der Vorschlag sei ideologisch motiviert, statt dessen solle man endlich mehr Kinderbetreuungsplätze schaffen und die „Kindergartenmilliarde“ wieder einführen.

Sonntagsarbeit. Die zuletzt wieder von großen Handelsketten geforderte Ladenschließung am Sonntag wird von den 46 Organisationen der seit letztem Jahr bestehenden „Sonntagsallianz“ abgelehnt. Unter dem Motto „Freie Zeit für Kinder“ verstärkt die Allianz nun ihre Kampagne gegen die Sonntagsöffnung.

ANALYSE

Demonstrationen und die Identitätskrise der Grünen

Der Politstreit um die Demonstrationen zur Wehrmachtsausstellung zeigt das Dilemma der Grünen zwischen Basisbewegung und Regierungsfähigkeit.

H eute, Dienstag, blasen die Grünen zum ultimativen Gegenangriff. Sie wollen jene Kritiker, die sie – wieder einmal – in aller große Nähe mit Randalierern und Gewalttätern bringen, den Wind aus den Segeln nehmen.

Will auch die Grünen wissen, dass Angriff die beste Verteidigung ist, sollen in einer Pressekonferenz „die drei Unwahrheiten des Innenministeriums“ dargelegt werden. In den Ring steigen wieder bei der nicht nur im verbalen Schlagabtausch im

Parlament gestählte Peter Pilz. Es bedarf wohl keiner besonders prophetischen Gabe, um vorherzusagen, dass Pilz dabei in gewohnter verbaler Schärfe (und Untergreifigkeit) versuchen wird, mitzureden dazulegen, dass alleine die Exekutive für die gewalttätigen Ausschreitungen bei den Demonstrationen für und wider die Wehrmachtsausstellung verantwortlich sei.

Weiters wird Pilz auch zur Verteidigung seines Parteifreundes Karl Ollinger schreiben, der ja seit dieser Demonstration mit einer Anweisung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt konfrontiert ist.

Ollinger verteidigt sich bekanntlich gegen die heftige Kritik der Regierungsparteien, die ihn und die Grünen in eine Reihe mit den (gewalttätigen) De-

monstranten stellen, er sei vom Generalinspektor der Wiener Sicherheitswache, Franz Schnabl, um Hilfe gebeten worden, um die Situation bei der Demonstration zu beruhigen.

Faktum ist, dass ein Telefonat des Generalinspektors mit Ollinger stattgefunden hat. Faktum ist auch, dass sich Ollinger mitten im Getöse der Gewalttätigkeiten wiedergefunden hat, was wirklich im Detail passiert ist, das klar zwischen dem österreichischen eine Kommission. Faktum ist aber vor allem, dass den Grünen diese Nähe zu ihrer ursprünglichen Basis zu einem Zeitpunkt, zu dem sie sich regierungsfähig wähnen, reichlich unangenehm ist und auch sein muss.

Die offizielle Sprachregelung, wie sie der grüne Bundesrat und

Parteistrategen Stefan Schmuck im Gespräch mit der „Presse“ darlegt, zeigt die innere Gespaltenheit: „Wir haben diese Demo weder angemeldet noch dazu aufgerufen. Daher haben wir damit nichts zu tun.“ Als Parlamentspartei habe man den Weg auf die Straße ja nicht mehr so nötig und wenn man einmal die Regierungspartei sein werde, dann schon gar nicht.

Schnacknack zeigt damit das Grundproblem der Grünen deutlich auf. Ihr politisches Auftreten hat sich geändert, nicht aber die Basis ihrer Bewegung: Demonstrationen, Besetzungen, Blockaden – oft jenseits der Legalität. Die altväterliche Ausstrahlung des grünen Vornamens Alexander Van der Bellen kann diese Identitätskrise derzeit nur überbrücken.

VON WERNER BENINGER

Abbildung 24: "Reisende Gruppe" im "Kon-Text"

Weltproblem Migration: Illegale deportieren oder legalisieren?

Wieviele Platz ist in den reichen Ländern für Einwanderer? Eine Antwort auf diese Grundfrage wurde beim New Yorker Weltwirtschaftsforum gesucht.

VON ANDREAS UNTERBERGER

NEW YORK. Die illegale Immigration in die USA ist seit dem 11. September ein zentrales Thema der Amerikaner geworden. Während die Regierung beschlossen hat, schärfer gegen diese Immigranten vorzugehen, übte eine liberal dominierte Exponentenrunde beim New Yorker Weltwirtschaftsforum heftige Kritik an dieser Strategie. Statt dessen wurde eine Legalisierung der Einwanderer im Untergrund empfohlen.

Die Dimension des Problems ist jedenfalls eine gewaltige. Schon derzeit wandern alljährlich rund 800.000 Menschen legal in die USA ein. Meist auf Grund von Familienzusammenführungen oder auf Antrag von Arbeitgebern. Mehr als das zehnfache dieser Summe lebt nach relativ übereinstimmenden Schätzungen aber illegal in den USA. „Undokumentiert“ nennen das die Amerikaner.

Die Kritiker des „Schreckensprogramms“ einer Massen-„deportation“ weisen darauf hin, daß die Täter des 11. September ja gar keine illegalen Einwanderer waren, sondern durchaus legalen Status hatten. Deshalb empfehlen sie eine Legalisierung an Stelle einer Ausweisung dieser Menschen: Das sei human, helfe der Wirtschaft, denn illegale zahlen auch keine Steuern, und das diene auch der Sicherheit. Denn dann weiß die Regierung, wer sich im Land aufhält.

Wenigstens undiskutiert blieb dabei freilich, ob die regelmäßige Legalisierung illegaler Einwanderer (zuletzt in den

80er Jahren) nicht eine Ermüdung weiterer illegaler Immigration und damit die noch nicht völlige Öffnung der Grenzen bedeutet. Welche Folgen hätte aber eine solche totale Öffnung für das soziale Gleichgewicht, aber auch den Wohlstand des Landes? Kommt es auf diese Weise zu einem globalen Ausgleich des Wohlstandes, also auch ein Anwerben der Europäer und Amerikaner? Ein österreichischer Geschäftsmann skandinavischer Abstammung war jedenfalls durchaus der Ansicht, daß in den USA Platz für drei- bis viermal so viele Menschen wie heute sei.

Diese Meinung der Forumsteilnehmer deckt sich aber in keiner Weise mit dem US-Durchschnittskonsens. Dieser richtet sich gegen die illegalen Einwanderer – und muß sich eine doppelte Moral vorwerfen lassen. Denn die Wirtschaft braucht oder nutzt zumindest diese illegalen Arbeitskräfte. Von den Helfern bei der amerikanischen Ernte haben nach Angaben eines Kongreß-Abgeordneten im Schnitt mehr als 75 Prozent keine Aufenthaltserlaubnis. Es gibt keine legalen Zeitarbeitsgemeinschaften.

Mexikos Grenzöffnung

Dieser Doppelstandard setzt sich anderswo fort: Während die Mexikaner Druck auf die USA für eine Öffnung der gemeinsamen Grenze machen, läßt Mexiko täglich Tausende aus dem noch viel ärmeren Guatemala einreisen, die meist gleich weiter in die USA wollen. Ein Vertreter einer Hilfsorganisation berichtete von der dramatischen Dimension, die allein der Kinderhandel (für Adoptionen, aber auch für Organhandel und die Sexindustrie) auf dieser Süd-Nord-Route angenommen hat. Dabei geht es meist um Kinder, die nie in ihrem Leben von jeman-



Ein Gang im Immigrations-Center Yarl's Wood in Großbritannien, dem größten Migrantenlager in Europa. Von hier aus werden illegale wieder zurück in ihre Heimat geschickt. (Photo: reuter)

dem registriert oder dokumentiert worden sind.

Die europäischen Teilnehmer an der Migrationsdebatte (darunter der in Berlin lehrende Österreicher Rainer Münz) verwiesen darauf, daß etwa Deutschland einen noch viel höheren Prozentsatz an Immigranten hat als die USA, 45 Prozent aller jener, die nach Westeuropa drängen, wollen nach Deutschland.

In Europa hat aber zum Unterschied von den USA kein Land einen Gründungsmythos als Einwanderer-Land. In Europa sieht umgekehrt aber auch die demographische Kurve anders aus: Viele Länder würden ohne Einwanderer schrumpfen. Die USA können hingegen auch ohne Einwanderer weiterwachsen: Diese seien nur für ein Drittel des Bevölkerungswachstums verantwortlich.

Die Diskrepanz zwischen Einwanderungsbedarf und hoher Arbeitslosigkeit etwa in Deutschland ist einer der frap-

pierendsten Aspekte des Problems. Sie wurde in jener Runde, in der die Migrations-Experten beisammen saßen, ganz anders gesehen als bei den Wirtschaftsexperten. Meinen die einen, daß Europa jedenfalls Einwanderer brauche, so hätten die Ökonomen dies für „absurd“. Das Sozialsystem insbesondere in Deutschland biete zu viele Anreize, wenn jemand nicht arbeiten will.

Unter ganz anderen Vorzeichen wird Immigration in Israel diskutiert: Das Land hat im letzten Jahrzehnt die Einwanderung von zehn Millionen Russen vertrieben. Derzeit verzehnfacht das Land eine Welle von Einwanderern aus Argentinien. Umgekehrt wandern viele Israelis in die USA aus, vor allem besser qualifizierte.

Gleichzeitig kommen täglich 30.000 Palästinenser nach Israel arbeiten in besseren Zeiten waren es sogar 100.000. Während die Überläufer aus dem Gazastreifen genau kon-

trolliert werden können, gibt es aus dem Westjordanland keine ausreichenden Kontrollmöglichkeiten. Daher arbeiten viele Palästinenser illegal in Israel, berichtet ein israelischer Wissenschaftler.

Mit 150 Millionen Menschen weltweit ist die Migration zu einem Weltphänomen geworden. Großteils geht es dabei um Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen wollen. Zugleich gibt es einen gewaltigen Strom der Binnenwanderung vom Land in die Städte.

Altsgrenzen einführen?

Einer der besonders heißen und ungeklärten Aspekte dieses Weltproblems: Bis zu welchem Alter soll man die Immigration erlauben, damit Kinder die neue Sprache noch ohne Probleme lernen können? Denn Menschen mit schlechten Sprachkenntnissen werden beruflich immer Nachteile haben. Ein anderes ungeklärtes Pro-

blem: Wie verhindert man, daß Immigranten – wie etwa aus Israel berichtet wird – Subgemeinden bilden, die sich nicht integrieren wollen, selbst wenn eine gemeinsame Religion eine gute Grundlage bietet? Ein spannendes Beispiel dazu ist auch Frankreich, wo nach dem von vielen aus Algerien stammenden Franzosen errungenen Sieg bei der Fußball-Weltmeisterschaft eine Zeitung ein Geis der Einheit zu entstehen schien; spätestens seit dem 11. September ist die Kluft quer durchs Land aber tiefer denn zuvor.

Und schließlich: Welche Kraft ist eigentlich stärker – der Sog der Einwanderungsländer, die billige Arbeitskräfte suchen, oder der Druck der Auswanderungsländer mit ihren aufstrebenden Massen? Sind diese Faktoren nicht stärker als alle Versuche von Regierungen, die Migration mit Vorschriften zu regulieren? Niemand wagt in New York, dieser Befürchtung zu widersprechen.

If you cannot fire, you will not hire: Europas Probleme mit dem Arbeitsmarkt

Das Fehlen von Struktur-reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird zum Zentralproblem der europäischen Wirtschaft. Diesen Konsens fand zumindest das Weltwirtschaftsforum.

NEW YORK (a. u.). Die starren Arbeitsmärkte sind Europas Hauptproblem: Das war einhelliger Tenor vieler Diskussionsrunden des Weltwirtschaftsforums in New York. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden direkte politische oder wirtschaftliche Konfrontationen zwischen Europa und den USA kaum diskutiert; die unterschiedliche Sicht etwa zum Thema Irak kam nur in vorläufigen Zwischenrunden zum Vorschein. Statt dessen war das heutige Forum ganz von der Disparität in der wirtschaftlichen Entwicklung geprägt.

Ende des Sozialstaates?

Nicht nur die Amerikaner, sondern etwa auch ein spanisches Regierungsmitglied hoben hervor, daß das Problem Europas die Unentschlossenheit ist, Arbeitsmärkte und Dienstleistungen zu liberalisieren und flexibilisieren. Hinter diesen technokratischen Worten versteckt sich nichts anderes als die Notwendigkeit eines massiven Abbaus des alten europäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaats, niedrigere Mindestlöhne, leichtere Kündigungsmöglichkeiten, flexible Arbeitszeiten. Ein amerikanischer Autor brachte es auf den knappen Satz: „If you cannot fire people, you will not hire people.“

Ähnlich, nur diplomatischer, Staatssekretär, der früherer US-Beauftragter in Europa, drängte strukturelle Reformen,

die die Arbeitskosten senken.“ Auch Jean-Claude Trichet, der französische Notenbank-Gouverneur, rief nach „strukturellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und beim sozialen Schutz“. Er zeigte sich jedoch optimistisch, daß Binnenmarkt und Euro-Einführung „phantastische Auslöser“ für solche Reformen sein werden.

Die Probleme liegen nicht in der Erkenntnis, sondern in der

ten, die heute die flexibelsten Arbeitsmärkte haben, die also den Wohlfahrtsstaat reduziert haben, sind irgendwann in den letzten 20 Jahren durch schwere Krisen gegangen: die USA, Großbritannien, Finnland, die Niederlande. Und überall hat es sich gelohnt. Immerhin zeigen jene Branchen, wo Europa privatisiert und dereguliert hat, wie viele Jobs entstehen können: Der Telekom-

sektor in Frankreich nach einer Angleichung von Steuersätzen, um einen unfairen Wettbewerb zu verhindern. Da fürchten auf der anderen Seite etwa die Iren (mit ihren niedrigen Sätzen), daß die Harmonisierung nicht nach unten, sondern eher nach oben gehen werde, was Europa insgesamt im Wettbewerb behindern würde. Wissenschaftler bezeichneten unterschiedliche Steuerstrat-

EU noch komplizierter werden könnte. Der finnische Premier Lippinen jedenfalls sieht die unklaren Entscheidungsstrukturen als ein Hauptproblem der EU an. Die Franzosen verlangen neben einer solchen Koordinations-Behörde aber auch das Recht, aus dem EU-Verband ausscheiden zu können. Eine „Auswanderung“ solle alleine bestimmte Reformen realisieren können, ohne warten zu müssen, bis alle anderen dafür bereit sind. Einen ungewöhnlichen Hinweis gab slowenischer Premier Janez Drnovsek, der vor einem zu raschen Tempo bei der oft verlangten Demokratisierung Europas warnte: „Mit mehr Demokratie in Europa gäbe es heute keinen Euro.“ Und wohl auch keine Osterweiterung.

Viel getadelt wurde von den Forumsteilnehmern die Geldverschwendung durch die europäische Agrarpolitik: Für einen großen schwedischen Bankier ist sie überhaupt „das größte Einzelproblem Europas“.

Einigkeit gab es dafür zum Euro. Niemand widersprach der Einschätzung, daß die Einführung ein großer Erfolg gewesen ist. Die Amerikaner wollten gar nicht gern daran erinnert werden, daß sie noch vor wenigen Jahren fast durch die Bank Europa vor der Einheitswährung gewarnt haben.

Als Erfolg wurde der Euro nicht zuletzt deshalb gerühmt, weil heute dadurch jedes Euro-Land eine viel bessere Fiskalpolitik hat. Der schlechte Kurs der Währung stört hingegen niemanden. Er wird auf die besseren Wirtschaftsaussichten in den USA und die Enttäuschung über die ausbleibenden Struktur-reformen in Europa zurückgeführt. Zugleich sind viele froh, daß der

Euro nicht höher bewertet ist: Das wäre für die Exporte eine Katastrophe.

Der deutsche Großverleger Hubert Burda fand auf der Suche nach europäischen Identifikations-Themen nicht nur den Euro: Er sieht in der Champions-League der Fußballer das „beste Produkt Europas“.

Treibsatz für Veränderung

Ein überraschend kleinen Raum nahm beim New Yorker Europa-Dialog die Osterweiterung ein. Der spanische Vizepremier erhofft sich durch diese Erweiterung einen Treibsatz für Veränderungen in der EU. Ein Satz, der viele aufhorchen ließ, da Spanien immer als ein potentieller Erweiterungs-Bremser gegolten hatte. Der jugoslawische Premier Djindjic sieht den EU-Beitritt überhaupt als das einzige Ziel aller Reformen an, die seine Regierung jetzt unternimmt.

Kulturell reibt es sich zwischen den beiden Ufern des Atlantiks auch bei Ausbleiben politischer Konfrontationen durchaus weiter: So wurde ein Auftritt des französischen EU-Kommissars Barrot zur Provokation, der in einer Runde ohne Dolmetscher vor rund hundert Zuhörern minutenlang französisch redete, während sonst die ganze Konferenz auf Englisch abließ.

Ein belgischer Buchautor tadelt aber auch umgekehrt die Amerikaner: „Wenn etwas nicht auf Englisch geschrieben ist, glaubt ihr immer, es existiert deshalb gar nicht.“ Und der französische Politologe Landi: „Die USA sind eine eigenartige Supermacht: eine, die die ganze Welt beeinflussen kann, bei der aber die eigene Bevölkerung kein wirkliches Interesse an dieser Welt hat.“



Europäische Arbeiter bei einer Demonstration für bessere soziale Standards. (Photo: reuter)

Realisierung: Zum einen hat für den Arbeitsmarkt nicht die EU, sondern jeder einzelne Mitgliedsstaat die Hauptkompetenz. Zum zweiten gibt es in keinem Staat die nötige öffentliche Unterstützung für unpopuläre scheinende Reformen.

Eine Gesprächsrunde kam in diesem Dilemma sogar zu einer besonders drastischen Erkenntnis: Erst wenn es eine noch schlimmere Krise gibt, wird es etwa in Deutschland zu solchen Reformen kommen. Auch jene Staa-

Markt wurde mehrfach als Modell genannt.

Länger ist freilich die Liste, wo in Europa eine Deregulierung vorangetrieben wird: bei Wasser- und Müllentsorgung, Abwasser und im öffentlichen Verkehr. Ähnliches gilt für die Baugenehmigungen.

So einig sich die Experten aus Europa und Amerika zumindest in der Theorie über Struktur-reformen waren, so uneinig waren sich die Europäer beim Thema Steuerharmonisierung: Da liefen

ze auch als gutes Mittel, um Unterschiede zwischen den Ländern auszugleichen.

Ähnlich uneinig zeigten sich die Europäer auch in der Frage, ob es seit dem Euro nicht auch ein neues politisches Gremium braucht, das die Wirtschaftspolitik im gemeinsamen Währungsraum koordiniert. Wieder waren vor allem die Franzosen, die sich dafür stark machten. Andere wieder fürchten, daß dadurch der oft gefadete langwierige und teure Entscheidungsprozeß in der

Tödliches Glücksspiel und stilles Drama am Ärmelkanal

Tausende „Illegale“ versuchen ihr Glück durch den Euro-Tunnel. Sie setzen ihr Leben aufs Spiel, um ins gelobte Asyl-Land Großbritannien zu gelangen. Die EU schaut zu.

Von unserem Korrespondenten
REINHOLD SMONIG (PARIS)

Nacht für Nacht brechen sie zu Hunderten auf. Zu Fuß oder in den Minibussen ihrer Fluchthelfer geht es zum Bahnterminal des Ärmelkanaltunnels, für die einen. Andere schlagen die Richtung zu den letzten Lkw-Parkplätzen vor den Ärmelkanalfähren ein. Alle haben das gleiche Ziel, koste es, was es wolle: Einen Platz als blinder Passagier, um ins gelobte Asyl-Land Großbritannien zu gelangen.

Viele versuchen so ihr Glück. Aber nur wenigen gelingt es, durch die immer engeren Maschen zu schlüpfen. Niemand weiß, wie viele in dieser Nacht wieder alles auf eine Karte gesetzt haben, auf einen für die englische Seite des Eurotunnels bestimmten Güterwagen aufgesprungen sind, um sich in der für Großbritannien bestimmten Fracht zu verkrüppeln.



Immer wieder versuchen sie, in den Tunnel zu gelangen – hinüber, ins gelobte Land.

Photo: ap

Am nächsten Tag sieht man nur, wie viele es wieder nicht geschafft haben. Es sind alle jene, die, nachdem sie bei den vielfältigen Kontrollen und Durchsuchungen aufgegriffen worden sind, von der Polizei wieder ins Flüchtlingslager des Roten Kreuzes im nur 30 Fußminuten vom Eurotunnel-Terminal entfernten Sangatte zurückgestellt werden. Ihre Zahl beläuft sich täglich auf rund 100. Es sind vor allem Kurden und Afghanen, aber auch Iraker, Algerier, Pakistane, Libyer und Tschechen. Unter den schon na-

hezu 2000 Flüchtlingen im Lager finden sich 90 Nationalitäten. Der „Rückstau“ wird wegen der effizienter gewordenen Abschottungsmaßnahmen und Kontrollen in der Tat immer größer. Und täglich werden im Schnitt rund 50 Neuzugänge registriert.

Schon zwei Jahre lang läuft diese von den Behörden stillschweigend tolerierte illegale Immigration in Richtung britische Insel. 44.000 „Illegale“ sind schon durch das Rot-Kreuz-Lager von Sangatte gegangen, wo sie zumindest vorübergehend ein Dach und

Nahrung finden. „Unsere Freiheit ist da drüben, fast zum Angreifen“, lautet das Leitmotiv der Flüchtlinge, das ihnen immer wieder Hoffnung gibt, wenn sie die Lichter des 30 Kilometer entfernten britischen Hafens Dover funkeln sehen. Sie probieren es so lange, bis die Überfahrt einmal klappt. Denn „drüben“, so wissen die Flüchtlinge genau, gibt es für sie bald Arbeitsgenehmigung, Gesundheitsversorgung, Essenskosten im Wert von 61 Euro die Woche, und die Kinder können auch in die Schule. Wenn sie nicht bei Landsleuten

unterkommen, gibt es für begrenzte Zeit auch Unterkunft.

Manche werden freilich nie britischen Boden betreten. Denn vor allem auf den Pendelzügen riskieren sie ihr Leben. Erst kürzlich wurde wieder ein Flüchtling, der sich schon fast am Ziel wähnte, bei der Einfahrt in den Eurotunnel getötet, als er auf dem Dach eines Güterwagens einen Stromstoß erlitt. Familien akzeptiert die vor allem von Kurden auf die Beine gestellte Fluchthelfer-Mafia beim Eurotunnel nur unter einer Bedingung: Babies und Kleinkinder müssen durch Valium „ruhiggestellt“ werden.

Für die Eurotunnel-Betriebsgesellschaft ist inzwischen freilich das Maß voll. Verspätungen ihrer Pendelzüge und Betriebsausfälle häufen sich. Es hilft auch wenig, daß das Wachpersonal auf dem gesamten weitläufigen Verschiebegerände ständig aufgestockt wird, nachdem das Areal bereits durch Maschendrahtzaun abgeriegelt worden war. Schon zum zweiten Mal hat Eurotunnel beim zuständigen Verwaltungsge-

richt die Schließung des Flüchtlingslagers in Tunnel-Nähe beantragt. Doch die Klage ist neuerlich abgewiesen worden. Eurotunnel argumentierte mit den Verlusten durch Betriebsausfälle, die monatlich mit zwei Millionen Euro zu Buche schlagen. 61.000 Euro habe allein wieder im Jänner die Reparatur der von den Flüchtlingen permanent ruinierten Drahtzäune gekostet. Abgesehen davon beschäftigt die Gesellschaft schon 100 Wachmänner, die pro Nacht im Schnitt rund 100 Flüchtlinge einfangen.

Asyl-Eldorado

Da sie mehrheitlich aus politisch unsicheren Ländern stammen, können die Illegalen auch nicht abgeschoben werden. So hoffen die französischen Behörden, daß die Betroffenen möglichst nach Großbritannien gelangen. Und die Briten, deren Asyl-Politik auch nach einigen durch die Regierung von Premier Tony Blair vorgenommenen Verschärfungen das Image Großbritanniens als Asyl-Eldorado kaum beeinträchtigt hat, werfen den Franzosen ihre Untätigkeit vor. Und die Europäische Union zieht es ihrerseits vor, den Blick vom unwürdigen Treiben zwischen Sangatte und Calais abzuwenden.

Ein Hoffnungsträger aus dem Süden bei den Ossis

Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber macht den Menschen im Osten Mut, sich selbständig zu machen: Wahlkampfbeginn in Neubrandenburg.

Aus Trolenhagen berichtet
DIETER STÄCKER

Der Hoffnungsträger stieg im ersten Schritt aus dem Flugzeug und verabschiedete sich mit einem Händedruck. „Heute ist ein besonderer Tag, weil die neuesten Arbeitslosenzahlen bekannt gegeben wurden“, sagte Edmund Stoiber, als er hoch im Norden der Republik – die erste Runde im Bundestagswahlkampf eröffnete. Auf dem Flugplatz Trolenhagen bei Neubrandenburg stellt der bayerische Ministerpräsident und CDU-Spitzenkandidat dann auch auf besorgte Gesichter: Die örtlichen Politiker hatten gerade erfahren, daß in der strukturschwachen Region die Zahl der Menschen ohne Job drastisch angestiegen war: Von 22 auf inzwischen 24,5 Prozent.

Dennoch machte Stoiber seinen Zuhörern Mut, weiterhin an die eigene Kraft zu glauben. Hatte nicht auch Bayern mehr als zwei Jahrzehnte lang vom Länderfinanzausgleich und von Bonner Subventionen profitiert? Und hat nicht das ehemalige Agrarland nicht inzwischen zum reichen High-Tech-Staat mit moderner Arbeitslosenzahlen entwickelt? „Ich komme aus einem Land, das einen längeren Weg zurückgelegt“, sagte Stoiber, als er mit zerzaustem Weißhaar über das Flugfeld schritt. „Und der Weg kann auch in den neuen Bundesländern gegangen werden.“

Moderne Flugzeuge

In Trolenhagen kam die Botschaft gut an. Stoiber betrat auf vertrautem Boden: Bei der vom CDU-Kanzlerkandidaten besuchten Ostmecklenburger Flugzeugbau GmbH (OMF) handelt es sich schließlich um den modernen Betrieb, der mit dem Zweisitzer „OFM-160“ ein modernes Flugzeug produziert, das vor allem in den USA verkauft wird. Stoiber ließ sich dann auch seinen Auf-Flieger mit Wohlwollen und Vergnügen an diesem Tag vor al-

lem das riesige Heer der Kameralente und Fotografen, die den CDU-Politiker kaum richtig ins Visier bekamen.

Die rund 60 Belegschaftsmitglieder reagierten auf den Kandidaten und den Auftritt der Journalisten eher zurückhaltend. „Das gehört zu Stoibers Job, es ist Wahlkampf“, kommentierte der 30-jährige Monteur Michael Haase den Einzug des Ministerpräsidenten. Der junge Mann, der seinen Job nach einer Umschulung durch das örtliche Arbeitsamt erhalten hatte, erwartete vom bayrischen Regierungschef immerhin einige gute Tipps für die Entwicklung von Neubrandenburg und Umland: „In Bayern weiß man eben, wie das geht.“

... arme Betriebe

Die ost-mecklenburgische Region gehört zu den Armehäusern der Republik. Schon zu Zeiten der längst verbotenen „Deutschen Demokratischen Republik“, diesem kommunistischen „Arbeiter- und Bauernparadies“, dominierten hier nicht Industrie oder Handwerk, sondern Landwirtschaft – und vor allem das Militär. Nach der Wende waren die wenigen Betriebe der West-Konkurrenz einfach nicht mehr gewachsen und brachen zusammen. Viele junge Menschen zogen in die alten Bundesländer, ältere Arbeitnehmer wurden mühsam mit ABM-Projekten über Wasser gehalten.

Wie trostlos die Lage ist, erlebte Edmund Stoiber dann bei seinem zweiten Auftritt, beim Tollen der Fahrzeug- und Anlagenbau: Das auf Umwelttechnik spezialisierte Unternehmen hat im Mai 2001 die Insolvenz anmelden müssen. Seitdem waren die 45 Beschäftigten händelnd auf einen mutigen Investor.

Woher der kommen soll, ja das wollte Edmund Stoiber natürlich auch nicht. Sein Vorschlag, mehr Mut zur Selbstständigkeit aufzubringen und mittelständische Existenzgründer zu fördern, stieß bei den Arbeitnehmern jedenfalls auf verbissenes Schweigen. „Ich habe von dem nichts anderes erwartet“, murmelte der Mechaniker Ronny Berger. Ob er denn von SPD-Kanzler Gerhard Schröder Hilfe erhoffte, wollte daraufhin ein Journalist wissen. „Von dem auch nicht“, antwortete Berger. „Der ist doch auch nur ein Schuß in den Ofen.“

Zukunftsorientiertes Wachstum

Die INVESCO Themenfonds

- IGT Healthcare
- IGT Leisure
- IGT Technology
- IGT Telecommunication
- Focus Umwelttechnologie
- IGT Energy
- IGT Finance
- IGT Worldwide Dynamic
- Life Science Trust

All we do is invest

Weiterentwicklungen der Vergangenheit bieten keine Garantie für zukünftige Anlageerfolge. Verkaufsprospekte und Rechenschaftsberichte erhalten Sie bei Ihrer Bank, Ihrem Finanzberater oder bei der INVESCO BANK Österreich AG, Rosenbaumstraße 16-18, 1010 Wien, Tel.: 01/310 30-421, www.invesco.at

Abbildung 26

Schlepperkosten samt Rechtsberatung: 3500 Dollar

Wei Schlepperbanden das Paradies auf Erden versprechen, explodiert in Österreich die Zahl der Asylsuchenden.

VON WERNER BENNINGER

Die Einzelschicksale sind dramatisch: Da wurde etwa einer hochschwangeren Armenierin am 23. September erklärt, daß sie in wenigen Tagen aus der Bundesbetreuung entlassen werde. Sie möge sich daher rasch auf eigene Faust ein Nest am 1. Oktober ihr Kind zur Welt gebracht hatte, war das zunächst kein Grund zur Gnade für die österreichischen Behörden. Einem bosnischen Ehepaar, das bereits wochenlang auf eine Entscheidung über seinen Asylantrag wartete, wurde die Bundesbetreuung gleich von vornherein verweigert. Die Frau ist im nächsten Monat schwanger.

Und eine kurdische Familie, die aus der Türkei geflüchtet war, wurde mitsamt ihrem acht Monate alten Säugling aus dem Lager Temiskirchen ausquartiert, obwohl Kunden, die in der Türkei als noch immer verfolgt gelten, gar nicht aus der Bundesbetreuung entlassen werden dürfen. Das ist die eine Seite, auch wenn der Chef des Bundesasylamtes, Wolfgang Taucher, betont, daß man in solchen Fällen immer noch einen Platz für die Asylbewerber finde. Taucher: Wir müssen es nur wissen, denn natürlich schlagen auch unsere Leute manchmal über die Stränge.

Asylanträge explodieren
Die andere Seite ist ebenso dramatisch. Österreich wird seit dem vergangenen Jahr von Asylbewerbern gerendert überannt. Wurden im Jahr 2000 noch exakt 14.284 Asylanträge gestellt, so waren es im vergangenen Jahr 30.135. Heuer bereits 29.817 Asylanträge eingebracht. Während in EU-Europa die Zahl der Asylsuchenden in den ersten zehn Mo-



In der Helmat in Not, in Österreich kein Asyl, von Schleppern ausgenommen – das Schicksal vieler Asylbewerber. Photo: apa/Schlagner

naten des heurigen Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001 um rund acht Prozent zurückging, stieg die Zahl in Österreich immerhin 13 Prozent. Zum Vergleich: Den etwas mehr als 30.000 Asylanträgen des Jahres 2001 in Österreich stehen etwa 88.000 in Deutschland gegenüber – und Deutschland ist von der Bevölkerungszahl her ungefähr zehn Mal so groß. Von 1993, als noch 4744 Flüchtlinge in Österreich um Asyl ansuchten, bis 1997 stiegen die Zahlen zwar relativ konstant an und hielten 1997 bei 6719. Der Grund: Der Krieg im Kosovo.

Und auch jetzt sind es zu einem großen Teil Kosovaren, die für den dramatischen Anstieg der Asylanträge sorgen. Dafür, daß die Kosovaren wie auch die Staatsbürger vieler anderer Länder in Österreich nun Asyl begehren, sind in erster Linie gut organisierte Schlepperbanden verant-

wortlich. Diese streuen in den Herkunftsländern der Asylsuchenden gezielt das Gerücht, daß Österreich jedem Asyl und einen Arbeitsplatz biete. Und die Banden haben Fixstarke, zu denen sie ihre Opfer nach Österreich bringen. 1000 bis 2000 Euro kostet die „Reise“ für eine Einzelperson nach Österreich. Weil die potentiellen Asylanten von ihren Schleppern obendrein „schlecht beraten“ werden, geben sie dann bei der ersten Befragung vielfach auch offen zu, nur deshalb nach

Österreich geflüchtet zu sein, weil sie hier arbeiten und ihre zu Hause gebliebenen Angehörigen versorgen wollten. Dramatische Einzelschicksale auch hier: Vom Hirten, der seine ganze Herde verkauft hat, um sich mir dem Geld Schleppern anzuvertrauen, bis zu Familien, die in Pakistan, in den Ländern der früheren Sowjetunion, oder in Bangladesch ihr letztes Ersparnis für einen Sohn zusammenkratzen, auf daß dieser in Österreich sein Glück mache und die zu Hause

Geblienen versorge. Umso schwerer ist dieser dann zur Rückkehr zu bewegen, auch wenn ihm von Anfang an klar gemacht wird, daß er als reiner Wirtschaftsflichtling keine Chance auf Asyl hat.

Ein besseres Service bieten russische Schlepper: Auf einer eigenen Homepage offerieren sie ein umfassendes Servicepaket. Das Luxuspaket um 3500 Dollar pro Person umfaßt eine intensive Beratung über die österreichische Rechtslage samt Korrektur der Lebensgeschichte und einer Betreuung in Österreich – durch „unseren Spezialisten aus Holland, der Mitarbeiter der Europäischen Flüchtlingskommission ist.“ Angepriesen wird, daß Österreich nach einem ersten positiven Interview die Miete für die Wohnung und auch sofort Sozialhilfe bezahlt. Die abgespeckte Variante ohne Betreuung in Österreich kostet pro Person 2000 Dollar.

Vor diesem Hintergrund, der zur Explosion der Asylanträge ge-

führt hat, sind auch die Bemühungen Innenminister Ernst Strasser zu sehen, hier die Notbremse zu ziehen – etwa durch eine Liste von Staaten, die als sichere Drittstaaten gelten, oder durch Abkommen mit Nachbarstaaten. Strasser ist dabei inzwischen auch zum Lieblingsfeind der Hilfsorganisationen geworden, die sich standhaft gegen die Unterscheidung zwischen politisch oder ethnisch Verfolgten und sogenannten Wirtschaftsflüchtligen wehren.

Italien kein sicherer Staat?

Und auch die Gerichte und der unabhängige Asylsenat fällen Entscheidungen, die oft nicht wirklich nachvollziehbar sind: So sieht etwa der Verwaltungsgerichtshof in Triest nicht als sicheren Drittstaat an, der unabhängige Bundesasylsenat fällt dieses Urteil erst jüngst über Italien.

Und auch so manche Bundesländer lassen Strasser & Co in der Flüchtlingsbetreuung weitgehend im Regen stehen. So hat der Bundesbetreuungssitz für Asylbewerber von früher rund 2000 in den vergangenen beiden Jahren auf rund 6000 erhöht. Die meisten Bundesländer verweigern aber beharrlich die Aufnahme jener Zahl von Asylbewerbern, die sie zuvor mit dem Bund ausgehandelt haben – lediglich Niederösterreich, Oberösterreich und Wien betreuen mehr Asylbewerber, als zugesagt. Und sorgen dafür, daß die Gesamtquote von 6350 betreuten Asylbewerbern in den Ländern erfüllt wird. Vorrang hingegen betreuen keine einzigen, Tirol etwa nur 130 statt versprochener 4000. In der Statistik der Bundesregierung sind 7000 Asylbewerber sind auf peren Hilfe angewiesen. In der Kriminalstatistik schlägt sich die steigende Zahl der Asylbewerber hingegen nicht nieder. Seit Jahren liegt der Anteil der Fremden an der Gesamtbevölkerung in Österreich bei rund einem Drittel.



„Verlorene Würde gesucht“ – Vom Tod eines Fiat-Werkes

In Sizilien lähmt die Krise des Autokonzerns eine ganze Stadt. Reportage aus Termini Imerese.

VON UNSEINER KORRESPONDENTIN

THOMAS GÖTZ

Die Strahlen der Herbstsonne treiben die grünen Flecken aus Sizilien Blutorangen. Am Abhang hinter Monte San Calogero, der hinter Termini Imerese toll emporsteigt, reifen die letzten Oliven. Wo der Berg in den Strand ausläuft, puffen rot-weiß gestreifte Schlotte weißen Rauch in den Himmel. Eine lange Rohrleitung streckt sich wie ein Finger ins Meer. Von den Schiffen fließt Öl für das E-Werk der „Enel“ in runde Tanks am Ufer.

Bald wird es Stromüberschub geben in Termini Imerese. Wenn die Turiner Autofabrik ihren Sanierungsplan durchzieht, produziert das Montagewerk gleich neben dem letzten „Punto“, 1800 Arbeitsplätze stehen in der Fabrik auf dem Spiel, dazu 1200 bei den Zulieferfirmen im Umland.

Vor dem Werkstor 1 steht eine kleine Tribüne. „Vergognatevi“, schämt euch, hat einer mit Plankung geschrieben. „Verlorene Würde gesucht“, steht auf dem kleinen Zettel. „Wer sie finden, möge sie bitte bei folgenden Personen abgeben.“ Am Zaun solidarisiert sich die örtliche Filiale der „Banco di Sicilia“ mit den bedrohten Fiat-Mitarbeitern, ihren Kunden.

Luciano Polizzotto sollte längst am Montageband stehen.

mitung mit ein paar hundert Kollegen vor dem Werkstor auf und ab. „Zwei Stunden am Tag streiken wir“, sagt der alte Fiat-Arbeiter. Bis Modiano wollen ihm seine Firma und die Regierung mitteilen, ob die Schließung des Werks nach über 30 Jahren tatsächlich unvermeidlich ist. Für den 48-jährigen Luciano Polizzotto wäre das der Ruin. Seit



Als Italien noch im Fiat rollte: 600er-Modelle auf der Teststraße der Turiner Lingotto-Fabrik. Photo: Reuters

25 Jahren arbeitet er bei Fiat, fünf weitere Pensionsjahre hat er anderswo angesammelt. Für den Ruhestand braucht er 35, und 57 muß er sein. Das schafft er auch mit den Arbeitslosenleistungen nicht, die in Italien klingende Namen tragen: „Cassa integrazione“ heißt der Zustand im ersten Jahr und bringt Polizzotto 650 Euro monatlich. Die zweite Phase heißt „Mobilità“, dauert vier Jahre und bringt noch weniger.

Auf der Tribüne drängen sich ein paar Arbeiter. Sie recken die Köpfe vor, um den linksdemokratischen Abgeordneten Giuseppe Lumia besser hören zu können. Lumia stammt aus Termini Imerese und hat hier seinen Wahlkreis. Zaghaft hebt ein Arbeiter die Hand: „Eine dumme Frage. Hat die Familie Agnelli nicht Abermilliarden an staatlicher Hilfe für ihre Fiat-Werke bekommen? Wäre es nicht an der Zeit, daß die ein Scherlein beitragen?“ Der 42-jährige Parlamentarier, der sich in grauem Anzug und Seidenkrawatte von den lichtblauen Arbeitskleidern der Fiat-Arbeiter deutlich abhebt, holt tief Luft. „Das ist eine moralische Frage, und auf Moral pfeifen die Kapitalisten.“

Die schwere Krise der italienischen Autoindustrie spielt alte Ressentiments auf hoch. Rhetorische Floskeln aus dem Klassenkampfrepertoire, die im politischen Alltag etwas antiquiert wirken, feiern ihre Rehabilitierung. In seltener Einigkeit fordern Rechts- und Linkspolitiker, der alte Industrieadel solle nun „das Familiensilber auf den Tisch legen“.

Ivan Gelardi, ein 28-jähriger Mitarbeiter des Zulieferbetriebs Bienne Sud, lenkt den Blick lieber auf ein anderes Feindbild.

„Unsere Regierung versucht, sich an Amerika zu orientieren“, sagt er in Anspielung auf den Fiat-Partner General Motors, der seit zwei Jahren 20 Prozent des Autohauses besitzt und die Option, im Jahr 2004 das Ganze zu übernehmen, sofern die Italiener verkaufen wollen.

Die Krise kann nicht überraschend. Seit Mitte der neunziger Jahre sackte der Aktienkurs auf ein Viertel seines damaligen Wertes zusammen. Die Sünden: verzögerte Modernisierung, hilfliche Modelle, mindere Qualität und eine falsche Firmenstrategie. Statt sich auf den europäischen und den amerikanischen Markt zu konzentrieren, bauten die Manager fälschlich auf die erhoffte Explosion der Nachfrage in der Dritten Welt. Zugleich sackte der Marktanteil im Inland von rund der Hälfte auf wenig mehr als ein Viertel zusammen. Im Sommer sah sich Fiat genötigt, mit der Gewerkschaft eine erste Kündigungs-welle (3500 Arbeiter) auszuhandeln. Nun sollen es noch einmal über 8000 sein. Die Werke im norditalienischen Arese und im sizilianischen Termini Imerese werden geschlossen, verkündete das Management.

„Termini Imerese ist am Ende“, verkündet ein Spruchband am Treppenaufgang zum Gemeindeforum. Luigi Purpi, der für Silvio Berlusconi Partei „Forza Italia“ 1998 das Bürgermeistamt erklämpfte, hat die Fassung verloren. Entmerkt herrscht er die im Vorzimmer wartenden Bürger an. Er habe keine Zeit, er könne auch nichts für die Fiat-Krise. „Was die Schließung des Fiat-Werks bedeutet? Den Tod“, sagt Purpi. „Den Tod der Wirtschaft“. Die Hälfte der 30.000 Einwohner

seines Städtchens lebten direkt von dem Werk, die übrigen indirekt. „Schon jetzt sind die Umsätze der Geschäfte um 50 Prozent gesunken.“

In den siebziger Jahren, als die Christdemokraten in Termini Imerese und in Rom unangefochten regierten, kam das Werk mit ihm die Arbeit in die Stadt. Keiner fragte nach dem Sinn einer Autofabrik fernab der

Zentrale. Keiner wollte wissen, ob es denn ökonomisch vernünftig wäre. Autoteile per Schiff nach Sizilien zu karren, um sie hier zusammenbauen zu lassen. Die Autonome Region Sizilien zahlte für die Errichtung des Werks Fiat, immer dankbar für staatliche Stützungen, hatte keine Wahl als herzukommen. Jetzt hat es keine Wahl als zu gehen – und die Arbeit geht auch.



Schon wieder Ärger im Rest Europas.

Denn das gibt es nur in Österreich

NEU! Auch 3 Jahre mit 3,75%

4% bei 3 Jahren Laufzeit

EuroBest-Sparbuch

Bei BAWAG und P.S.K.

Durch die Bank besser

BAWAG

www.bawag.com

Abbildung 29

Asylanten-Ansturm auf Europa geht wieder zurück

Mit plus 65 Prozent verzeichnete Österreich 2001 gegenläufig zum EU-Trend zwar ein massives Wachstum an Asylantträgen. Nach der abgeebbten Fluchtwelle aus dem Kosovo sind aber auch hier die Zahlen wieder rückläufig.

WIEN (apa, red.). Restriktive Zuwanderungsgesetze, Schikanen gegen Einwanderungswillige, Schubhaft und Massenrückführungen zeigen Wirkung. Die Zahl der Asylantträge in der Europäischen Union geht wieder zurück. Im Gegensatz zu den anderen großen Industriestaaten und den Erweiterungsländern hat es 2001 in der EU weniger Anträge gegeben als im Jahr davor. Das geht aus dem aktuellen Jahrbuch des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) hervor.

Ausnahme Österreich

2001 sank die Zahl der Anträge in der Union von 391.300 auf 388.400. Eine Ausnahme stellt allerdings Österreich dar, das im vergangenen Jahr mit plus 65 Prozent den höchsten Anstieg in der Union und insgesamt den zweithöchsten nach der Tschechischen Republik aufwies. Allerdings hat sich laut jüngster Zahlen des Innenministeriums auch in Österreich der Trend wieder geändert. Während der UN-Bericht auf Daten aus dem Jahr 2001 zurückgreift, zeigt die neueste heimische Statistik, dass im Herbst die Zahl der Asylantträge wieder zurückgegangen ist. Stellten im September noch 4527 Personen in Österreich einen Antrag auf Aufnahme, so waren es im Oktober nur noch 3090. Auffallend war dabei vor allem der Rückgang an Asylwerbern aus



Europa verliert für Flüchtlinge an Attraktivität. Während weltweit die Zahl der Flüchtlinge steigt, während Industrielationen wie die USA einen neuen Ansturm verzeichnen, ist die Zahl an Asylantträgen in der EU rückläufig.

Photo: apa

Jugoslawien – vorwiegend aus dem Kosovo. Sie haben im September noch 1166 Anträge gestellt, im Oktober nur noch 356.

Mit dem rückläufigen Trend widersetzt sich die EU dem internationalen Trend. Denn alle 38 als Industriestaaten bezeichneten Länder haben gemeinsam im gleichen Zeitraum ein Plus von acht Prozent bei den Anträgen verzeichnet. Vor allem die USA, Kanada und die Erweiterungsländer hatten enorme Zuwächse.

In absoluten Zahlen gab es 2001 die meisten Asylantträge in Großbritannien, wo 92.000 Menschen um Aufnahme baten. Platz zwei nahm Deutschland ein (88.300), auf Rang drei standen die USA mit geschätzten 83.200 Anträgen. Österreich fand sich mit 30.135 Asylwerbern an siebenter Stelle.

Ein Hinweis darauf, dass es sich bei der nach wie vor großen Zahl an Asylwerbern nicht nur um Wirtschaftsfüchtlige handelt, zeigt die Tatsache,

dass die Zahl der anerkannten Asylanten im vergangenen Jahr gestiegen ist: 73.500 Personen wurde in der EU der Status als Flüchtling zuerkannt, was ein Plus von gut 10.000 oder 16 Prozent bedeutet. Auch die Zahl der aus humanitären Gründen akzeptierten Asylwerber stieg an – nämlich von 56.500 auf 64.500 (14 Prozent). Von den Herkunftsländern her hatten Afghanen, Iraker und Jugoslawen die besten Aussichten auf Asyl-Gewährung.

Generell hält das UNHCR in seinem Report fest, dass die Hauptlast in der Flüchtlingsaufnahme nicht die reichen Industriestaaten, sondern eher arme Länder tragen. Bezogen auf die Einwohnerzahl lag Bosnien-Herzegowina bei den Aufnahmeheldern im Vorjahr auf Rang eins, gefolgt von Liberia und Mazedonien. Österreich findet sich in dieser Statistik nur auf Rang 54 und damit beispielsweise deutlich hinter den Nachbarländern Deutschland und Schweiz.

Erweiterung ohne „religiöse Komponente“

Italiens Premier Berlusconi unterstützte den EU-Beitrittswunsch der Türkei, sagt der türkische Wahlsieger und gemäßigte Islamist Erdogan.

ROM/BERLIN (ag.). Bei ihrem Wunsch nach einem EU-Beitritt kann die Türkei nach den Worten von Wahlsieger Recep Tayyip Erdogan auf die Unterstützung Italiens zählen. Der italienische Premier Silvio Berlusconi habe ihm zugesichert, „alles ihm Mögliche zu tun, damit die Türkei in Kopenhagen nicht enttäuscht wird“, sagte Erdogan nach seinem jüngsten Treffen mit Berlusconi in Rom. Der italienische Regierungschef habe ihm gesagt, „dass der EU-Erweiterungsprozess keine religiöse Komponente haben darf“.

Die Unterstützung Berlusconi ist politisches Beobachtungsnetz zufolge Teil einer Strategie, dessen umstrittene und häufig kritisierte Aussage über die angebliche Überlegenheit der westlichen Kultur über den islamischen nach dem 11. September 2001 vergessen zu machen. Auch der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) plädierte für ein positives Signal der EU an die Türkei. Schröder sagte, bei der Frage, ob die EU der Türkei bei ihrem Gipfel in Kopenhagen im Dezember ein Datum für das Beginn von Beitrittsverhandlungen nennen sollte, müsse man die geopolitische Bedeutung bedenken. „Europa hat ein ureigenes Interesse daran, dass ein so wichtiges Land wie die Türkei nicht in den islamischen Fundamentalismus abrutscht.“ Erdogans gemäßigt islamistische AKP hatte die Parlamentswahl in der Türkei Anfang November gewonnen.

Grund zum Feiern beim Rechnungshof?

Seinen 25. Geburtstag feiert der Europäische Rechnungshof dieser Tage. Doch auch der neueste Jahresbericht läßt kaum Freude aufkommen.

WIEN (kron). Rechnungshöfe liefern nicht immer einen Grund zur Freude. Der Europäische Rechnungshof bildet da keine Ausnahme. Doch in diesem November feiert der „Hof“ mit Hauptsitz in Luxemburg seinen 25. Geburtstag. Seit 1977 kontrolliert die Behörde alle Haushaltsmittel der Europäischen Gemeinschaft. Der Hof, mit dem EU-Vertrag von Maastricht 1992 zum offiziellen Organ der Union aufstieg, überwacht seither jedes Jahr, daß alle Einnahmen und Ausgaben

Recht und Gesetz entsprechen. Oder berichtet, daß dem nicht so ist.

Auch der neueste „Jahresbericht 2001“, der Anfang November präsentiert wurde, läßt kaum Feierstimmung aufkommen. Wie jedes Jahr rügen die Rechnungsprüfer, deren Präsident der Spanier Juan Manuel Fabra Valles ist, auch diesmal wieder Schamperl und mangelhafte Kontrollen. Große Teile des EU-Haushalts – insgesamt etwa 845 Milliarden Euro – sind nach Ansicht des Europäischen Rechnungshofes nicht zuverlässig verbucht worden. So seien die Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik – fast die Hälfte des EU-Haushalts fließt dorthin – „in signifikantem Maße mit Fehlern behaftet“. Dabei habe sich die Lage gegenüber frühe-

ren Jahren auch nicht entscheidend verbessert. Die Zahlungen der auszahlenden Stellen wiesen nach wie vor hohe Fehlerquoten auf.

Ähnliches gilt für die Strukturfortschritte, mit etwa 40 Prozent des Haushalts der zweite große Geldtopf der EU: Auch hier tadelt der Hof, wie schon in den Vorjahren, Unzulänglichkeiten und Mängel bei der Kontrolle. Heißt im Klartext: Verschwendung und Betrug sind nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich.

Zum 25. Geburtstag „wünscht“ sich der Europäische Rechnungshof eigentlich nur eines: „Der Hof eruchtet die Kommission nachdrücklich, ihre Bemühungen zu verstärken, damit baldmöglichst Verbesserungen erzielt werden.“

Die Presse

HABT IHNEN KENNEN, SEI JEN KENZ
UNTERSTÜTZT DIE ARBEIT DER PRESSE
DIE PRESSE VERLEHNT SICH AN DER KÖRPER
GEBÜHRT
Mag. Franz Joch, 10. Postfach
A-1100 Wien, Postfach 126
Abonnement: 12,00 € (inkl. MwSt.)
Postfach: 1000 Wien, Postfach 126
Tel. 01 479 10 10, Fax 01 479 10 10
ANNAHE: Tel. 01 479 10 10, Fax 01 479 10 10
E-Mail: anneh@anneh.at
Internet: www.anneh.at
Die Presse ist ein Mitglied der Österreichischen
Presseverbände und der Europäischen
Presseverbände.
Die Presse ist ein Mitglied der Österreichischen
Presseverbände und der Europäischen
Presseverbände.

„Geld floß in alte AKW“

SPÖ-Umweltsprecherin Ulli Sina ist überzeugt, daß sich trotz neuen Atompakets an der bisherigen EU-Förderpolitik nichts ändert.

WIEN (wb). Die Umweltsprecherin der SPÖ, Ulli Sina, zeigt sich im Gespräch mit der „Presse“ überzeugt, daß die EU trotz des vorbereiteten Atompakets an ihrer bisherigen Politik der Kredithilfen und Förderungen nur dazu nützt, alte Reaktoren länger am Netz zu halten. Sie lehnt deshalb die Aufstockung des Euratom-Kreditrahmens von vier auf sechs Milliarden Euro ab.

Sina glaubt nicht an die Ankündigung der EU-Kommission, das Geld für mehr Sicherheit und die Abschaltung alter Kernkraftwerke zu verwenden. Schon bisher seien derartige Kredite nur in marode

Anlagen geflossen, sagt Sina. Sie etwa in der Höhe von 680 Millionen Euro an die Tschechien, um die dortigen Reaktoren zu ersetzen. „Bisher ist kein Euratom-Geld zur Stilllegung von Reaktoren verwendet worden“, sagt Sina. „Auch die Kreditrahmen in erster Linie höhere Sicherheit und Abschaltung von alten Reaktoren unterstützen soll.“ Sina ist gegen die Aufstockung des Euratom-Kreditrahmens von vier auf sechs Milliarden Euro ab. Sie kommt nicht nur aus Österreich, sondern auch aus anderen Ländern, die mit der Atomwirtschaft operieren. Sie fürchten neue, teure Auflagen für ihre Atomkraftwerke.

EU-VERFASSUNGSENTWURF IM WORTLAUT

Die Geldangelegenheiten der EU und ihre Beziehungen zu Nachbar- und Mitgliedsstaaten werden in den letzten Artikeln der künftigen Verfassung angesprochen.

Artikel 38 – In dieser Bestimmung wird vorgesehene, daß der Haushalt der Union vollständig aus Eigenmitteln der Union finanziert wird, und es wird das Verfahren genannt, nach dem das System der Eigenmittel festzulegen ist.

Artikel 39 – Diese Bestimmung sollte den Grundsatz des Haushaltsausgleichs und die Bestimmungen über die Haushaltsdisziplin enthalten.

Artikel 40 – In diesem Artikel sollte erstmals präzisiert werden, daß für alle Einnahmen und Ausgaben der Union für jedes

Haushaltsjahr Voranschläge erstellt werden müssen und daß sie in den Haushaltsplan eingetragen werden müssen; und zweitens sollte das Verfahren für die Annahme des Haushaltsplans beschrieben werden.

Eine Reform der EU-Finanzierung hat viele Anhänger. Sie versprechen sich Vereinfachung und mehr Transparenz. Hier gesteuern verschiedene Ideen durch den Raum: von einer eigenen EU-Steuer bis hin zu einer reformierten Berechnung der Beitragssummen. Das EU-Parlament drängt vehement darauf, die letzte Budget-Basis der Mitgliedsländer einzunehmen und auch bei den Ausgaben völlig gleichberechtigt mitentscheiden zu dürfen.

Handeln in der Welt Artikel 41 – In dieser Bestimmung sollte, unter Berücksichtigung der bereits im Rahmen der Gemeinschaft

ausgeübten Zuständigkeiten, festgelegt werden, wer die Union in ihren internationalen Beziehungen vertritt. Je nach Verfahren der Beratungen des Konvents sollten in diesem Artikel die Rolle und der Rang des künftigen Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und

EUROPA WOHN

„Presse“-Serie zur EU-Verfassungsdiskussion

Sicherheitspolitik definiert werden.

Die meisten Konventionsmitglieder wollen, daß der „EU-Außenminister“ in Zukunft bei der Kommission angesiedelt ist. Derzeit übt Javier Solana diese Funktion als verlängertes Arm der EU-Staaten aus. In Zukunft könnte ein Vize-

präsident der EU-Kommission dafür verantwortlich sein.

Die Nachbarn der Union

Artikel 42 – Dieser Artikel könnte die Bestimmungen enthalten, die eine besondere Beziehung zwischen der Union und Nachbarstaaten festlegen, falls beschlossen wird, eine solche Beziehung zu schaffen.

Mit diesem Artikel könnte eine Ebene zwischen der Vollmitgliedschaft und dem Status eines Drittstaates eingezeichnet werden. Deutlich wäre eine besonders enge Assoziation ebenso wie ein Europäischer Wirtschaftsraum. Die Türkei, Rußland oder die Ukraine wären mögliche Kandidaten.

Zugehörigkeit zur Union

Artikel 43 – In diesem Artikel wird der Grundsatz festgelegt, daß die Union allen Staaten Europas offen steht, die ihre Werte teilen und sie gemeinsam umsetzen möchten, die die Grundrechte strikt respektieren und die die Regeln, nach denen die Union funktioniert, akzeptieren.

Artikel 44 – In diesem Artikel wird das Verfahren für den Beitritt neuer Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union festgelegt.

Damit deklariert sich die EU als Werte- und Ideengemeinschaft, nicht nur als wirtschaftlicher Block. Der Verweis auf „alle Staaten Europas“ wird von einigen als Regel vor der EU-Tür für die Türkei interpretiert.

Artikel 45 – In diesem Artikel wird das Verfahren für die Aussetzung der mit der Zugehörigkeit zur Union verbundenen Rechte im Falle der Feststellung einer Verletzung der Grundsätze und Werte der Union seitens eines Mitgliedsstaates festgelegt. Dieser Artikel ist Österreich bekannt. Immerhin ist es das

TEIL VII – FINANZEN, AUSSENPOLITIK UND MITGLIEDER DER UNION

direkte Resultat der Sanierung der OVP/FPÖ-Regierung, die bedeutet nichts anderes, als einem EU-Staat die Staatsmacht entzogen werden können, wenn sie nicht an die menschlichen Spielregeln hält.

Artikel 46 – In diesem Artikel würde die Möglichkeit ausgesprochen, ein Verfahren für den freiwilligen Austritt aus der Union auf Beschluß eines Mitglieds festzulegen, und auf diese Weise ein Konkrete Austrittsinstanz solchen Austritts einzufügen.

Die verbriefte Möglichkeit, den Austritt zu umstimmen, ihre Gründe argumentieren, daß eine ex post Austrittsinstanz zur Last der Union verfallen könnte. Auch wenn kein Staat daran gehen würde, die EU zu verlassen. Die beizubehalten Teile der Sanierung entziehen am 31. Dezember 5, 6, 7, 8 und 12. November

„Das hier sind gute Menschen“ Noch hält sich Rassismus in Grenzen

New York, Jackson Heights Im Stadtteil Queens: Hier leben Inder, Pakistani, Afghanen, Chinesen... Und was sagt Bill dazu? „Die Leute hier sind in Ordnung. Aber die anderen – ich hoffe, die sterben alle.“

Aus New York berichtet
ANNELE ROHRER

NEW YORK. Jackson Heights im Stadtteil Queens ist nicht New York, es ist die ganze Welt. Menschen aus Griechenland, China, Ecuador, vor allem aber aus Pakistan, Indien, Afghanistan, Bangladesch leben hier, besitzen Geschäfte und Restaurants. Im Fenster eines afghanischen Kneib-Geschäfts klebt ein mit Hand beschrifteter Zettel: „An unsere Nachbarn und New Yorker Brüder: Bitte akzeptiert unser aufrechtes Mitleid. Auch wir erleben Schock und Horror. Laßt uns um Frieden bitten.“

Wie reagiert der Besitzer darauf, daß Präsident George W. Bush immer direkter Osama bin Laden als Hauptverantwortlichen für die Zerstörung der World Trade Centers identifiziert? Wie reagieren seine Bekannten darauf, daß der Druck auf Afghanistan stündlich wächst, daß die Öffentlichkeit mit einer immer dramatischeren Menschenjagd auf Krieg vorbereitet wird? Vorsicht.

„Das hier sind gute Menschen. Niemand hat uns beschimpft, niemand macht uns verantwortlich. Ich weiß nicht, ob es bin Laden war.“ Ein paar Geschäfte weiter, hat ein afghanischer Verkäufer in einem kleinen Gemischtwarenladen gehört, daß Leute in Jackson Heights wegen ihrer Kleidung angepöbeln worden seien. „Nicht mehr als Gerichte“, sagt er. Auch der Besitzer eines afghanischen Restaurants hat davon gehört. Aber: „Man darf nicht alle Amerikaner für solche Vorfälle verantwortlich machen. Uns hier hat niemand belästigt.“

Im Unterschied zu Brooklyn Tage vorher, wo Araber konzen-

triert sind und es schon Übergriffe gegen sie gegeben hat, hat man in den Straßen von Jackson Heights das Gefühl, daß die Menschen einander noch vertrauen. Alle Geschäfte sind offen. Es ist auch weniger Polizei zu sehen. Offizier Reyes steht vor dem roten Backsteinbau einer Schule. Er schaut nachdenklich auf die Gehsteige, die so voll sind, daß die Menschen einander anschauen: „Es ist hier nichts vorgekommen, aber wir haben Verstärkung bekommen, nur als Vorsichtsmaßnahme.“ Für den Fall, daß sich der Zorn der Bevölkerung doch gegen Afghanen oder Pakistani richten sollte. In diesen Tagen läßt lautes Lachen auf, selbst in



www.diepresse.at/us-terror
Angst vor blindem Haß

einem Einkaufsviertel, in dem sich Menschen drängen und der Verkehr überlastet ist. Vor „Budd's Bar“ steht eine Gruppe Amerikaner, laut lachend und brüllend, alkoholisiert, brutal verkehrt. Wie es für sie in Jackson Heights jetzt so ist? Bill, um die 50, ist der Wirt. Hier gibt es die verschiedensten Menschen. Sie alle haben in unserer Bar Geld gespendet, 6000 Dollar in 72 Stunden. Hal Sie haben einen Dollar gegeben, fünfzig Cent. Die sind in Ordnung, aber die anderen. Ich hoffe, die sterben alle.“ Wer sind die anderen? „Bin Laden und die Terroristen. Fangt ihn, zerbrocht Afghanistan. Pakistan, jedes

Land. Wir sind hinter Präsident Bush, hundert Prozent.“

Bill genießt es, daß die anderen ihm lautstark beipflichten. Wenn er aber so denkt, was sagt er denn zu den Einwanderern? „Das sind Leute, die reißen sich den A... auf, die arbeiten sieben Tage die Woche, die sind anders als die Terroristen, die als Wohnadresse das Hotel Marriott angeben.“

Würde er einen Einwanderer aus Afghanistan verteidigen, wenn er vor der Bar von anderen angegriffen wird? „Na sicher“, sagt Bill und ein anderer mischt sich ein: „Wir würden raus gehen, und das stoppen.“

Vielleicht ist das der Grund, warum man das Gefühl hat, die Leute hier mißtrauen einander weniger als in Brooklyn. In Jackson Heights leben einfach so viele Nationalitäten: Männer mit ihren Turbans, Frauen mit ihren Saris gehören einfach schon so lange zum Stadtbild.

Die Idylle trägt, jedenfalls vor „Budd's Bar“. Mit jedem Bier werden die Worte härter. Bill ist in Fahrt: „Jagt das ganze Afghanistan in die Luft. Uns ist jedes Mittel recht und wenn es Jahre dauert, jagt sie, jagt sie.“

Ein anderer mischt sich ein, bevor Bill wieder ein Weckruf für Amerika. „Bill ist wieder da.“ Dieses Land ist viel zu langsam. Das ist jetzt Schluß“, Kenny, der Besitzer der Bar, macht sich ein. Die haben uns eine Einladung geschickt und wir nehmen sie an.“

Wer sind die Bill weil sie wissen. „Die haben gesagt: Sie sterben, um Allah zu sehen. Jetzt werden ihn viel mehr sehen.“ Gefährlich. Wie würde wohl ein Treffen dieser Männer mit den jenen Studenten ausgehen, die seit Mittwoch Abend für Abend am United Square ein Lichtermeer veranstalten? Im Karneval sehen zwar auch sie immer wieder „America, America, die beautiful“, insondern die Hymne und rufen „God Bless America“. Aber sie sagen auch die Lieder von Joan Baez.



Ein Afghane liest ein Buch über Osama bin Laden in einem Geschäft in der afghanischen Hauptstadt. Bin Laden soll sich in Afghanistan versteckt haben.
Photo: Reuters

Afghanen Wiens fürchten blinden Haß

Bombenalarm in der diplomatischen Vertretung Afghanistans. Die kleine afghanische Gemeinde Wiens befürchtet eine undifferenzierte Reaktion in Österreich.

WIEN (itg/mco/no). In der diplomatischen Vertretung Afghanistans in Wien herrscht Nervosität. Am Montag gab es Bombenalarm, immer wieder gehen Drohnrufe gegen die Taliban ein. Dabei antwortet in der diplomatischen Vertretung in Wien der Guegner der Taliban. Die Diplomaten vertreten in Österreich jenen Teil des Landes, der Präsident Burhanuddin Rabbani untersteht. Bis auf drei Staaten (darunter Pakistan) erkennt die Welt nur diese Regierung, und nicht jene der Taliban, an.

In Österreich befindet sich die afghanische Vertretung Afghanistans in der Kaiserstraße (Wien Neubau). Der Gebäude- und der Innenministerium mußte am Montagvormittag geräumt werden. Ein ver-

dächtiges Paket war zugestellt worden. Rund 30 Polizeibeamte rücken an, evakuieren das Haus und sperren die Straße großräumig ab. „Die ganze Aktion war nach 20 Minuten wieder vorbei, die Leute konnten wieder ins Haus“, berichtet ein Ermittler der „Presse“. In dem Paket hatten sich lediglich Videokassetten befunden.

Der Geschäftsführer Afghanistans in Österreich, Farid Amin, ruft auf, zwischen den Taliban und dem anerkannten Afghanistan zu unterscheiden. In der Botschaft kann man die Zahl der Afghanen in Wien nur schätzen. „Bis vor drei, vier Jahren lebten in Wien rund 300 Familien aus Afghanistan“, so Amin. Einige kulturelle Veranstaltungen und zwei afghanische Lokale, darunter eine Bäckerei am Gürtel, gebe es. Botschaftssekretär Armin Schüller räumt ein, daß auch in Wien Sympathisanten und Kontakte der Taliban leben könnten. Auch die Polizei könne dies nicht ausschließen, so Schüller.

In den vergangenen Jahren wuchs die Zahl der Afghanen sprunghaft an. Tausende kamen auf der Flucht vor den Taliban nach Österreich. Bis Ende Juli sind allein heuer 8759 Anträge beim Bundesasylamt eingelangt. (Zum Vergleich: An zweiter Stelle befinden sich die Inder mit 1226 Asylträgen.) Seit Jahresbeginn registrierten wir vor allem in den österreichischen Botschaften im Iran und Pakistan eine Häufung der Asylträge“, sagt George von der Carst. Von den 8759 seien bisher 239 Verfahren positiv abgeschlossen worden – über 5000 wurden eingestellt. Anders würde sich die Situation, wenn die USA mit Angriffen auf Afghanistan starten würden. „Dann bestünde für die Bundesregierung die Möglichkeit, einen generellen Schutz für Afghanen zu erwirken. Ähnlich wie im Jugoslawien-Krieg könnten dann mehr Flüchtlinge aufgenommen werden“, so Atzwanger.

Kein Schadenersatz für den unfreiwilligen Aufenthalt in New York

Die Kosten für den unfreiwillig verlängerten Aufenthalt in den USA müssen mehr als 400 betroffene Österreicher selbst tragen. Keine Versicherung gedeckt.

VON ALEXANDER FIEBER

WIEN. 15 Linzer Studenten haben per E-Mail eine SOS-Massage in ihre Heimat geschickt. „Sitzen noch immer in New York fest, wollen sofort nach Hause, können aber erst am Donnerstag zurückfliegen“, heißt es darin. Studenten sind meist knapp bei Kasse. Reichen

die Finanzen für die nächsten Tage? Kaum. Seit dem Terror-Ereignis verlangen selbst die Vermieter von Billigsteigen ein kleines Vermögen. Für „Löcher“ werden mitunter 100 Dollar pro Nacht (rund 1500 Schilling) verlangt, weiß ein aus New York zurückgekehrter Wiener.

Der unfreiwillig verlängerte Aufenthalt in der teuren „Big Apple“-Metropole hat für die Linzer Studenten und für insgesamt mehr als 400 von den abgegangenen Flügen betroffene Österreicher noch einen weiteren Beigeschmack. Müssen doch alle in den sauren Apfel beißen und die entstehenden Mehrkosten selbst tragen.

Diese Haßbotschaft kommt von den Versicherungen, die sich zu keinerlei Schadenersatzleistungen verpflichten. „Normalerweise würde bei Ausfall eines Fluges die Airline haften“, weiß Georg Kotz von der Versicherungsgesellschaft.

Seit dem 11. September 2001 gilt nichts. Die Terror-Anschläge auf zwei Passagiermaschinen, die das 412 Meter hohe World Trade Center in New York zerstörten, gelten in der Sprache der Assekuranten als höhere Gewalt. „Und wenn dann eine behördliche Verfügung zur Sperrung eines Flughafens besteht, dann sind Folgeschäden durch keine

Haftpflichtversicherung gedeckt“, so der Sprecher des Versicherungsverbandes in Wien. Ein Vorschlag zur Güte kommt vom französischen Versicherungsverband. Die Regierungen sollten für den Schaden der Fliegenden aufkommen.

Wer haftet für Schäden? Die Assekuranten rechnen jedenfalls im Zusammenhang mit dem Terroranschlag mit einer Flut von Schadenersatzklagen – angereizt durch gefällige US-Anwälte. Wen werden diese zur Kasse bitten: Flughäfen und Airlines wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen oder gar die Architekten des WTC?

Seit Sonntag, an dem die erste AUA-Maschine nach dem Anschlag von New York nach Wien geflogen ist, hat sich die Lage am Schwechat-Flughafen normalisiert. Täglich bringen drei AUA-Maschinen etwa 800 Fluggäste aus New York, Chicago und Washington nach Wien. Darunter sind zum Großteil Passagiere, die in andere Städte Europas weiterreisen. „Die Linzer Studenten müssen bei einer anderen Airline gebucht haben, mit der AUA könnten sie sofort nach Wien fliegen“, betont Flughafen-Sprecher Hans Mayer. Und: „Es gibt bei den Flügen in die USA keine Warteliste mehr.“

Suche nach Österreichern

WIEN (apa). Nach den Terroranschlägen in den USA werden weiterhin 40 Österreicher vermißt. Es gebe aber keine Anhaltspunkte dafür, daß jemand bei den Attacken ums Leben gekommen sei, erklärte das Außenministerium.

Das Ministerium ersucht Freunde und Angehörige von Personen, die zum Zeitpunkt des Anschlags in New York oder Washington waren, die Wiener Telefonnummer (01) 53 115-4411 zu kontaktieren.

Sturm auf Bücher über Islam und Nostradamus

Ausverkauf sind die Bücher des Propheten Nostradamus in Teilen Österreichs. Werke über den Islam boomen, in Deutschland führen diese die Verkaufshitparade an. Trotz dem klagten Buchhändler über ein schlechtes Geschäft.

VON MARTIN STUHLFARRER

WIEN. Wer ist dieser Osama bin Laden? Welche Botschaft überbringt der Islam? Hat Nostradamus diese Katastrophe prophezeit?

Diese Fragen stellen sich Millionen Menschen nach der Terror-Katastrophe in den USA. Als Folge boomen Bücher über den Islam, aber auch düstere Propheten. In Oberösterreich waren sämtliche Buchhändler der französischen Astrologen Nostradamus innerhalb von drei

Tagen ausverkauft. Er soll die Attentate interesse verzeichnet der OO-Buchhandel auch an Werken, die sich mit Terrorismus beschäftigen.

Antsturm auch bei der Buchkette Libro: „Bei Nostradamus-Büchern verzeichnen wir eine Steigerung um das Siebenfache“, heißt es seitens des Unter-

nehmens. „Die Nachfrage nach New York-Bildbüchern ist um das Dreifache gestiegen.“

Bei den Wiener Buchhändlern hat man aber noch jede Menge düstere Voraussagen auf Lager. „Von einem Nostradamus-Boom habe ich wenig ge-

merkt“, erzählt Michael Kernstock, Vorsteher der Buchhändler in der Wiener Wirtschaftskammer. Doch in seinen drei Buchhandlungen verzeichnet er eine erhöhte Nachfrage nach Werken, die sich mit dem Islam beschäftigen. „Die Leute wollen beispielsweise wissen, was der Koran genau ist. Oder ob der Islam wirklich radikal ist.“

Seine Kunden beschreibt Kernstock so: „Interessierte Menschen die sich selbst ein Urteil bilden wollen. Denn es weiß niemand, warum das passiert ist und wo die Wurzeln dafür liegen.“ Der unversierte Antsturm bereitet aber Probleme: Jene Islam-Bücher, die derzeit auf dem Markt sind, sind ältere Werke. „Es fehlen fachliche Entwicklungen der neuesten Entwicklungen.“ Doch Kernstock beruhigt: „In zwei Wochen werden Bücher am Markt sein, welche die jetzigen Ereignisse berücksich-

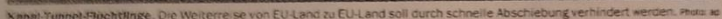
gen.“ Das geht immer sehr schnell. Der jetzige Boom bereitet den Buchhändlern zudem wenig Freude. „Es gibt zwar eine verstärkte Nachfrage nach bestimmten Büchern“, erklärt Kernstock: „In einer Krisensituation läßt aber immer die Konsumfreude nach.“

In Deutschland oder den USA ist der Hunger auf Informationen über den Islam, düstere Propheten und Terror gewaltig. In der deutschen Zweigstelle von amazon.com führt der „Krieg der Kulturen“ von Bassam Tibi die Hitliste an. Die Hipparade des US-Mutterkonzerns wird von Terror, Taliban, Islam oder dem World Trade Center dominiert. Neuer „Hit“ ist das Buch „Twin Towers – The Life New York City's World Trade Center“, der Band ist Jahre alt und verkauft sich bisher schlecht.

„Stars and Stripes“ für Empire State

NEW YORK (ap). Der amerikanische Patriotismus hat in der Nacht auf Montag ein weithin sichtbares Zeichen gesetzt. Die Fassade des 381 Meter hohen Empire State Building ist mit Scheinwerfern so angestrahlt worden, daß an der Fassade „Stars and Stripes“, die amerikanische Flagge, zu sehen gewesen ist.

Plünderer, aber geringere Kriminalität
NEW YORK (ap). Um fast ein Drittel ist in New York die Kriminalität zurückgegangen – nachdem die Polizei durch die Nationalgarde verstärkt worden ist. Die Zahl der gewalttätigen Todesfälle sei auf dem Stand der sechziger Jahre, erklärte Polizeipräsident Bernard Kerik. „Die Leute verhalten sich gut.“ Trotzdem werden nach den Terroranschlägen vom vergangenen Dienstag einige Fälle von Plünderi bekannt. Skrupellose haben leerstehende Geschäfte ausgeräumt. Die wurde sogar innerhalb der Sicherheitszone rund um die eingestürzten WTC-Türme auf frischer Tat erwischt. Die Ausnahmezustand in der Stadt machen sich auch Betrüger zunutze: Sie fordern vor allem ältere Bürger telefonisch dazu auf, Geld zu spenden – und kassieren nicht unbeträchtliche Summen in die eigene Tasche. In Washington D. C. warnen zudem Verbraucherschützer, bei Spendenaufrufen im Internet vorsichtig zu sein. Im Licht des weltweiten Netzes gebe es auch sehr viel Schatten.



SPO-Parteichef Alfred Gumbel hat indessen im Rahmen einer Vorstandssitzung der Europäischen Sozialdemokraten in Brüssel ein Programm gegen Rechtspopulismus vorgelegt, in dem er die linken Parteien auffordert, für eine Kontrolle der Einwanderung einzutreten. Heiße Themen wie kulturelle Identität, Verträglichkeit sowie Rechte und Pflichten von Immigranten, sollten „nicht den rechten Parteien zum Kampffeld überlassen werden“, heißt es im Papier. Ziel sei eine „gesunde Immigrationspolitik mit klaren Kriterien“, vor welchen Bedingungen einwandern kann.

Die Konferenz schloß mit einer Deklaration. In ihr wird betont, daß die Beiratsverhandlungen heuer abgeschlossen und die Staaten 2004 Vollmitglieder sein sollen. Die regionale Zusammenarbeit soll verstärkt, Umwelt-Dumping verhindert und nachhaltige Transportkonzepte erstellt werden.

Aus außereuropäischer Perspektive betrachtet Charles Ingrao von der Purdue University in Minnesota Europas Werte. Für ihn ist Demokratie ein wesentliches Prinzip in der EU. Allerdings gehört dazu mehr als etwa freie Wahlen oder Mehrheitsentscheidungen. Die Achtung der Menschenwürde und des Individuums, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und andere Werte sind aus Ingraos Sicht für die Demokratie unabdingbar.

Auswahl einer Geschäftsführungsperson bei der BGG

Bei der Bremer GmbH GmbH (BGG) ist im Jahre 1995 gemäß Bundesgesetz über die Errichtung neuer „Brennerei-GmbH“ eine Gesellschaft am 1. August 1995, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 26

2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 84

HEIRAT	B9
BEKANNTSCHAFTEN	B9, B10
Er sucht sie	B9
Sie sucht ihn	31
FLOHMARKT	B10, 31
SONSTIGE	

20 Aufgriffe pro Tag: Schlepper agieren immer professioneller

Die **March** steht seit Wochen im Blickpunkt des Bundesheer-Assistenz-einsatzes. Von Anfang bis Mitte Juli griffen die Soldaten dort 486 „Illegale“ auf – im Juli des vergangenen Jahres waren es 71.

VON KLAUS STÖGER

EISENSTADT. Die 1. Kompanie des Assistenzkommandos Nord hat derzeit alle Hände voll zu tun. Die Gardesoldaten aus Wien müssen täglich illegale Grenzgänger aus der hochwasserführenden March bergen. 1729 Personen griff das Bundesheer seit Jahresbeginn entlang des Grenzflusses bereits auf – mehr als doppelt so viele wie im gesamten vorigen Jahr (702). Dementsprechend hoch sind auch die Zahlen des Bundesheeres im Raum Marchegg: 486 „Illegale“ bis gestern, Dienstag – im Durchschnitt 20 Aufgriffe pro Tag – stehen „nur“ 71 des Juli 2000 gegenüber.

„In erster Linie sind es Flüchtlinge aus Afghanistan“, berichtet Oberstleutnant Gerhard Kollar vom Assistenzkommando in Eisenstadt. Dann folgen Staatsangehörige aus dem

Irak und Bangladesch. „In der vergangenen Woche barg die Garde allein zehn überfüllte Schlauchboote aus der March“, schildert Kollar. Derzeit ist die Überwindung des Flusses gefährlich: Die March führt Hochwasser, der Wasserstand beträgt rund vier Meter. Erst am Wochenende war am Ufer eine männliche Leiche gefunden worden. Laut Gendarmerie handelt es sich um einen illegalen Grenzgänger. Die Sommermonate sowie der Oktober sind traditionell starke Monate für Aufgriffe an der March. Erst im Spätherbst flaut der Strom von „Illegalen“ ein wenig ab.

Funk wird abgehört

Die Tätigkeiten der Assistenzsoldaten werden von den Schleppern genauestens beobachtet. „Ziehen wir an einer Stelle Leute ab, oder agieren wir dort verdeckt, haben wir nach zwei, drei Tagen an genau dieser Stelle zahlreiche Aufgriffe“, berichtet Kollar. Auch die Ablösen der Kompanien müssen mittlerweile minutiös geplant werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß in größerem Maße plötzlich Soldaten die Grenze verlassen. „Die Ablösezeiten werden daher ständig geändert“, erklärt Kollar.



Die Assistenzsoldaten an der Staatsgrenze griffen seit 1990 53.200 illegale Grenzgänger auf.

„Das Schlepper-Gewerbe ist auf dem letzten Stand der Technik. Amateur-Schlepper haben da längst keine Chance mehr“, berichtet ein Bundesheer-Insider. Die Profi-Schlepper haben auch das Bundesheer im Visier: Sie hören Mobiltelefone und zum Teil bereits auch den Heeres-Funk ab. Sie sind mit Wärmebild- und Nachtsichtgeräten ausgestattet und schulen die Grenzgänger im richtigen „Fluchtverhalten“ bei einer Begegnung mit den Assistenz-Soldaten.

Derzeit stehen im gesamten Assistenzabschnitt an der Ostgrenze 2039 Soldaten im Einsatz. Bis gestern, Dienstag, griff das Bundesheer insgesamt 53.210 „Illegale“ seit Bestehen des Assistenzsinsatzes im September 1990 auf.

Möglicher Mißbrauch an Kindern in Kirchstetten; Exhibitionist in Himberg

Sex-Unhold im Bezirk St. Pölten beschäftigen derzeit die Gendarmerie.

ST. PÖLTEN (red.) Die Beamten des Bezirksgendarmeriekommandos St. Pölten behandeln derzeit mehrere mögliche Fälle von Kindesmißbrauch. Ein 54-jähriger Arbeitsloser wurde Montagabend in Kirchstetten unter dem Verdacht festgenommen, sich an fünf Kindern aus der Nachbarschaft vergangen zu haben. Bei den Opfern soll es sich um zwei Buben zwischen elf und 13 Jahren sowie um drei Mädchen von sechs, sieben und neun Jahren handeln.

Die Buben waren zunächst von ihren Eltern beim Rauchen erwischt worden. Sie gaben an, der 54-jährige habe sie mit Zigaretten und Süßigkeiten in sein Wohnmobil gelockt. Dort soll er ihnen Pornofilme gezeigt und sie zu unzünftigen Handlungen genötigt haben.

„Der Mann ist nicht geständig“, sagte am Dienstag Karl-Heinz Grundböck vom Bezirksgendarmeriekommando St. Pölten.

Der Verdächtige ist vor rund zwei Jahren von Neulengbach nach Kirchstetten gezogen. Vier der fünf Kinder, die der Mann mißbraucht haben soll, wohnen in der Nähe des Verdächtigen. Die Ermittlungen zu möglichen weiteren Opfern dauern an und werden auf Neulengbach ausgedehnt.

Exhibitionist in Himberg

Zwei Mädchen im Alter von neun und elf Jahren wurden laut der Gendarmerie am Montagmorgen in Himberg (Bezirk Wien-Umgebung) von einem Exhibitionisten belästigt. Die Kinder saßen auf einer Parkbank, als sich der Unbekannte vor ihnen entblößte. Die Mädchen ergriffen daraufhin die Flucht. Bei dem Mann soll es sich um einen rund 40-jährigen, südlichen Typ mit starker Statur handeln. Er trug nach Angaben der Mädchen eine durchlöcherichte braune Hose, ein braunes T-Shirt und eine schwarze Lederjacke. Diebstahlige Hinweise nimmt der Gendarmerieposten Himberg (Tel. 02235/86233) entgegen.

Bei Überfall Handy geraubt

Ein 14-jähriger wurde am Bahnhof Traiskirchen von drei Jugendlichen überfallen. Sie raubten ihm das Handy.

BADEN (apa). Drei Unbekannte überfielen am Montagmorgen einen 14-jährigen beim Lokalbahnhof in Traiskirchen (Bezirk Baden) und raubten ihm das Handy. Der Schüler ging nach dem Vorfall zuerst nach Hause, ehe er Anzeige erstattete. Die Täter konnten bisher noch nicht ausfindig gemacht werden.

Nach Angaben der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion ist einer der Täter dem Schüler, der auf dem Bahnhof auf den nächsten Zug wartete, ohne Vorwarnung das Mobiltelefon aus der Hand. Ein zweiter Jugendlicher, der in Begleitung eines Mädchens dort stand, hielt den 14-jährigen fest, sodaß der Räuber flüchten konnte. Das Pärchen verließ anschließend seelenruhig den Tatort.

Beschrieben werden die Täter als etwa 18-jährige Burschen, rund 1,80 Meter groß. Einer war schlank, hatte kurzes, dunkles Haar, sprach „bodemständigen“ Dialekt und war mit einem roten Pullover, abgewetzte Jeans, braunen Winterschuhen und einer Baseballkappe bekleidet. Der zweite trug einen hellblauen Pullover, Jeans, eine Baseballkappe und einen alten Adidas-Rucksack. Das Mädchen war etwa 16 Jahre alt. Sie hatte einen langen braunen Zopf und war mit einem schwarzen Pullover und schwarzer Hose bekleidet. Hinweise an die Exekutive unter 02252/52133.

Schlechte Vorzeichen für Marillenernte in der Wachau

Weniger Früchte wegen Kälte und Pilze, dafür eine deutlich bessere Qualität. Auftakt zur Marillenernte in der Wachau.

Von unserem Mitarbeiter

KREMS (k.v.). Schlechte Nachrichten für Liebhaber der berühmten Früchte aus der Wachau: Es gibt Ernteaussfälle, die Marillen mit Weltruf könnten heuer zur Mangelware werden. „Die Ernte wird gering ausfallen“, sagt

Franz Machhördl, Obmann des Tourismusvereins Spitz.

Die ungewöhnliche Kälte zur Blütezeit, dazu massive Pilzschäden an den Marillensäulen – heuer ist kein besonders gutes Jahr für die Wachau. In der NO-Landwirtschaftskammer beginnt man zu rechnen, und prognostiziert eine Ernte von weniger als einer Million Kilogramm. Das sorgt für lange Gesichter bei den Obstbauern. Normalerweise wird mit zwei Millionen Kilogramm das Doppelte geerntet. In guten Jahren

pflückten die Obstbauern drei Millionen Kilo oder sogar mehr von den Bäumen.

Eine schwierige Situation für die Landwirte. Auch im Vorjahr gab es mit etwas mehr als einer Million Kilogramm eine schwache Marillenernte. Einziger Trost: Jene Marillen, die Kälte und Pilzbefall überstanden haben, weisen eine hohe Qualität auf. „Wunderschön“, gerät Machhördl ins Schwärmen.

Wie hoch die Ernteaussfälle sind, ist regional sehr unterschiedlich. Obstkulturen, die

früh blühten und daher vom Frost betroffen waren, verzeichnen bis zu 80 Prozent Ausfälle. Das betrifft etwa die Gegend rund um Krems. Wo die Marillenbäume später, bei wärmeren Temperaturen blühten, gibt es kaum Verluste. Das betrifft allem die Umgebung von Spitz und die westliche Wachau.

Die Ernteaussfälle treiben auch die Preise in die Höhe. War ein Kilogramm bisher unter 25 Schilling zu haben, müssen heuer bis zu 40 Schilling pro Kilogramm gezahlt werden.

„Wähler sollen die Mandatare aus ihrer Region kennen“

• **Direktwahl** des Landeshauptmanns ist für VP-Klubchef Klaus Schneeberger kein Thema mehr.

VON JOSEF TOMKE

ST. PÖLTEN. Die SPÖ hatte die Gefahren erkannt und sagte: Eine Direktwahl des Landeshauptmanns wird es in Niederösterreich nicht geben. Das ist ein schwerer Schlag für die Volkspartei, die mit ihrem Stimmgenossen Erwin Pröll in einer direkten Konfrontation mit SP-

Chefin Heidemaria Onodi bei der Landtagswahl 2003 punkten wollte.

Für VP-Klubchef Klaus Schneeberger ist das Thema erledigt. „Dafür haben wir uns auf ein neues, persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht geeinigt, bei dem die Wähler den Kandidaten Vorzugsstimmen geben können. Bei einer Direktwahl hätte sich alles auf die Spitzenkandidaten fokussiert.“

Eine Lösung, mit der laut einer Umfrage des Instituts Ifab 59 Prozent der Niederösterreicher einverstanden sind. Nur 53

Prozent wollen, daß die Parteien weiterhin durch ihre Listenreihung bestimmen, wer in den Landtag einzieht. Schneeberger: „Durch die neue Regelung wird dafür gesorgt, daß mehr Wähler die Mandatare aus ihrer Region kennen.“ Und das ist gut so, denn der Landtag ist für viele Bürger ein unbekanntes Gremium. Laut der Umfrage wissen nur 57 Prozent der Wähler Bescheid, wer sie im Landesparlament vertritt. Noch viel schlechter ist das Wissen über dessen Größe: Nur vier Prozent kennen die richtige Anzahl der Abgeordneten (56 Mandatare).

Das hindert 60 Prozent der Befragten nicht, daran, die Größe des Landtags für „gerade richtig“ zu halten.

Die Bevölkerung wünscht sich keine Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten, dafür aber weniger Gesetze und Bürokratie“, so Schneeberger. Stolz ist der VP-Klubchef darauf, daß 39 Prozent der Befragten die Mandatare seiner Partei für sympathisch halten. Jene der SPÖ kamen auf 20, die der FPÖ auf sechs und die beiden Grünen auf vier Prozent.

IN KÜRZE

Absturz mit Geländewagen. Von einem Almweg ist ein 57-jähriger Hüttenwirt aus Holtenstein an der Ybbs mit seinem Geländewagen abgekommen und danach 50 Meter in die Tiefe gestürzt. Ein vorbeikommender Wanderer entdeckte den im Wrack eingeklemmten Lenker und verständigte die Rettung. Der Hüttenwirt erlitt schwere Verletzungen und wurde mit dem Notarzthubschrauber in das Linzer Unfallkrankenhaus geflogen. Der total beschädigte Pkw wurde von der Feuerwehrgelungen.

„Hürdenlauf“ im Landhausviertel. Eine Reihe von kleineren und größeren Hausstellen zur Reparatur der Bodenplatten nach das Gehen in und innerhalb des Landhausviertels in St. Pölten derzeit zu einem „Hürdenlauf“. Insgesamt drei Millionen Schilling werden derzeit verbrennt, um beschädigte Bodenplatten zu sanieren und zu ersetzen. Bei einem Viertel, das mit 3000 Bewohnern die Größe einer kleinen Stadt habe, sei dies freilich nicht unüblich, heißt es seitens der Planungsgesellschaft NOPLAN.

WETTERPROGNOSE FÜR MITTWOCH

© ZAMG

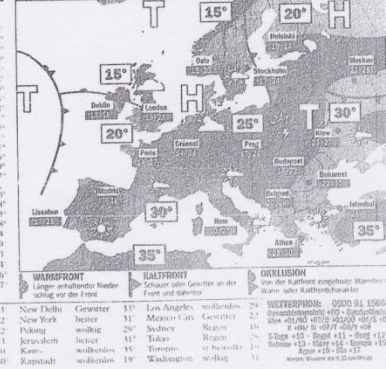
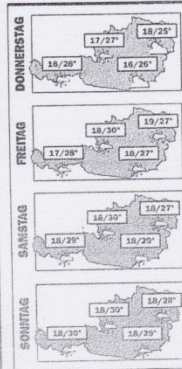
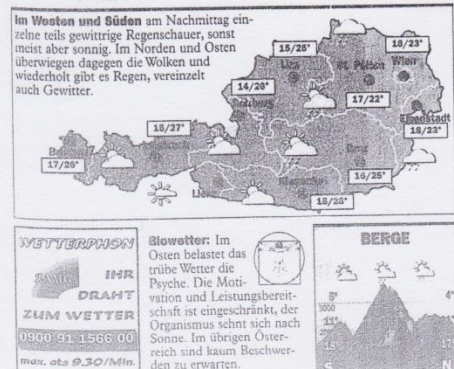


Abbildung 33: "Staatsgrenze"

12 Abstract

Die Frage nach der Darstellung von MigrantInnen in den Medien bekam in den letzten Dekaden immer mehr Gewicht. Schließlich tragen die Darstellungen von MigrantInnen in Medien wesentlich zur öffentlichen Diskussion bei und können Stereotype, die wiederum in einem politischen Kontext gesetzt werden, wesentlich mitprägen. Visuelle Darstellungen spielen dabei eine wichtige Rolle, schließlich gewinnen Bilder in unserer zunehmenden visualisierten Medienwelt an Bedeutung. Gleichzeitig können MigrantInnen die Medien nach wie vor nur in einem unzureichenden Ausmaß beeinflussen. Menschen mit Migrationshintergrund scheinen in den Redaktionen der österreichischen Tageszeitungen noch immer eine Seltenheit zu sein. Diese Arbeit nimmt sich deshalb einen bestimmten historischen Kontext heraus, um zu untersuchen, wie MigrantInnen visuell dargestellt werden. Diese Frage erscheint vor allem vor dem Hintergrund der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung interessant, die neben einer gesamtgesellschaftlichen politischen Wende auch viele Veränderungen in der österreichischen Migrationpolitik mit sich gebracht hat. In diesem Zusammenhang präsentiert sich vor allem „Die Presse“ als interessantes Medium für die Analyse. Gerade diese Zeitung soll sich als eine der Verteidiger der umstrittenen ÖVP-FPÖ Koalition deklariert haben und bezüglich des Migrationdiskurses der Regierungslinie gefolgt sein. Da zu der damaligen Zeit im Migrationsdiskurs vor allem das Thema „Asyl“ heftig diskutiert wurde und für die Forschungsarbeit in diesem Rahmen eine enge Eingrenzung nötig war, um eine möglichst exakte Analyse zu liefern, wird deshalb die visuelle Darstellung von „Flüchtlingen“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ von 2000-2003 untersucht.

Over the last decade, the debate on how migrants are depicted in the media has increasingly gained importance. This might be related to the fact that the kind of depiction of migrants in the media arguably influences the public discussion on migration itself. Furthermore, the way migrants are depicted can arguably shape

stereotypes, which are again a product of their socio-political context. The visual depiction of migrants has also gained importance as pictures are increasingly used by the media to convey information. Nevertheless it is important to note that the active influence of migrants on the media and on the information which is communicated through the media can be considered as restricted and deficient; In Austria, people with a migrant background compose only a tiny fraction of the editorial staff of daily newspaper agencies. In this thesis it will be analysed how migrants are visually depicted in the course of a specific period. This selected context corresponds to the period of coalition government of the Austrian People's Party (ÖVP) and the Austrian Freedom Party (FPÖ) from 2000 to 2003. During this coalition time, far-reaching socio-political changes have been introduced, not only in the field of migration. In this context, the Austrian daily newspaper „Die Presse“ is of particular interest to the analysis. This is because the respective newspaper has broadly been considered as being supportive of the ÖVP-FPÖ-coalition and its controversial politics, in particular with regard to the issue of migration. In this political discourse, the asylum system and the perception of refugees have played a significant role. The focus of this analysis will therefore lie on the visual depiction of asylum seekers and refugees in the Austrian daily newspaper „Die Presse“ from 2000 to 2003.

13 Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name:	Marian Smetana
Geburtsdatum:	22.04.1987
Geburtsort:	Lilienfeld/Österreich
Staatsangehörigkeit:	Österreich
Kontakt:	marian.smetana@gmail.com

Ausbildung:

1993-1997:	Volksschule Hainfeld
1997-2005:	Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Lilienfeld
WiSe 05/06	Individuelles Diplomstudium „Internationale Entwicklung“
9.1.2006- 8.7.2006	Präsenzdienst beim österr. Bundesheer
WiSe 06/07	Fortsetzung Individuelles Diplomstudium „Internationale Entwicklung“